

Abschlussbericht



Integrationsrendite - Volkswirtschaftliche Effekte einer besseren Integration von Migranten

Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und
Technologie

Autoren:

Dr. Christina Anger

Dr. Vera Erdmann

Prof. Dr. Axel Plünnecke

Dipl.-Hdl. Ilona Riesen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Wissenschaftsbereich Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik

Köln, 20. Mai 2010

Inhalt

Management Summary	III
1 Einleitung	1
2 Stand der Integration	3
2.1 Zugang zu Bildung	3
2.1.1 Bildungsstand der Zuwanderer im internationalen Vergleich	4
2.1.2 Differenzierte Darstellung der Qualifikationen nach Migrationsstatus.....	5
2.1.3 Bildungsstand der erwachsenen Bevölkerung.....	9
2.2 Zugang zum Arbeitsmarkt.....	13
2.2.1 Arbeitsmarktbeteiligung von Migranten	13
2.2.2 Entlohnung von Migranten	21
2.2.3 Abschlüsse, Kompetenzen und Arbeitsmarkt.....	27
2.3 Einkommensmobilität und Armutsrisiken.....	31
2.3.1 Einkommensmobilität von Migranten.....	32
2.3.2 Armutsrisiken von Migranten	37
2.4 Zusammenfassung	38
3 Kurz- bis mittelfristige Sicht: Der Zugang zur beruflichen und akademischen Bildung.....	40
3.1 Ausbildungsbeteiligung von jugendlichen Migranten.....	40
3.1.1 Übergang von der Schule zu beruflicher Bildung und Hochschule	40
3.1.2 Gründe für die Übergangsprobleme von Migranten	43
3.1.3 Das Ausbildungsverhalten von Migranten	47
3.2 Integration jugendlicher Migranten in den Ausbildungsmarkt.....	49
3.2.1 Berufsvorbereitung und Berufsorientierung	50
3.2.2 Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze	51
3.2.3 Kosten pro besetztem Ausbildungsplatz.....	56
3.3 Anrechnung von im Ausland erworbenen Abschlüssen	58
3.3.1 Ausländische Abschlüsse der Migranten und Anerkennung	58
3.3.2 Kompetenzniveau der Abschlüsse von Migranten und Nicht-Migranten.....	67
3.4 Zusammenfassung	68
4 Langfristige Sicht: Zugang zur schulischen Bildung.....	70
4.1 Analyse der Ausbildungsreife von Migranten	70
4.2 Effekte der frühkindlichen Bildung für Migranten.....	73
4.2.1 Effekte des Besuchs der Kindertagesstätte von Kindern im Alter unter drei Jahren.....	74
4.2.2 Effekte des Besuchs der Kindertagesstätte von Kindern im Alter ab drei Jahren.....	75
4.2.3 Effekte der Sprachförderung.....	77
4.3 Effekte von Reformen im Schulsystem für Migranten	83
4.3.1 Rahmenbedingungen der Schulen	83
4.3.2 Qualitätssteigerung in gegebenen Schulstrukturen.....	86
4.4 Zusammenfassung	88

5	Kosten der Maßnahmen und Berechnung der Integrationsrendite	90
5.1	Kurz- bis mittelfristige Sicht.....	90
5.1.1	Maßnahmen und Kosten.....	90
5.1.2	Erträge	91
5.1.3	Statische Integrationsrendite	94
5.2	Langfristige Sicht	96
5.2.1	Theoretische Grundlagen	96
5.2.2	Maßnahmen und Kosten.....	97
5.2.3	Erträge	100
5.2.4	Dynamische Integrationsrendite	105
5.3	Zusammenfassung	108
6	Zusammenfassung	110
	Literatur	116
	Anhang	126

Management Summary

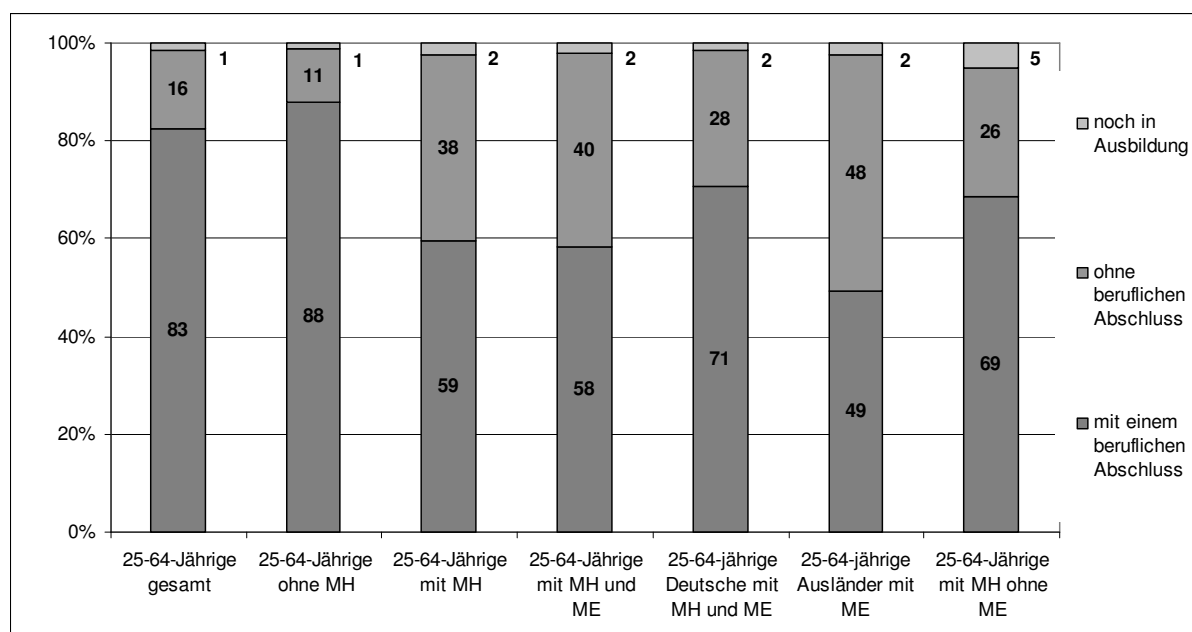
Die vorliegende Studie analysiert den derzeitigen Stand der Integration von Migranten bei zentralen Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Einkommensindikatoren, unterbreitet Vorschläge zur ursachenadäquaten Verbesserung der Situation und quantifiziert die Kosten und Erträge einer solchen Strategie.

Stand der Integration

Die wichtigsten Befunde zum Stand der Integration der erwachsenen Bevölkerung lassen sich bezüglich des Bildungsniveaus, des Arbeitsmarktzugangs und der Einkommensmobilität beziehungsweise der Armutsrisiken differenzieren. Dabei werden eigene Auswertungen des Sozio-oekonomischen Panels, des Mikrozensus, des International Adult Literacy Survey sowie weitere amtliche Daten zugrunde gelegt. Die wesentlichen Erkenntnisse für den *Zugang zu Bildung* sind:

- Im internationalen Vergleich weist Deutschland neben Österreich, den Niederlanden und Frankreich einen hohen Anteil an geringqualifizierten Migranten auf. Relativ zum Anteil der im Inland geborenen geringqualifizierten Bevölkerung ist das Bildungsniveau der im Ausland geborenen Bevölkerung in den USA und in Deutschland am niedrigsten. Erschwerend kommt in Deutschland hinzu, dass relativ zu der im Inland geborenen Bevölkerung der Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung mit hohem Bildungsniveau sehr niedrig ist.

Abbildung 1
Qualifikationsstrukturen der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung nach Migrationsstatus
 im Jahr 2007, in Prozent



Quelle: eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2007

- In der Altersgruppe von 25 bis 64 Jahren ist der Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss mit 26 Prozent unter der Migrantenbevölkerung ohne eigene Migrationserfahrung deutlich niedriger als bei der Bevölkerung mit Migrationserfahrung (40 Prozent). Auch bei diesen Migranten, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, ist diese Bildungsarmutsquote deutlich höher als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit 11 Prozent (Abbildung 1).
- Die Migrantenbevölkerung mit eigener Migrationserfahrung im Alter von 25 bis 64 Jahren liegt mit einer Hochschulabschlussquote von 15 Prozent über jener der Migrantenbevölkerung ohne Migrationserfahrung (11 Prozent). Umgekehrt weisen 56 Prozent der Migranten ohne eigene Migrationserfahrung einen Abschluss des beruflichen Bildungssystems auf, während dieser Anteil bei der Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung nur 42 Prozent beträgt.
- Schulabgängern mit Migrationshintergrund und maximal mittlerem Schulabschluss gelingt deutlich seltener ein erfolgreicher Übergang in die berufliche Bildung als Nicht-Migranten mit demselben formalen Bildungshintergrund. Während 60 Prozent der Nicht-Migranten einen unmittelbaren oder raschen dauerhaften Übergang in eine betriebliche oder nicht-betriebliche Ausbildung erreichen, liegt die entsprechende Quote für Migranten bei 43 Prozent.

Tabelle 1

Anteil der Risikoschüler bei Migranten der 2. Generation und bei einheimischen Schülern im internationalen Vergleich, 2006, in Prozent, Naturwissenschaften

	Schüler ohne MH	Schüler mit MH, 2. Generation	Risikoverhältnis zwischen der 2. Generation und Schülern ohne MH
Australien	11,7	12,8	1,1
Schweiz	9,4	31,3	3,3
Kanada	8,1	11,5	1,4
Österreich	11,8	45,3	3,8
Vereinigte Staaten	21	35,1	1,7
Deutschland	10,3	40,1	3,9
Schweden	13,1	28,5	2,2
Irland*	14,5	22,9	1,6
Niederlande	10,2	32,8	3,2
Frankreich	17,9	35,1	2,0
OECD	16,8	31,2	1,9
Vereinigtes Königreich	15,3	20,5	1,3

Bemerkung: * Irland - 1. Generation

Quelle: PISA/OECD, 2009

- Die Hauptursachen für die schlechteren Übergangschancen Jugendlicher mit Migrationshintergrund sind weniger Unterschiede bei ihren Zielen oder Präferenzen, sondern häufig Kompetenzunterschiede im Vergleich zu Nicht-Migranten. Nach der PISA-Untersuchung aus dem Jahr 2006 sind im Schwerpunktbereich Naturwissenschaften 40 Prozent der Migranten ohne eigene Migrationserfahrung (2. Generation) als Risikogruppe einzustufen (Tabelle 1). Diese als bildungsarm zu bezeichnende Gruppe beträgt unter den 15-jährigen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund lediglich gut 10 Prozent.

- Der Bildungshintergrund der Eltern, der Besuch einer frühkindlichen Bildungseinrichtung, der Zugang zu Lernmitteln im Elternhaus und die Freude am Unterricht sind wichtige Einflussgrößen für die Kompetenzen der 15-jährigen Schüler. Migranten stammen häufiger aus bildungsfernen Elternhäusern, besuchen seltener einen Kindergarten, haben einen geringeren Zugang zu Lernmitteln und arbeiten seltener mit Begeisterung in der Schule mit (Tabelle 2).

Tabelle 2
Bildungshintergrund der Eltern, Zugang zu Lernmitteln, Kindergartenbesuch und Freude am Unterricht in Abhängigkeit vom Migrationsstatus
 2003

	Auswirkungen auf die Punkte im Textverständnis	Anteil unter den Migranten in Prozent	Anteil unter den Nicht-Migranten in Prozent
Bildungshintergrund der Eltern			
Eltern haben keinen Abschluss der Sekundarstufe II (gegenüber Eltern mit akademischen Abschluss)	- 55,6	54,3	8,3
Eltern haben 0 bis 10 Bücher im Haushalt (gegenüber Eltern mit vielen Büchern)	- 64,3	17,6	4,7
Zugang zu Lernmitteln			
Eltern haben kein Wörterbuch/Lexikon	-28,1	6,6	3,0
Eltern haben keinen PC	-28,1	15,5	7,4
Kindergartenbesuch			
Kinder haben den Kindergarten maximal ein Jahr lang besucht	-16,2	35,9	13,6
Freude am Unterricht			
Schüler kommen nicht gut mit dem Lehrer aus	-10,1	37,4	34,0
Schüler arbeiten nicht mit Begeisterung	-24,3	41,7	34,9
häufige Abwesenheit	-44,7	8,9	4,4

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der PISA Daten 2003

Die ungünstigeren Eckdaten zur Qualifikation der Migrantenbevölkerung spiegeln sich auch in zentralen Arbeitsmarktkennziffern wider. Die wichtigsten Befunde beim *Zugang zum Arbeitsmarkt*:

- Die Erwerbslosenquote ist im Jahr 2007 mit 14 Prozent etwa doppelt so hoch wie bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Auch der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung, die auf ALG-I- oder ALG-II-Leistungen als überwiegende Quelle des Lebensunterhaltes angewiesen ist, ist deutlich höher als bei den Nicht-Migranten (21 gegenüber 9 Prozent).

- Unter der erwerbstätigen Bevölkerung sind Migranten in Arbeitertätigkeiten überrepräsentiert (49 zu 26 Prozent bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund), bei der Beamten- und Angestelltenbeschäftigung unterrepräsentiert.
- Auch wenn die Erwerbslosenquoten von Migranten und Nicht-Migranten mit gleicher formaler Qualifikation verglichen werden, ergeben sich Unterschiede. Die qualifikationsspezifische Erwerbslosenquote ist bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2007 deutlich höher, insbesondere bei den Hochqualifizierten mit knapp 10 Prozent gegenüber einer Erwerbslosenquote von 3 Prozent in dieser Gruppe bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (Tabelle 3). Auch im internationalen Vergleich zeigt sich, dass die Arbeitslosenquoten von Migranten in Deutschland relativ zur einheimischen Bevölkerung hoch sind, insbesondere bei den formal Hochqualifizierten.

Tabelle 3
Qualifikationsspezifische Erwerbslosenquote der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung
 im Jahr 2007, in Prozent

	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
geringqualifiziert	15,3	19,3
mittlere Qualifikation	7,8	11,7
hochqualifiziert	3,0	9,8

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2007

- Ein wesentlicher Grund für die höhere Arbeitslosenquote besteht in vorhandenen Sprachdefiziten. Bei gegebenem Alter, Geschlecht und Qualifikationsniveau steigt das Arbeitslosigkeitsrisiko gegenüber anderen Migranten um 60 Prozent an, wenn im Haushalt nicht Deutsch gesprochen wird. Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sind daher für den späteren Arbeitsmarkterfolg sehr hilfreich.
- Sind Migranten erwerbstätig, so erreichen sie – kontrolliert um Branche, Qualifikation, Berufserfahrung und Geschlecht – etwa die gleichen Bruttostundenlöhne wie die Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund. Der durchschnittliche Lohnunterschied von 9 Prozent wird somit vollständig durch ein durchschnittlich geringeres Bildungsniveau, eine geringere Berufserfahrung und längere Phasen der Erwerbsunterbrechung erklärt.
- Ein Grund für die höhere Arbeitslosigkeit von formal hochqualifizierten Migranten sind die geringeren durchschnittlichen Kompetenzen. Das durchschnittliche Kompetenzniveau eines Nichtakademikers, der in Deutschland geboren wurde, entspricht dem durchschnittlichen Kompetenzniveau eines Akademikers, der im Ausland geboren wurde. Beim Vergleich der Kompetenzen von Akademikern zeigt sich, dass zwischen 80 und 86 Prozent der im Inland geborenen Akademiker ein hohes Kompetenzniveau erreichen, während diese Quote unter den im Ausland geborenen Akademikern lediglich zwischen 41 und 57 Prozent beträgt (Tabelle 4).

Tabelle 4
Verteilung der Kompetenzen bei Migranten und Nicht-Migranten mit akademischem Abschluss in Deutschland
 in Prozent

	„Prose Literacy“	„Document Literacy“	„Quantitative Literacy“
Kompetenzstufe 3 oder höher, Migranten	57	41	57
Kompetenzstufe 3 oder höher, Nicht-Migranten	80	81	86
Differenz des Anteils in Prozentpunkten	23	40	29

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis IALS

- Auch für die Bildungsrenditen ist bedeutsam, wo der Hochschulabschluss erworben wurde: Ein Akademiker ohne Migrationshintergrund weist gegenüber einem unqualifizierten Nicht-Migranten eine Lohnprämie von 69 Prozent auf. Ein Migrant, der Bildungsabschlüsse im Ausland erworben hat, erreicht bei einem Hochschulabschluss gegenüber einem geringqualifizierten Migranten jedoch nur eine Lohnprämie von 43 Prozent. Hat der Zuwanderer hingegen alle Bildungsabschlüsse in Deutschland erworben, so erreicht er gegenüber einem geringqualifizierten Migranten sogar eine Lohnprämie von 71 Prozent.
- Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird für Migranten mit eigener Migrationserfahrung erschwert, wenn im Ausland erworbene Abschlüsse nicht anerkannt werden. So haben etwa 2,9 Millionen Migranten in Deutschland ihre beruflichen Abschlüsse im Ausland erworben (Tabelle 5). Unter den ALG-II-Beziehern wurde nur einem Drittel ihr im Ausland erworbener Abschluss anerkannt. Formale Anerkennungen spielen zudem bei der Erteilung der Arbeitserlaubnis eine Rolle. Zugängliche und transparente Anerkennungsverfahren sind daher wichtig für den Integrationserfolg.

Tabelle 5

Umfang der im Ausland erworbenen Abschlüsse nach Herkunft der Migranten (nur Bildungsausländer) und Relation zu allen Abschlüssen von Migranten

im Jahr 2007, Anzahl und in Prozent

ehemalige/ aktuelle Staats- angehörigkeit	im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse		davon: im Ausland erworbener Abschluss der beruflichen Bildung		davon: im Ausland erworbener tertiärer Abschluss*	
	in 1.000	in Prozent aller Abschlüsse	in 1.000	in Prozent aller Abschlüsse	in 1.000	in Prozent aller Abschlüsse
insgesamt	2.853	47	1.754	46	1.018	58
EU 27	851	48	494	47	332	57
Polen	215	61	142	62	66	65
Russische Föderation	197	67	100	62	90	80
Türkei	121	21	90	21	mehr als 24	mehr als 35
ehemalige Sowjetunion	403	68	207	63	185	82
ehemaliges Jugoslawien	231	46	187	48	40	51
Afrika	61	42	33	41	mehr als 20	mehr als 54
Amerika	84	53	26	42	mehr als 47	mehr als 63
Asien, Australien u. Ozeanien	283	54	140	54	137	61
Spätaussiedler	807	49	582	51	199	53

* Universitäts-, Fachhochschulabschlüsse und Promotion sowie Meister-, Techniker- und Fachschulabschlüssen

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2007

Der Zugang zu Bildung und Beschäftigung bestimmt schließlich auch maßgeblich die absolute und relative Einkommensposition. Die wesentlichen Befunde zur *Einkommensmobilität und Armutsrisiken* von Migranten:

- Die Aufstiegsmobilität von Migranten ist niedriger als die Aufstiegsmobilität von Nicht-Migranten. Innerhalb eines Zeitraums von 12 Jahren konnten 56 Prozent der Nicht-Migranten, aber nur 51 Prozent der Migranten das unterste Verdienstoffünftel verlassen (Tabelle 6). Kontrolliert um Qualifikationsunterschiede und andere Einflussgrößen gibt es aber keinen generellen Nachteil der Migranten bei der Aufstiegsmobilität, wenn die Migranten zumindest eine abgeschlossene Berufsausbildung erreichen. Die Abstiegsmobilität von Migranten ist höher, wenn sie keine abgeschlossene Berufsausbildung erreichen.

Tabelle 6
Mobilitätskennziffern von Migranten und Nicht-Migranten
 In Prozent

	Aufstiegsquote aus dem untersten Quintil in Prozent		Abstiegsquote aus der Mittelschicht (2. bis 4. Quintil) ins unterste Quintil in Prozent		Aufstiegsquote aus der Mittelschicht ins oberste Quintil in Prozent	
	Migranten	Nicht-Migranten	Migranten	Nicht-Migranten	Migranten	Nicht-Migranten
1995-2007	51	56	22	12	10	17
1995-1999	38	47	18	11	5	10
1999-2003	42	48	18	10	8	11
2003-2007	32	40	14	9	8	12

Quelle: Schäfer/Schmidt, 2009

- Auch bei der Untersuchung von Armutsrisiken zeigt sich, dass die Qualifikation entscheidend für den Integrationserfolg ist. Geringqualifizierte Migranten weisen ein fast doppelt so hohes Armutsrisiko wie geringqualifizierte Nicht-Migranten auf (Tabelle 7). Erreichen die Migranten einen mittleren beruflichen Abschluss, so unterscheidet sich ihr Armutsrisiko nicht von dem der Nicht-Migranten mit abgeschlossener Berufsausbildung. Unterschiede hingegen gibt es wiederum bei Hochqualifizierten. Migranten mit hohem Bildungsabschluss sind mit knapp 11 Prozent mehr als doppelt so oft von Armut bedroht wie Nicht-Migranten, deren Armutsgefährdungsquote bei gut 4 Prozent liegt. Ein Grund hierfür besteht in der höheren Arbeitslosigkeit unter hochqualifizierten Migranten, die wiederum auf geringere Sprach- und andere Kompetenzen gegenüber Akademikern ohne Migrationshintergrund sowie auf Probleme bei der Anerkennung der Abschlüsse zurückzuführen ist.

Tabelle 7
Bildung und Erwerbstätigkeit als Einflussfaktoren der Einkommensarmut
 Armutsrisikoquoten, 2007, in Prozent

	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
Erwerbsintensität		
niedrig	22,6	35,7
mittel	5,5	10,7
hoch	1,3	5,5
Bildungsintensität		
niedrig	15,4	27,8
mittel	11,2	11,5
hoch	4,4	10,9

Quelle: Hülskamp/Schröder, 2009

Politikempfehlungen

Jugendliche Migranten werden in Deutschland mithilfe verschiedener kurzfristig wirkender Programme gefördert. Maßnahmen der Berufsvorbereitung und Berufsorientierung sind mit Kosten von knapp 25.000 Euro pro anschließend besetztem Ausbildungsplatz verbunden. Das EQJ-Programm hingegen verursacht lediglich Kosten von etwa 7.500 Euro pro anschließend besetztem zusätzlichen Ausbildungsplatz.

Gemessen an der erwachsenen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und ohne beruflichen Abschluss besteht bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ein Qualifizierungsbedarf von rund 620.000 Personen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren und von rund 730.000 Personen im Alter zwischen 35 und 44 Jahren. Auch bei älteren Personen besteht ein erheblicher Qualifikationsbedarf. Zur Verbesserung der kurzfristigen Förderkulisse ergeben sich folgende Empfehlungen, mit denen die Nachqualifizierung gestärkt werden kann:

- Das Übergangssystem sollte die jugendlichen Migranten so weit fördern, dass sie nach einer Anpassung ihrer Kompetenzen eine Berufsausbildung aufnehmen können. Günstigere Alternativen als die Berufsvorbereitung und Berufsorientierung bestehen im Rahmen verschiedener Programme wie JOBSTARTER, dem Ausbildungsbonus oder im Rahmen von Projekten für Unternehmen mit Migrationshintergrund. Letztlich bestehen auch im Rahmen von Einstiegsqualifizierungen für Jugendliche erfolgreiche Möglichkeiten, Jugendlichen mit Migrationshintergrund den Übergang in eine Ausbildung im dualen System zu ermöglichen.
- Ein weiteres kurzfristiges Potenzial besteht in der besseren Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Da Abschlüsse aus dem Ausland auch bei Akademikern häufig mit einem geringeren Kompetenzniveau als Abschlüsse aus Deutschland verbunden sind, sollten Nachqualifizierungsangebote geschaffen werden, die sicherstellen, dass mit denselben formalen Abschlüssen vergleichbare Kompetenzen verbunden sind.

Langfristig könnten Reparaturmaßnahmen vermieden werden, wenn die Ausbildungsreife der Migranten bereits gegen Ende der Schulzeit erreicht wird. Zur Verbesserung der Ausbildungsreife kann von folgenden Überlegungen ausgegangen werden:

- Der Zugang zu frühkindlichen Bildungseinrichtungen beeinflusst den späteren Bildungserfolg von Migranten signifikant positiv. Auch der positive Zusammenhang zwischen den Sprachkenntnissen im Vorschulalter und den Lesekompetenzen ist vielfach belegt. Wird im Elternhaus Deutsch gesprochen und wird der Kindergarten länger als ein Jahr besucht, so steigt die Lesekompetenz am Ende der Grundschulzeit deutlich an. Viele Bundesländer haben diesbezüglich sprachdiagnostische Verfahren während der Kindergartenzeit eingeführt und bieten eine systematische Sprachförderung an.
- Der Zeitpunkt der Trennung der Schüler auf verschiedene Schulformen hat im internationalen Vergleich signifikante Effekte auf die Kompetenzentwicklung. Die Kompetenzen der Kinder am unteren Ende der Kompetenzverteilung steigen durch eine spätere Trennung signifikant an, während es am oberen Ende zu keinen signifikanten Veränderungen kommt. Die BIJU-Studie zeigt jedoch, dass bisherige Erfahrungen mit Gesamtschulsystemen in Deutschland diese positiven Ergebnisse für die gesamte Schuldauer nicht bestätigen. Aus diesen Ergebnissen wird als Reformempfehlung eine spätere Trennung in einer insgesamt weiterhin gegliederten Struktur vorgeschlagen.

- Eine individuelle Förderung von Jugendlichen hat unabhängig von der Schulstruktur signifikant positive Effekte. Durch eine Stärkung der Selbstwirksamkeit kann die Motivation der Schüler deutlich gestärkt werden mit der Folge besserer Ergebnisse. Ebenso weisen mehr Schulautonomie, verbunden mit standardisierten Vergleichsarbeiten, sowie eine zielorientierte Lehrervergütung positive Effekte auf. Letztere kann mit der Lehrerfortbildung verknüpft werden, um dort integrationspezifische Aspekte zu berücksichtigen und Instrumente zu Stärkung der Selbstwirksamkeit von Schülern anzubieten. Ferner zeigen erste Erfahrungen mit Ganztagschulen, dass diese positive Effekte auf die Integration von Schülern mit Migrationshintergrund haben.

Langfristig wirksam sind daher Maßnahmen, die die Kompetenzen der Migranten bis zum Ende der Schulzeit fördern. Im Einzelnen werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Zur Stärkung der Ausbildungsreife von Migranten sollten Reformmaßnahmen dazu führen, dass die Teilnahme der Migranten an frühkindlicher Bildung erhöht, die Auswirkungen des Bildungshintergrundes der Eltern auf die Kompetenzen der Kinder reduziert und die Freude am Unterricht gestärkt wird. Dazu soll die frühkindliche Bildungsinfrastruktur ausgebaut werden, eine um zwei Jahre spätere Trennung der Schüler auf verschiedene Schulformen erfolgen, die Ganztagsinfrastruktur erweitert und mehr Schulautonomie ermöglicht werden. Ferner sind eine bessere Fortbildung und eine zielorientierte Vergütung für Lehrer einzuführen.
- Ziel beim Ausbau der Infrastruktur sollte es sein, dass 35 Prozent der unter dreijährigen Kinder mit Migrationshintergrund eine frühkindliche Einrichtung besuchen können. Ferner sollte für Kinder ab einem Alter von drei Jahren eine Besuchsquote von Kindertagesstätten von 100 Prozent angestrebt werden. Des Weiteren ergeben sich bei einer besseren frühkindlichen Förderung und damit verbundener Höherqualifizierungseffekte zusätzlich notwendige Plätze in der Oberstufe, in der beruflichen Ausbildung und an den Hochschulen.

Fiskalische Erträge der Politikmaßnahmen

Die kurzfristig wirksamen Maßnahmen führen zu zusätzlichen Kosten und Erträgen der öffentlichen Hand, die für die Berechnung einer Integrationsrendite herangezogen werden können.

- Durch zusätzliche Berufsvorbereitung beziehungsweise zusätzliche EQJ-Maßnahmen kann der Zugang zu einer Berufsausbildung für Migranten verbessert werden. In deren Folge nimmt die Gefahr eines Bezugs von Arbeitslosenunterstützung ab, die Produktivität steigt, wodurch wiederum die Steuer- und Abgabenzahlungen zunehmen. Durch eine Höherqualifizierung eines geringqualifizierten Migranten auf das Niveau einer abgeschlossenen Berufsausbildung können jährlich durchschnittlich etwa knapp 300 Euro an ALG-I-Zahlungen und knapp 1.650 Euro an ALG-II-Zahlungen gespart werden. Ferner steigen durch die höhere Produktivität die durchschnittlichen Steuer- und Sozialabgaben um rund 3.000 Euro. Bei einer Erfolgswahrscheinlichkeit von 85 Prozent in der Berufsausbildung ergeben sich damit pro Ausbildungsplatz jährliche Erträge von 4.180 Euro (Tabelle 8).
- Die Höherqualifizierung ist mit Kosten für die öffentliche Hand verbunden. Die Nachqualifizierungsmaßnahmen betragen pro zusätzlichen Ausbildungsplatz zwischen 7.500 und knapp 25.000 Euro. Während der beruflichen Ausbildung entstehen Kosten für den Ausbildungsplatz in Höhe von jährlich 2.200 Euro für drei Jahre (Tabelle 8). In dieser Zeit muss die öffentliche Hand auf mögliche Steuern und Sozialabgaben eines geringqualifizierten Migranten verzich-

ten, spart aber gleichzeitig Kosten einer möglichen Arbeitslosigkeit. In der Differenz bedeutet dies Kosten von jährlich rund 8.000 Euro für die Dauer von drei Jahren.

Tabelle 8
Zahlungsstrom einer Investition in die Höherqualifizierung eines Migranten
 in Euro

Alter	Kosten				Erträge	
	Kosten der Maßnahmen Übergangssystem (ÜGS)		Kosten der Aus- bildung	entgan- gene Ab- gaben des Gering- quali- fizierten	vermiedene Arbeits- losenkosten während der Ausbildung	zusätzliche Steuern und Abgaben und entgangene Kosten für Ar- beitslosigkeit
	Altern. 1: EQJ	Altern. 2: ÜGS trad. Berufsvorbe- reitung und - orientierung				
18	7.500	24.685				
19			2.200	9.218	1.177	
20			2.200	9.218	1.177	
21			2.200	9.218	1.177	
22						4.180
23						4.180
24						4.180
...						...
64						4.180

Quelle: eigene Berechnungen

- Stellt man die Kosten und Erträge der kurzfristig wirksamen Maßnahmen zur Verbesserung der Integration von Migranten gegenüber, so ergibt sich für die öffentliche Hand für die kurzfristig wirksamen Maßnahmen eine Rendite von 6 bis 9 Prozent.

Langfristig sollten diese Maßnahmen im Übergangssystem vermieden werden können, wenn es gelingt, die Ausbildungsreife von Migranten dem Niveau der Nicht-Migranten anzugleichen. Die dafür notwendigen Reformen sind ebenso mit Kosten und Erträgen verbunden, auf deren Basis die Berechnung einer Integrationsrendite erfolgt:

- Zur Förderung der Kompetenzen sind zusätzliche Ausgaben im Bereich der frühkindlichen Bildung, der Sprachförderung, der individuellen Förderung in den Schulen und dem Ausbau von Ganztagschulen notwendig. Die Ausgaben belaufen sich für Kinder- und Jugendliche mit Migrationshintergrund auf jährlich etwa 3,1 Mrd. Euro. Dazu kommen spätere Folgekosten in Höhe von jährlich 1,5 Mrd. Euro für zusätzliche Plätze in der Oberstufe, in der beruflichen Ausbildung und an den Hochschulen dann, wenn der Ausbau der frühkindlichen Förderung dazu führt, dass die Differenz in der Bildungsbeteiligung zwischen Migranten und Nicht-Migranten halbiert werden kann, Szenario 1 („halbe Integration“). Wird sogar eine vollständige Angleichung der Bildungsbeteiligung erreicht, so müssen mehr zusätzliche Plätze in Oberstufe, beruflicher Bildung und Hochschulen bereitgestellt werden. Die Folgekosten im Szenario 2 („volle Integration“) belaufen sich dann auf 3,1 Mrd. Euro.

Tabelle 9
Jährliche Erträge der öffentlichen Hand, Modell 1
 in Mrd. Euro

	Szenario 1 Veränderung des BIP	Szenario 2 Veränderung des BIP	Szenario 1 Veränderung Steuern+Abgaben	Szenario 2 Veränderung Steuern+Abgaben
2020	15,0	18,9	5,9	7,4
2025	25,6	35,8	10,0	14,0
2030	38,0	56,4	14,9	22,1
2035	51,5	79,5	20,2	31,2
2040	66,7	105,8	26,1	41,5
2045	83,0	135,6	32,5	53,2
2050	99,7	167,3	39,1	65,6

Anmerkung: Gesamtabgabenquote: 39,2 Prozent; ohne Einsparungen bei Nachqualifizierungskosten
 Quelle: eigene Berechnungen

- Durch eine Halbierung der Qualifikationsunterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund (Szenario 1) erhöht sich langfristig die jährliche Wachstumsdynamik des BIP um etwa 0,1 Prozentpunkte. Dadurch nehmen die Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen zu. Die zusätzlichen Einnahmen liegen im Jahr 2020 bei jährlich 6 Mrd. Euro und steigen bis zum Jahr 2050 auf jährlich rund 39 Mrd. Euro an. Beim Szenario „volle Integration“ würden sich im Jahr 2050 sogar jährliche Erträge von knapp 66 Mrd. Euro ergeben (Tabelle 9).

Tabelle 10
Jährliche Kosten und Erträge der öffentlichen Hand
 in Mrd. Euro

	Kosten Szenario 1	Kosten Szenario 2	Szenario 1 Veränderung Steuern+Abgaben	Szenario 2 Veränderung Steuern+Abgaben
2010	3,1	3,1	0	0
2020	4,6	6,1	5,9	7,4
2025	4,6	6,1	10,0	14,0
2030	4,6	6,1	14,9	22,1
2035	4,6	6,1	20,2	31,2
2040	4,6	6,1	26,1	41,5
2045	4,6	6,1	32,5	53,2
2050	4,6	6,1	39,1	65,6

ohne Effekte auf Nachqualifizierungskosten
 Quelle: eigene Berechnungen

- Stellt man die Kosten den Erträgen der langfristig wirksamen Maßnahmen zur Verbesserung der Integration von Migranten gegenüber (Tabelle 10), so ergibt sich für die öffentliche Hand eine hohe Rendite von 12 (Szenario „halbe Integration) bis 14 Prozent (Szenario „volle Integration) (Tabelle 11). Ähnliche Effekte ergeben sich, wenn ein Wachstumsmodell statt auf der Basis von formalen Qualifikationen auf Basis von Kompetenzen zur Kalkulation der Effekte verwendet wird.

Tabelle 11
Fiskalische Rendite in Abhängigkeit vom Planungszeitraum
 in Prozent

Von 2010 bis	Szenario 1 Rendite	Szenario 2 Rendite
2025	negativ	negativ
2030	4,1	6,1
2035	8,5	10,4
2040	10,5	12,4
2045	11,6	13,4
2050	12,1	13,8

Quelle: eigene Berechnungen

Werden die zusätzlichen Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand mit einem Zinssatz von 3 Prozent diskontiert, so erhält man den Kapitalwert der Investition. Werden die Qualifikationsunterschiede halbiert, so entsteht abzüglich aller Kosten der öffentlichen Hand bei einem Planungshorizont bis 2050 ein Ertrag in Höhe von 164 Mrd. Euro. Dies bedeutet, dass die öffentliche Hand sowohl die zusätzlichen Ausgaben für eine bessere Integration finanzieren als auch bestehende Staatsschulden in Höhe von 164 Mrd. Euro durch die Realisierung zusätzlicher Wachstums- und Fiskaleffekte bis zum Jahr 2050 tilgen kann. Beim Szenario „volle Integration“ beläuft sich der Kapitalwert auf 280 Mrd. Euro.

Maßnahmen zu einer besseren Integration lohnen sich folglich für den Staat und die Volkswirtschaft und sollten vor allem prioritär an der Förderung der Ausbildungsreife von Migranten ansetzen. Durch den damit verbundenen besseren Übergang in das berufliche Bildungssystem reduziert sich das Arbeitslosigkeitsrisiko der Migranten, die Aufstiegsmobilität steigt und die Armutsrisiken sinken. Insgesamt kann dadurch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ein wichtiger Beitrag zur langfristigen Stärkung der Wachstumskräfte in Deutschland geleistet werden.

1 Einleitung

Die demografische Entwicklung wird in den kommenden Jahrzehnten zu einer spürbaren Verknappung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitskräfteangebots führen. Infolgedessen dürfte die Wachstumsdynamik in Deutschland deutlich nachlassen (Plünnecke, 2007). Belastungen durch die aktuelle Staatsverschuldung sowie die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme werden bei nachlassendem Wachstum zunehmen (SVR, 2008). Zur Stärkung des Wachstumspfades sind verschiedene politische Maßnahmen zielführend.

Erster Ansatzpunkt zur Stärkung des Arbeitskräfteangebots ist eine qualitäts- und quantitativ orientierte Reform des nationalen Bildungssystems (Koppel/Plünnecke, 2009). Durch Bildungsinvestitionen lässt sich der Anteil der hochqualifizierten Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung erhöhen, so dass der insbesondere in den MINT-Fächern bereits vorliegende Fachkräftemangel zumindest gemildert werden kann.

Ferner können bislang brachliegende Erwerbspersonenpotenziale durch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschlossen werden. Durch eine bessere Betreuungsinfrastruktur könnte vor allem die Erwerbstätigkeit von Frauen erhöht werden. Gleichzeitig können durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den Kinderwunsch von Familien besser realisieren zu können. Dies hätte Einfluss auf die demografischen Entwicklungen in der Zukunft und würde deshalb wachstumsstärkend wirken (Plünnecke/Seyda, 2007).

Ein dritter wichtiger Politikstrang befasst sich mit den Potenzialen von Migranten für den deutschen Arbeitsmarkt. Viele Industrienationen, die vor ähnlichen Problemen wie Deutschland stehen oder standen, setzen auf ein qualifikationsorientiertes Einwanderungssystem. Im Zeitalter der zunehmenden Internationalisierung nicht nur wissenschaftlicher Berufskarrieren erzielen Länder wie Kanada und Australien mittels einer derartigen Politik des Braingain – das heißt der gezielten Immigration besonders ausgebildeter oder talentierter Menschen – beachtliche Erfolge (Koppel/Plünnecke, 2008).

Parallel zur Stärkung der Zuwanderung ist es für Deutschland von ökonomisch zentraler Bedeutung, die im Land lebenden Migranten besser als bisher zu integrieren. Zurzeit leben in Deutschland über 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Obwohl sich viele Migranten bereits seit langer Zeit in Deutschland aufhalten, ist ihr Integrationsstand noch unzureichend (Riesen, 2009). So ist es sowohl aus sozialpolitischen als auch aus wachstumspolitischen Gründen sehr wichtig, dass Menschen mit Migrationshintergrund hohe Bildungsabschlüsse erreichen und am Arbeitsmarkt voll partizipieren. Hierzu ist entscheidend, dass sie beim Zugang zu Bildung und Arbeit deutlich besser als gegenwärtig abschneiden. In diesem Zusammenhang spielt der Zugang zu beruflichen Ausbildungs- und akademischen Studiengängen eine entscheidende Rolle. Letztlich gelingt es auch durch einen besseren Zugang, die Aufstiegsmobilität von Migranten-Haushalten zu verbessern.

Diese Studie analysiert den Stand der bisherigen Integration in Deutschland und untersucht dabei die besondere Bedeutung der Qualifikation von Migranten und deren Übergangsprobleme speziell im Bereich der beruflichen Bildung. Ziel der Studie ist es, auf Basis dieser Anamnese Reformmaßnahmen vorzuschlagen, die zu einem besseren Qualifikationsstand von Migranten führen und die Kosten der öffentlichen Hand für diese Maßnahmen deren fiskalische Erträge gegenüberzu-

stellen. Es ist zu prüfen, ob sich die Maßnahmen zur besseren Integration für den Staat in Form einer „Integrationsrendite“ langfristig rechnen und als weiterer Baustein einer angebotsorientierten Wachstumspolitik dienen können. Nicht untersucht werden in dieser Studie Maßnahmen, die zu einer Erhöhung der Erwerbsneigung oder zur Nachqualifikation der älteren Migrantenkohorten führen könnten.

Die Gliederung dieser Studie wird anhand der Kernfragen der einzelnen Kapitel verdeutlicht. In Kapitel 2 wird zunächst der bisherige Integrationserfolg der Bevölkerung mit Migrationshintergrund untersucht. Die Fragen in diesem Kapitel lauten:

- Gelingt der Zugang zu Bildung, erreichen Migranten im Durchschnitt dasselbe Qualifikationsniveau wie die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund?
- Gelingt der Zugang zu Arbeit, wird dasselbe Ausmaß an Erwerbstätigkeit und Entlohnung erreicht?
- Erlangen die Migranten dieselben Aufstiegschancen?

Da sich der Bildungsstand als zentraler Faktor für den Integrationserfolg herausstellt, wird in Kapitel 3 der Zugang zur beruflichen Bildung näher untersucht. Die zentralen Fragen lauten:

- Wie können Probleme beim Übergang in die berufliche Bildung erklärt werden, welchen Einfluss haben hierbei Unterschiede zwischen Migranten und Nicht-Migranten in Bezug auf die Ausbildungsreife?
- Wie kann die Ausbildungsbeteiligung von Migranten erhöht werden?
- Welche Potenziale bietet eine verbesserte Verwertbarkeit im Ausland erworbener Qualifikationen?

Aus langfristiger Perspektive ist die Ausbildungsreife der Migranten von zentraler Bedeutung für ihren Integrationserfolg. Daraus ergeben sich die zentralen Fragen in Kapitel 4:

- Warum schneiden Jugendliche mit Migrationshintergrund in Hinblick auf Kompetenzen schlechter ab als einheimische Jugendliche?
- Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die frühkindliche Bildung, die schulische Infrastruktur und die qualitätsbezogenen Rahmenbedingungen an den Schulen? Welche Reformen sind in diesen Bereichen zielführend?

Schließlich ist auch zu untersuchen, ob sich Maßnahmen zur Stärkung des Zugangs zu Bildung und Arbeit sowie der Aufstiegsmobilität für den Staat rechnen. Die in diesem Zusammenhang stehenden Fragen behandelt Kapitel 5:

- Wie hoch sind die zusätzlichen Kosten für einen verbesserten Übergang in die berufliche Bildung und welche Erträge stehen diesen Maßnahmen kurz- bis mittelfristig gegenüber?
- Wie hoch sind die Kosten der langfristig wirksamen Maßnahmen zur Stärkung der Ausbildungsreife? Wie hoch sind langfristig die Erträge dieses Investitionsprogramms?

Die Studie schließt mit einer Zusammenfassung in Kapitel 6.

2 Stand der Integration

In diesem Kapitel wird der Integrationsstand der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland betrachtet. Dazu werden zunächst der Zugang zu Bildung untersucht, danach die Arbeitsmarktintegration und im dritten Schritt die Aufstiegschancen der Migranten. Es wird in diesem Kapitel analysiert, wie hoch der Qualifikationsstand der Migranten im Vergleich zu Nicht-Migranten ist, inwieweit sich qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten oder die Entlohnung unterscheiden und inwiefern sich Nachteile bei der Aufstiegsmobilität ergeben, auch wenn Unterschiede bei Arbeitsmarkteteiligung und Bildungsstand herausgerechnet werden.

Definitionen von „Migranten“

Insgesamt werden in der wissenschaftlichen Literatur verschiedene Definitionen von „Migranten“ verwendet. In internationalen Statistiken der OECD werden bei der Betrachtung von zugewanderten beziehungsweise nicht zugewanderten Bevölkerungsgruppen Personen unterschieden, die im Ausland beziehungsweise im Inland geboren sind. Um die Einordnung der Analyseergebnisse zu erleichtern, werden an dieser Stelle daher die verschiedenen im vorliegenden Bericht verwendeten Definitionen aufgelistet.

Die Definition des Statistischen Bundesamtes, die im Mikrozensus eine Abgrenzung zwischen den zugewanderten und nicht zugewanderten Personen erlaubt, lautet:

Menschen mit Migrationshintergrund sind „...alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“. Nach dieser Abgrenzung sind insbesondere alle Ausländer, (Spät-)Aussiedler und ihre Nachkommen sowie Kinder mit nur einem zugewanderten Elternteil der Gruppe von Migranten zugeordnet.

Eigene **Migrationserfahrung** bedeutet nach dieser Definition, dass die betrachteten Personen im Ausland geboren und selbst nach Deutschland eingewandert sind, die **fehlende Migrationserfahrung** bedeutet, dass die Personen in Deutschland geboren sind. Im Folgenden werden Menschen mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung zudem als **1. Migrantengeneration** und die in Deutschland geborenen als **2. und höhere Generation** bezeichnet.

Oft wird im vorliegenden Bericht ebenfalls auf OECD-Daten zurückgegriffen. Dort wird im Gegensatz zum Mikrozensus häufig nicht in Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden, sondern vor allem an der **Staatsangehörigkeit** oder **Geburtsort** orientiert. Auf diese Weise ergeben sich die Gruppen von Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit (Ausländer) beziehungsweise derjenigen mit der Staatsangehörigkeit des jeweiligen Staates (z. B. Deutsche) sowie die im Ausland beziehungsweise im Inland geborene Bevölkerung. Eventuelle weitere verwendete Abgrenzungen der Bevölkerung mit ausländischen Wurzeln werden im vorliegenden Bericht an den entsprechenden Stellen präzisiert.

2.1 Zugang zu Bildung

Um den Zugang zu Bildung zu untersuchen, wird zunächst der Bildungsstand der Zuwanderer relativ zur einheimischen Bevölkerung einem internationalen Vergleich unterzogen. Danach werden die Qualifikationen der Migranten differenziert nach Migrationsstatus für die erwachsene Bevölkerung dargestellt. Auf dieser Basis wird dann der Höherqualifizierungsbedarf bei Migranten ermittelt, um einen mit Nicht-Migranten vergleichbaren Qualifikationsstand zu erreichen.

2.1.1 Bildungsstand der Zuwanderer im internationalen Vergleich

Die Qualifikationen von Zugewanderten sind von enormer Bedeutung für ihren Integrationserfolg im Aufnahmeland. Je größer der Anteil der Unqualifizierten unter den Zugewanderten ist, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie von Bildungsarmut oder Arbeitslosigkeit betroffen sind und in Abhängigkeit von staatlichen Sozialtransfers geraten (Riesen, 2009). Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass in Deutschland der Anteil der im Ausland geborenen Personen mit höchstens einem Abschluss der Sekundarstufe 1 mit 45,8 Prozent sehr hoch ist (Tabelle 1). Das heißt, dass fast die Hälfte aller Zugewanderten im Alter von über 15 Jahren maximal über einen Abschluss der Stufe 2 der ISCED¹-Klassifikation verfügt, was in Deutschland einem Haupt- oder Realschulabschluss beziehungsweise dem Absolvieren des Berufsvorbereitungsjahres entspricht (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2008, 216). Diese Gruppe verfügt damit nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Damit zeigt Deutschland im OECD-Vergleich neben Österreich, den Niederlanden und Frankreich einen überdurchschnittlich hohen Anteil an unqualifizierten Migranten. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 41 Prozent. Erschwerend kommt hinzu, dass die Quote hochqualifizierter Einwanderer in Deutschland mit knapp 15 Prozent ebenfalls einen sehr ungünstigen Wert aufweist und fast 8 Prozentpunkte unter dem durchschnittlichen OECD-Wert von 22,7 Prozent liegt.

Tabelle 1
Qualifikationsstruktur der im Ausland und der im Inland geborenen Bevölkerung im internationalen Vergleich

Abschlüsse der über 15-Jährigen, 2006

	im Ausland geboren		im Inland geboren		Relation der Quoten	
	geringqualifiziert in Prozent	hochqualifiziert in Prozent	geringqualifiziert in Prozent	hochqualifiziert in Prozent	geringqualifiziert	hochqualifiziert
Australien	41,3	25,8	48,5	20,0	0,9	1,3
Schweiz	41,6	23,7	25,6	18,1	1,6	1,3
Kanada	30,1	38,0	31,6	31,5	1,0	1,2
Österreich	49,4	11,3	33,4	10,9	1,5	1,0
USA	39,2	26,1	20,3	27,4	1,9	1,0
Deutschland	45,8	14,9	24,2	19,3	1,9	0,8
Schweden	29,5	24,3	25,0	22,8	1,2	1,1
Irland	29,6	41,1	47,8	22,7	0,6	1,8
Niederlande	49,2	19,2	40,5	18,8	1,2	1,0
Frankreich	54,8	18,1	45,8	16,9	1,2	1,1
OECD	41,1	22,7	41,4	17,7	1,0	1,3
UK	40,6	34,8	51,2	20,1	0,8	1,7
Japan	25,9	30,0	25,1	27,8	1,0	1,1

geringqualifiziert: ISCED 0-2; hochqualifiziert: ISCED 5/6; Relation: Verhältnis vom Anteil unter der im Ausland geborenen Bevölkerung zum Anteil unter der im Inland geborenen Bevölkerung

Anmerkung: Absteigend sortiert nach dem Anteil der im Ausland geborenen Personen an der Bevölkerung

Quelle: OECD, 2008a

¹ ISCED: International Standard Classification of Education

Die relativ ungünstige Qualifikationsstruktur der Einwanderer gewinnt an Bedeutung, wenn deren Qualifikationsstruktur mit jener der in Deutschland geborenen Bevölkerung verglichen wird. Im OECD-Durchschnitt gibt es zwischen der Verteilung der Abschlüsse der einheimischen und der im Ausland geborenen Bevölkerung nur geringfügige Abweichungen: Es haben etwas mehr Zuwanderer als die in den einzelnen OECD-Ländern Geborenen einen tertiären Bildungsabschluss (Relation hochqualifizierter Zuwanderer zu Hochqualifizierten aus dem jeweiligen Inland: 1,3), im unteren Qualifikationssegment gibt es keine bedeutende Differenz (Relation: 1,0).

In Deutschland gibt es demgegenüber auffällige Unterschiede in den Qualifikationsstrukturen beider Bevölkerungsgruppen: Der Anteil der Migranten ohne einen beruflichen Abschluss (maximal ein Sek-I-Abschluss) übersteigt den Anteil unqualifizierter Einheimischer um 21,6 Prozentpunkte. Damit haben die in Deutschland geborenen Personen im Vergleich zu den im Ausland geborenen und nach Deutschland zugezogenen Personen ein durchschnittlich deutlich höheres berufliches und allgemeines Bildungsniveau.

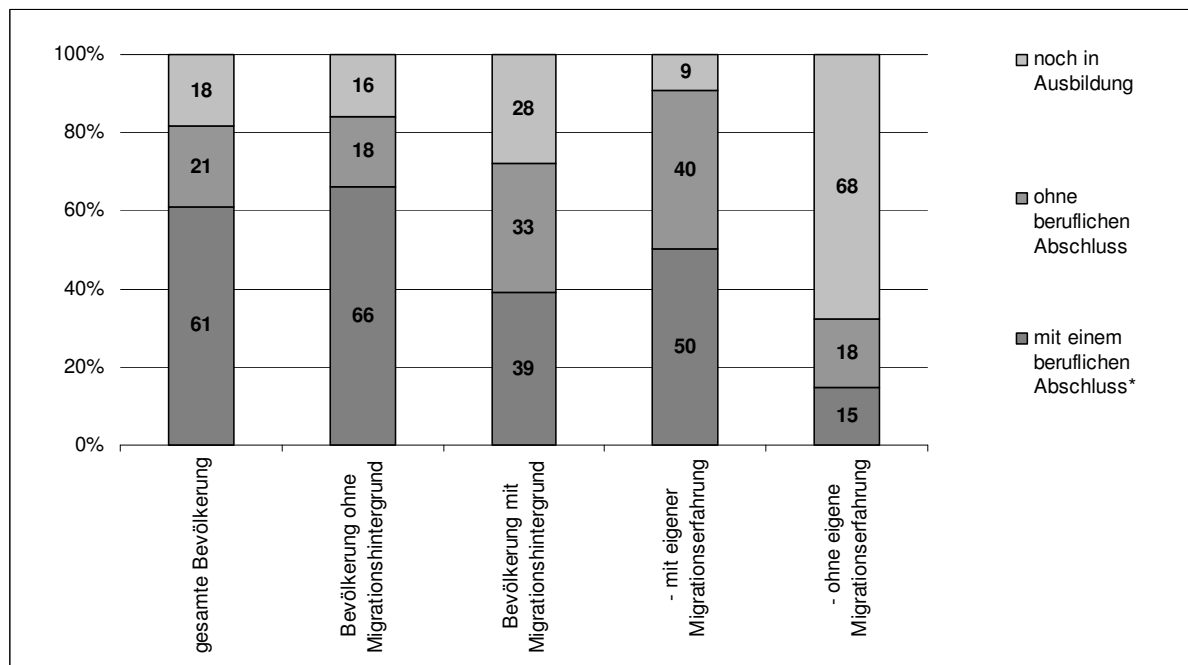
Das durchschnittliche Qualifikationsniveau der Einwanderer ist folglich deutlich niedriger als das der inländischen Bevölkerung, so dass die durchschnittliche Humankapitalausstattung pro Kopf durch Zuwanderung in Deutschland gesunken ist. Insbesondere in den wachstumsstarken Volkswirtschaften konnte hingegen eine Zuwanderung erreicht werden, die zu einer Erhöhung des durchschnittlichen Humankapitals pro Kopf führte und hierdurch erhebliche Wachstumsimpulse generierte (Koppel/Plünnecke, 2008).

2.1.2 Differenzierte Darstellung der Qualifikationen nach Migrationsstatus

Mithilfe des deutschen Mikrozensus lässt sich seit 2005 eine weitere umfassendere und feinere Analyse der Qualifikationsstrukturen der deutschen und der zugewanderten Bevölkerung durchführen. Auch hierbei fallen auf den ersten Blick gravierende Unterschiede in den Qualifikationsstrukturen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund auf. In unterschiedlicher Detailliertheit sind sie bereits in zahlreichen Publikationen thematisiert worden (u. a. Beauftragte, 2009; Konsortium Bildungsberichterstattung, 2006; Riesen, 2009). Im Allgemeinen wurde dabei wiederholt auf die Bildungsdefizite der Migranten in Deutschland hingewiesen, die sich insbesondere in einem hohen Anteil unqualifizierter Personen mit Migrationshintergrund äußern. So besitzen 66 Prozent der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund einen beruflichen Abschluss, 18 Prozent haben keinen beruflichen Abschluss und 16 Prozent befinden sich noch im (Berufs-)Bildungssystem (Abbildung 1).

Bei den Menschen mit einem Migrationshintergrund verteilen sich diese Anteile anders: Nur 39 Prozent verfügen über einen Berufs- oder Hochschulabschluss, ein Drittel (33 Prozent) hat keinerlei berufliche Ausbildung absolviert und 28 Prozent besuchen noch eine Bildungseinrichtung. Dabei fällt auf, dass die Qualifikationsverteilung der Migranten mit eigener Migrationserfahrung sich von der Qualifikationsverteilung der Migranten ohne eigene Migrationserfahrung deutlich unterscheidet. Ein wichtiger Grund: Menschen ohne eigene Migrationserfahrung sind im Durchschnitt nur 15 Jahre alt und befinden sich deswegen zu fast 70 Prozent noch im Bildungssystem.

Abbildung 1
Qualifikationsstrukturen der Gesamtbevölkerung nach Migrationsstatus
 im Jahr 2007, in Prozent



* Zu beruflichen Abschlüssen gehören neben der Lehre (Lehre und andere berufsqualifizierenden Abschlüsse), Weiterbildungsabschlüssen (Meister-, Techniker- oder Fachschulabschluss) und Hochschulabschlüssen (Universitäts-, Fachhochschulabschluss sowie Promotion) weitere weniger verbreitete berufliche Qualifikationen wie Anlernausbildung, Berufsvorbereitungsjahr usw.

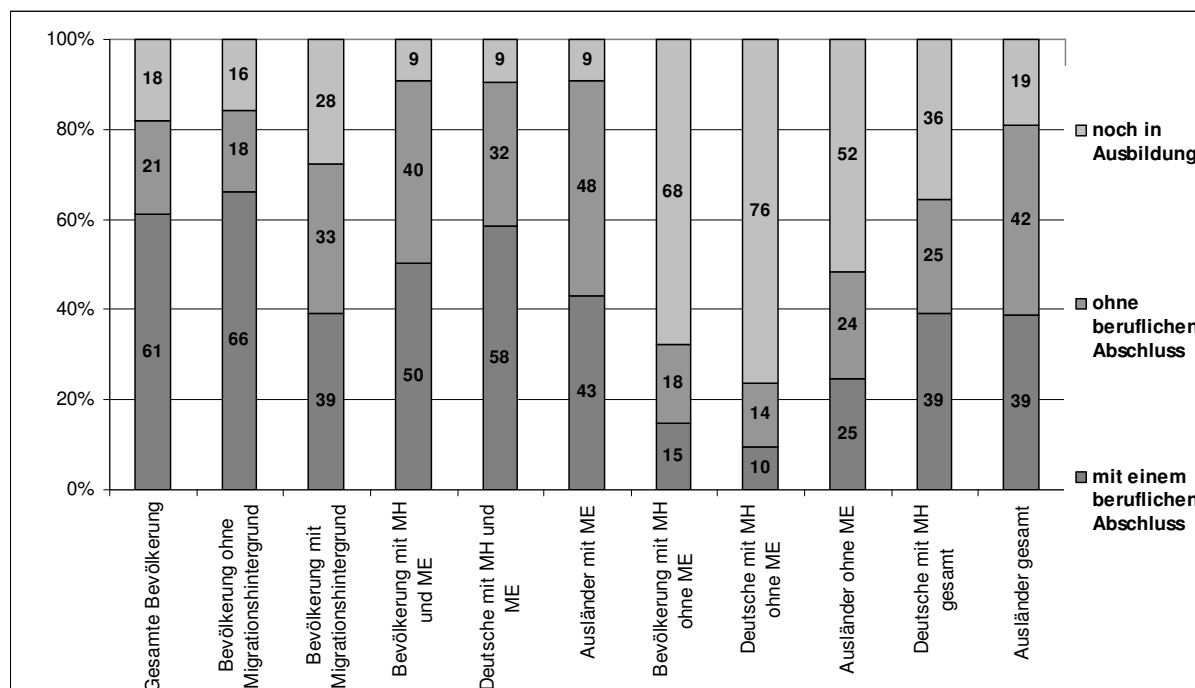
Quelle: eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2007

Abbildung 2 zeigt jedoch, dass neben einer Differenzierung nach vorhandenem oder nicht vorhandenem Migrationshintergrund (MH) und Migrationserfahrung (ME) auch weitere Merkmale zur Differenzierung der Qualifikationsunterschiede innerhalb der zugewanderten Bevölkerung herangezogen werden können. Um ein vollständiges Bild der Qualifikationsunterschiede zu erhalten, ist auch eine Trennung nach Staatsangehörigkeit (deutsch und nicht-deutsch) sowie eine Fokussierung auf Altersgruppen sinnvoll.

So weisen Zugewanderte mit deutscher Staatsangehörigkeit beispielsweise einen deutlich niedrigeren Anteil an unqualifizierten Personen als Ausländer auf (25 versus 42 Prozent). Ein Teil dieses Unterschieds lässt sich durch das geringere Durchschnittsalter dieser Gruppe erklären, welches auch dazu führt, dass sich ein größerer Anteil noch im Bildungssystem befindet. Bei den ausländischen Personen weist ebenfalls die erste Generation mit 48 Prozent den höchsten Anteil Unqualifizierter auf. Aber auch bei den Ausländern, die in Deutschland geboren sind und damit wahrscheinlich das deutsche Bildungssystem durchlaufen haben, ist der Anteil derjenigen ohne einen beruflichen Abschluss mit 24 Prozent immer noch 6 Prozentpunkte höher als bei der ursprünglich deutschen Bevölkerung (18 Prozent). Trotz einer durchschnittlich besseren Position haben Einwanderer mit deutscher Staatsangehörigkeit immer noch einen höheren Anteil an Unqualifizierten (25 Prozent) und einen niedrigeren Anteil an beruflich ausgebildeten Personen (39 Prozent) als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Der Grund dafür liegt bei denjenigen, die eine eigene Migrationserfahrung haben: Ein Drittel von ihnen verfügt über keine abgeschlossene Aus-

bildung. Der niedrige Anteil von Deutschen mit Migrationshintergrund mit einem beruflichen Bildungsabschluss relativiert sich demgegenüber, denn er ist wiederum der Altersstruktur der 2. und 3. Generation geschuldet. Die 1. Generation der Deutschen mit einem Migrationshintergrund zeigt mit 58 Prozent den höchsten Qualifiziertenanteil aller Migrantengruppen.

Abbildung 2
Qualifikationsstrukturen der Gesamtbevölkerung nach Migrationserfahrung und Staatsangehörigkeit
 im Jahr 2007, in Prozent

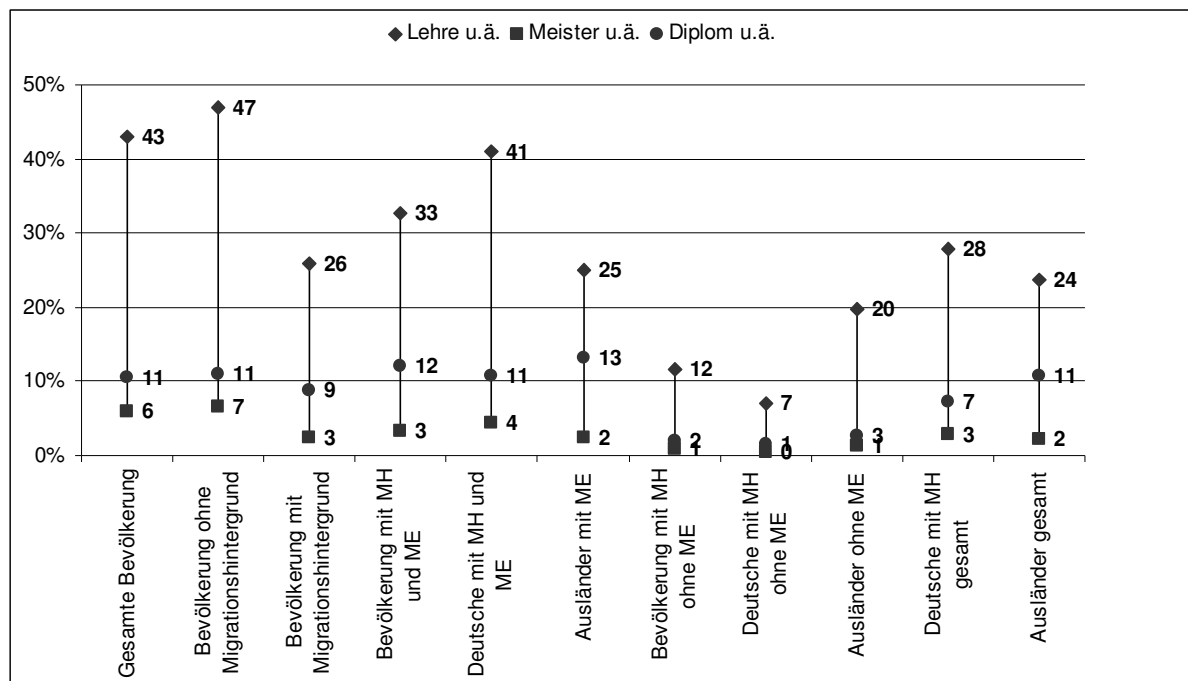


Quelle: eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2007

Bei der Betrachtung der Art der erworbenen Abschlüsse fallen ebenfalls nicht nur die Niveauunterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund sondern ebenfalls Differenzen innerhalb der zugewanderten Bevölkerung selbst auf (Abbildung 3).

Gemessen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung liegen die Anteile der Hoch- und Mittelqualifizierten unter Menschen mit Migrationshintergrund unter dem Niveau der nicht-zugewanderten Bevölkerung: 47 Prozent der ursprünglich deutschen Bevölkerung besitzen einen Berufsausbildungsabschluss, 11 Prozent haben einen Hochschulabschluss und 7 Prozent verfügen über einen beruflichen Weiterbildungsabschluss. Unter Migranten können nur 26 Prozent einen Berufsausbildungs-, nur 9 Prozent einen Hochschulabschluss und sogar nur 3 Prozent eine Meister- oder Technikerprüfung vorweisen. Dies ist jedoch Folge der weiter oben bereits festgestellten Unterschiede in der grundlegenden Qualifikationsstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, insbesondere des im Allgemeinen niedrigeren Qualifiziertenanteils. Einzig Migranten mit ausländischer Staatsangehörigkeit zeigen eine Hochschulabsolventenquote oberhalb des Niveaus der ursprünglich deutschen Bevölkerung. Die Deutschen mit Migrationshintergrund und Migrationserfahrung und die Ausländer insgesamt erreichen zumindest den gleichen Anteil von 11 Prozent.

Abbildung 3
Anteil der Bevölkerung an der entsprechenden Gruppe nach Art des Abschlusses und nach Migrationsstatus, Gesamtbevölkerung
 im Jahr 2007, in Prozent

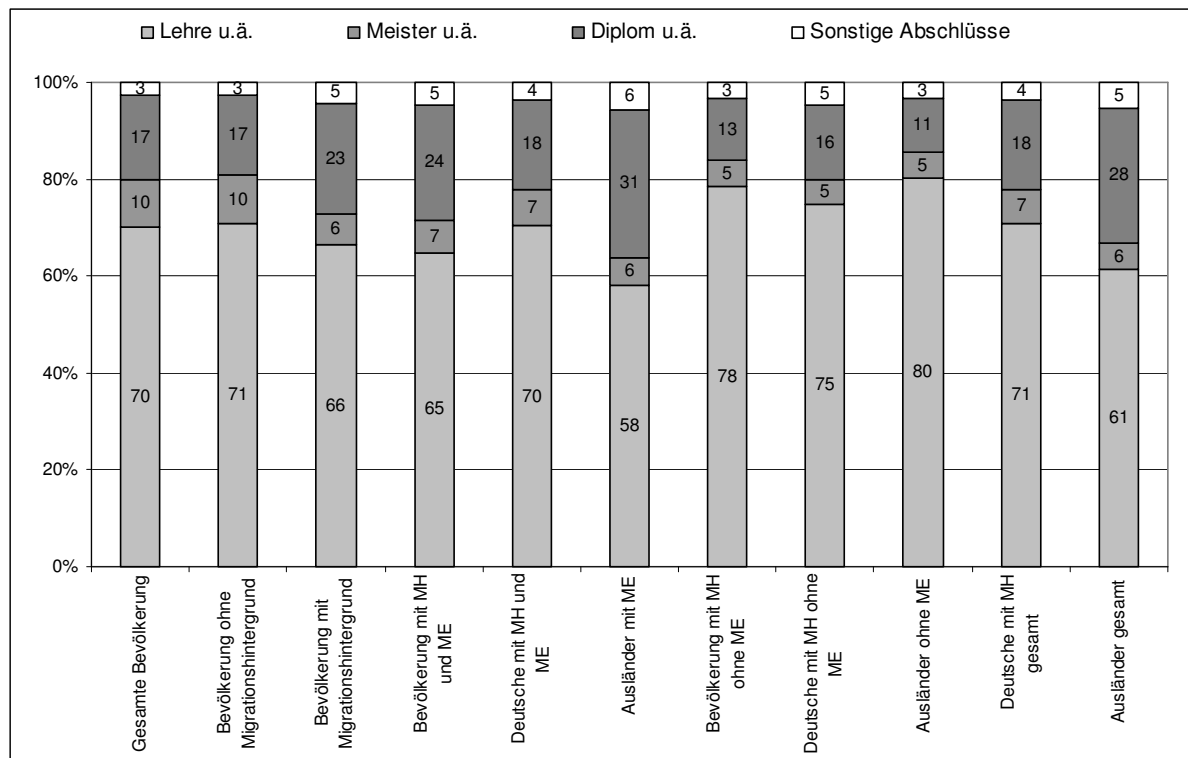


Quelle: eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2007

Darüber hinaus variieren auch die Prioritäten bei der Entscheidung für eine bestimmte Art von beruflicher Qualifikation je nach Migrantenstatus (Abbildung 4). Betrachtet man nur die Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung, so zeigen Migranten der 1. Generation eine deutlich höhere Neigung zum Erwerb eines Hochschulabschlusses (24 Prozent) als die 2. Generation (13 Prozent) und sogar als die nicht-zugewanderte Bevölkerung (17 Prozent). Der Anteil wird insbesondere von denjenigen von ihnen getragen, die (zumindest noch) eine ausländische Staatsangehörigkeit haben: Ein Drittel der Ausländer mit beruflichem Abschluss und mit eigener Migrationserfahrung besitzt ein Diplom oder einen anderen Hochschulabschluss. Die in Deutschland Geborenen tendieren bei ihrer Bildungsentscheidung hingegen eher als Nicht-Migranten oder die 1. Migrantengeneration zu einem Lehr- oder einem anderen berufsqualifizierenden Abschluss unterhalb des Hochschulniveaus: Unter den Personen mit einem beruflichen Abschluss haben 78 Prozent der Migranten ohne eigene Migrationserfahrung, 71 Prozent der Nicht-Migranten und 65 Prozent der selbst Zugewanderten haben einen mittleren berufsqualifizierenden Abschluss. In Bezug auf die Meisterqualifikationen und ähnlichen Weiterbildungsabschlüsse zeigen allerdings alle Migrantengruppen unabhängig von Staatsangehörigkeit und Geburtsort einen niedrigeren Anteil als Nicht-Migranten.

Abbildung 4
Bildungsprioritäten nach Migrationsstatus

Anteil verschiedener Abschlüsse an der Bevölkerung mit beruflichem Abschluss nach Migrationsstatus im Jahr 2007 in Prozent



Quelle: eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2007

2.1.3 Bildungsstand der erwachsenen Bevölkerung

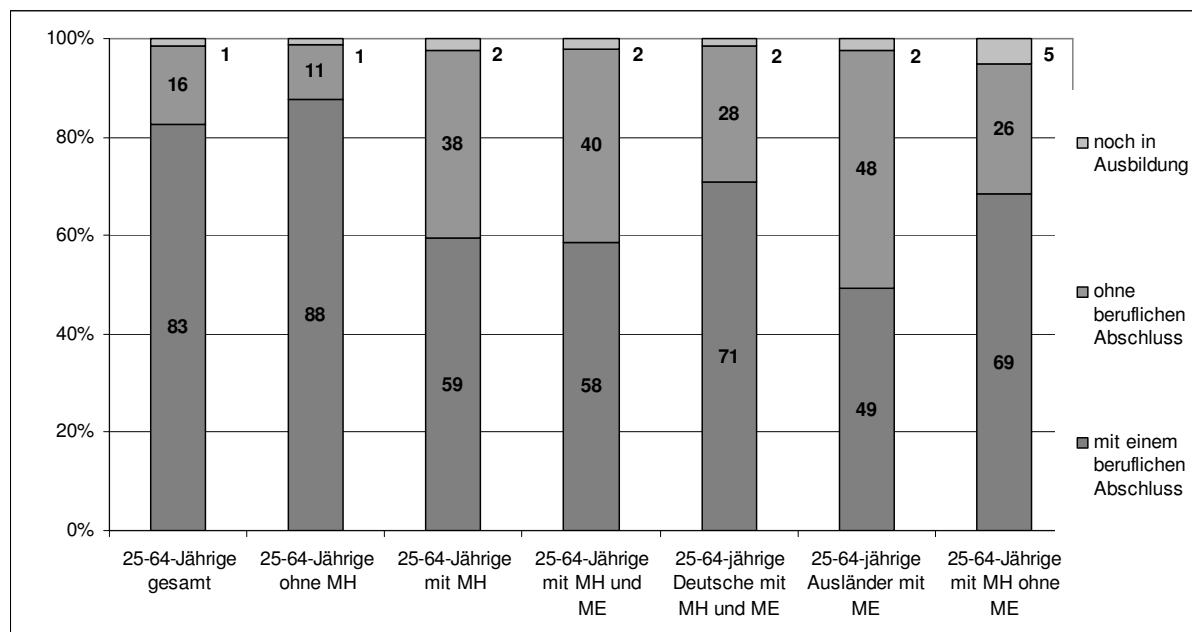
Um Altersstruktureffekte auszuschließen, wird zusätzlich die Gruppe der 25- bis 64-Jährigen – also die Gruppe der erwachsenen, potenziell erwerbsfähigen und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Bevölkerung explizit betrachtet (Abbildung 5).²

Der positive Zusammenhang zwischen dem Qualifiziertenanteil an einer Bevölkerungsgruppe und der deutschen Staatsangehörigkeit beziehungsweise Deutschland als Geburtsort bestätigt sich: Innerhalb der erwachsenen zugewanderten Bevölkerung zeigen diejenigen eine günstigere Qualifikationsverteilung, die entweder über die deutsche Staatsangehörigkeit oder über keine eigene Migrationserfahrung verfügen. Die ungünstigste Qualifikationsstruktur zeigen 25- bis 64-jährige Ausländer mit eigener Migrationserfahrung: Nur 49 Prozent von ihnen haben eine berufliche oder Hochschulausbildung absolviert und ebenfalls fast die Hälfte (48 Prozent) kann keinerlei berufliche Abschlüsse vorlegen. Alle Migrantengruppen stehen jedoch schlechter da als die Deutschen ohne einen Migrationshintergrund: Während 88 Prozent der 25- bis 64-jährigen Nicht-Migranten

² Die Qualifikation und Bildungssituation der unter 25-Jährigen mit und ohne Migrationshintergrund werden in Kapitel 3 ausführlich analysiert.

über einen Berufsabschluss verfügen, liegt dieser Anteil bei Migranten fast 30 Prozentpunkte darunter (59 Prozent).

Abbildung 5
Qualifikationsstrukturen der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung nach Migrationsstatus
 im Jahr 2007, in Prozent

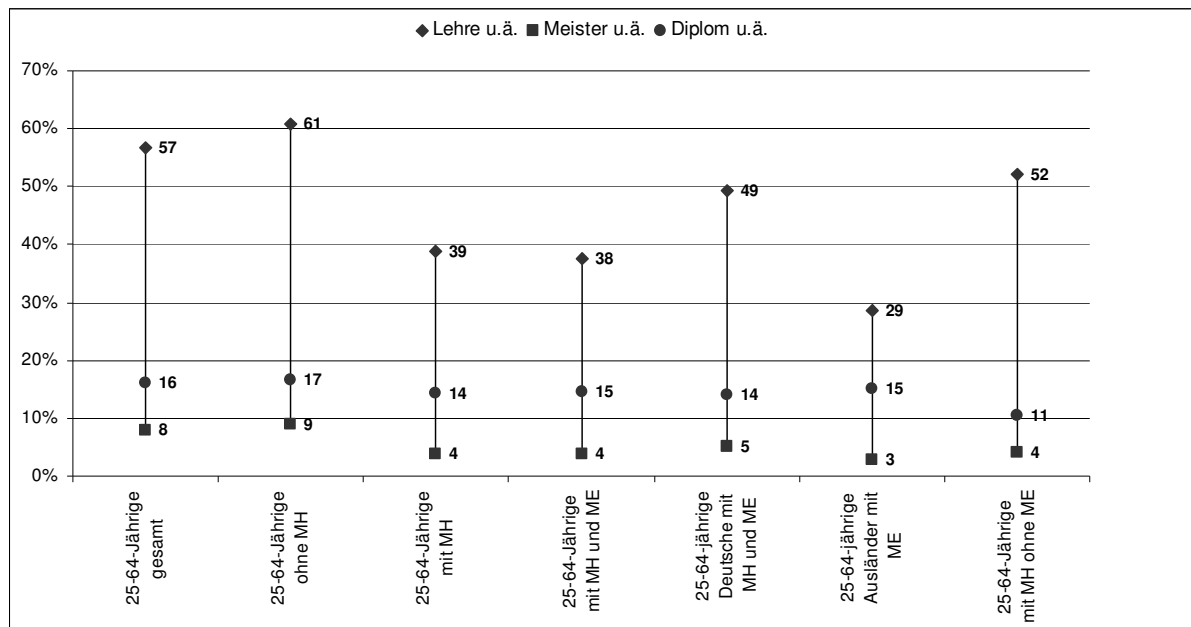


Quelle: eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2007

Bei der Eingrenzung der analysierten Bevölkerungsgruppen auf die 25- bis 64-Jährigen können die Altersstruktureffekte ausgeschlossen werden, die insbesondere bei den Migranten ohne eigene Migrationserfahrung einen großen Einfluss auf die Abschlussstruktur haben. In Abbildung 6 sieht man, dass den höchsten Anteil der beruflich Mittelqualifizierten nach Personen ohne Migrationshintergrund (61 Prozent) gerade die Personen ohne eigene Migrationserfahrung (52 Prozent) aufweisen. Erst dann folgt die Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund und Migrationserfahrung mit 49 Prozent.

Alle zugewanderten Bevölkerungsgruppen haben bei der Betrachtung der 25- bis 46-jährigen Bevölkerung niedrigere Akademikeranteile als die Deutschen ohne Migrationshintergrund (Abbildung 6). Die Quote der Weiterbildungsabschlüsse bleibt auf einem relativ zu der einheimischen Bevölkerung niedrigen Niveau. Die in Abbildung 3 höhere Akademikerquote unter der Bevölkerung mit Migrationserfahrung ist folglich auf Altersstruktureffekte zurückzuführen.

Abbildung 6
Anteil der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung an der entsprechenden Gruppe nach Abschluss und Migrationsstatus
 im Jahr 2007, in Prozent



Quelle: eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2007

Als Fazit aus der Betrachtung der Qualifikationsstrukturen lassen sich folgende Punkte festhalten:

- Im Allgemeinen weist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund einen höheren Anteil an unqualifizierten und einen niedrigeren Anteil von hochqualifizierten Personen auf als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Es besteht also ein negativer Effekt des Migrationshintergrunds auf die grundlegende Qualifikationsstruktur. Dieser Effekt verstärkt sich, wenn eine eigene Migrationserfahrung besteht. Bei der 1. Migrantengeneration zeigt wiederum die deutsche Staatsangehörigkeit einen Zusammenhang mit dem Anteil qualifizierter oder unqualifizierter Personen: Die Deutschen mit Migrationshintergrund weisen eine durchschnittlich deutlich bessere Qualifikationsstruktur auf als die Einwanderer mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit (der Anteil Hochqualifizierter steigt, der Unqualifiziertenanteil fällt). Der negative Zusammenhang des Anteils unqualifizierter Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit gilt in abgeschwächter Form auch für die 2. Generation. Bei Kontrolle des Anteils jüngerer und älterer Altersgruppen – also bei ausschließlicher Betrachtung der 25-bis 64-jährigen Bevölkerung – bleibt der negative Effekt der eigenen Migrationserfahrung bestehen. Auch hier schwächt er sich bei den Deutschen mit Migrationshintergrund ab und wird stärker bei erwachsenen Einwanderern ohne deutsche Staatsangehörigkeit.
- Die Anteile der Migranten mit einem Hochschulabschluss, einem mittleren berufsqualifizierenden Abschluss oder einem Meister-/Technikerabschluss liegen unterhalb der entsprechenden Anteile der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (negativer Effekt des Migrationshintergrunds). Nach Kontrolle der Altersstrukturunterschiede ergeben sich folgende Zu-

sammenhänge mit weiteren migrationsspezifischen Merkmalen: Die eigene Migrationserfahrung hat einen eher positiven Effekt auf die akademischen und einen negativen Effekt auf die mittleren beruflichen Qualifikationen. Der Anteil der Meister-/Technikerabschlüsse bleibt unverändert. Zudem bringen Migranten mit ausländischer Staatsangehörigkeit etwas häufiger einen Hochschulabschluss mit als die Deutschen mit Migrationshintergrund. Die Unterschiede sind jedoch gering. In Bezug auf die mittleren Qualifikationen haben die deutsche Staatsangehörigkeit bei der 1. Generation und die Zugehörigkeit zu der 2. Generation einen positiven Einfluss. Die ausländische Staatsangehörigkeit in Kombination mit eigener Migrationserfahrung verstärkt demgegenüber den negativen Effekt auf den Anteil der Personen mit einer Berufsausbildung.

Ermittlung des Höherqualifizierungspotenzials

Aus den jeweiligen Jahrgangsstärken und Qualifikationsanteilen von Migranten und Nicht-Migranten (Tabelle Anhang) lässt sich der Nachqualifizierungsbedarf von Migranten berechnen, damit diese gleich hohe Anteile an mindestens mittleren Qualifikationen aufweisen. Bei den 25- bis 34-jährigen Migranten ergibt sich beispielsweise ein Qualifizierungsbedarf von rund 620.000 Personen (Tabelle 2). Bei den 35-44-Jährigen ist das Potenzial mit 733.000 Personen am höchsten.

Tabelle 2
Nachqualifizierungsbedarf nach Altersgruppen
 im Jahr 2007, Anzahl und in Prozent

	ohne Migrationshintergrund ohne beruflichen Abschluss		mit Migrationshintergrund ohne beruflichen Abschluss		Differenz in Prozentpunkten	Nachqualifizierungsbedarf in 1.000
	in 1.000	Anteil an Bevölkerung in Prozent	in 1.000	Anteil an Bevölkerung in Prozent		
25 – 34 Jahre	664	9	858	34	25	620
35 – 44 Jahre	1.023	9	958	39	30	733
45 – 54 Jahre	1.136	11	729	38	27	512
55 – 64 Jahre	1.178	14	646	44	30	439

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2007

Auch in höheren Altersgruppen besteht ein Höherqualifizierungspotenzial. Es wird jedoch mit zunehmendem Alter schwieriger, eine Höherqualifizierung aus ökonomischer Sicht vorteilhaft zu gestalten, da die „Ertragsphase“ dieser Investition kürzer wird.

2.2 Zugang zum Arbeitsmarkt

Neben dem durchschnittlichen formalen Bildungsstand könnten weitere relevante Faktoren den Zugang von Migranten zum Arbeitsmarkt beeinflussen. Zur Analyse dieses Zugangs sollen zunächst die Arbeitslosenquoten von Migranten den Quoten der Nicht-Migranten gegenübergestellt werden. Als zweites werden dann die qualifikationsbedingten Lohnunterschiede innerhalb der Gruppe der Migranten und der Nicht-Migranten auf Basis des SOEP (Sozio-oekonomisches Panel) analysiert. Im dritten Schritt werden die Kompetenzen der erwachsenen Bevölkerung von Migranten und Nicht-Migranten miteinander verglichen, um mögliche Probleme für den Arbeitsmarktzugang in Form einer höheren Arbeitslosigkeit oder geringerer Löhne zu beschreiben, die aus unterschiedlichen Kompetenzniveaus bei gleichen formalen Qualifikationen resultieren.

2.2.1 Arbeitsmarktbeteiligung von Migranten

Eine der Qualifikation entsprechende Erwerbstätigkeit ist eine wichtige Weichenstellung im Hinblick auf die Fähigkeit der Zuwanderer, im Aufnahmeland ein eigenständiges Leben zu führen. Da die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland eine mit Blick auf die demografische Entwicklung günstigere Altersstruktur als die Nicht-Migranten aufweist, wird ihre Bedeutung als Beschäftigungspotenzial weiterhin zunehmen. Tabelle 3 zeigt jedoch für die Altersgruppe der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung, dass die Partizipation der Migranten auf dem Arbeitsmarkt hinter jener der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zurückbleibt. Die Erwerbslosenquote gemessen an Erwerbspersonen ist mit 14 Prozent doppelt so hoch wie die der nicht-zugewanderten Bevölkerung. Der Anteil der Erwerbsfähigen, die auf ALG I- oder Hartz IV-Leistungen als überwiegende Quelle des Lebensunterhalts angewiesen sind, ist unter Migranten ebenfalls deutlich höher als der entsprechende Anteil bei Nicht-Migranten (21 versus 9 Prozent). Dies bedeutet, dass beim zentralen Indikator für eine erfolgreiche Integration – dem Zugang zu Arbeit – ein erhebliches Defizit zu verzeichnen ist.

Tabelle 3
Arbeitsmarktbeitragsleistung und -erfolg der Bevölkerung in Deutschland nach Migrationsstatus
 im Jahr 2007, absolut und in Prozent

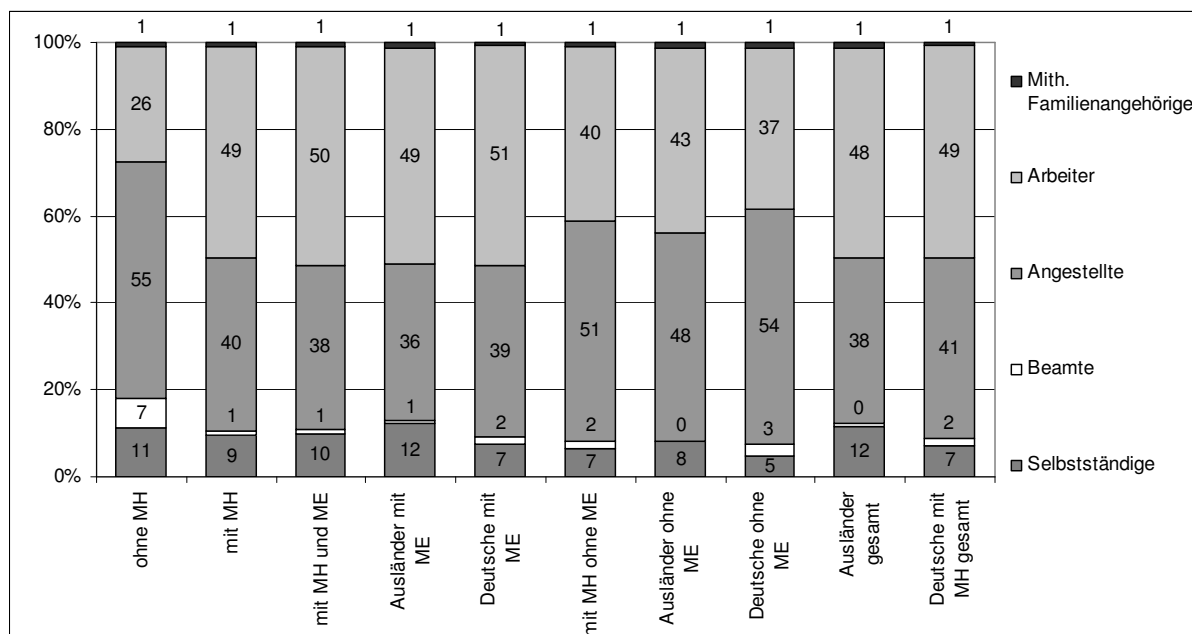
	25- bis 64-jährige Erwerbspersonen, in 1.000	Anteil Erwerbs- loser, in Prozent	Anteil ALG I-/ Hartz IV- Empfänger, in Prozent
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	34.365	7	9
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	7.405	14	21
- Bevölkerung mit Migrationshintergrund und Migrationserfahrung	6.308	14	21
darunter: Ausländer mit ME	3.269	17	25
darunter: Deutsche mit ME	3.039	12	16
- Bevölkerung mit Migrationshintergrund ohne Migrationserfahrung	1.097	13	21
darunter: Ausländer ohne ME	605	14	20
darunter: Deutsche mit Migrationshintergrund ohne ME	492	12	21
nachrichtlich			
- Ausländer gesamt	3.874	16	24
- Deutsche mit Migrationshintergrund gesamt	3.531	12	17

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2008a

Von den verschiedenen Zuwanderergruppen weisen wiederum diejenigen ohne die deutsche Staatsangehörigkeit eine quantitativ schlechtere Arbeitsmarktpartizipation als die Deutschen mit Migrationshintergrund auf. Dabei verstärkt die eigene Migrationserfahrung diesen negativen Zusammenhang.

Insgesamt sind Menschen mit Migrationshintergrund in Arbeitertätigkeiten überrepräsentiert (Abbildung 7). Mit 49 Prozent liegt der Arbeiteranteil unter ihnen deutlich höher als bei Menschen ohne Migrationshintergrund (26 Prozent). Der hohe Anteil geht insbesondere auf Kosten der Angestellten- und Beamtenquote: Während 55 beziehungsweise 7 Prozent der ursprünglich deutschen Bevölkerung diese Tätigkeiten ergreifen, sind es bei Migranten nur 40 und 1 Prozent. Auch der Anteil der Selbstständigen ist in der Erwerbsbevölkerung mit Migrationshintergrund niedriger als unter den Einheimischen – 11 versus 9 Prozent.

Abbildung 7
Stellung im Beruf nach Migrationshintergrund und Migrationserfahrung
 im Jahr 2007, in Prozent



Quelle: eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2007

Dabei bietet Selbstständigkeit nicht nur für den einzelnen Unternehmer Chancen, sondern auch für eine international verflochtene Gesellschaft. Abgesehen von der Schaffung von Arbeitsplätzen kann ausländisches Unternehmertum in Deutschland aufgrund der Sprachkenntnisse und interkultureller Kompetenzen das Erschließen neuer Märkte im Ausland befördern (Beauftragte, 2007, 23 ff.). Zudem verdienen die selbstständigen Migranten in Deutschland häufig mehr als Angestellte der gleichen Herkunft und teilweise sogar mehr als Selbstständige ohne Migrationshintergrund, wodurch sich Einkommensunterschiede zwischen der zugewanderten und nicht-zugewanderten Bevölkerung zumindest teilweise verringern (OECD, 2005, 51 f.).

Der Zugang zum Arbeitsmarkt unterscheidet sich nicht nur aufgrund des geringeren formalen Bildungsniveaus der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Auch bei gleichem formalen Bildungsniveau ist die Erwerbslosenquote unter Migranten höher als bei Nicht-Migranten (Tabelle 4).

Tabelle 4
Qualifikationsspezifische Erwerbslosenquote der Bevölkerung
 im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, im Jahr 2007, in Prozent

	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
geringqualifiziert	15,3	19,3
mittlere Qualifikation	7,8	11,7
hochqualifiziert	3,0	9,8

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis Sonderauswertung Mikrozensus 2007

Ein ähnliches Muster ist auch im internationalen Vergleich gemessen an der Differenz der Arbeitslosenquoten zwischen der im Inland und der im Ausland geborenen Bevölkerung in Deutschland zu beobachten (Tabelle 5). Die Quoten unterscheiden sich dabei leicht zu den Mikrozensus-Angaben, da die internationalen Daten nicht für das Jahr 2007 vorliegen und ein anderes Konzept zur Abgrenzung des Migrationshintergrundes verwendet wird.

Insgesamt sind die Unterschiede zwischen den Anteilen der arbeitslosen Zuwanderer und Einheimischen in Deutschland im Vergleich zu den in Tabelle 5 dargestellten Industrieländern am höchsten. Außerdem sind die absoluten Arbeitslosenquoten der niedrig- und mittelqualifizierten Einwanderer in Deutschland nach Frankreich die zweithöchsten und der Hochqualifizierten die höchsten von allen aufgeführten Ländern. Dies bedeutet, dass das Erwerbspotenzial der im Ausland geborenen Facharbeiter und insbesondere Akademiker in Deutschland nicht in gleichem Maße erschlossen wird wie jenes der hiezulande geborenen Bevölkerung.

Tabelle 5
Arbeitslosenquoten der im Inland und im Ausland geborenen über 15-jährigen Bevölkerung im internationalen Vergleich
 in Prozent, 2005*

Land	im Inland geboren			im Ausland geboren			Differenz Inland-Ausland		
	in Prozent			in Prozent			in Prozentpunkten		
	Sek I	Sek II	tertiär	Sek I	Sek II	tertiär	Sek I	Sek II	tertiär
Australien	10,4	6,2	2,7	10,8	8,5	5,7	-0,5	-2,3	-3,0
Schweiz	3,9	2,3	1,6	8,8	5,8	5,2	-4,9	-3,4	-3,6
Kanada	11,8	7,7	4,6	8,6	7,7	6,9	3,2	0,0	-2,3
Österreich	9,9	5,1	2,2	14,0	9,4	6,7	-4,2	-4,3	-4,5
USA	13,7	5,7	2,2	10,5	6,5	3,4	3,2	-0,8	-1,2
Deutschland	11,9	8,2	3,9	21,6	15,0	12,7	-9,8	-6,8	-8,9
Schweden	4,1	3,2	1,7	10,3	7,9	6,4	-6,2	-4,7	-4,7
Irland	14,6	6,0	3,5	18,1	11,1	7,5	-3,4	-5,1	-4,0
Niederlande	4,3	2,1	1,5	9,7	5,0	4,3	-5,4	-2,9	-2,8
Frankreich	17,1	11,5	6,5	24,1	18,8	11,9	-7,1	-7,3	-5,3
Großbritannien	7,3	5,1	2,9	11,3	8,8	5,6	-4,1	-3,7	-2,7
Japan	6,5	5,0	3,5	7,8	6,5	4,0	-1,2	-1,5	-0,5

* verschiedene Jahrgänge

Anmerkung: Absteigend sortiert nach dem Anteil der im Ausland geborenen Personen an der Bevölkerung; Rundungsdifferenzen

Quelle: OECD, 2008a

Sprachkenntnisse als Einflussfaktor

Die Arbeitsmarktpartizipation ist der strukturelle Kern einer erfolgreichen Integration von Migranten. Wer jedoch die Landessprache nicht umfassend beherrscht, kann meist die durchaus vorhandenen und wertvollen eigenen Kenntnisse und Berufserfahrungen nicht nutzen – sie werden entwertet. Sprachkenntnisse des Aufnahmelandes spielen für den Arbeitsmarkterfolg neben Bil-

dung, Familienstatus und betrieblicher Erfahrung eine herausragende Rolle. Dabei verstärken sich diese Faktoren wechselseitig. Effekte guter Sprachkenntnisse sind zwar im erreichten Bildungsniveau und betrieblicher Erfahrung bereits enthalten, sie weisen jedoch auch eine signifikante eigene Wirkung auf die Beschäftigungsmöglichkeiten und das Einkommen der Arbeitnehmer auf (Esser, 2006, 84 ff.; Dustmann/Fabbri, 2003). Mit wachsenden Sprachkenntnissen verbessert sich der Arbeitsmarktzugang und erhöht sich die Wahrscheinlichkeit der Annahme einer höheren beruflichen Position. Mit einer höheren beruflichen Position geht in den meisten Fällen ein steigendes Einkommen einher. Dabei deuten einzelne vorhandene Untersuchungen darauf hin, dass Sprachdefizite Produktivitätsvorteile beispielsweise von höherer Bildung überproportional mindern. Diese Tatsache gibt auch die Hinweise darauf, dass die Beschäftigungslücken zwischen Ausländern und Deutschen bei Hochqualifizierten auffällig hoch sind (Riesen, 2009). Denn die Entfaltung der vollständigen Produktivität eines Hochschulabschlusses aus dem Ausland wird auch bei formaler Anerkennung hierzulande durch die unzureichenden Sprachkenntnisse verhindert.

Nach Untersuchungen des IAB wird die Aktivität bei der Arbeitssuche ebenfalls durch Sprachkenntnisse beeinflusst: Erwerbslose Personen mit Migrationshintergrund, die zu Hause vor allem Deutsch sprechen, suchen intensiver nach Arbeit. Je besser die Sprachkenntnisse, desto eher lesen die Arbeitssuchenden Stellenanzeigen in Zeitungen oder recherchieren im Internet und bewerben sich. Erwerbslose Migrantinnen, die zu Hause überwiegend eine Fremdsprache sprechen, suchen deutlich seltener aktiv nach Arbeit als andere Migranten (IAB, 2006).

Diese Ergebnisse werden auch durch eine eigene Untersuchung mit SOEP-Daten bestätigt. Das Ergebnis des Regressionsmodells zeigt, dass geringqualifizierte Migranten signifikant mit einer höheren Wahrscheinlichkeit arbeitslos sind. Ebenso steigt die Arbeitslosigkeitswahrscheinlichkeit bei jungen Migranten (im Alter von unter 30 Jahren) und bei Älteren (im Alter von über 50 Jahren) im Vergleich zu den 30- bis 50-Jährigen. Kontrolliert um diese Effekte wird deutlich, dass auch die Sprache im Haushalt eine wichtige Rolle für die Wahrscheinlichkeit hat, arbeitslos zu sein. So ist diese Wahrscheinlichkeit gegenüber anderen Migranten der gleichen Qualifikation und des gleichen Alters fast um 60 Prozent höher, wenn im Haushalt nicht Deutsch gesprochen wird (Tabelle 6).

Tabelle 6:
Einflussfaktoren bei Personen mit Migrationshintergrund¹⁾ auf die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu sein

Variable	Odds Ratio
zu Hause wird überwiegend die Sprache des Herkunftslandes bzw. der Eltern gesprochen	1,57*
niedrige Qualifikation (Referenz: hohe Qualifikation)	1,84**
mittlere Qualifikation (Referenz: hohe Qualifikation)	1,01
männlich (Referenz: weiblich)	1,24
Alter: 18-30 (Referenz: >30 bis <=50)	1,78***
Alter: über 50 (Referenz: >30 bis <=50)	1,05***
N	1.241
Pseudo R2	0,0362

*** = signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau; ** = 5-Prozent-Niveau; * = 10-Prozent-Niveau

¹⁾ Auswertungen für die Personen, deren Muttersprache oder bei denen die Muttersprache von mindestens einem Elternteil nicht Deutsch ist

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis SOEP, 2008

In diesem Zusammenhang sind zudem die sprachlichen Fertigkeiten der Erwachsenen wichtig, da die Eltern einen vorrangigen Einfluss auf die Sprachfertigkeiten ihrer Kinder ausüben (Casey/Dustmann, 2008; Ehlich et al., 2007). Auf diese Weise beeinflussen die Sprachkenntnisse der Eltern den späteren Arbeitsmarkterfolg der nächsten Generation.

Eine Befragung in den Jahren 2006 und 2007 zeigte ähnliche Ergebnisse. Bei der „Repräsentativbefragung ausgewählter Migrantengruppen“ (RAM) wurden Vertreter der fünf größten ausländischen Nationalitätengruppen in Deutschland befragt – Türkei, Italien, ehemaliges Jugoslawien, Polen, Griechenland (Haug, 2008, 23). Nach Selbsteinschätzung können die Befragten Deutsch besser verstehen als schreiben (Tabelle 7). Deutsch sprechen wird zudem besser beherrscht als Deutsch lesen. Insgesamt gelten für den Durchschnitt aller Bereiche gute bis mittelmäßige Deutschkenntnisse. Zudem lagen die Deutschkenntnisse der 2. Migrantengeneration auf einem deutlich höheren Niveau als die der 1. Generation (Haug, 2008, 28).

Tabelle 7:
Deutschkenntnisse der ausgewählten Ausländergruppen (Selbsteinschätzung)
 in Prozent

	gut bis sehr gut	mittelmäßig	schlecht bis gar nicht
verstehen	72	19	8
sprechen	65	22	13
lesen	60	19	21
schreiben	47	21	32

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis von Haug, 2008, 24

Exkurs: Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Bundesweite Integrationskurse wurden mit der Novellierung des Ausländerrechts und der Einführung des Aufenthaltsgesetzes sowie der Integrationskursverordnung im Jahr 2005 eingeführt. Seitdem nahmen mehr als 540.000 Personen daran teil. 40 Prozent aller Teilnehmer absolvierte den Kurs mit einer Prüfung. Fast die Hälfte der Absolventen (49 Prozent) bestand die Prüfung und erreichte das Sprachlernziel B1 des Europäischen Sprachenportfolios (BAMF, 2009c). Der Integrationskurs umfasst bis zu 900 Unterrichtsstunden und beinhaltet neben dem eigentlichen Sprachkurs einen Orientierungskurs zur Staats- und Verfassungsordnung sowie Kultur und Geschichte Deutschlands. Verantwortlich für die Durchführung der Kurse ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das sich dabei der Unterstützung verschiedener Behörden und Organisationen bedient.

Die Teilnehmergruppen sind im Aufenthaltsgesetz und der Integrationskursverordnung festgelegt. Danach haben folgende Migrantengruppen einen gesetzlichen Anspruch auf Teilnahme:

- Zuwanderer, die ab dem 1. Januar 2005 einen Aufenthaltstitel bekommen haben, wenn sie nicht über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen,
- langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatenbürger, wenn sie mehr als fünf Jahre Aufenthalt in einem anderen EU-Staat nachweisen können und
- Spätaussiedler.

Keinen gesetzlichen Anspruch haben, aber unter bestimmten Voraussetzungen teilnehmen können:

- Zuwanderer, die vor dem 1. Januar 2005 einen Aufenthaltstitel erhalten haben,
- EU-Bürger und
- deutsche Staatsangehörige (z. B. Spätaussiedler, die bereits die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben) sowie
- langjährig Geduldete, wenn die Voraussetzungen des § 104a AufenthG vorliegen.

Verpflichtet werden können:

- Ausländer, die ab dem 1. Januar 2005 einen Aufenthaltstitel erhalten haben, wenn sie sich nicht auf einfache beziehungsweise ausreichende (abhängig vom Aufenthaltsstatus) Art auf Deutsch verständigen können oder wenn sie Arbeitslosengeld II bekommen und
- Ausländer, die vor dem 1. Januar 2005 einen Aufenthaltstitel bekommen haben, wenn sie Arbeitslosengeld II bekommen oder besonders integrationsbedürftig sind.

Deutsche Staatsangehörige, Spätaussiedler und EU-Bürger können nicht zur Teilnahme am Integrationskurs verpflichtet werden.

Wichtig für den Spracherwerb von Migranten sind Integrationskurse. Die größte Teilnehmergruppe bilden die Altzuwanderer unterschiedlicher Herkunft, die sich schon länger als zwei Jahre in Deutschland aufhalten, aber noch keine ausreichenden Deutschkenntnisse vorweisen können, meist jedoch freiwillig an den Integrationskursen teilnehmen (Tabelle 8). Sie stellen mit 51 Prozent die mit Abstand größte Gruppe dar. Nur 15,5 Prozent der Teilnehmer 2008 wurden zur Teilnahme verpflichtet, weil sie Hartz IV-Leistungen bekommen und schlechte Deutschkenntnisse haben. Die tatsächlichen Neuzuwanderer bilden nur einen Drittel aller Kursteilnehmer.

Tabelle 8:
Neue Integrationskursteilnehmer nach Statusgruppen
in 2008

	absolut	in Prozent aller Teilnehmer
Neuzuwanderer nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 IntV	33.667	27,8
Spätaussiedler	2.766	2,3
Altzuwanderer/EU-Bürger/ Deutsche nach § 4 Abs. 1 Nr. 3 IntV	61.319	50,6
ALG II-Bezieher	18.827	15,5
Altzuwanderer nach § 4 Abs. 1 Nr. 5 IntV	4.696	3,9
insgesamt	121.275	100

Quelle: BAMF, 2009b, 17

Ein Viertel der befragten Kursteilnehmer hatte bereits vor der Einreise nach Deutschland Kenntnisse der deutschen Sprache. Dabei hatten die neu Zugewanderten mit 37 Prozent häufiger bereits vor der Einreise Deutschkenntnisse als die bereits länger in Deutschland lebenden Ausländern (14 Prozent; BAMF, 2009b). Am höchsten ist mit 48 Prozent der Anteil derjenigen, die bereits vor der Einreise Deutschkenntnisse vorzuweisen hatten, bei den deutschen Kursteilnehmern, von denen die meisten als Spätaussiedler und deren Familienangehörige nach Deutschland kamen. Auch Unionsbürger weisen oft bereits bei der Einreise nach Deutschland Deutschkenntnisse in irgendeiner Form auf (20 Prozent). Der höhere Deutschkenntnisstand der Neuzuwanderer hängt offenbar mit ihrem durchschnittlich höheren Bildungsstand zusammen.

Neben den bereits vor der Einreise erworbenen Sprachkenntnissen existieren auch weitere Faktoren, die die Sprachkompetenz beeinflussen. So weisen nach dem Integrationskurs die Personen eine höhere Sprachkompetenz auf, die jünger sind, über einen höheren Bildungsabschluss verfügen, im Herkunftsland und in Deutschland bereits gearbeitet haben und die häufig Kontakte zu Deutschen sowie wenig Kontakte zu Personen aus ihrem Herkunftsland haben. Bei denjenigen, die länger in Deutschland leben, beeinflusst auch die Aufenthaltsdauer positiv das erreichte Sprachniveau.

Insgesamt geben erste Evaluationen der Kurse Hinweise auf die positiven Wirkungen beispielsweise für die Alltagsgestaltung, inklusive Ämtergänge und Planung des Berufswegs der Teilnehmer. Auch bei der künftigen Schulwahl beziehungsweise der beruflichen Bildung sind die Kurse nach Einschätzung der Teilnehmer oft hilfreich (50 Prozent). Bei circa 20 Prozent der Teilnehmer förderte der Kursbesuch auch die Kontakthäufigkeit zu Deutschen. Eine besondere auf den Arbeitsmarkt gerichtete Motivation der Kursteilnehmer zeigt sich in ihren Erwartungen und Wünschen in Bezug auf die Organisation der Kurse: Mehr als zwei Drittel der Teilnehmer wünscht sich eine intensivere Behandlung des Themas Arbeitsplatz beziehungsweise Ausbildung (unter anderem durch Betriebsbesuche) und erhofft sich durch den Kursbesuch einen positiven Einfluss auf die Arbeits- beziehungsweise Ausbildungsplatzsuche (Haug/Zerger, 2006).

Trotz der positiven Auswirkungen des Kurses auf den Alltag der Teilnehmer schließt nur annähernd die Hälfte der anfänglichen Kursteilnehmer den Kurs mit einer Prüfung ab. Insgesamt bestehen ebenfalls nur circa 50 Prozent der Absolventen die B1-Prüfung. Während die Erfolgsquote der Absolventen – erfolgreiche Prüfungsteilnehmer im Verhältnis zu allen Absolventen – in den letzten Jahren von nur 44 Prozent im Jahr 2007 über 51 Prozent in 2008 bis auf 66 Prozent im ersten Halbjahr 2009 anstieg, fiel der Anteil erfolgreicher Prüfungsteilnehmer an allen Prüfungsteilnehmern von 70 auf 57 Prozent im gleichen Zeitraum (BAMF, 2009b; 2009c). Aus welchen Gründen die Teilnehmer den Kurs nicht abschließen konnten, ist nicht bekannt – ebenso wie der Stand ihrer Deutschkenntnisse. Allerdings zeigen einzelne Untersuchungen zur Effektivität von Sprachkursen für erwachsene Migranten, dass ein Teil der Abbrecher sogar ein höheres Sprachniveau aufweist und eventuell den Kurs abbrach, weil aus diesem Grund schneller eine Beschäftigung aufgenommen werden konnte (Esser, 2006, 29 f.). Folglich lässt sich aus einer nur 50-prozentigen Abschlussquote der Integrationskurse in Deutschland nicht auf eine geringe Wirksamkeit schließen.

Die Kosten der Sprachförderung für Erwachsene im Rahmen der Integrationskurse des BAMF beliefen sich im Jahr 2008 auf 169 Millionen Euro (Tabelle 9). Damit sind die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 42 Millionen gestiegen. Die Hauptgründe dafür könnten in der gestiegenen Teilnehmer- und Wiederholerzahl sowie der Aufstockung der maximalen Kursdauer auf 900 Stunden liegen. Der in der Integrationskursverordnung festgelegte Preis pro Kursstunde beträgt 2,35 Euro. Die Teilnehmer beteiligen sich in der Regel mit einem Euro pro Unterrichtsstunde an der Finanzierung. Die restlichen 1,35 Euro übernimmt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Damit entstehen einem Teilnehmer bei einem Kursumfang von 645 Unterrichtseinheiten Kosten in Höhe von 645 Euro. Unter bestimmten Voraussetzungen (z. B. Spätaussiedlerstatus) werden die Teilnehmer vom Kostenbeitrag befreit (BAMF, 2009a).

**Tabelle 9:
Öffentliche Ausgaben für Teilnehmer der BAMF-Integrationskurse**

	2007	2008
Ausgaben für Integrationskurse gesamt* in Euro	126.732.731	169.400.887
Kursteilnehmer gesamt	67.052	73.557
Ausgaben pro Teilnehmer im Jahr in Euro	1.890	2.303

* Die Gesamtausgaben für den Integrationskurs setzen sich nicht nur aus der Grundfinanzierung für die Kurse zusammen, sondern beinhalten ebenfalls die Verwaltungs- und Prüfungskosten, Fahrtkosten, Kinderbetreuung, Lehrerqualifizierung usw.

Quelle: eigene Berechnung auf Basis von BAMF, 2009b

2.2.2 Entlohnung von Migranten

Ein wichtiger Maßstab für den Arbeitsmarkterfolg von Migranten ist deren Entlohnung im Vergleich zu Nicht-Migranten. Bei diesen Vergleichen wird jedoch häufig außer Acht gelassen, dass unterschiedliche Verdienste auch darauf zurückgeführt werden können, dass Migranten und Nicht-Migranten in unterschiedlichen Berufen oder Branchen arbeiten oder dass sie sich hinsichtlich ihres Qualifikationsniveaus oder der geleisteten Arbeitszeit unterscheiden können. Über die

Höhe des Lohnunterschieds können jedoch erst dann belastbare Aussagen getroffen werden, wenn sich die beiden Gruppen hinsichtlich weiterer Merkmale, die einen Einfluss auf die Lohnhöhe haben, nicht unterscheiden. Daher muss bei der Berechnung der Lohnlücke zwischen Migranten und Nicht-Migranten für weitere mögliche Einflussfaktoren kontrolliert werden. Dazu werden im Folgenden basierend auf dem SOEP verschiedene multivariate Modelle berechnet.

Zunächst wurde der alleinige Einfluss des Migrationsstatus auf die Lohnhöhe betrachtet. Die Untersuchungen beziehen sich dabei auf das Jahr 2007 und umfassen alle erwerbstätigen Personen. Die Analysen führen zu dem Ergebnis, dass Migranten einen Lohnrückstand gegenüber Nicht-Migranten von 8,9 Prozent aufweisen (Tabelle 13). Im Folgenden werden die Untersuchungen um weitere Einflussfaktoren für die Lohnhöhe erweitert.

Einflussfaktor Bildung

Neben dem Migrationsstatus werden zur Bestimmung der Lohnhöhe zunächst die Faktoren berücksichtigt, die in einem typischen Einkommensverlauf über das Erwerbsleben – der sogenannten Mincer-Gleichung – berücksichtigt werden (Mincer, 1974). Dies sind der Bildungsstand, hier gemessen als standardisierte Bildungsjahre, sowie die Berufserfahrung. Es wird davon ausgegangen, dass die Lohnhöhe die Arbeitsproduktivität einer Person widerspiegelt, die wiederum vom verfügbaren Humanvermögen abhängt. Die standardisierten Bildungsjahre erfassen das Wissen, das im formalen Bildungssystem erworben wurde, und die Berufserfahrung umfasst die Kenntnisse, die an einem Arbeitsplatz erlangt wurden. Es wird angenommen, dass sowohl die Bildungsjahre als auch die Berufserfahrung einen positiven Einfluss auf die Lohnhöhe haben. Es gibt jedoch Anhaltspunkte dafür, dass der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Berufserfahrung nicht linear verläuft, sondern eher ein konkaver Verlauf anzunehmen ist. Daher wird zusätzlich die quadrierte Berufserfahrung in die Analysen aufgenommen.

Durchschnittlich nehmen Migranten geringere Humankapitalinvestitionen vor als Nicht-Migranten (Tabelle 10). Im Jahr 2007 verfügten auf Basis des SOEP 32,7 Prozent der erwerbstätigen Nicht-Migranten über einen tertiären Bildungsabschluss (Meister/Techniker, Hochschulabschlüsse), bei den Migranten betrug der entsprechende Anteil nur 27,6 Prozent.

Tabelle 10
Bildungsstand von erwerbstätigen Migranten und Nicht-Migranten
 im Jahr 2007, in Prozent

Bildungsstand	Nicht-Migranten	Migranten
Anteil ohne Abschluss der Sekundarstufe II	7,4	25,0
Anteil mit Abschluss der Sekundarstufe II	59,9	47,4
Anteil mit Meister-/Technikerabschluss	7,3	6,2
Anteil mit Hochschulabschluss	25,4	21,4

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis des SOEP, 2008

Einflussfaktoren Branchen und Berufswahl

Des Weiteren unterscheiden sich die Löhne nach Branchen, Berufen und Unternehmen. Daher werden als weitere Erklärungsgrößen für die Bestimmung der Lohnhöhe Dummy-Variablen für verschiedene Branchen und verschiedene Berufsgruppen sowie die Unternehmensgröße in die Berechnungen aufgenommen.

Tabelle 11

Branchenverteilung von erwerbstätigen Migranten und Nicht-Migranten

im Jahr 2007, in Prozent

Branche	Nicht-Migranten	Migranten
Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau, Tierhaltung und Fischerei, Bergbau, Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Steine und Erden	2,6	1,3
Verarbeitendes Gewerbe	21,9	34,7
Baugewerbe	5,8	5,6
Handel und Reparatur	13,2	10,6
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	4,7	5,5
Kredit- und Versicherungsgewerbe	4,5	1,8
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	9,9	10,7
sonstige Dienstleistungen	27,4	25,3
Organisationen ohne Erwerbscharakter, öffentliche Verwaltung	10,0	4,7
gesamt	100	100

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis des SOEP, 2008

Tabelle 11 offenbart deutliche Unterschiede zwischen Migranten und Nicht-Migranten bei der Wahl ihres Berufs und ihres Arbeitsplatzes. So ist der Anteil der Migranten, die im Verarbeitenden Gewerbe arbeiten, deutlich höher als bei den Nicht-Migranten. Die Lohnlücke zwischen Migranten und Nicht-Migranten kann möglicherweise auch auf die unterschiedliche Berufs- und Arbeitsplatzwahl – so genannte Selbstselektionseffekte – zurückzuführen sein und sollte nach einer Kontrolle für diese Faktoren geringer werden. Schließlich muss noch berücksichtigt werden, ob die jeweilige Person in Ost- oder Westdeutschland lebt. Zwischen beiden Regionen bestehen erhebliche Lohn- und Einkommensunterschiede.

Einflussfaktor Arbeitslosigkeit

Migranten und Nicht-Migranten können unterschiedlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sein. Je länger diese Erwerbsunterbrechung andauert bzw. je häufiger Arbeitslosigkeitsphasen eintreten, desto schlechter entwickeln sich möglicherweise die Einkommensperspektiven für die betroffene Person in der Zukunft. Eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit führt zu Abschreibungen auf den bisher akkumulierten Bestand an Erfahrungswissen. Bereits angesammeltes Humanvermögen veraltet durch den technischen Fortschritt und Innovationen im Arbeitsprozess. Dies kann sich nachteilig auf die Einkommenshöhe im Anschluss an eine Erwerbsunterbrechung auswirken.

Um den Einflussfaktor Arbeitslosigkeit in den Analysen berücksichtigen zu können, wird eine Variable berechnet, die angibt, wie lange die jeweilige Person insgesamt arbeitslos war. Diese Angabe steht jedoch nur auf jährlicher Basis zur Verfügung, so dass die Länge der Arbeitslosigkeit möglicherweise etwas überschätzt wird. Dies trifft aber sowohl auf Migranten als auch auf Nicht-Migranten zu. Während die erwerbstätigen Nicht-Migranten in ihrer Erwerbsbiographie im Durchschnitt 1,08 Jahre arbeitslos waren, beträgt der entsprechende Wert bei den Migranten 1,64 Jahre.

Einflussfaktor Arbeitszeit

Auch die Aufnahme einer Teilzeit- oder einer geringfügigen Beschäftigung kann sich nachteilig auf die Lohnhöhe auswirken und damit auch ein Erklärungsgrund für die Lohnunterschiede zwischen Nicht-Migranten und Migranten sein, da während einer Teilzeit- oder einer geringfügigen Beschäftigung weniger betriebsspezifisches Erfahrungswissen gewonnen werden kann. Ferner dürfte der Zugang zu Karrierepfaden im Vergleich zu Vollzeitbeschäftigten erschwert sein. Daher wird in den Berechnungen zusätzlich darauf kontrolliert, ob die Personen gegenwärtig einer Teilzeit- oder einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen.

Im Jahr 2007 sind mehr als 71 Prozent der erwerbstätigen Nicht-Migranten einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgegangen, bei den Migranten betrug der entsprechende Anteil gut 65 Prozent. Der Anteil der Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigten fällt bei den Migranten entsprechend größer aus (Tabelle 12).

Tabelle 12
Erwerbsstatus nach Migrationshintergrund
im Jahr 2007, in Prozent

	Nicht-Migranten	Migranten
vollzeit beschäftigt	71,2	65,2
teilzeit beschäftigt	19,8	23,6
geringfügig beschäftigt	9,0	11,2

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis SOEP, 2008

Ergebnisse der empirischen Analysen

In Tabelle 13 werden die Ergebnisse der Regressionsanalysen dargestellt. Die abhängige Variable ist der logarithmierte effektive Brutto-Stundenlohn. Die Koeffizientenwerte für die einzelnen unabhängigen Variablen spiegeln die prozentuale Lohnveränderung wider, die sich im Durchschnitt bei einer Änderung der Variablenmerkmale ergibt. Die Analysen beziehen sich auf das Jahr 2007. Es werden nur erwerbstätige Personen berücksichtigt, da nur für diese Personengruppe die Lohnhöhe ermittelt werden kann.

Modell 1 zeigt, dass der Lohnabstand zwischen Nicht-Migranten und Migranten 8,9 Prozent beträgt, wenn nicht für weitere Einflussfaktoren auf die Lohnhöhe kontrolliert wird. Der Lohnabstand verändert sich sogar zu Gunsten der Migranten, wenn zusätzlich die Qualifikation und die Arbeits-

losigkeitsdauer berücksichtigt werden (Modell 2). Ein Grund dafür kann sein, dass Migranten vermehrt im Verarbeitenden Gewerbe arbeiten. In dieser Branche können oftmals höhere Löhne erzielt werden als in anderen Branchen.

Der Lohnabstand zwischen Migranten und Nicht-Migranten wird schließlich insignifikant, wenn weitere Kontrollvariablen in das Modell aufgenommen werden (Modell 3 und 4). Wenn Migranten und Nicht-Migranten sich hinsichtlich der verwendeten Variablen nicht unterscheiden, dann gibt es zwischen den beiden Gruppen auch keinen signifikanten Lohnabstand.

Einen signifikanten Einfluss auf die Lohnhöhe haben dagegen die Zahl der Bildungsjahre, die Dauer der Arbeitslosigkeit, die Berufserfahrung, die Dauer der Betriebszugehörigkeit, das Geschlecht und die Unternehmensgröße. Dabei steigen die durchschnittlichen Brutto-Stundenlöhne jedoch mit zunehmender Betriebszugehörigkeitsdauer und zunehmender Berufserfahrung nur unterproportional an. Dies zeigen die negativen Vorzeichen der quadrierten Ausdrücke in Tabelle 13. Schließlich erzielten Personen aus Westdeutschland signifikant höhere Löhne als Personen aus Ostdeutschland.

In den Modellen 1 bis 3 wurde noch nicht der aktuelle Erwerbsstatus der jeweiligen Person berücksichtigt. Es wurde jedoch schon darauf hingewiesen, dass auch der Erwerbsstatus einen wesentlichen Einfluss auf die Lohnhöhe haben kann, da eine Teilzeit- oder eine geringfügige Beschäftigung verglichen mit einer Vollzeitbeschäftigung mit geringeren Einkommens- oder Verdienstmöglichkeiten verbunden sein kann. Diese Hypothese bestätigt sich in Modell 4.

Tabelle 13

Einflussfaktoren auf die Lohnhöhe

Berechnungen für das Jahr 2007; erwerbstätige Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Migrant (Referenz: Nicht-Migrant)	-0,089***	0,061***	0,008	-0,001
Bildungszeit		0,077***	0,057***	0,056***
Erwerbsunterbrechung durch Arbeitslosigkeit		-0,070***	-0,031***	-0,029***
Berufserfahrung			0,033***	0,033***
Berufserfahrung ²			-0,001***	-0,001***
Betriebszugehörigkeit			0,022***	0,019***
Betriebszugehörigkeit ²			-0,0004***	-0,0003***
Geschlecht			0,224***	0,178***
Westdeutschland (Referenz: Ostdeutschland)			0,300***	0,317***
Unternehmensgröße			0,024***	0,021***
Teilzeit (Referenz: Vollzeit)				-0,093***
geringfügig (Referenz: Vollzeit)				-0,349***
Branchendummies	nein	nein	ja	ja
Berufsdummies	nein	nein	ja	ja
Konstante	2,599***	1,692***	0,448***	0,572***
N	10.850	10.563	10.287	10.287
R ²	0,0017	0,1898	0,4535	0,4702

***signifikant auf dem 1 %-Niveau; **signifikant auf dem 5 % - Niveau

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis des SOEP, 2008

Abschließend kann folglich festgehalten werden, dass Migranten dann keinen Nachteil am Arbeitsmarkt in Form geringer Löhne haben, wenn sie erwerbstätig sind, einen ähnlichen Bildungsstand haben und sich auch sonst bei wichtigen Arbeitsmarktindikatoren nicht unterscheiden. Beim Zugang zum Arbeitsmarkt besteht folglich eher ein Problem einer qualifikationsspezifisch höheren Arbeitslosigkeit, hingegen kein Problem einer geringeren Vergütung.

2.2.3 Abschlüsse, Kompetenzen und Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt für Migranten ist differenziert zu betrachten. Bei gegebenen formalen Qualifikationen ist die Arbeitslosigkeit höher als bei Nicht-Migranten. Betrachtet man die erwerbstätigen Migranten, so ergibt sich kein Entlohnungsnachteil. Im Folgenden soll dieser Befund erklärt werden. Für die Produktivität einer Erwerbsperson und damit für deren marktgerechte Entlohnung sind die Kompetenzen von entscheidender Bedeutung (Anger/Plünnecke, 2009). Am deutschen Arbeitsmarkt gibt es viele institutionelle Regelungen, die an formalen Qualifikationen orientiert sind und die Entlohnung eines Arbeitnehmers regeln. Ein Beschäftigungshemmnis entstünde in diesem Zusammenhang folglich dann, wenn sich bei gegebenem formalen Bildungsabschluss die Kompetenzniveaus bei Migranten und Nicht-Migranten unterscheiden würden. So wäre es für die Integration in den Arbeitsmarkt schwierig, wenn ein Teil der Migranten einen Hochschulabschluss, gleichzeitig aber ein Kompetenzniveau aufweist, welches nicht mit dem eines akademischen Abschlusses in Deutschland übereinstimmt. Empirisch lässt sich dieser Zusammenhang mit den IALS-Daten (International Adult Literacy Survey) überprüfen.

In der IALS-Untersuchung wurden in den Jahren zwischen 1994 und 1998 repräsentative Daten für die Kompetenzen der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung in verschiedenen Ländern in drei Kategorien erhoben: „Prose Literacy“ umfasst die Kenntnisse und die Fähigkeiten, die benötigt werden, um Informationen aus Texten, zum Beispiel aus Leitartikeln, Nachrichtenartikeln, Gedichten und Belletristik, zu verstehen und zu nutzen. Unter „Document Literacy“ werden die Kompetenzen erfasst, die erforderlich sind, um Informationen aus verschiedenen Formaten wie zum Beispiel Stellenbewerbungen, Lohnformularen, Beförderungsplänen, Karten, Tabellen und Abbildungen zu gewinnen und für eigene Zwecke einzusetzen. Schließlich werden unter „Quantitative Literacy“ die Kenntnisse und Fähigkeiten zusammengefasst, ohne die weder Berechnungen mit Zahlen vorgenommen noch Dateninformationen in gedruckten Texten sinnvoll genutzt werden können. In diese Rubrik fallen Fähigkeiten wie ein Scheckbuch zu saldieren, eine Rechnung zu lesen, ein Bestellformular auszufüllen oder den Zinsbetrag für ein Darlehen aus einer Werbeanzeige zu bestimmen. Das Erhebungsdesign des IALS ermöglicht es zudem, die Kompetenzwerte für die drei Bereiche zu dem formalen Bildungsabschluss der jeweiligen Person in Beziehung zu setzen.

Formale Bildungsabschlüsse in Deutschland gehen in der Regel mit hohen Kompetenzen einher. Dies liegt nicht daran, dass die Bevölkerung in Deutschland generell deutlich kompetenter als die Bevölkerung in anderen entwickelten Volkswirtschaften ist. Vielmehr sind in Deutschland hohe Bildungsabschlüsse seltener als in anderen OECD-Volkswirtschaften vorhanden, obwohl die Bevölkerung in etwa ein vergleichbares Kompetenzniveau aufweist.

Betrachtet man die durchschnittlichen Kompetenzen der Nichtakademiker unter der erwachsenen Bevölkerung, so fällt auf, dass in Deutschland das durchschnittliche Niveau sehr hoch ist. Dies liegt daran, dass viele hochkompetente Erwachsene dieses Kompetenzniveau auch außerhalb der Hochschulen erreichen – zum Beispiel im Rahmen einer dualen Berufsausbildung. Im Durchschnitt erreichen die Nichtakademiker in der erwachsenen Bevölkerung ein durchschnittliches Kompetenzniveau von 279 Punkten in den drei getesteten Bereichen. Nur in Schweden und Norwegen ist die erwachsene Bevölkerung ohne akademischen Abschluss kompetenter (Tabelle 14).

Tabelle 14

Durchschnittliche Kompetenzen der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung in Deutschland und anderen Ländern

Gering- und Mittelqualifizierte; Angaben für 1994 bis 1998 in IALS-Punkten (Skala von 0 bis 500)

	„Prose Literacy“	„Document Literacy“	„Quantitative Literacy“	durchschnittliche Kompetenzen
Schweden	287	294	296	292
Norwegen (Bokmal)	276	284	286	282
Deutschland	269	280	289	279
Dänemark	265	282	290	279
Niederlande	273	277	279	276
Tschechische Republik	262	274	291	276
Finnland	274	273	274	274
Schweiz (Deutsch)	258	265	276	266
Schweiz (Französisch)	257	265	276	266
Neuseeland	264	256	259	260
Belgien (Flanders)	253	261	263	259
Schweiz (Italienisch)	253	258	265	259
Großbritannien	253	253	255	254
Nordirland	250	248	257	252
USA	253	246	254	251
Irland	252	244	250	249
Ungarn	231	237	257	242
Italien	233	228	239	233
Slowenien	212	213	224	216
Polen	214	207	221	214
Chile	208	207	194	203

Diese und die folgenden Berechnungen basieren auf dem IALS-Mikrodatensatz von Statistics Canada, der anonymisierte Daten aus den Jahren 1994 bis 1998 enthält. Alle Berechnungen mit diesen Mikrodaten werden vom IW Köln vorgenommen; die Verantwortung für die Nutzung und die Interpretation dieser Daten liegt ausschließlich bei den Autoren.
Quelle: eigene Berechnungen auf Basis IALS

Insbesondere in Ländern mit einem geringeren BIP pro Kopf ist die Aussagefähigkeit von Bildungsabschlüssen in Folge der IALS-Ergebnisse einzuschränken. Betrachtet man in Tabelle 15 die Kompetenzen der Akademiker in Ländern mit einem geringeren Wohlstandsniveau, so fällt auf, dass in Deutschland das durchschnittliche Kompetenzniveau von Nichtakademikern etwa so hoch wie das durchschnittliche Kompetenzniveau der Akademiker aus Chile und Polen ist und nur leicht unterhalb des Niveaus von Akademikern in Ungarn, Slowenien und Italien liegt.

Tabelle 15**Durchschnittliche Kompetenzen der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung in Deutschland und anderen Ländern**

Hochqualifizierte; Angaben für 1994 bis 1998 in IALS-Punkten (Skala von 0 bis 500)

	„Prose Literacy“	„Document Literacy“	„Quantitative Literacy“	durchschnittliche Kompetenzen
Schweden	329	331	332	331
Norwegen (Bokmal)	314	325	326	322
Tschechische Republik	301	319	336	319
Belgien (Flanders)	312	312	324	316
Deutschland	310	314	321	315
Großbritannien	311	313	316	313
Dänemark	299	319	322	313
Niederlande	312	311	316	313
Nordirland	309	306	314	310
Irland	309	305	313	309
Schweiz (Italienisch)	303	306	315	308
USA	309	302	312	308
Schweiz (Französisch)	296	308	310	305
Neuseeland	307	301	304	304
Finnland	317	279	307	301
Schweiz (Deutsch)	289	300	306	298
Italien	292	285	298	292
Slowenien	279	285	300	288
Ungarn	271	279	307	286
Polen	275	273	285	278
Chile	270	265	273	269

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis IALS

Insgesamt zeigt sich beim Vergleich der entwickelten Länder, dass in Deutschland die Bevölkerung mit einem formalen Bildungsabschluss durchschnittlich ein hohes Kompetenzniveau aufweist. Der Hauptgrund dafür ist ein im deutschen Bildungssystem höheres Anspruchsniveau beim Zugang zu höheren formalen Abschlüssen. Betrachtet man innerhalb Deutschlands die Kompetenzen von Migranten und Nicht-Migranten nach formalem Abschluss, so wird dieser Unterschied noch deutlicher, da viele Zuwanderer auch aus Ländern stammen, die kein so hohes Bildungs- und Kompetenzniveau wie die entwickelten OECD-Länder aufweisen (Tabelle 16).

Insgesamt entspricht beim IALS-Test das durchschnittliche Kompetenzniveau eines Nichtakademikers, der in Deutschland geboren wurde, dem Kompetenzniveau eines Akademikers, der im Ausland geboren wurde und während des Tests in Deutschland lebte. Da die Kompetenzen streuen, gibt es einen Teil der Akademiker, die im Ausland geboren wurden, die die Kompetenzwerte von Akademikern erreichen, die in Deutschland geboren wurden. Ein Teil der Akademiker, die im Ausland geboren wurden, erreichen aber nur Kompetenzwerte von Nichtakademikern, die in Deutschland geboren wurden. Damit haben es diese Akademiker schwerer, im Arbeitsmarkt für Akademiker Fuß zu fassen, mit der Folge höherer Arbeitslosigkeit.

Tabelle 16

Kompetenzen von 25- bis 64-jährigen Migranten und Nicht-Migranten in Deutschland
 nach Qualifikationsniveau; Angaben für 1994 bis 1998 in IALS-Punkten

formaler Bildungsstand	„Prose Literacy“	„Document Literacy“	„Quantitative Literacy“
in Deutschland geboren: Gering- und Mittelqualifiziert	271	282	290
im Ausland geboren: Gering- und Mittelqualifiziert	232	253	265
Differenz	39	29	25
in Deutschland geboren: Hochqualifiziert	311	315	322
im Ausland geboren: Hochqualifiziert	278	286	301
Differenz	33	29	21

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis IALS

Neben den geringeren Kompetenzen könnten die geringeren Testergebnisse auch an sprachlichen Problemen beim Verständnis des IALS-Fragebogens liegen. Dies zeigt sich auch daran, dass insbesondere im Bereich „Prose“ der größte Abstand zu beobachten ist. Da die Fragen einen hohen Praxisbezug haben, führen die Sprachprobleme jedoch auch am Arbeitsmarkt dazu, dass die Migranten die mit dem formalen Abschluss verbundenen und vermuteten Kompetenzen nicht in Deutschland umsetzen können.

In diese Richtung weist auch eine IW-Untersuchung zu Bildungsrenditen eines Studiums. Am deutschen Arbeitsmarkt sind die Lohnprämien von Migranten niedriger als bei Nicht-Migranten, wenn deren Abschlüsse nicht in Deutschland erworben wurden. So beträgt die Lohnprämie eines Akademikers ohne Migrationshintergrund gegenüber einem geringqualifizierten Erwerbstätigen (ohne abgeschlossene Berufsausbildung) rund 69 Prozent. Bei einem Migranten, der Bildungsabschlüsse im Ausland erworben hat, beträgt die Lohnprämie lediglich 43 Prozent. Werden die Hochschulabschlüsse in Deutschland erworben, so beträgt die Lohnprämie des Migranten hingegen 71 Prozent. Ähnliche Lohnmerkmale sind auch für mittlere Qualifikationen zu beobachten. Insgesamt zeigt sich damit, dass für die Entlohnung nicht der Migrationsstatus, sondern das Land der Ausbildung entscheidend ist (Tabelle 17).

Tabelle 17
Schätzung der Lohnprämie von formalen Qualifikationen anhand der Mincer-Funktion nach Migrationshintergrund
 2007

	Migranten (alle Abschlüsse in Deutschland)	Migranten (nicht alle Abschlüsse in Deutschland)	Nicht-Migranten
Sek II-Abschluss (Ref.: keinen Sek II-Abschluss)	0,226*** (3,73)	0,187*** (3,93)	0,192*** (6,35)
Hochschulabschluss (Ref.: keinen Sek II-Abschluss)	0,711*** (8,66)	0,432*** (6,70)	0,687*** (21,43)
Berufserfahrung	0,050*** (3,55)	0,020 (1,53)	0,028*** (7,13)
Berufserfahrung ²	-0,001*** (-3,71)	-0,0002 (-1,03)	-0,001*** (-6,08)
Konstante	1,827*** (9,53)	1,941*** (10,16)	1,934*** (33,00)
R ²	0,2198	0,0853	0,1366
N	303	591	8.017

abhängige Variable: logarithmierter Brutto-Stundenlohn; Schätzung von robusten linearen Regressionsmodellen; *** = signifikant auf dem 1 %-Niveau, ** = signifikant auf dem 5 %-Niveau, * = signifikant auf dem 10 %-Niveau; in Klammern sind die t-Werte angegeben

Quelle: eigene Berechnung auf der Basis des SOEP, 2008

Dieser Abschnitt zeigt somit, dass das Kompetenzniveau von Akademikern in vielen Ländern geringer als in Deutschland ist. Auch bei den Zuwanderern zeigt sich, dass die Kompetenzen der Akademiker im Durchschnitt geringer sind als die Kompetenzen von Akademikern ohne Migrationshintergrund. In dieselbe Richtung weist die Entlohnung der Migranten. Haben diese ihre Abschlüsse in Deutschland erworben, so erzielen sie eine ähnliche Lohnprämie wie Nicht-Migranten. Insgesamt kann damit festgehalten werden, dass das in Deutschland relativ hohe Kompetenzniveau von akademischen Abschlüssen den Arbeitsmarktzugang beziehungsweise die (formal) qualifikationsadäquate Beschäftigung von Akademikern aus dem Ausland erschwert.

2.3 Einkommensmobilität und Armutsrisiken

Aus bildungsökonomischer Sicht kann der Integrationserfolg von Migranten anhand des Zugangs zur Bildung, des Zugangs zur Arbeit und der Einkommensmobilität untersucht werden.³ Die Einkommensmobilität beschreibt, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Haushalt oder eine Person in höhere Einkommensbereiche aufsteigen oder aus einer höheren absteigen kann. Im Folgenden soll zunächst die Einkommensmobilität von Migranten näher analysiert werden. Danach wird die Armutsrisikogefährdung von Migranten untersucht.

³ Zu einer Analyse dieser drei Ziele im europäischen Vergleich siehe Plünnecke et al. (2009).

2.3.1 Einkommensmobilität von Migranten

Zur Betrachtung der Aufstiegsmobilität wird eine Einkommensverteilung analysiert, die in fünf gleich große Gruppen (Quintile) unterteilt wird (Schäfer/Schmidt, 2009). Die Autoren betrachten den Zeitraum 1995 bis 2007, den sie für weitere Analysen in drei Zeiträume aufteilen. Der Vergleich der Mobilitätskennziffern von Migranten und Nicht-Migranten verdeutlicht, dass die Zugewanderten eine geringere Aufstiegsquote und eine höhere Abstiegsquote aufweisen (Tabelle 18).

Tabelle 18: Mobilitätskennziffern von Migranten und Nicht-Migranten
in Prozent

Zeitraum	Aufstiegsquote aus dem untersten Quintil in Prozent		Abstiegsquote aus der Mittelschicht (2. bis 4. Quintil) ins unterste Quintil in Prozent		Aufstiegsquote aus der Mittelschicht ins oberste Quintil in Prozent	
	Migranten	Nicht-Migranten	Migranten	Nicht-Migranten	Migranten	Nicht-Migranten
1995-2007	51	56	22	12	10	17
1995-1999	38	47	18	11	5	10
1999-2003	42	48	18	10	8	11
2003-2007	32	40	14	9	8	12

Quelle: Schäfer/Schmidt, 2009, 145

So konnten in Deutschland 56 Prozent der Haushalte ohne Migrationshintergrund, die 1995 zu den 20 Prozent ärmsten Haushalten gehörten, in den kommenden 12 Jahren in höhere Einkommensbereiche aufsteigen. Unter den Migranten-Haushalten gelang dieser Sprung 51 Prozent. Im Zeitraum 2003 bis 2007 lagen die Aufstiegsquoten bei 40 Prozent (ohne Migrationshintergrund) beziehungsweise bei 32 Prozent (mit Migrationshintergrund). Besonders deutlich unterscheidet sich die Mobilität bei der Abstiegsquote aus der Mittelschicht. Während 22 Prozent der Migranten-Haushalte von 1995 bis 2007 in das ärmste Quintil abstiegen, lag die Abstiegsquote unter den Nicht-Migranten bei lediglich 12 Prozent.

Diese geringeren Aufstiegs- und höheren Abstiegsquoten bei Migranten können verschiedene Ursachen haben. So ist die Qualifikation oder der Arbeitsmarktstatus einer Person eine entscheidende Größe zur Erklärung der Mobilität. Um den Einfluss des Migrationshintergrunds isoliert zu erfassen, wird eine logistische Regressionsschätzung durchgeführt.⁴ Die Ergebnisse sind in Tabelle 19 dargestellt und berücksichtigen insbesondere die Aufstiegsmobilität von Migranten. Um zu untersuchen, ob sich die Aufstiegschancen von Migranten und Nicht-Migranten bzw. Einheimischen unterscheiden, wenn ihr Ausbildungsniveau gleich ist, wird ein Interaktionsterm in die Schätzgleichung aufgenommen. Dazu wird die ursprüngliche Bildungsvariable in die dichotome Variable „Ausbildung“ überführt, die den Wert eins annimmt, wenn eine abgeschlossene Berufs-, Fachschul-, Techniker- oder Meisterausbildung vorliegt oder ein (Fach-)Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen wurde; die Variable nimmt den Wert null an, wenn keine abgeschlossene

⁴ Zur Analyse der Einkommensmobilität mithilfe von logistischen Regressionsschätzungen vgl. Schäfer/Schmidt (2009).

Ausbildung vorliegt. Der Interaktionsterm wird nun modelliert, indem das Produkt der binären Variablen „Migrant“ (ja/nein) sowie „Ausbildung“ (ja/nein) als multiplikativ verknüpfter Effekt „Migrant * Ausbildung“ in die Schätzgleichung integriert wird.⁵

In Tabelle 19 sind die relevanten Odd-Ratios in grau hinterlegt. Für die drei betrachteten Zeiträume ergibt sich kein einheitliches Bild. In Periode 1 und 2 haben Migranten eine geringere Aufstiegsmobilität aus dem untersten Einkommensquintil, kombiniert mit einem beruflichen Abschluss ergeben sich keine signifikanten Effekte. In Periode 3 zeigt sich ein generell signifikanter positiver Effekt einer höheren Qualifikation auf die Aufstiegsmobilität, aber kein zusätzlich spezifischer Effekt einer Qualifikation für Migranten.

Dies lässt die folgenden Schlussfolgerungen zu: Migranten ohne Ausbildungsabschluss haben in Periode 2 im Vergleich zu Nicht-Migranten ohne Ausbildungsabschluss eine um gut 60 Prozent geringere Aufstiegschance (Tabelle 19; Koeffizient: 0,39). Alle anderen Aussagen sind wegen fehlender Signifikanz der Effekte nicht zu bestätigen. Dies bedeutet aber auch, dass kein Nachweis der Hypothese vorliegt, dass sich die Aufstiegschancen von Migranten mit Ausbildungsabschluss gegenüber Nicht-Migranten (mit Ausbildungsabschluss) unterscheiden. Allgemeiner ausgedrückt: Allein geringqualifizierte Migranten haben im Vergleich zu geringqualifizierten Nicht-Migranten beziehungsweise Einheimischen schlechtere Aufstiegschancen, während sich die Aufstiegschancen von ausgebildeten Migranten und Einheimischen nicht (signifikant) unterscheiden.

Für Periode 3 führen die genannten methodischen Überlegungen zu den folgenden Aussagen: Die Aufstiegschancen von Nicht-Migranten beziehungsweise Einheimischen steigen durch einen Ausbildungsabschluss um etwa das 1,7-fache an. Hingegen kann speziell für Migranten kein (statistisch signifikanter) Nachweis erbracht werden, dass durch eine abgeschlossene Ausbildung eine höhere oder geringere Aufstiegschance resultiert. Im Übrigen kann aufgrund der Ergebnisse die These nicht statistisch nachweisbar belegt werden, dass Migranten mit Abschluss gegenüber Nicht-Migranten mit Abschluss hinsichtlich ihrer Aufstiegschancen im Nachteil sind, das heißt deren Aufstiegschancen unterscheiden sich – statistisch betrachtet – nicht.

Die anderen Kontrollvariablen zeigen, dass generell eine Erwerbslosigkeit die Aufstiegswahrscheinlichkeit hochsignifikant reduziert, ein Wechsel der Familienform von Alleinerziehenden zu Paarfamilien die Aufstiegswahrscheinlichkeit erhöht und andererseits eine Trennung in einer Paarfamilie die Aufstiegschancen hochsignifikant reduziert. Den stärksten Erklärungseffekt auf die Aufstiegsmobilität hat die Änderung des Erwerbsstatus – eine Aufnahme von Beschäftigung erhöht hochsignifikant die Aufstiegsmobilität, der Verlust der Erwerbstätigkeit senkt diese.

⁵ Vgl. zur Interpretation eines Interaktionsterms mit binären Variablen Wooldridge, 2003, Kapitel 7.4.

Tabelle 19
Determinanten der Aufstiegsmobilität aus dem ersten Einkommensquartil
 Odds ratios

Aufstieg_aus_Q1	ALLE Personen		
	Periode 1	Periode 2	Periode 3
Geschlecht (Frau = 1)	0,8883	1,3159	0,8166
Alter (in Jahren)	1,0474	1,0234	0,9412**
Quadr. Alter/100	0,9463	0,9810	1,0642**
Migrant (ja = 1)	0,6012*	0,3903***	1,0423
Ausbildung (ja = 1) ¹	1,1797	1,4151	1,6969**
Migrant * Abschluss	1,0525	1,6860	0,5166
[Referenz: Alleinstehender Haushalt (AS)]			
Alleinerziehend (AE)	1,1575	0,6373	0,6148
Paar ohne Kind(er) (POK)	1,6183	1,9762**	1,3451
Paar mit Kind(ern) (PMK)	1,2162	2,2519***	1,0950
[Referenz: Vollzeitbeschäftigung (VZ)]			
Teilzeit (TZ)	0,8704	0,6074	0,4806*
Ausbildung (AUSB)	2,0015	0,4053	0,1435**
Nicht erwerbstätig (NET)	0,4385***	0,1802***	0,2180***
Arbeitslos (ALO)	0,2747***	0,1392***	0,1332***
Ostdeutschland	0,9847	0,6908**	0,8962
[Referenz: Kein Wechsel des Haushaltstyps von 2003 zu 2007]			
AS → POK, PMK	4,6487	0,9175	3,5404*
AE → PMK	3,9968**	2,4702	2,4639
POK → AS	1,6416	2,0802	0,7500
POK → PMK	1,3335	2,3280	1,4506
PMK → AE	0,3662**	1,2543	0,2285***
PMK → AS	1,8471	2,3004	2,6002
Andere Änderung	1,4185	1,3948	6,3637***
[Referenz: Keine Änderung des Erwerbsstatus von 2003 zu 2007]			
VZ → TZ	0,4548	1,8366	1,1707
VZ, TZ, AUSB → ALO, NET	0,3576***	0,3318***	0,2419***
TZ → VZ	2,8941	5,9490**	12,1163***
ALO, NET → VZ, TZ, AUSB	6,1684***	6,1015***	3,6352***
Andere Änderung	1,2496	1,1783	1,4272
Log-Likelihood	-838,46	-861,36	-1.035,12
LR(.)	251,33	338,47	365,81
Prob > LR	0,000	0,000	0,000
Pseudo-R2	0,130	0,164	0,150
Beobachtungen	1.400	1.498	1.844

¹ Ausbildung: Mit abgeschlossener Berufsausbildung, Fachschul-, Meister-, Techniker Ausbildung oder abgeschlossenes (Fach-)Hochschulstudium

Periode 1,2,3: 1995/1999, 1999/2003, 2003/2007;

Signifikanz basiert auf robusten Standardfehlern; *** p<0,01, ** p<0,05, * p<0,1

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis SOEP, 2008

Tabelle 20 verdeutlicht die Determinanten des Aufstiegs in die beziehungsweise Abstiegs aus der Mittelschicht. Werden die Ergebnisse aus Tabelle 19 und aus Tabelle 20 gemeinsam betrachtet, ist zu erkennen, dass der Interaktionsterm in keinem Modell statistisch signifikant ist. Dies bedeutet, dass einerseits offenbar kein statistisch signifikanter Unterschied hinsichtlich der Einkommensmobilität von Migranten gegenüber Nicht-Migranten vorliegt, wenn beide einen Ausbildungsabschluss aufweisen. Ebenfalls sind keine statistisch abgesicherten Schlussfolgerungen zur Einkommensmobilität für Migranten mit Ausbildungsabschluss im Vergleich zu Migranten ohne abgeschlossene Ausbildung möglich. Insofern muss davon ausgegangen werden, dass sich die Mobilitätschancen von Migranten von denen der Nicht-Migranten c. p. kaum unterscheiden, wenn eine Ausbildung vorliegt. Andererseits kann aber speziell für Migranten auch kein positiver Effekt auf die Mobilitätschancen durch eine abgeschlossene Ausbildung nachgewiesen werden. Migranten wie auch Nicht-Migranten profitieren generell durch einen höheren Bildungsstand.

Hinsichtlich der Aufstiegsmobilität aus der Mittelschicht deuten die Ergebnisse in Tabelle 20 an, dass insbesondere Einheimische in den Perioden 2 und 3 signifikant erhöhte Aufstiegschancen durch eine abgeschlossene Ausbildung realisieren, während in Periode 1 allein nachweisbar ist, dass Migranten gegenüber Einheimischen signifikant im Nachteil sind, wenn sie keine abgeschlossene Ausbildung aufweisen. Der letztere Effekt ist jedoch für die Perioden 2 und 3 nicht (oder nur schwach) signifikant, das heißt formal qualifizierte Migranten sind gegenüber Einheimischen offensichtlich nicht (signifikant) hinsichtlich ihrer Aufstiegschancen aus der Mittelschicht benachteiligt.

Hinsichtlich der Abstiegsmobilität aus der Mittelschicht lässt sich erkennen, dass in den Perioden 1 und 2 Migranten gegenüber Einheimischen signifikant höhere Abstiegsrisiken aufweisen, wenn sie keine abgeschlossene Ausbildung aufweisen. Diese Aussage gilt aber – statistisch abgesichert – nicht mehr für Periode 3. Zudem ist für die Perioden 2 und 3 nachweisbar, dass Einheimische durch einen Ausbildungsabschluss signifikant geringere Abstiegsrisiken realisieren, während für Migranten keine nachweisbar geringeren Abstiegsrisiken mit dem Abschluss einer Ausbildung einhergehen.

Tabelle 20
Determinanten der Einkommensmobilität

Odds Ratios	ALLE Personen					
	Aufstieg_Mittelschicht			Abstieg_Mittelschicht		
	Periode 1	Periode 2	Periode 3	Periode 1	Periode 2	Periode 3
Geschlecht (Frau = 1)	1,7527***	0,9244	1,1203	0,6660***	0,8049	0,7859
Alter (in Jahren)	0,9489*	1,0043	1,0084	1,0437	1,0089	1,0165
Quadr. Alter/100	1,0569*	0,9942	0,9840	0,9343**	0,9703	0,9657
Migrant (ja = 1)	0,3732***	0,4749*	0,6557	1,9748***	2,1804**	1,5185
Ausbildung (ja = 1) ¹	1,4659*	1,8525***	1,5972***	0,7365*	0,6207**	0,4305***
Migrant * Abschluss	1,3789	1,8792	1,0815	0,5679	0,7070	1,3960
[Referenz: Alleinstehender Haushalt (AS)]						
Alleinerziehend (AE)	1,9705	0,1792***	0,4732**	0,6182	1,3716	1,1160
Paar ohne Kind(er) (POK)	3,0574***	1,7069**	0,9274	0,3940***	0,5153***	0,5521**
Paar mit Kind(ern) (PMK)	1,8035*	1,0025	0,9651	0,5811**	0,6142**	0,6980
[Referenz: Vollzeitbeschäftigung (VZ)]						
Teilzeit (TZ)	0,3290***	0,8684	0,7142	1,3122	1,3201	1,2149
Ausbildung (AUSB)	0,9778	0,2166	0,1896*	2,0883	2,5533	.
Nicht erwerbstätig (NET)	0,2166***	0,3888***	0,4053***	4,6337***	4,5408***	2,7693***
Arbeitslos (ALO)	0,1530***	0,1790***	0,3762***	5,1359***	5,3202***	9,0850***
Ostdeutschland	0,4265***	0,3396***	0,5583***	1,4544***	1,1097	1,8904***
[Referenz: Kein Wechsel des Haushaltstyps von 2003 zu 2007]						
AS → POK, PMK	2,9336**	3,7481***	1,3731	0,3716*	1,3682	0,5060
AE → PMK	1,6703	11,8271***	6,4498***	1,7296	0,6142	0,7948
POK → AS	1,0852	1,2741	1,7949*	1,9760*	2,3363**	2,8010***
POK → PMK	0,0321***	0,0644***	0,2821*	3,1265***	0,1574***	1,6639
PMK → AE	0,9847	.	0,4638	4,5130***	10,6303***	7,0899***
PMK → AS	1,7112	2,9826***	1,8872*	1,9670*	3,1703**	2,8614***
Andere Änderung	2,1703***	2,8985***	2,4128***	1,3676	2,5825***	0,8639
[Referenz: Keine Änderung des Erwerbsstatus von 2003 zu 2007]						
VZ → TZ	0,2836*	1,2369	0,5351*	2,0488	3,7812**	8,9249***
VZ, TZ, AUSB → ALO, NET	0,1842***	0,3796***	0,4719***	9,5237***	8,5041***	8,8770***
TZ → VZ	3,2372**	0,5351	1,3549	1,8031	3,5941**	0,2654*
ALO, NET → VZ, TZ, AUSB	4,5486***	3,8504***	1,9961**	0,5203**	0,4147*	0,4000***
Andere Änderung	1,3720	2,1046*	1,1452	0,9954	0,9440	1,5753
Log-Likelihood	-1.510,93	-1.755,04	-2.703,88	-1.660,03	-1.501,68	-1.942,30
LR(.)	362,34	364,95	387,41	426,55	515,39	616,62
Prob > LR	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Pseudo-R2	0,107	0,094	0,067	0,114	0,146	0,137
Beobachtungen	5.246	5.355	7.994	5.246	5.428	7.978

¹ Ausbildung: Mit abgeschlossener Berufsausbildung, Fachschul-, Meister-, Technikausbildung oder abgeschlossenes (Fach-)Hochschulstudium;

Periode 1,2,3: 1995/1999, 1999/2003, 2003/2007; Signifikanz basiert auf robusten Standardfehlern;

*** p<0,01, ** p<0,05, * p<0,1

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis SOEP, 2008

Insgesamt lassen sich folglich zwei Zusammenhänge feststellen:

- Beim Vergleich von Migranten mit Abschluss und Einheimischen mit Abschluss zeigen die Ergebnisse keine signifikant höheren oder niedrigeren Aufstiegschancen beziehungsweise Abstiegsrisiken für Migranten gegenüber Einheimischen in allen Modellen.
- Beim Vergleich von Migranten ohne Abschluss und Einheimischen ohne Abschluss tragen Migranten in den Perioden 1 und 2 ein etwa doppelt so großes Abstiegsrisiko und haben insbesondere in Periode 1 eine um etwa 63 Prozent niedrigere Aufstiegschance. Für den Zeitraum 2003 bis 2007 unterscheiden sich die Auf- und Abstiegsmobilität von Migranten ohne Abschluss gegenüber Einheimischen ohne Abschluss nicht signifikant.

2.3.2 Armutsrisiken von Migranten

Deutliche Unterschiede zwischen Migranten und Nicht-Migranten bestehen bezüglich des Armutsrisikos. Das Armutsrisiko, gemessen als Anteil der Personen mit einem bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medians ist bei fast allen zu unterscheidenden Haushaltstypen bei Migranten höher als bei Nicht-Migranten. Lediglich unter Alleinerziehenden ist das Armutsrisiko bei Nicht-Migranten leicht höher. Über alle Familienformen hinweg sind Migranten fast doppelt so häufig von Einkommensarmut bedroht wie Nicht-Migranten (Tabelle 21).

Tabelle 21
Relative Einkommensarmut nach Haushaltstypen
 Armutsrisikoquoten in Prozent, 2007

	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
Einpersonenhaushalt	16,8	33,6
Paar ohne Kinder	5,3	13,8
alleinerziehend	38,2	34,3
Paar mit einem Kind	5,5	17,4
Paar mit zwei Kindern	6,6	16,4
Paar mit drei und mehr Kindern	10,4	30,3
sonstige	12,2	29,4
gesamt	11,2	20,8

Quelle: Hülskamp/Schröder, 2009

Eine wichtige Ursache für das höhere Armutsrisiko besteht in dem oben gezeigten geringeren formalen Qualifikationsniveau und der höheren Erwerbslosenquote. Doch auch bei gleicher Erwerbsintensität unterscheiden sich die Armutsquoten von Migranten und Nicht-Migranten deutlich voneinander (Tabelle 22). Ein Grund hierfür liegt an der geringeren Entlohnung, die wiederum mit dem geringeren durchschnittlichen Bildungsstand der Migranten zusammenhängt.

Doch auch bei der differenzierten Betrachtung der Bildungsintensität und deren Einfluss auf die Armutsquoten zeigen sich interessante Aspekte beim Vergleich von Migranten und Nicht-Migranten. Bei Haushalten mit geringer Qualifikation ist die Armutsgefährdungsquote bei Migranten fast

doppelt so hoch wie bei Nicht-Migranten. Wie zuvor gezeigt, führt auch ein geringes Qualifikationsniveau bei Migranten im Vergleich zu Nicht-Migranten zu einer geringeren Aufstiegsmobilität und zu einer höheren Arbeitslosigkeit. Vergleicht man Haushalte mit einer mittleren Qualifikation, so unterscheiden sich die Armutsquoten kaum. Wie oben gezeigt, gab es auch bei der Aufstiegsmobilität keine signifikanten Unterschiede.

Bei den Haushalten mit hoher Qualifikation haben Migranten wiederum eine deutlich höhere Armutsrisikoquote als Nicht-Migranten. Ein Grund dafür ist das deutlich höhere Arbeitslosigkeitsrisiko. Gerade formal hochqualifizierte Migranten, die ihre Bildungsabschlüsse nicht in Deutschland erworben haben, weisen wie oben gezeigt Kompetenznachteile gegenüber Nicht-Migranten auf. Sprachdefizite sind weitere Gründe für geringere Löhne und höhere Arbeitslosigkeitsrisiken.

Tabelle 22

Bildung und Erwerbstätigkeit als Einflussfaktoren der Einkommensarmut

Armutsrisikoquoten, 2007, in Prozent

	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
Erwerbsintensität		
niedrig	22,6	35,7
mittel	5,5	10,7
hoch	1,3	5,5
Bildungsintensität		
niedrig	15,4	27,8
mittel	11,2	11,5
hoch	4,4	10,9

Quelle: Hülskamp/Schröder, 2009

2.4 Zusammenfassung

Im Vergleich der hochentwickelten OECD-Staaten weist Deutschland neben Österreich, den Niederlanden und Frankreich einen hohen Anteil an geringqualifizierten Migranten auf. Relativ zum Anteil der im Inland geborenen geringqualifizierten Bevölkerung ist das Bildungsniveau der im Ausland geborenen Bevölkerung in den USA und in Deutschland am niedrigsten. Erschwerend kommt in Deutschland hinzu, dass gemessen an der im Inland geborenen Bevölkerung der Anteil der im Ausland geborenen Hochqualifizierten sehr niedrig ist. Betrachtet man das Bildungsniveau der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Alter zwischen 25 und 64 Jahren differenzierter, so fällt auf, dass der Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss mit 26 Prozent unter der Migrantenbevölkerung ohne eigene Migrationserfahrung deutlich niedriger als bei der Bevölkerung mit Migrationserfahrung ist (40 Prozent). Doch auch bei den Migranten, die in Deutschland aufgewachsen sind, ist diese Quote deutlich höher als bei den Nicht-Migranten (11 Prozent).

Gemessen an der erwachsenen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und ohne beruflichen Abschluss besteht bei den Migranten ein Qualifizierungsbedarf von rund 620.000 Personen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren und von rund 730.000 Personen im Alter zwischen 35 und 44 Jahren. Auch bei älteren Personen besteht ein erheblicher Qualifikationsbedarf.

Auch auf dem Arbeitsmarkt schneiden Migranten deutlich schlechter ab. Die Erwerbslosenquote ist im Jahr 2007 mit 14 Prozent etwa doppelt so hoch wie bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Auch der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung, die auf ALG-I- oder ALG-II-Leistungen als überwiegende Quelle des Lebensunterhaltes angewiesen ist, ist deutlich höher als bei den Nicht-Migranten (21 versus 9 Prozent). Unter der erwerbstätigen Bevölkerung sind Migranten in Arbeitertätigkeiten überrepräsentiert. Berechnungen auf Basis der SOEP-Daten zeigen aber, dass Migranten kontrolliert um Branche, Qualifikation, Berufserfahrung und Geschlecht gleiche Bruttostundenlöhne wie die Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund erreichen.

Die Unterschiede beim Arbeitsmarkterfolg resultieren zu einem Teil aus dem geringeren formalen Bildungsniveau. Doch auch bei gleichem formalem Bildungsniveau ergeben sich deutliche Unterschiede. So ist die qualifikationsspezifische Erwerbslosenquote bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2007 deutlich höher, insbesondere bei den Hochqualifizierten mit knapp 10 Prozent gegenüber einer Erwerbslosenquote von 3 Prozent in dieser Gruppe bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Ein Grund für die hohe Arbeitslosenquote besteht in vorhandenen Sprachdefiziten. Eine eigene Berechnung auf Basis der SOEP-Daten ergibt, dass bei gegebenem Alter, Geschlecht und Qualifikationsniveau das Arbeitslosenrisiko gegenüber anderen Migranten um 60 Prozent ansteigt, wenn im Haushalt nicht Deutsch gesprochen wird. Ein weiterer Grund für die höhere Arbeitslosigkeit von formal hochqualifizierten Migranten sind die geringeren durchschnittlichen Kompetenzen. Eigene Berechnungen auf Basis der IALS-Daten zeigen, dass das durchschnittliche Kompetenzniveau eines Nichtakademikers, der in Deutschland geboren wurde, dem durchschnittlichen Kompetenzniveau eines Akademikers, der im Ausland geboren wurde, entspricht. Die Bedeutung des Ortes der Hochschulausbildung zeigen auch eigene Berechnungen auf Basis des SOEP zur Bildungsrendite eines Studiums. Ein Akademiker ohne Migrationshintergrund weist gegenüber einem unqualifizierten Nicht-Migranten eine Lohnprämie von 69 Prozent auf. Ein Migrant, der Bildungsabschlüsse im Ausland erworben hat, erreicht bei einem Hochschulabschluss gegenüber einem geringqualifizierten Migranten jedoch nur eine Lohnprämie von 43 Prozent. Hat der Zuwanderer hingegen alle Abschlüsse in Deutschland erworben, so erreicht er gegenüber einem geringqualifizierten Migranten sogar eine Lohnprämie von 71 Prozent.

Die Aufstiegsmobilität von Migranten ist niedriger als die Aufstiegsmobilität von Nicht-Migranten. Kontrolliert um Qualifikationsunterschiede und andere Einflussgrößen gibt es keinen generellen Nachteil der Migranten bei der Aufstiegsmobilität, wenn die Migranten zumindest eine abgeschlossene Berufsausbildung erreichen. Die Abstiegsmobilität von Migranten ist höher, wenn sie keine abgeschlossene Berufsausbildung erreichen.

Die Armutsrisikoquoten der Migranten sind im Durchschnitt aller Haushalte mit knapp 21 Prozent doppelt so hoch wie bei den Nicht-Migranten. Betrachtet man die Armutsrisiken differenziert nach dem Qualifikationsniveau, so zeigt sich, dass geringqualifizierte Migranten ein deutlich höheres Armutsrisiko als geringqualifizierte Nicht-Migranten aufweisen. Erreichen die Migranten eine abgeschlossene Berufsausbildung, so unterscheidet sich ihr Armutsrisiko nicht von Nicht-Migranten mit abgeschlossener Berufsausbildung. Migranten mit hohem Bildungsabschluss sind mit knapp 11 Prozent mehr als doppelt so oft von Armut bedroht wie Nicht-Migranten, deren Armutsgefährdungsquote bei gut 4 Prozent liegt. Ein Grund hierfür besteht in der höheren Arbeitslosigkeit unter hochqualifizierten Migranten, die wiederum wie zuvor auf geringere Sprach- und anderen Kompetenzen gegenüber Akademikern ohne Migrationshintergrund und Problemen bei der Anerkennung von Abschlüssen zurückzuführen ist.

3 Kurz- bis mittelfristige Sicht: Der Zugang zur beruflichen und akademischen Bildung

Der Zugang zu einem beruflichen Abschluss ist mit einem besseren Zugang zum Arbeitsmarkt und höheren Aufstiegschancen verbunden. Im Folgenden werden die Ausbildungsbeteiligung von jugendlichen Migranten analysiert, Möglichkeiten für einen besseren Übergang beschrieben und die Anrechnung von im Ausland erworbenen Abschlüssen diskutiert.

3.1 Ausbildungsbeteiligung von jugendlichen Migranten

3.1.1 Übergang von der Schule zu beruflicher Bildung und Hochschule

Der Übergang aus der allgemein bildenden Schule in eine Berufsausbildung oder eine andere Bildungs- beziehungsweise Arbeitsmarktstation stellt die erste Qualitätsprüfung für den bisherigen Bildungsverlauf Jugendlicher in Deutschland dar. Eventuelle Unterschiede im Übergangserfolg deuten dann auf das Vorhandensein von Faktoren hin, die den erfolgreichen Übergang einzelner Bevölkerungsgruppen (teilweise) verhindern. So beobachtet man in Deutschland deutliche Disparitäten in den realisierten Ausbildungsplänen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund (BMBF, 2009b; Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2008).

Nach den Ergebnissen der BIBB-Übergangsstudie 2006 misslingt den Schulabgängern mit Migrationshintergrund⁶ mit maximal einem mittleren Schulabschluss⁷ deutlich häufiger als denjenigen ohne einen Migrationshintergrund ein unmittelbarer und schneller Übergang in eine Ausbildung (Tabelle 23). Nur rund die Hälfte von Ersteren schaffen ohne große Verzögerungen die erste Schwelle – 27 Prozent bekommen nach dem Beenden der allgemeinbildenden Schule sofort eine betriebliche, 16 Prozent eine schulische Ausbildungsstelle und 11 Prozent streben eine Höherqualifizierung in einer Fachoberschule oder einem Fachgymnasium an. Für die restlichen 46 Prozent gestaltet sich der Übergang nur sehr langwierig mit Vorschaltung eines Bildungsgangs des Übergangssystems oder gelingt überhaupt nicht. Unter den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund ist der Anteil derjenigen, denen Schwierigkeiten beim Übergang in die Ausbildung begegnen, um 15 Prozentpunkte geringer (31 Prozent). Zudem gehören nur 17 Prozent der in der BIBB-Übergangsstudie befragten, nicht zugewanderten Schulabsolventen zu dem problematischsten Verlaufsmustertyp (Typ 3, Tabelle 23) und brauchen daher besondere Nachqualifizierungsanstrengungen. Bei Migrantenjugendlichen ist es mit 30 Prozent ein doppelt so hoher Anteil.

⁶ Migrationshintergrund wird in der BIBB-Übergangsstudie indirekt definiert: „Kein Migrationshintergrund wurde angenommen, wenn ein Jugendlicher die deutsche Staatsangehörigkeit besaß, zudem als Kind in der Familie zuerst ausschließlich die deutsche Sprache gelernt hatte und außerdem Vater und Mutter in Deutschland geboren waren.“ Andernfalls wird von einem Migrationshintergrund ausgegangen.

⁷ An dieser Stelle werden nur die nicht studienberechtigten Schulabgänger berücksichtigt.

Tabelle 23

Beruflicher Werdegang von Schulabsolventen mit maximal mittlerem Schulabschluss drei Jahre nach der Beendigung der allgemeinbildenden Schule
in Prozent

Übergangstyp	Schulabgänger mit Migrationshintergrund	Schulabgänger ohne Migrationshintergrund
Typ 1: unmittelbarer und dauerhafter Übergang in eine betriebliche Ausbildung	27	41
Typ 2: rascher und dauerhafter Übergang in eine nicht betriebliche Ausbildung	16	19
Typ 3: kein oder ein langwieriger Übergang in eine Ausbildung, langfristiges Verharren im Übergangssystem, wenn überhaupt, dann eine Einmündung in eine nicht betriebliche Ausbildung	30	17
Typ 4: schulische Höherqualifizierung in einer Fachoberschule oder einem Fachgymnasium	11	9
Typ 5: verzögerter Übergang in betriebliche Berufsausbildung, mit eventuellem Besuch eines Bildungsgangs des Übergangssystems vor der Ausbildung	16	14

Quelle: BMBF, 2009b, 167

Auch wenn man die betrachtete Zielgruppe ausschließlich auf die Schulabsolventen begrenzt, die sich für eine betriebliche Berufsausbildung interessierten, sodass die Berufsausbildungsabsicht kontrolliert wird, weisen Bewerber mit einem Migrationshintergrund seit Jahren eine niedrigere Übergangsquote auf als diejenigen ohne Migrationshintergrund (Tabelle 24). Im Jahr 2008 überstieg die Erfolgswahrscheinlichkeit der Ausbildungsbewerber ohne Migrationshintergrund den Wert für die Jugendlichen mit Migrationshintergrund um 25 Prozentpunkte (58 versus 33 Prozent). Im Verlauf der vorangegangenen Jahre lag sie zwar zeitweise über 40 Prozent, erreichte jedoch nie das Niveau der einheimischen Jugendlichen.

Tabelle 24

Einmündungsquote in die duale Berufsausbildung von Schulabgängern, die sich für eine betriebliche Ausbildung interessierten
in Prozent

	2004	2005	2006	2008
ohne Migrationshintergrund	56	52	54	58
mit Migrationshintergrund	45	25	42	33

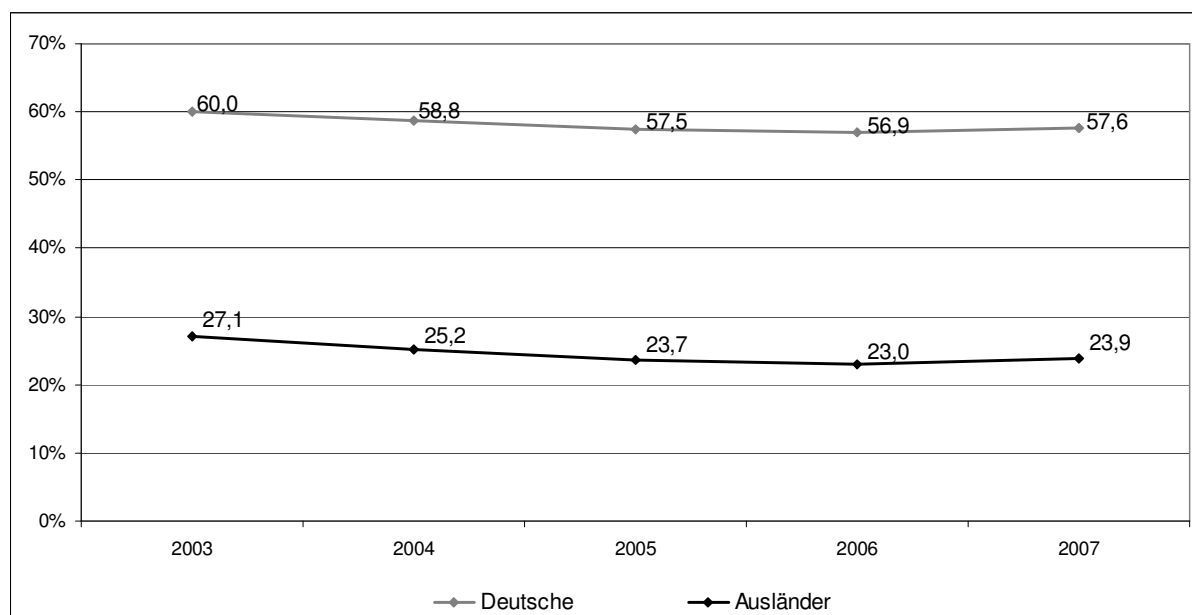
2007: keine Daten vorhanden

Quelle: BIBB-Schulabgängerbefragungen, BMBF, 2009b, 50

Die Schwierigkeiten beim Übergang äußern sich des Weiteren auch in den niedrigen Ausbildungsbeteiligungsquoten junger Menschen ausländischer Nationalität⁸. 2007 befanden sich nur 24 Prozent der 18- bis unter-21-jährigen Ausländer in einer Berufsausbildung, während es bei den Deutschen fast 58 Prozent der gleichen Altersgruppe waren (BMBF, 2009b, 160; Abbildung 8). Beide Einmündungsquoten sind zwischen 2003 und 2006 gesunken. 2007 beobachtet man wieder einen leichten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Der Abstand zwischen den Quoten der Ausländer und Deutschen hat sich dabei im Zeitverlauf jedoch kaum verändert und beträgt im Durchschnitt 33,6 Prozentpunkte. Das heißt, deutsche Ausbildungssuchende ohne Studienberechtigung fangen nach der Beendigung der allgemeinbildenden Schule mehr als doppelt so häufig eine Berufsausbildung an wie die ausländischen Schulabgänger.

Eine niedrige Übergangs- und Ausbildungsbeteiligungsquote der ausländischen beziehungsweise der Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund führt zu einem hohen Anteil derjenigen von ihnen, die ausbildungslos bleiben. Nach Ergebnissen der BIBB-Übergangsstudie 2006 lag der Anteil ausbildungsloser nicht studienberechtigter Jugendlicher mit Migrationshintergrund an allen Jugendlichen ohne Ausbildung im Alter von 20 bis 24 Jahren mit fast 40 Prozent weit über ihrem Anteil an der Bevölkerung dieser Altersgruppe (24 Prozent; BMBF, 2009b, 169). Demgegenüber befinden sich Migrantenjugendliche viel häufiger als Jugendliche aus nicht zugewanderten Familien im sogenannten Übergangssystem – in einer Berufsvorbereitung oder einer Schule, die nur eine berufliche Grundbildung vermittelt (17 versus 10 Prozent) – und sind häufiger arbeitslos (7 versus 3 Prozent).

Abbildung 8
Ausbildungsbeteiligungsquoten deutscher und ausländischer Jugendlicher 2003 bis 2007
 in Prozent



Jugendliche ohne Studienberechtigung
 Quellen: BMBF, 2009b, 160; eigene Darstellung

⁸ Da die Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes ausschließlich nach Staatsangehörigkeit und nicht nach Migrationshintergrund unterscheidet, werden an dieser Stelle die Ausbildungsbeteiligungsquoten der ausländischen und der deutschen Bevölkerung miteinander verglichen.

Deutlich günstiger sieht die Situation für diejenigen Schulabgänger mit Migrationshintergrund aus, die eine Studienberechtigung erworben haben. Sie sehen sich kaum Schwierigkeiten beim Übergang in eine Berufsausbildung gegenüber. Fast alle von ihnen schaffen es, ebenso wie die Jugendlichen ohne Migrationshintergrund, in den ersten drei Jahren nach Schulende in eine Berufsausbildung oder ein Studium einzumünden (Beicht/Granato, 2009, 12).

3.1.2 Gründe für die Übergangsprobleme von Migranten

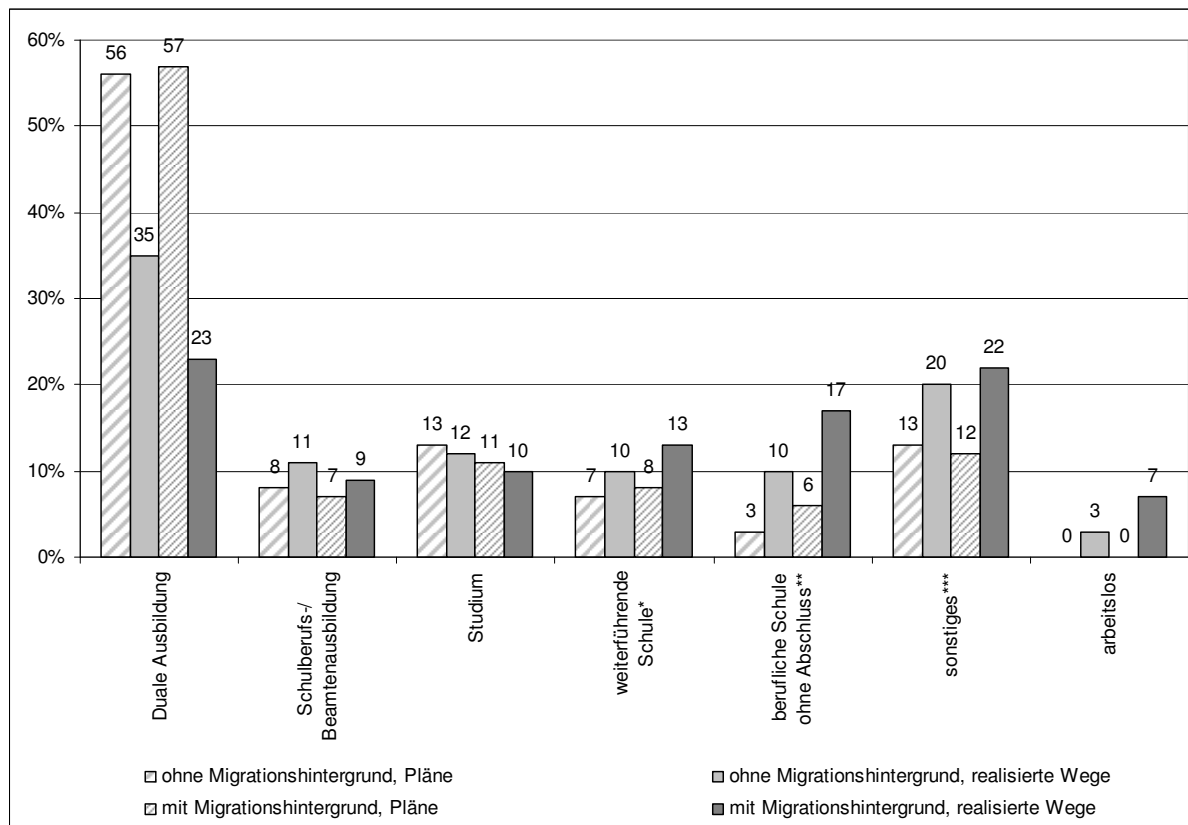
Gründe für die niedrigere Ausbildungs- und Studienbeteiligung Jugendlicher mit Migrationshintergrund sind vor allem in der schulischen Vorbildung (Abschlüsse und Kompetenzen) zu suchen. Denn in Bezug auf die Ausbildungsaspirationen und die Suchstrategien nach dem Abschluss der allgemeinbildenden Schule unterscheiden sich Migrantenjugendliche kaum von den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (BMBF, 2009b, 70 ff.; Beicht/Granato, 2009, 12).

Nach der BIBB-Schulabgängerbefragung strebten mehr als die Hälfte der Schulabgänger beider Bevölkerungsgruppen im Frühjahr 2008 eine duale Ausbildung an. Jeweils 15 Prozent der Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft hatten vor, eine Schulberufs- oder Beamtenausbildung beziehungsweise eine weiterführende allgemeine oder berufliche Schule zu besuchen (letzteres mit dem Ziel eines beruflich oder allgemein qualifizierenden Abschlusses). 13 Prozent der Jugendlichen ohne und 11 Prozent derjenigen mit einem Migrationshintergrund wollten im Anschluss ein Studium anfangen. Der einzige auffällige Unterschied besteht darin, dass der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die planten, einen Lehrgang ohne berufsqualifizierenden Abschluss an einer beruflichen Schule zu besuchen, doppelt so hoch war wie unter den Schulabgängern ohne Migrationshintergrund (6 versus 3 Prozent).

Auch benutzen jugendliche Migranten bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz dieselben Suchkanäle wie Nicht-Migranten (Beicht/Granato, 2009). Ein wichtiger Unterschied, der jedoch die Differenz nicht vollständig erklären kann, ist die Benutzung der sozialen Netzwerke: Während nichtstudienberechtigten Jugendliche ohne Migrationshintergrund in 76 Prozent der Fälle auf die Hilfe von Eltern, Familienangehörigen, Bekannten und Freunden bei Kontaktaufnahme zu Betrieben zurückgriffen, waren es bei Migranten 63 Prozent.

Die im selben Jahr (2008) realisierten Bildungs- und Berufswege der Schulabgänger unterscheiden sich jedoch in einzelnen Punkten relativ stark von ihren in der Befragung angegebenen Plänen. Sie fallen bei den Migranten zudem deutlich ungünstiger aus als bei Nicht-Migranten (Abbildung 9). Bei einem differenzierten Vergleich zwischen den geplanten und realisierten Bildungswegen lassen sich für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund folgende negative Abweichungen feststellen: Unabhängig vom Migrationshintergrund gelingt es Jugendlichen nicht in ausreichendem Maße, ihre Pläne bezüglich des Übergangs in die duale Ausbildung zu realisieren.

Abbildung 9
Berufliche Pläne und realisierte Wege der Schulabgänger 2008 nach Migrationshintergrund
 in Prozent



* Haupt-, Realschule, Integrierte Gesamtschule, Gymnasium, Fachoberschule, Fachgymnasium
 ** Ein- oder zweijährige Berufsfachschule, die nicht zu einem Berufsabschluss führt, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr
 *** Arbeit, Praktikum, Wehr-, Zivildienst, freiwilliges soziales/ökologisches Jahr, Sonstiges
 Quelle: BIBB-Schulabgängerbefragung 2008, BMBF, 2009b, 73 ff.

Während Schulabgänger ohne Migrationshintergrund allerdings zu ungefähr zwei Dritteln eine Ausbildungsstelle finden (35 Prozent realisiert versus 56 Prozent geplant), gelingt dies Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich seltener (23 versus 57 Prozent). Der Übergang in ein Hochschulstudium fällt ebenfalls niedriger aus als geplant. Die ausbildungslosen Jugendlichen müssen daher alternative Qualifizierungs- und Beschäftigungswege suchen.

Aus diesem Grund sind vermutlich die Anteile der Jugendlichen, die abweichend von ihren Plänen eine schulische Berufsausbildung anfangen oder einen weiterführenden Lehrgang an einer allgemeinen oder beruflichen Schule besuchen, höher als von ihnen geplant. Diese beiden Wege sind jedoch eher als unproblematisch zu betrachten, da sie entweder zu einem vollqualifizierenden beruflichen oder einem höheren allgemeinbildenden Abschluss führen und weitere Qualifizierungsperspektiven, wie das Hochschulstudium, eröffnen. Ein großer Teil der ausbildungslosen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund mündet jedoch in einen nicht beruflich qualifizierenden Lehrgang an einer beruflichen Schule, Arbeitslosigkeit oder sonstige Tätigkeiten ein. Insbesondere im Übergangssystem und in der Arbeitslosigkeit sind wiederum Schulabgänger mit

Migrationshintergrund überrepräsentiert. Mit 17 Prozent sind sie deutlich häufiger als die Abgänger ohne Migrationshintergrund (10 Prozent) an ein- oder zweijährigen Berufsfachschulen, die nicht zu einem Berufsabschluss führen, im Berufsgrundbildungs- und Berufsvorbereitungsjahr anzutreffen. Mit 7 Prozent sind sie zudem mehr als doppelt so häufig arbeitslos.

Die Hauptursachen für die schlechteren Übergangschancen Jugendlicher mit Migrationshintergrund in eine vollqualifizierende Ausbildung oder ein Studium sind weniger die Ziele und Präferenzen als die Kompetenzunterschiede zu den Nicht-Migranten. Als die wichtigste Voraussetzung für einen erfolgreichen Übergang an der ersten Schwelle gelten der Schulabschluss sowie die damit korrelierenden Kompetenzen. Ein niedriges Bildungsniveau kann zu massiven gesellschaftlichen Verwerfungen wie Analphabetismus und Ausschluss von normalen Integrationsformen wie Hauptschule und dualem System führen (Allmendinger/Leibfried, 2003, 12). Jugendliche ohne Bildungsabschluss laufen Gefahr, dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu werden (Reinberg/Hummel, 2007). Der Anteil von Ausbildungsbewerbern mit Abitur ist zudem gestiegen (Brenke, 2007, 440). Mit fortschreitender Veränderung der Arbeitswelt – Zunahme qualifizierter und wissensintensiver Tätigkeiten – sowie unter Einfluss der Wirtschaftskrise werden sich die Übergangsschwierigkeiten von Jugendlichen mit geringen Kompetenzen verstärken (Seibert/Kleinert, 2009; Schelten, 2009). Der misslungene Einstieg in das Berufsleben entwickelt sich für sie zum Dauerhandicap und führt zu Arbeitslosigkeits- und Sozialhilfekarrieren. Außer den individuell erfahrenen Misserfolgen verursacht die Bildungsarmut aber auch gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen – nämlich eine Schwächung der Humankapitalbasis, die auf lange Sicht zu einer Verringerung des Wirtschaftswachstums führt (Anger et al., 2006, 5).

Folglich haben Jugendliche ohne einen Hauptschulabschluss einerseits kaum Chancen auf einen betrieblichen oder schulischen Ausbildungsplatz – das gilt für deutsche wie auch für ausländische Schulabgänger. Andererseits erhöht sich mit steigendem Abschlussniveau die Übergangswahrscheinlichkeit in eine Ausbildung beziehungsweise ein Studium (Lex, 2007; Beicht/Granato, 2009). Schließlich ist der Zugang zu einem Hochschulstudium nur mit einem (Fach-)Abitur oder unter Umständen nach einer langjährigen qualifizierten Berufstätigkeit und/oder einer Meister-/Technikerqualifikation möglich.

Der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss unter den Migranten ist jedoch sehr hoch, der Abiturientenanteil demgegenüber sehr niedrig, wenn man die einheimische Bevölkerung als Vergleichsgruppe nimmt. Beispielsweise lag 2008 der Anteil der ausländischen Schulabgänger ohne Abschluss an allen Abgängern allgemeinbildender Schulen bei 15 Prozent und war damit mehr als doppelt so hoch wie die entsprechende Quote bei den deutschen Jugendlichen (6,2 Prozent; Statistisches Bundesamt, 2009b). Die Studienberechtigtenquote liegt bei ausländischen Schulabgängern demgegenüber signifikant unterhalb des Niveaus der einheimischen Schüler. Gemessen an allen Abgängern allgemeinbildender Schulen im Jahr 2008 betrug sie nur 11 Prozent. Der Anteil der studienberechtigten Schulabgänger unter den deutschen Schülern betrug 31 Prozent. Der Abstand in Abiturierwerb und demzufolge im späteren Zugang zu einem Hochschulstudium verbessert sich kaum, wenn zusätzlich die Abiturienten berücksichtigt werden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung an einer beruflichen Schule erwarben: Nur 19 Prozent der durchschnittlichen Kohorte 18- bis 20-jähriger Ausländer erwarben 2008 eine Studienberechtigung an einer deutschen allgemein- oder berufsbildenden Schule. Unter den Deutschen liegt der Anteil fast bei der Hälfte der entsprechenden Kohorte (48 Prozent).

Das Nicht-Vorhandensein von Abschlüssen und Zertifikaten ist aber nur eine Möglichkeit, Bildungsarmut zu messen (Allmendinger/Leibfried, 2003, 13). Eine schlechte Ausstattung mit schulischen Abschlüssen spiegelt sich zwar oft in niedrigeren Kompetenzen wider, ist aber damit nicht deckungsgleich. Die PISA-Ergebnisse zeigen, dass auch die Kompetenzen der Jugendlichen aus zugewanderten Familien im Durchschnitt unterhalb des durchschnittlichen Niveaus der deutschen Jugendlichen liegen: In allen bei PISA 2006 getesteten Kompetenzbereichen schneiden Schüler aus Migrantenfamilien signifikant schlechter ab als ihre deutschen Mitschüler (PISA/OECD, 2009). Zudem liegen die Kenntnisse der Migrantenkinder der 2. Generation in Mathematik und Naturwissenschaften sogar noch unter dem Niveau der Schüler, die selbst eingewandert sind. Bei einem differenzierteren Blick am Beispiel der naturwissenschaftlichen Kompetenzen zeigt sich, dass auch im internationalen Vergleich deutsche Schulen vergleichsweise schlechte Integrationsleistungen erbringen (Tabelle 25). So erreichen einheimische 15-Jährige mit 532 Punkten ein weit überdurchschnittliches Kompetenzniveau; der OECD-Durchschnitt liegt bei 506 Kompetenzpunkten. Migrantenkinder in Deutschland zeigen jedoch einen um 85 Punkte niedrigeren Wert. Dies ist nach Österreich die zweithöchste Differenz der vergleichbaren OECD-Länder.

Tabelle 25
Naturwissenschaftliche Kompetenzen der Schüler ohne und mit Migrationshintergrund (1. und 2. Generation)
 PISA 2006, in PISA-Punkten

	Schüler ohne MH	Schüler mit MH 2. Generation	Schüler mit MH 1. Generation	Differenz zwischen Schülern ohne und mit MH 1. und 2. Generation
Australien**	529	528	527	-2
Schweiz	531	462	436	-81
Kanada*	541	528	519	-18
Österreich	523	431	435	-90
USA	499	456	442	-48
Deutschland	532	439	455	-85
Schweden	512	464	434	-61
Irland**	510	-	500	-11
Niederlande	534	455	467	-75
Frankreich	505	456	438	-53
OECD	506	466	453	-57
Großbritannien	519	493	479	-33

Bemerkung: Japan ist nicht in der Tabelle aufgeführt, da für die Schüler aus Migrantenfamilien keine Daten vorliegen.

* Für Kanada stammt die Differenz aus PISA 2003, für 2006 liegt kein Wert vor.

** Für alle anderen Länder sind die Differenzen in der naturwissenschaftlichen Leistung zwischen den Schülern mit und ohne Migrationshintergrund statistisch signifikant.

Quelle: PISA/OECD, 2009

Auch der Anteil von bildungsarmen Schülern aus Migrantenfamilien ist in Deutschland überdurchschnittlich hoch. 40 Prozent der Schüler aus Migrantenfamilien ohne eigene Migrationserfahrung müssen nach Ergebnissen der letzten PISA-Untersuchung 2006 als bildungsarm bezeichnet werden. Sie erreichen in Naturwissenschaften – der Schwerpunkt der letzten PISA-Studie – maximal die Kompetenzstufe 1 – die unterste Kompetenzstufe (Klös/Riesen, 2008; OECD, 2008b). Im

OECD-Vergleich ist das Bildungsarmutsrisiko für die in Deutschland geborenen Migrantenkinder damit fast viermal so hoch wie für die Schüler ohne Migrationshintergrund (Tabelle 26).

Tabelle 26

Anteil der Risikoschüler bei Migranten der 2. Generation und bei einheimischen Schülern im internationalen Vergleich

2006, in Prozent, Naturwissenschaften

	Schüler ohne MH	Schüler mit MH, 2. Generation	Risikoverhältnis zwischen der 2. Generation und Schülern ohne MH
Australien	11,7	12,8	1,1
Schweiz	9,4	31,3	3,3
Kanada	8,1	11,5	1,4
Österreich	11,8	45,3	3,8
Vereinigte Staaten	21	35,1	1,7
Deutschland	10,3	40,1	3,9
Schweden	13,1	28,5	2,2
Irland*	14,5	22,9	1,6
Niederlande	10,2	32,8	3,2
Frankreich	17,9	35,1	2,0
OECD	16,8	31,2	1,9
Vereinigtes Königreich	15,3	20,5	1,3

Bemerkung: Japan ist nicht in der Tabelle aufgeführt, da für die Schüler aus Migrantenfamilien keine Daten vorliegen.

* Irland - 1. Generation

Quelle: PISA/OECD, 2009

Setzt man diese Ergebnisse in Relation zum Anteil der erwachsenen Bevölkerung ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung, so fällt auf, dass das Bildungsarmutsrisiko der 2. Generation mit 40 Prozent zu einem guten Teil durch die berufliche Bildung reduziert werden kann. So liegt der Anteil ohne abgeschlossene Berufsausbildung in der erwachsenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund aber ohne Migrationserfahrung bei 26 Prozent (Kapitel 2.1.3, Abbildung 5).

3.1.3 Das Ausbildungsverhalten von Migranten

Ein weiterer Grund für eine niedrigere Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher an der Ausbildung nach BBiG (Berufsbildungsgesetz) und HWO (Handwerksordnung) lässt sich auch in ihrer Konzentration auf nur wenige Berufe feststellen. Sehr hohe Ausbildungsquoten weisen die ausländischen Jugendlichen in sechs Berufen auf: Friseur/in, Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel, Verkäufer/in, Medizinische(r) Fachangestellte(r), Kraftfahrzeugmechatroniker/in und Zahnmedizinische(r) Fachangestellte(r). Auf diese Berufe konzentrieren sich knapp 34 Prozent aller ausländischen Auszubildenden, hingegen nur 18 Prozent der deutschen Jugendlichen (Tabelle 27). In Berufen wie Bankkaufmann/-kauffrau, Mechatroniker/in, Industriekaufmann/-kauffrau und Industriemechaniker/in sind dagegen die Auszubildenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit gegenüber den deutschen Jugendlichen unterrepräsentiert. Insgesamt sind die meisten Auszubil-

denden mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit – 63 Prozent – in nur 20 Ausbildungsberufen anzutreffen. Zum Vergleich: Bei den deutschen Auszubildenden sind es 52 Prozent.

Tabelle 27

Auszubildende in den 20 von Migranten am häufigsten gewählten Ausbildungsberufen
sortiert nach Zahl ausländischer Auszubildender, absolut und in Prozent, in 2007

Beruf	Auszubildende gesamt	Zahl der ausländischen Auszubildenden, absolut	Anteil an allen ausl. Auszubildenden in Prozent	Anteil an allen deutschen Auszubildenden in Prozent
Friseur/in	39.360	5.122	7,4	2,2
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	78.691	5.046	7,3	4,8
Verkäufer/in	44.058	3.828	5,6	2,6
Medizinische(r) Fachangestellte(r)	39.262	3.437	5,0	2,3
Kraftfahrzeugmechatroniker/in	73.398	2.827	4,1	4,6
Zahnmedizinische(r) Fachangestellte(r)	28.310	2.802	4,1	1,7
Bürokaufmann/Bürokauffrau	59.996	2.472	3,6	3,8
Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation	36.484	1.919	2,8	2,3
Fachverkäufer/in im Lebensmittelhandwerk	32.914	1.701	2,5	2,0
Anlagenmechaniker/in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	33.872	1.636	2,4	2,1
Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel	40.722	1.555	2,3	2,6
Industriemechaniker/in	51.906	1.465	2,1	3,3
Elektroniker/in	34.185	1.381	2,0	2,2
Maler/in und Lackierer/in	24.608	1.355	2,0	1,5
Hotelfachmann/Hotelfachfrau	31.171	1.266	1,8	2,0
Koch/Köchin	43.413	1.232	1,8	2,8
Industriekaufmann/-kauffrau	53.281	1.138	1,7	3,4
Metallbauer/in	27.430	1.093	1,6	1,7
Bankkaufmann/-kauffrau	33.986	572	0,8	2,2
Mechatroniker/in	24.807	384	0,6	1,6
alle übrigen Berufe	762.313	25.619	37,2	48,2
insgesamt	1.594.167	68.793	100,0	100,0

Gleichlautende Berufe aus verschiedenen Ausbildungsbereichen wurden zusammengefasst. Auslaufende Ausbildungsberufe wurden den Nachfolgeberufen zugeordnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2008c

Der Anteil der ausländischen Auszubildenden in schrumpfenden Berufen, das heißt Berufen, deren relatives Gewicht an der Ausbildung im Zeitablauf sinkt, liegt mit 43 Prozent 9 Prozentpunkte über dem Anteil der deutschen Auszubildenden (34 Prozent) in diesen Berufen (eigene Berechnungen auf Basis von Angaben des Statistischen Bundesamtes, 2008b). Den stärksten quantitativen Rückgang an der Ausbildungsbeteiligung zeigen dabei ausländische Männer. Diese Tatsache lässt sich vor allem auf den Strukturwandel und den Abbau von gewerblichen Berufen zurückführen, welche von ausländischen Männern verhältnismäßig häufig nachgefragt werden (Burkert/Seibert, 2009).

Eine weitere Problematik, die ebenfalls die Ausbildungsbeteiligungsquote beeinträchtigen kann, ist die Häufigkeit von Ausbildungsabbrüchen. Sie führt dazu, dass trotz eines erfolgten Übergangs von der allgemeinbildenden Schule in eine betriebliche oder schulische Ausbildung die Anzahl der Auszubildenden wieder absinkt. Man kann beobachten, dass sich der Migrationshintergrund bei den meisten Migrantengruppen verstärkend auf die Abbruchquote auswirkt (Ulrich, 2009). Insbesondere spielen dabei die Art des eigenen schulischen Abschlusses und die Durchschnittsnote eine Rolle: Schlechte Durchschnittsnoten im Abgangszeugnis begünstigen einen Ausbildungsabbruch, ein höherer Schulabschluss (auch nachträglich erworben) reduziert die Abbruchwahrscheinlichkeit. So hatten 2008 6,4 Prozent aller Ausbildungsabbrecher eine ausländische Staatsangehörigkeit. Gleichzeitig sind insgesamt aber nur 4,5 Prozent der Auszubildenden ausländischer Herkunft (Statistisches Bundesamt, 2009d; eigene Berechnungen). Außerdem existieren Ausbildungsbereiche, in denen die Anteile vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge besonders hoch sind. In diesen Bereichen sind ausländische Jugendliche überdurchschnittlich häufig beschäftigt. So gehören 10 von 20 der von den ausländischen Jugendlichen am häufigsten gewählten Berufe (Tabelle 25) zu den Ausbildungsberufen mit den höchsten Abbruchwahrscheinlichkeiten. Während die durchschnittliche Abbruchwahrscheinlichkeit, gemessen am Verhältnis von vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen zu allen Auszubildenden im jeweiligen Beruf, 8,6 Prozent beträgt, liegen die Abbruchquoten in Ausbildungsberufen wie Bürokaufmann, Zahnmedizinischer Fachangestellter, Metallbauer und Kaufmann im Einzelhandel bei 9 bis 10 Prozent, Fachverkäufer im Lebensmittelhandwerk sowie Maler und Lackierer beenden zu 14 Prozent ihre Ausbildung vorzeitig ohne Abschluss, Friseure, Verkäufer sowie Hotelfachleute brechen in 16 Prozent der Fälle und angehende Köche sogar in jedem fünften Fall ab (Statistisches Bundesamt, 2009d).

3.2 Integration jugendlicher Migranten in den Ausbildungsmarkt

Der vorangegangene Abschnitt hat gezeigt, dass jugendliche Migranten beim Übergang von der Schule in den Ausbildungsmarkt häufiger mit Problemen konfrontiert sind als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Mithilfe verschiedener Programme fördern Bund und Länder die Integration jugendlicher Schulabgänger in den Ausbildungsmarkt. Grundsätzlich sind dabei zwei Ansatzpunkte denkbar. Zum einen kann mithilfe von geeigneten Maßnahmen von einer größeren Zahl Jugendlicher die Ausbildungsreife geschaffen werden, die notwendig ist, um eine Ausbildung überhaupt erfolgreich absolvieren zu können. Unternehmen bevorzugen Auszubildende, bei denen das Risiko eines Ausbildungsabbruchs möglichst gering ist. Zum anderen besteht ein Ansatzpunkt in der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in Unternehmen. Eine größere Anzahl an Ausbildungsplätzen erhöht die Wahrscheinlichkeit, auch schwer vermittelbare Jugendliche, zu denen häufig auch Jugendliche mit Migrationshintergrund zählen, in eine Ausbildung zu bringen.

In den beiden folgenden Abschnitten werden gemäß dieser beiden Ansatzpunkte Maßnahmen erläutert, die eine Integration jugendlicher Migranten in den Ausbildungsmarkt zum Ziel haben. Dabei werden unter anderem die Kosten für diese Maßnahmen ermittelt, die in Kapitel 5 zur Berechnung der Integrationsrendite weiter verwendet werden. Zunächst werden in Abschnitt 3.2.1 Maßnahmen der Berufsvorbereitung und Berufsorientierung vorgestellt, deren Zielsetzung in der Förderung der Jugendlichen besteht, die über mangelnde Ausbildungsreife verfügen. Anschließend werden in Abschnitt 3.2.2 verschiedene Förderprogramme betrachtet, deren Ziel die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze auch für jugendliche Migranten ist. Abschnitt 3.2.3 fasst die Ergebnisse in Form der Kosten der verschiedenen Programme und Maßnahmen zusammen.

3.2.1 Berufsvorbereitung und Berufsorientierung

Maßnahmen der Berufsorientierung und der Berufsvorbereitung haben die Aufgabe, die Jugendlichen zu unterstützen, die ohne weitere Hilfe den Sprung in den Ausbildungsmarkt nicht schaffen würden. Dazu zählen beispielsweise Jugendliche ohne Schulabschluss oder mit fehlender Ausbildungsreife. Typischerweise besteht diese Zielgruppe zu einem nicht unerheblichen Teil auch aus Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Berufsorientierungsmaßnahmen dienen dabei vor allem dazu, Schülern aus speziellen Zielgruppen, wie etwa Hauptschülern oder Jugendlichen mit Migrationshintergrund, auf sie zugeschnittene Beratungsangebote zur Verfügung zu stellen. Ziel ist es, eine über ein generelles Informationsangebot der Schulen hinausgehende Orientierungshilfe zu bieten, die Jugendliche bei der Berufs- und Ausbildungswahl unterstützt. Auch auf eine Ausbildung vorbereitende Maßnahmen für Schüler an allgemeinbildenden Schulen können Teil der Berufsorientierung sein (vgl. Neumann et al., 2009).

Im Gegensatz dazu haben *Berufsvorbereitungsmaßnahmen* ausbildungsvorbereitenden Charakter und tragen dem Nachholbedarf nicht ausbildungsreifer Jugendlicher Rechnung. Ziel ist das Ermöglichen einer nachhaltigen Integration der betreffenden Jugendlichen in den Arbeitsmarkt. Ein Großteil der Maßnahmen zur Berufsvorbereitung findet in beruflichen Schulen statt, die einzelnen Programme unterscheiden sich jedoch meist von Bundesland zu Bundesland. Zu den Berufsvorbereitungsmaßnahmen zählen unter anderem berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB), das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) und die Maßnahmen zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ). Da letztere in vielen Fällen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze führen, werden sie im folgenden Abschnitt behandelt und an dieser Stelle nicht weiter erläutert. Bei den BvB steht neben der Bestimmung der Fähigkeiten der Jugendlichen und daran ausgerichteter Hilfestellungen in Bezug auf ihre Berufswahl vor allem der Erwerb weiterer, für Ausbildung und Beschäftigung relevanter Fähigkeiten im Vordergrund der Maßnahmen. Auch das BVJ dient der Vermittlung berufsbezogener Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie der beruflichen Orientierung. Im Unterschied dazu wird im BGJ bereits eine berufsbildbezogene Grundbildung vermittelt, sodass das BGJ sogar als erstes Ausbildungsjahr anerkannt werden kann (Werner et al., 2008).

In einer umfassenden Studie zum Thema Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Beruf haben Werner, Neumann und Schmidt im Jahr 2008 die Kosten von Maßnahmen der Berufsorientierung und der Berufsvorbereitung analysiert (Werner et al., 2008). Grundsätzlich finanzieren Bund und Länder Berufsorientierungs- und -vorbereitungsmaßnahmen. So werden etwa die BvB,

so lange nicht an beruflichen Schulen der Länder unterrichtet wird, aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit bezahlt, während BVJ und BGJ durch die sie anbietenden Bundesländer finanziert werden. Insgesamt wurden im Jahr 2006 14,5 Prozent der Ausgaben der öffentlichen Hand zur Integration Jugendlicher in Ausbildung und Beschäftigung für Berufsvorbereitung mithilfe von Förderprogrammen getätigt. 34,1 Prozent wurden für Berufsvorbereitung an beruflichen Schulen veranschlagt. Die öffentlichen Ausgaben für Berufsorientierung machten mit 1,4 Prozent im Vergleich nur einen relativ geringen Anteil aus. Im Jahr 2006 betragen die öffentlichen Ausgaben für Maßnahmen zur Integration Jugendlicher in Ausbildung und Beschäftigung knapp 5,6 Milliarden Euro, darunter 2,7 Milliarden Euro für Maßnahmen zur Berufsorientierung und Berufsvorbereitung (ohne EQJ-Maßnahmen) (eigene Berechnung auf Basis von Werner et al., 2008).

Diese Gesamtausgaben werden auf diejenigen Teilnehmer an Berufsorientierungs- und -vorbereitungsmaßnahmen bezogen, für die verlässliche Teilnehmerzahlen existieren. Dies sind Schüler in der schulischen Berufsvorbereitung, Teilnehmer an BvB-Maßnahmen, die nicht an beruflichen Schulen unterrichtet wurden, Teilnehmer am Ausbildungsplatzprogramm Ost sowie geförderte Jugendliche im Rahmen der Berufsausbildung Benachteiligter der Bundesagentur für Arbeit. Im Jahr 2006 lag die Anzahl der Teilnehmer an den entsprechenden Maßnahmen bei 417.548 (eigene Berechnung auf Basis von Werner et al., 2008).

Um zu ermitteln, welche Kosten ein Teilnehmer an einer Berufsorientierungs- oder -vorbereitungsmaßnahme verursacht hat, der auch tatsächlich anschließend einen Ausbildungsplatz bekommen hat, sind die Gesamtausgaben nur auf die entsprechenden Teilnehmer umzulegen. Dazu wird die Übergangsquote der Teilnehmer von Berufsorientierungs- und vor allem von Berufsvorbereitungsmaßnahmen in eine Berufsausbildung benötigt. Werner et al. zitieren diesbezüglich verschiedene Studien wie etwa die BIBB-Übergangsstudie und den Berufsbildungsbericht, die zu unterschiedlichen Ergebnissen bezüglich unterschiedlicher Maßnahmen, aber auch zu jeweils unterschiedlichen Resultaten bezogen auf die gleichen Maßnahmen kommen (Werner et al., 2008; BMBF, 2006, 2008). Die höchste Übergangsquote lag laut BIBB-Übergangsstudie mit 37 Prozent beim BGJ vor. Sie soll im Folgenden verwendet werden, um eine Überschätzung der Kosten zu vermeiden. Die Anzahl der Teilnehmer an Maßnahmen zur Berufsorientierung und Berufsvorbereitung, die im Anschluss an die Teilnahme eine Ausbildung beginnen konnten, betrug somit knapp 154.500 im Jahr 2006 (eigene Berechnung auf Basis von Werner et al., 2008).

Im Durchschnitt verblieben Schulabgänger mit maximal Hauptschulabschluss 1,4 Jahre in Berufsorientierungs- beziehungsweise Berufsvorbereitungsmaßnahmen (Werner et al., 2008). In Zusammenhang mit der Anzahl der Teilnehmer, die anschließend eine Ausbildung beginnen konnten (knapp 154.500), und der gesamten Ausgaben der öffentlichen Hand für diese Maßnahmen (2,7 Mrd. Euro) ergeben sich bei einer Dauer von 1,4 Jahren daraus Kosten in Höhe von 24.685 Euro pro erfolgreichem Teilnehmer. Es kostete also im Jahr 2006 durchschnittlich knapp 25.000 Euro, einem Jugendlichen, für den der Ausbildungsmarkt sonst schwer zugänglich gewesen wäre, mithilfe von Maßnahmen der Berufsorientierung oder Berufsvorbereitung einen Ausbildungsplatz zu verschaffen.

3.2.2 Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze

In Deutschland bildete im Jahr 2007 ein knappes Viertel der Betriebe und damit etwa die Hälfte der berechtigten Betriebe aus (BMBF, 2008). Dabei stieg der Anteil der Ausbildungsbetriebe nach

Betriebsgrößenklassen an. Während bei den Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten etwas mehr als jeder Fünfte ausbildete, kam dies in fast einem Viertel der Betriebe mit 50 bis 249 Beschäftigten vor. Von den Großunternehmen mit 250 oder mehr Beschäftigten bildeten rund 86 Prozent aus (BIBB, 2008; zum Teil eigene Berechnung).

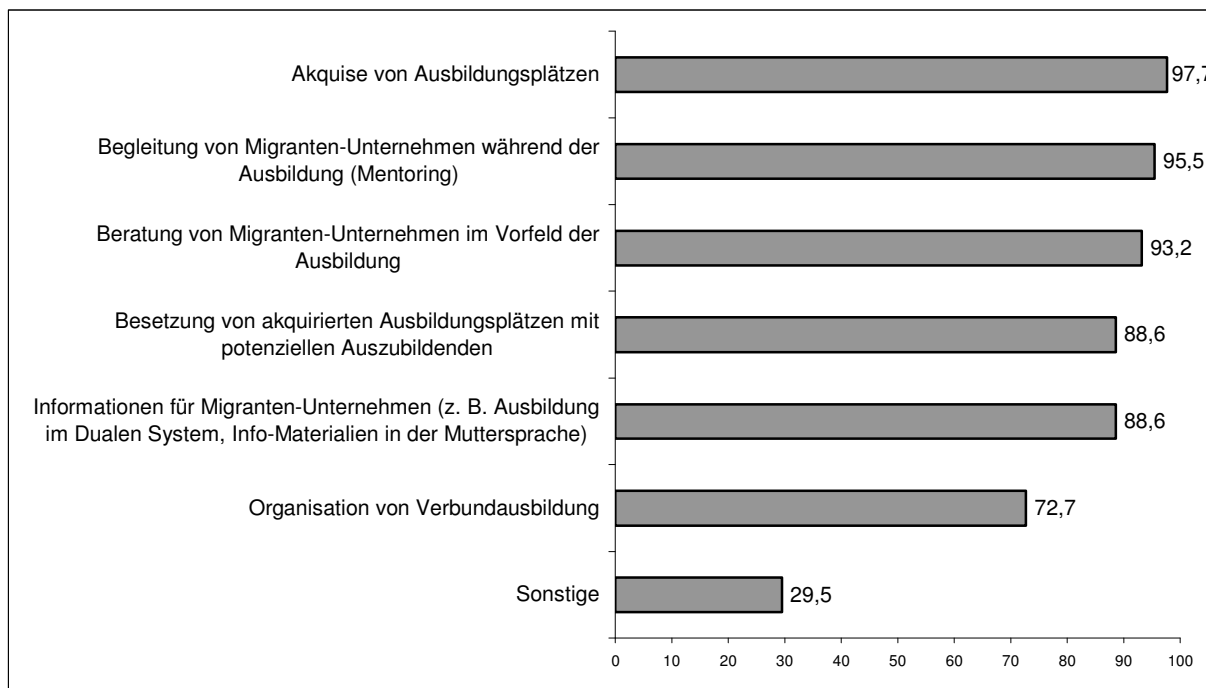
Unternehmen, die von Personen mit Migrationshintergrund geführt werden (im Folgenden als Unternehmen mit Migrationshintergrund bezeichnet), machten im Jahr 2005 knapp 14 Prozent aller Unternehmen in Deutschland aus. Dies entsprach etwa 570.000 Unternehmen. Vier von fünf Unternehmen mit Migrationshintergrund waren in Handel und Gastgewerbe sowie Sonstigen Dienstleistungen tätig (Christ et al., 2007). Die Ausbildungsbetriebsquote von Unternehmen mit Migrationshintergrund lag im Jahr 2005 bei durchschnittlich 14,2 Prozent (Christ et al., 2007). Dies ist deutlich weniger als im bundesdeutschen Durchschnitt, der in 2005 bei 24,1 Prozent lag (BIBB, 2008). Allerdings ist das Ausbildungspotenzial von Unternehmen mit Migrationshintergrund begrenzt: Im Jahr 2005 hatten fast zwei Drittel der Selbstständigen mit Migrationshintergrund keine weiteren Beschäftigten. Rund ein Viertel beschäftigte weniger als sechs Mitarbeiter (Christ et al., 2007). Im bundesdeutschen Durchschnitt betrug die Ausbildungsbetriebsquote von solchen Kleinstbetrieben mit maximal neun Beschäftigten im Jahr 2005 17,1 Prozent (BIBB, 2008). Unternehmen mit Migrationshintergrund bildeten also zwar in geringerem Umfang aus als der Durchschnitt aller Unternehmen, der Unterschied lag aber bei lediglich etwa 3 Prozentpunkten. Der Anteil der Ausbildungsbetriebe variiert je nach Herkunftsland der Unternehmer: So lag die Ausbildungsbetriebsquote 2005 bei griechisch-stämmigen Unternehmen bei knapp 11 Prozent, italienisch-stämmige Unternehmen wiesen eine Quote von 10 Prozent auf und die der türkisch-stämmigen lag bei 19 Prozent. Rund 17 Prozent der Unternehmen, die von Personen aus der ehemaligen Sowjetunion geführt wurden, bildeten aus (Leicht et al., 2005).

Eine Erhöhung der Anzahl an Ausbildungsplätzen für Jugendliche mit Migrationshintergrund wird mithilfe verschiedener Programme angestrebt. Dabei sind grundsätzlich Programme, die die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze bezwecken, von Programmen zu unterscheiden, bei denen das vorrangige Ziel in der Weiterqualifizierung der Jugendlichen besteht. Zusätzliche Ausbildungsplätze entstehen bei Letzteren als Folge der Weiterqualifizierung. Die bedeutendsten Programme werden im Folgenden kurz vorgestellt.

JOBSTARTER

Im Rahmen des durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierten und durch Gelder des Europäischen Sozialfonds unterstützten Ausbildungsstrukturprogramms „JOBSTARTER – Für die Zukunft ausbilden“ werden regionale Projekte gefördert, die im Wesentlichen das Ziel verfolgen, zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze zu gewinnen. In jährlichen Förderrunden werden seit dem Jahr 2006 unterschiedliche Schwerpunkte wie beispielsweise Ausbildungsplatzentwicklung, passgenaue Vermittlung, Stiftungsgründung oder Verzahnung von Schulen und Unternehmen gefördert (JOBSTARTER, 2009a). Der Programmbereich KAUSA (Kordinierungsstelle Ausbildung in Ausländischen Unternehmen), der zunächst selbstständig war, befasst sich im Rahmen des JOBSTARTER-Programms mit der Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft in Unternehmen mit Migrationshintergrund. Es werden vor allem Projekte gefördert, die Informationen über berufliche Bildung in Migrantenbetrieben verbreiten und diese dazu motivieren, selbst auszubilden (JOBSTARTER, 2009b). Solche Projekte bedienen sich vor allem der in Abbildung 10 dargestellten Maßnahmen, um Unternehmen mit Migrationshintergrund in Bezug auf die berufliche Bildung zu unterstützen.

Abbildung 10
Maßnahmen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen in Unternehmen mit Migrationshintergrund
 in Prozent



Quelle: eigene Darstellung auf Basis von Christ et al., 2007, 41 ff.

In den ersten drei Jahren des JOBSTARTER-Programms zwischen 2006 und 2008 wurden durch die geförderten Projekte rund 32.000 Ausbildungsplätze akquiriert, von denen 17.213 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze waren. Bei Kosten von insgesamt 125 Millionen Euro über die gesamte Laufzeit von JOBSTARTER bis 2013 können die Programmkosten für den Zeitraum 2006 bis 2008 auf knapp 46,9 Millionen Euro approximiert werden. Bezogen auf die Anzahl zusätzlicher Ausbildungsplätze, die in diesem Zeitraum geschaffen worden sind und besetzt werden konnten, ergeben sich daraus Kosten von rund 3.850 Euro pro Ausbildungsplatz (eigene Berechnung auf Basis von BMBF, 2009a, und JOBSTARTER, 2009c). Da nur 16 Prozent dieser Plätze an Jugendliche mit Migrationshintergrund vergeben wurden (JOBSTARTER, 2009c), ist es jedoch notwendig, eine größere Anzahl zusätzlicher Ausbildungsplätze zu schaffen, damit auch Jugendliche mit Migrationshintergrund stärker profitieren können.

Unternehmen mit Migrationshintergrund

Verschiedene Studien belegen, dass es wahrscheinlich ist, dass in Ausbildungsbetrieben mit Migrationshintergrund auch die Auszubildenden einen Migrationshintergrund aufweisen. In einer repräsentativen Befragung unter mehr als 1.000 Unternehmen, deren Eigentümer oder Geschäftsführer einen Migrationshintergrund besaßen, fand die Rambøll Management GmbH (2007) heraus, dass zwischen Unternehmen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein erhebliches Matching-Potenzial besteht. 43 Prozent der Unternehmen mit Migrationshintergrund stellten zum Befragungszeitpunkt bewusst Auszubildende mit Migrationshintergrund ein. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Anteil zukünftig noch erhöht, da unter denjenigen Unternehmen mit Migrationshintergrund, die zum Befragungszeitpunkt planten, in den nächsten zwölf Monaten aus-

zubilden, sogar 61 Prozent Auszubildende mit Migrationshintergrund bevorzugten (vgl. Christ et al., 2007). In einer anderen Studie wird konstatiert, dass gerade Betriebe mit Migrationshintergrund einen Beitrag zur Linderung der Ausbildungsplatzproblematik bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund leisten können (vgl. Leicht et al., 2005).

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie befragte die Rambøll Management GmbH Ende des Jahres 2006 Projekte, die im Bereich der Schaffung von Ausbildungsplätzen in Unternehmen mit Migrationshintergrund tätig sind, im Hinblick auf Projektstruktur, Maßnahmen und Ergebnisse. Die involvierten Projekte wurden mithilfe der Förderprogramme JOBSTARTER, STARRegio, BQF, EQUAL oder als Einzelprojekt durchgeführt⁹. Die sich aus dieser Befragung ergebenden Kosten pro besetztem betrieblichen Ausbildungsplatz in einem Unternehmen mit Migrationshintergrund betragen rund 4.350 Euro (Median; eigene Berechnungen auf Basis von Christ et al., 2007). Das Kriterium der Zusätzlichkeit wurde jedoch in dieser Untersuchung nicht überprüft. Ebenfalls unklar bleibt, wie viele der besetzten Ausbildungsplätze tatsächlich an Jugendliche mit Migrationshintergrund vergeben wurden.

Programm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ-Programm)

Das durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) finanzierte Programm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ-Programm) dient dazu, aus verschiedenen Gründen schwer in Ausbildung vermittelbare Jugendliche an eine Ausbildung heranzuführen. Zielgruppe sind aus diesem Grund Jugendliche, die entweder aus individuellen Gründen eingeschränkte Vermittlungschancen besitzen, nicht in vollem Maße über die notwendige Ausbildungsbefähigung verfügen oder lernbeeinträchtigt beziehungsweise sozial benachteiligt sind (vgl. SGB III, § 235b). Jugendliche mit Migrationshintergrund zählen zu dieser Zielgruppe. Die ausbildungssuchenden Jugendlichen werden im Rahmen des EQJ-Programms für einen Zeitraum zwischen sechs und zwölf Monaten als Praktikanten in Unternehmen tätig. Sollten sie noch der Schulpflicht unterliegen, so muss während der Zeit des Praktikums auch eine Berufsschule besucht werden. Ziel ist es, die Jugendlichen mithilfe der während dieses Praktikums vermittelten Qualifikationen und Fähigkeiten auf einen anerkannten Ausbildungsberuf vorzubereiten. Die Bundesagentur für Arbeit bezuschusst die Vergütung der Einstiegsqualifizierung mit 212 Euro monatlich, zuzüglich eines pauschalen Zuschusses zum durchschnittlichen Gesamtsozialversicherungsbeitrag. Unternehmen profitieren zu vergleichsweise geringen Kosten von der Bereitstellung entsprechender Praktikumsplätze, da sie auf diese Weise potenzielle Auszubildende vor Abschluss eines Ausbildungsvertrags kennenlernen und deren Leistungsfähigkeit im betrieblichen Umfeld überprüfen können.

Zunächst wurde das EQJ-Programm für drei Jahre zwischen 2004 und 2007 (jeweils von Oktober bis September) angeboten, im Jahr 2007 dann bis zum Jahr 2010 verlängert. In den ersten beiden Jahren war eine Förderung von jeweils bis zu 25.000 EQJ-Plätzen abgesichert. Anschließend wurde die Förderung auf 40.000 Plätze jährlich erhöht (vgl. BMAS, 2007). In den ersten drei Programmjahren nahmen insgesamt 87.451 Jugendliche an EQJ-Maßnahmen teil (eigene Berechnung auf Basis von Becker et al., 2008). Im Verlauf der ersten drei Jahre des EQJ-Programms stieg die Anzahl derjenigen Teilnehmer an, die im Anschluss an die Maßnahme einen betrieblichen Ausbildungsplatz fanden – häufig bei dem Unternehmen, bei dem sie auch das EQJ-

⁹ Das Programm STARRegio ist im Jahr 2008 in JOBSTARTER aufgegangen. Zuvor wurden mithilfe von STARRegio regionale Projekte zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze gefördert. Die Programme BQF (Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf) und EQUAL (Neue Wege zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten von Arbeitenden und Arbeitssuchenden) sind Ende 2007 ebenfalls ausgelaufen und werden daher hier nicht weiter diskutiert.

Praktikum absolviert hatten. Von einer Übergangsquote von 53,2 Prozent im ersten Programmjahr stieg die Quote für Jugendliche mit individuellen Vermittlungshemmnissen wie etwa einem Migrationshintergrund bis zum dritten Programmjahr auf 63,4 Prozent an (vgl. Becker et al., 2008). Die Jugendlichen mit Migrationshintergrund unterschieden sich in dieser Hinsicht nur unwesentlich von den Teilnehmern ohne Migrationshintergrund. Knapp 7 Prozent der EQJ-Betriebe bildeten im Anschluss an die Maßnahme in den ersten drei Programmjahren erstmalig aus (eigene Berechnung auf Basis von Becker et al., 2008). Etwa die Hälfte der EQJ-Betriebe verzeichnete einen Anstieg der Ausbildungsquote.

Die Begleitforschung des EQJ-Programms bewertet die Wirkungen der Maßnahme mithilfe einer Kontrollgruppe Jugendlicher, die im gleichen Zeitraum an keiner oder einer anderen Fördermaßnahme teilgenommen haben. Für diese ergibt sich eine gewichtete Übergangsquote in eine betriebliche Ausbildung in Höhe von 32 Prozent. Der Nettoeffekt des EQJ-Programms beträgt demnach 28 Prozent (gewichtete durchschnittliche Übergangsquote des EQJ-Programms: 60 Prozent). Das bedeutet, 28 Prozent der Jugendlichen, die ein Praktikum im Rahmen des EQJ-Programms absolvieren, fanden im Anschluss daran aufgrund dieser Tatsache einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Die Kosten des EQJ-Programms lagen in den ersten drei Programmjahren bei insgesamt 183,7 Millionen Euro (vgl. Becker et al., 2008). Bezogen auf diejenigen 28 Prozent, die aufgrund der Maßnahme in eine betriebliche Ausbildung übergegangen sind, ergeben sich Kosten in Höhe von rund 7.500 Euro pro zusätzlichem Ausbildungsplatz.

Das EQJ-Programm läuft im Jahr 2010 aus. Etwa ein Drittel der Teilnehmer am EQJ-Programm in den ersten drei Jahren wiesen einen Migrationshintergrund auf (vgl. Becker et al., 2008). Die Anzahl der Teilnehmer an der Maßnahme scheint allerdings seither allgemein rückläufig zu sein. So weist die BA für das Berichtsjahr 2008 nur noch knapp 27.000 Neueintritte in eine EQJ-Maßnahme aus; rund ein Viertel weniger als im Jahr zuvor (vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2009).

Ausbildungsbonus

Um zusätzliche Ausbildungsplätze für sogenannte Altbewerber zu schaffen, also Jugendliche, die bereits im vergangenen Jahr eine Ausbildungsstelle gesucht, aber keine gefunden haben, wurde Ende August 2008 der Ausbildungsbonus eingeführt. Diese Förderung wird durch die Bundesagentur für Arbeit gezahlt und ist nicht projektgebunden, sondern geht direkt an die ausbildenden Unternehmen. Bietet ein Unternehmen einen zusätzlichen Ausbildungsplatz für einen förderungsbedürftigen Jugendlichen an, so erhält es je nach der ortsüblichen oder tarifvertraglich vereinbarten Ausbildungsvergütung pro Teilnehmer 4.000, 5.000 oder 6.000 Euro. Der eingestellte Auszubildende muss dafür in einem früheren Jahr die Schule ohne Abschluss, mit Haupt- oder Schulabschluss oder mit mittlerem Abschluss, aber höchstens ausreichender Note in Mathematik oder Deutsch, verlassen haben oder lernbeeinträchtigt oder sozial benachteiligt sein. Es ist davon auszugehen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund einen großen Anteil dieser Zielgruppe ausmachen (Kapitel 3.1.2). Bis Ende Februar 2009 sind mithilfe des Ausbildungsbonus bereits mehr als 12.700 zusätzliche Ausbildungsplätze für Altbewerber geschaffen worden. Das Programm ist bis Ende 2010 befristet (BMBF, 2009a; BMAS, 2008).

Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen

Nicht alle durch Förderprogramme geschaffenen Ausbildungsplätze können jedoch besetzt werden. Im JOBSTARTER-Programm beispielsweise lag der Anteil der besetzten Ausbildungsplätze zwischen Anfang 2006 und Juni 2009 bei lediglich 65 Prozent (JOBSTARTER, 2009d). Die Ursachen solcher Besetzungsprobleme sind vielfältig. Eine Untersuchung der Programmstelle beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) zeigt auf, dass nicht nur die mangelnde Ausbildungsreife der Jugendlichen, sondern auch Unprofessionalität der Betriebe und regionale Probleme wie beispielsweise eine schlechte Infrastruktur oder Überalterung zu Besetzungsproblemen führen (Liebscher/Tschöpe, 2008). Durch eine Erhöhung des Anteils besetzter Ausbildungsplätze ließen sich die Kosten pro besetztem Ausbildungsplatz deutlich verringern.

An dieser Stelle greift das bis Ende 2009 befristete Programm „Passgenaue Vermittlung“, welches durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und den Europäischen Sozialfonds finanziert wird. Berater der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern und der Kammern der Freien Berufe besuchen ausbildungswillige kleine und mittelständische Betriebe und beraten diese bei der Auswahl der Auszubildenden. Auf diese Weise sollen Fehlbesetzungen vermieden und Abbruchquoten verringert werden. Bis März 2008 wurden rund 5.000 Ausbildungsplätze vermittelt, was pro Platz Kosten von etwa 1.000 Euro verursacht hat (eigene Berechnung auf Basis von ZDH, 2008). Diese Ausbildungsplätze sind zwar nicht zusätzlich, jedoch ist es nach dieser Berechnung lohnenswert, durch die Förderung im Rahmen des Programms „Passgenaue Vermittlung“ weitere (zusätzliche) Ausbildungsplätze zu besetzen, wenn ein solcher Platz ansonsten mit Kosten von mehr als 1.000 Euro verbunden wäre.

3.2.3 Kosten pro besetztem Ausbildungsplatz

Jugendliche Migranten werden in Deutschland mithilfe verschiedener Programme gefördert, um ihnen den Einstieg in das berufliche Bildungssystem zu vereinfachen. Tabelle 28 fasst die Kosten für zusätzliche Ausbildungsplätze, die mithilfe der verschiedenen zuvor vorgestellten Maßnahmen entstehen, zusammen.

Maßnahmen der Berufsvorbereitung und der Berufsorientierung zur Schaffung der Ausbildungsreife von Jugendlichen verursachen mit Abstand die größten Kosten. Mit knapp 25.000 Euro pro besetztem Ausbildungsplatz sind sie mehr als dreimal so hoch wie die Kosten der nächst teuersten Maßnahme, dem EQJ-Programm mit 7.500 Euro pro zusätzlichem besetztem Ausbildungsplatz. Am günstigsten sind durch das Programm JOBSTARTER geschaffene und besetzte Ausbildungsplätze, die knapp 4.000 Euro kosten.

Maßnahmen der Berufsvorbereitung und -orientierung sowie die Programme zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze sind zu den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu zählen, deren Ziel die Integration von Arbeitssuchenden in den Arbeitsmarkt ist (vgl. Bundesagentur für Arbeit, 2004). Des Weiteren gehören vor allem die Beratung und Vermittlung von (Langzeit-)Arbeitslosen, Weiterbildungsmaßnahmen und Leistungen zur Unterstützung von Selbstständigkeit zu den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Bernhard et al., 2008). Es existieren zahlreiche Studien, die Effizienz und Wirksamkeit dieser Maßnahmen sowie vor allem den Zusammenhang zwischen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik und der Höhe der Arbeitslosigkeit untersuchen. Allerdings fokussieren sich diese Studien zumeist nicht auf Maßnahmen der Berufsorientierung und -vorbereitung beziehungsweise die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze.

Auch die Wirkung speziell auf benachteiligte Gruppen wie etwa Jugendliche mit Migrationshintergrund wird nicht gesondert betrachtet. Dies erschwert die Übertragbarkeit der Ergebnisse solcher Untersuchungen auf die für diese Studie relevanten Programme. Trotzdem sollen an dieser Stelle einige ausgewählte Evaluationen aktiver Arbeitsmarktpolitik kurz vorgestellt werden, um den gesamtwirtschaftlichen Einfluss entsprechender Maßnahmen zu verdeutlichen.

Die meisten Studien zu dieser Thematik kommen zu dem Ergebnis, dass aktive Arbeitsmarktpolitik im Wesentlichen zu drei Effekten führt: Erstens bewirken Fördermaßnahmen kurzfristig sogenannte Lock-In-Effekte, die bewirken, dass Beschäftigung und Löhne sinken. Hintergrund ist die Tatsache, dass Personen, die an diesen Maßnahmen teilnehmen, aufgrund der Teilnahme ihre Suchintensität nach einer Beschäftigung verringern beziehungsweise von ihren Sachbearbeitern bei der Bundesagentur für Arbeit weniger Stellenangebote mitgeteilt bekommen (vgl. van Ours, 2004). Zweitens steigt aufgrund der Maßnahmen mittelfristig die Beschäftigung, weil die Teilnehmer zusätzliches Wissen und weitere Fähigkeiten erwerben konnten. Aus diesem Grund nehmen drittens in der mittleren Frist außerdem auch die Löhne und Gehälter zu.

Tabelle 28
Kosten pro besetztem Ausbildungsplatz in verschiedenen Programmen

Programm	Kosten pro besetztem Ausbildungsplatz	Anteil Jugendlicher mit Migrationshintergrund an den Auszubildenden
Programme zur Schaffung der Ausbildungsreife		
Berufsorientierungs-/ -vorbereitungsmaßnahmen	24.685 Euro	k. A.
Programme zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsstellen		
JOBSTARTER	3.850 Euro	16 Prozent
Projekte für Unternehmen mit Migrationshintergrund ¹⁾	4.350 Euro	43 Prozent ²⁾
EQJ	7.500 Euro	33 Prozent
Ausbildungsbonus	4.000 / 5.000 / 6.000 Euro	k. A.

¹⁾ inklusive JOBSTARTER-, STARregio-, BQF-, EQUAL-Projekten

²⁾ geschätzt

Quellen: eigene Berechnung auf Basis von Becker et al., 2008; BMBF, 2009; Christ et al., 2007; JOBSTARTER, 2009a; Werner et al., 2008

Mit einem deutschen Mikrodatsatz zeigen Lechner und Wunsch (2007), dass zwischen diesen Effekten der aktiven Arbeitsmarktpolitik und der Arbeitslosenquote zu Beginn der jeweiligen Fördermaßnahme ein positiver Zusammenhang besteht. Bei höherer Arbeitslosigkeit ergibt sich mittelfristig eine stärkere positive Wirkung auf Beschäftigung und Löhne als bei geringerer Arbeitslosigkeit. Bezogen auf die oben erläuterten Berufsorientierungs- und -vorbereitungsprogramme könnte es vor diesem Hintergrund sinnvoll sein, in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit den Programmumfang deutlich zu erhöhen, um diese positiven Wirkungen abzuschöpfen.

Die Programme zur Berufsorientierung und -vorbereitung sowie zur Schaffung von Ausbildungsplätzen richten sich hauptsächlich an Jugendliche unter 25 Jahren. In einer Metastudie, der 97 Untersuchungen mit Mikrodatsätzen unterschiedlicher Länder zugrunde liegen, belegen Card,

Kluve und Weber (2009), dass Förderprogramme, die sich speziell an Jugendliche richten, weniger häufig positive Effekte auf Beschäftigung und Löhne bewirken als Programme, deren Zielgruppe weniger spezifisch ist. Die Heterogenität der Zielgruppe und die spezifischen Probleme von Jugendlichen ohne jeglichen Schulabschluss bewirken, dass positive Beschäftigungseffekte der Förderung weit seltener sind. An einem dänischen Datensatz zeigen Jensen et al. (2003) jedoch, dass Förderprogramme, die speziell auf jugendliche Schulabbrecher ausgerichtet sind, den Übergang der Teilnehmer in eine Ausbildung signifikant erhöhen und auch den Übergang in den Arbeitsmarkt verbessern. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Forslund und Nordström Skans (2006) für Schweden, allerdings zeigen sie auch, dass aktive Arbeitsmarktpolitik generell für Jugendliche bis 25 Jahren effektiver ist als für ältere Personen, insbesondere, wenn die Jugendlichen noch nicht lange arbeitslos sind.

Grundsätzlich zeigen viele Evaluationen, dass aktive Arbeitsmarktpolitik bei einer zielgenauen Ausgestaltung mittelfristig Beschäftigung erhöhen und Löhne steigern kann. Besonders in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit sind Maßnahmen in dieser Hinsicht sinnvoll, um positive Beschäftigungseffekte anzuregen und somit zum Abbau der Arbeitslosigkeit beizutragen. Vor diesem Hintergrund kann die Förderung besonders von jugendlichen Migranten mithilfe von Programmen und Maßnahmen, die der Berufsorientierung und -vorbereitung sowie der Schaffung neuer Ausbildungsplätze dienen, gerechtfertigt werden. Allerdings wäre es aufgrund der hohen Kosten wesentlich effizienter, die Ausbildungsreife während der Schulzeit zu erlangen und nicht nachträglich in „Reparaturmaßnahmen“.

3.3 Anrechnung von im Ausland erworbenen Abschlüssen

Neben der Schaffung von Qualifikationen stellt die Anrechnung bereits bestehender Qualifikationen eine wichtige Integrationsaufgabe dar. Im Folgenden sollen daher die Potenziale der Anrechenbarkeit von im Ausland erworbenen Abschlüssen untersucht werden.

3.3.1 Ausländische Abschlüsse der Migranten und Anerkennung

Mehr als zwei Drittel der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund sind im Ausland geboren und durchschnittlich im Alter von 24 Jahren nach Deutschland eingereist (Statistisches Bundesamt, 2008a). Das bedeutet, dass ein großer Teil von ihnen seine schulische und berufliche Bildung höchstwahrscheinlich bereits im Herkunftsland absolviert hat. Wie in Kapitel 2 gezeigt, besitzt zwar nur ein vergleichsweise geringer Teil der Menschen mit Migrationshintergrund (39 Prozent) einen formalen beruflichen Abschluss. Dennoch handelt es sich mit rund 6 Millionen Personen um eine vergleichsweise große Gruppe mit entsprechendem Erwerbspersonenpotenzial. Nach einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2007 ist fast die Hälfte dieser Abschlüsse – 47 Prozent – aus dem Ausland „importiert“ worden (Tabelle 29).

Tabelle 29

Umfang der im Ausland erworbenen Abschlüsse nach Herkunft der Migranten (nur Bildungsausländer) und Relation zu allen Abschlüssen von Migranten

im Jahr 2007, Anzahl und in Prozent

ehemalige/ aktuelle Staats- angehörigkeit	im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse		davon: im Ausland er- worbener Abschluss der beruflichen Bildung		davon: im Ausland er- worbener tertiärer Ab- schluss*	
	in 1.000	in Prozent aller Ab- schlüsse	in 1.000	in Prozent aller Ab- schlüsse	in 1.000	in Prozent aller Ab- schlüsse
insgesamt	2.853	47	1.754	46	1.018	58
EU 27	851	48	494	47	332	57
Polen	215	61	142	62	66	65
Russische Föderation	197	67	100	62	90	80
Türkei	121	21	90	21	mehr als 24	mehr als 35
ehemalige Sowjetunion	403	68	207	63	185	82
ehemaliges Jugoslawien	231	46	187	48	40	51
Afrika	61	42	33	41	mehr als 20	mehr als 54
Amerika	84	53	26	42	mehr als 47	mehr als 63
Asien, Australien und Ozea- nien	283	54	140	54	137	61
Spät- aussiedler	807	49	582	51	199	53

* Hochschulabschlüsse wie Universitäts-, Fachhochschulabschlüsse und Promotion sowie Meister-, Techniker- und Fachschulabschlüssen

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2007

Von insgesamt 2,85 Millionen aus dem Ausland mitgebrachten beruflichen Abschlüssen (47 Prozent von 6,02 Millionen Abschlüssen von Migranten insgesamt) sind 61 Prozent eher dem mittleren Berufsbildungsniveau (Lehre und ähnliche berufsqualifizierende Abschlüsse) zuzuordnen. Höhere Qualifikationen wie das Hochschulstudium, Promotion sowie Meister- und Technikerqualifikationen betragen 36 Prozent der vor der Einreise nach Deutschland erworbenen Qualifikationen. Die restlichen in der Tabelle nicht aufgeführten Abschlusstypen sind eher dem unteren Qualifikationsniveau zuzuordnen.

Insgesamt ist demzufolge fast die Hälfte aller Abschlüsse, über die Zuwanderer in Deutschland verfügen, in Herkunftsländern erworben worden. Dabei fällt auf, dass der Anteil tertiärer Abschlüsse mit 58 Prozent über dem Anteil der mittleren Qualifikationen (46 Prozent) liegt. Besonders hoch sind die Anteile der mittelqualifizierten Bildungsausländer unter den Polen und den Personen aus der ehemaligen Sowjetunion. Auch bei formal Hochqualifizierten zeigen die Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion und insbesondere Russland mit über 80 Prozent die höchsten Anteile.

Tabelle 30
Im Ausland erworbene Abschlüsse der in Deutschland lebenden Migranten nach Fachrichtungen

im Jahr 2007, absolut und in Prozent

	Abschluss der beruflichen Erstausbildung	Meister	Hochschulabschluss	insgesamt
Anzahl Abschlüsse insgesamt, in 1.000	1.828	201	817	2.853
Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport, in Prozent	2	6	21	8
Rechts-, Wirtschaftswissenschaften, in Prozent	20	10	20	19
Mathematik, Naturwissenschaften, in Prozent	1	2	12	4
Humanmedizin, Veterinärmedizin, in Prozent	6	17	8	7
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, in Prozent	13	6	2	10
Ingenieurwissenschaften, in Prozent	53	50	27	46
Kunst, Kunstwissenschaft, in Prozent	2	4	7	4
sonstige/ohne Angaben, in Prozent	3	3	1	3

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2007; Rundungsdifferenzen

Angesichts der demografischen Entwicklung und der Fachkräfteengpässe in einzelnen Arbeitsmarktbereichen ist zudem die sektorale oder fachliche Zuordnung dieser Qualifikationen von hohem Interesse. Eine Mikrozensus-Sonderauswertung der im Ausland erworbenen Abschlüsse der Menschen mit Migrationshintergrund zeigt, dass mit Abstand die höchsten Anteile der mittleren Qualifikationen (53 Prozent) sowie der Weiterbildungsabschlüsse aus dem berufsbildenden Bereich (50 Prozent) der ingenieurwissenschaftlichen Ausrichtung entstammen (Tabelle 30). Diesem Bereich sind vor allem berufsqualifizierende Abschlüsse im Bergbau, Elektrotechnik und allgemeinem Ingenieurwesen (zum Beispiel: Mechatroniker) zuzuordnen. Unter den ausländischen

Hochschulabschlüssen bilden sie zwar ebenfalls die größte Gruppe, erreichen jedoch mit 27 Prozent nicht so eine dominante Stellung wie bei den beiden anderen Abschlusstypen.

Des Weiteren bilden Lehrabschlüsse in Rechts- und Wirtschaftsberufen (20 Prozent aller Lehrabschlüsse) sowie in Agrar-, Forst- und Ernährungsberufen (13 Prozent) relativ große Gruppen. Nach ingenieurwissenschaftlich ausgerichteten Meister-/Techniker- und Fachschulabschlüssen bringen Migranten verhältnismäßig oft auch eine medizinische oder rechts- beziehungsweise wirtschaftsorientierte Berufsqualifikationen mit. Im Hochschulbereich stehen dagegen eher geistes- oder sozialwissenschaftliche Fachrichtungen (nach Ingenieurwissenschaften) im Vordergrund (Sprach- und Kulturwissenschaften: 21 Prozent, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften: 20 Prozent).

Insgesamt deuten diese Zahlen auf eine hohe Notwendigkeit hin, sich mit den ausländischen beruflichen Qualifikationen und den damit zusammenhängenden Kompetenzen auseinanderzusetzen. Damit die ausländischen Qualifikationen und Abschlüsse auf dem deutschen Arbeitsmarkt gleichberechtigt mit den Qualifikationen und Abschlüssen einheimischer Arbeitnehmer eingesetzt werden können, müssen die Arbeitgeber Informationen über die Kompetenzen und Fähigkeiten der Zugewanderten erhalten. Diese Signalwirkung, die üblicherweise durch die Zertifizierung von Qualifikationen erreicht wird, kann im Falle der ausländischen Abschlüsse im Grunde nur durch Anerkennungs- und Kompetenzfeststellungsverfahren sowie die damit verbundene Bescheinigung der vorhandenen Kompetenzen bewirkt werden. Zu berücksichtigen ist dabei, dass es zwischen den (Aus-)Bildungsniveaus, die sich in Kenntnissen und Fähigkeiten beziehungsweise Kompetenzen ausdrücken, große Unterschiede zwischen den Ländern geben kann. Daher ist eine Gleichstellung ausländischer Qualifikationen mit den deutschen ohne eine explizite Kompetenzfeststellung nicht möglich.

Prinzipiell existieren in Deutschland in diesem Zusammenhang bereits zahlreiche Praktiken der Begutachtung von beruflichen Abschlüssen aus dem Ausland. Üblicherweise wird dabei zwischen der Anerkennung zwecks Zulassung zu weiteren schulischen oder akademischen Bildungs- und Studiengängen (sogenannte akademische Anerkennung) und der formalen Begutachtung von arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen (sogenannte berufliche Anerkennung) unterschieden.

Während bei der akademischen Anerkennung die Zuständigkeiten zwar dezentral, aber dennoch klar geregelt sind und es Anerkennungsmöglichkeiten für alle Ausländer gibt, sind die Zuständigkeiten bei der beruflichen Anerkennung nicht im gleichen Ausmaß festgelegt. Als zentrale Stelle für die Bewertung ausländischer Qualifikationen in Deutschland gilt die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen bei der Kultusministerkonferenz (ZAB). Der Schwerpunkt der Beratungs- und Informationsaktivitäten der ZAB liegt dabei auf Hochschulqualifikationen, Hochschulsystemen und Hochschulzugang in Deutschland. Der breit gefächerte Bereich der ausländischen Berufsabschlüsse unterhalb des Hochschulniveaus kann nur für einzelne gut untersuchte Herkunftsländer, mit denen bilaterale Abkommen bestehen, abgedeckt werden. Zudem wird dort ein Fokus auf reglementierte Berufe und zulassungspflichtige Gewerke des Handwerks gelegt, da ein formales Anerkennungsverfahren nur bei diesen Berufen möglich ist. Zuständig für die praktische Durchführung der Bewertungen (Kompetenzfeststellungs- und Anerkennungsverfahren) sind Kammern und Ministerien, die auch die Ausbildung in diesen Berufsbereichen regeln und verantworten. Sie stellen mit Unterstützung der ZAB Gutachten aus. Für die Einwanderer aus Frankreich, Österreich und der Schweiz gibt es gesonderte Regelungen (bilaterale Abkommen). Drittstaatler hingegen haben nur einen begrenzten Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren.

Für die meisten Berufe – die sogenannten nichtreglementierten Berufe – existieren zudem nur begrenzte Optionen zur formalen Prüfung und Bescheinigung ihrer Gleichwertigkeit. Es besteht zwar teilweise die Möglichkeit, bei der zuständigen Stelle eine informelle Bewertung zu beantragen; dies ist jedoch nicht bundesweit geregelt und wird daher in der Praxis auch sehr unterschiedlich gehandhabt (Englmann/Müller, 2007). Eine Ausnahme stellen Spätaussiedler dar, die bei allen Bildungsnachweisen beziehungsweise Qualifikationen ein formales Anerkennungsverfahren beantragen und einen offiziellen Bescheid über das Ergebnis erhalten können (BVG §10). Für andere Zuwanderergruppen – EU- und Nicht-EU-Bürger – ist oft kein formales Anerkennungsverfahren möglich.

Da die Intransparenz der Verfahren und der Ausschluss von bestimmten Migrantengruppen vom Zugang zu den Anerkennungsverfahren mittlerweile einer breiten politischen und öffentlichen Kritik unterliegen, sind in dieser Beziehung in der nächsten Zeit politische oder rechtliche Weiterentwicklungen zu erwarten (Bundesregierung, 2009).

Formale Anerkennungen der im Ausland erworbenen Abschlüsse und Qualifikationen der Migranten sind für ihre Integration in den Arbeitsmarkt von hoher Bedeutung. Zudem spielen formale und informelle Stellungnahmen zur Vergleichbarkeit einer aus- mit einer inländischen Qualifikation bei der Erteilung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen eine wichtige Rolle (vgl. § 18a Aufenthaltsgesetz oder § 27 Beschäftigungsverordnung). Eine aktuelle Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen stellt fest, dass die Wahrscheinlichkeit, eine Arbeitsstelle zu finden, für zugewanderte ALG II-Bezieher mit einem anerkannten Abschluss um 50 Prozent höher ist als für arbeitssuchende Migranten mit einem nicht-erkannten Abschluss (Brussig et al., 2009; Tabelle 31).

Tabelle 31

ALG II-Bezieher mit Migrationshintergrund und Übergang in die Beschäftigung nach Anerkennung des Abschlusses (nur über 25-Jährige)

2007/2008, in Prozent

	Anteil an ALG II-Beziehern	Übergangswahrscheinlichkeit in Beschäftigung
ausländischer Abschluss anerkannt	11,4	31,9
ausländischer Abschluss nicht anerkannt	28,8	21,2
Abschluss in Deutschland erworben	16,6	31,6
ohne Berufsabschluss	43,2	20,0
insgesamt/Durchschnitt	100	22,6

Quelle: Brussig et al., 2009, 7 ff.

Insgesamt haben 40,2 Prozent der ALG II-Bezieher mit Migrationshintergrund einen ausländischen Berufsabschluss erworben. Nur ein Drittel der ausländischen Abschlüsse (11,4 Prozentpunkte) der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen wurde in Deutschland anerkannt. Dabei steigt die Wahrscheinlichkeit der formalen Anerkennung zwar mit steigendem Abschlussniveau (Brussig et al., 2009, 8). Beispielsweise erreichten von den 84,4 Prozent der Akademiker mit ausländischen Abschlüssen an allen Akademikern im ALG II-Bezug 36,1 Prozentpunkte eine Anerkennung in Deutschland – dies sind circa 43 Prozent. Bei ALG II-Empfängern mit Migrationshintergrund mit

einem Lehrabschluss oder einer schulischen Berufsausbildung brachten 56,6 Prozent diesen Abschluss aus dem Ausland mit. Nur bei 11,5 Prozentpunkte dieser Personen – also knapp 20 Prozent der mittleren ausländischen Abschlüsse – wurde die Qualifikation einer deutschen gleichgestellt. Zu ähnlichen Ergebnissen kamen in einer fallbeispielgestützten Studie Englmann und Müller im Rahmen des Projekts „Global Competences“ (Englmann/Müller, 2007). Die Ergebnisse können zwar aufgrund des qualitativen Untersuchungsdesigns nicht verallgemeinert werden. Allerdings erreichten in der Studie Akademiker verschiedener Fachrichtungen systematisch höhere Anerkennungsquoten als Migranten mit berufsbildenden Abschlüssen (Englmann/Müller, 2007, 198 ff.). Eine wichtige Ursache für diesen Befund ist in beiden Studien sicherlich die oben dargestellte formale Ausgestaltung der Anerkennungsprozesse: Insbesondere in Bezug auf die Bewertung von berufsbildenden Abschlüssen unterhalb des universitären Niveaus sind formale Zugangsmöglichkeiten nur eingeschränkt und teilweise nur für Spätaussiedler gegeben.

Nicht nur formale berufliche Qualifikationen sind auf dem Arbeitsmarkt von Bedeutung. Auch die mit der Migration oft einhergehenden sozialen und kulturellen Fähigkeiten und Kenntnisse können als ein positiver Beitrag der Menschen mit Migrationshintergrund betrachtet werden. So belegen Studien einen positiven Einfluss des „passgenauen Humankapitals“ in „ethnisch spezialisierten Marktbereichen“ (Constant/Zimmermann, 2008; Settlemayer, 2009). Denn gerade in den Stadtteilen oder Gegenden mit einem hohen Migrantenanteil könnten solche interkulturelle Fähigkeiten und Fertigkeiten notwendig sein. Insbesondere tritt dabei die vermittelnde Funktion der Multikulturalität in den Vordergrund: zwischen dem Unternehmen und Kunden (nicht nur aus den entsprechenden Herkunftsländern, sondern auch aus anderen Ländern), innerhalb des Unternehmens, vom Inland zum Ausland sowie innerhalb Deutschlands (Settlemayer, 2009). Voraussetzungen für den Einsatz interkultureller Kompetenzen sind dabei der entsprechende Bedarf im Unternehmen; die Eigenschaft der Interkulturalität als Zusatzqualifikation, die auf Fachkenntnissen aufbaut, sowie die Bereitschaft der Fachkraft mit Migrationshintergrund zum Einsatz und Ausbau der interkulturellen Kompetenzen (z. B. Fachvokabular).

Migranten können zudem sogenannte ethnische Nischen durch die Gründung von herkunftslandbezogenen Unternehmen besetzen und dadurch nicht nur für sich selbst und ihre Landsleute, sondern auch für die Arbeitnehmer ohne einen Migrationshintergrund als attraktiver Arbeitgeber auftreten.

Exkurs: Rechtlicher Status als Arbeitsmarkthindernis

Seit der Reform des Zuwanderungsrechts im Jahr 2005 wurden das Ausländerrecht und der Zugang zum Arbeitsmarkt für Ausländer neu geregelt und in bestimmter Hinsicht vereinfacht (Die-nelt, 2009). Mit dem Aufenthaltsgesetz wurde die Anzahl der Aufenthaltstitel – die zum Aufenthalt in Deutschland berechtigenden Dokumente – reduziert. Aktuell gibt es vier Aufenthaltstitel: Visum, verschiedene Arten der (befristeten) Aufenthaltserlaubnis und (unbefristete) Niederlassungserlaubnis sowie Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG. Die wichtigste Vereinfachung im Hinblick auf den Arbeitsmarktzugang bezieht sich auf die Verwaltungsvorgänge: Im Rahmen des One-Stop-Governments werden in einem behördeninternen Abstimmungsprozess der Aufenthaltstitel und die Arbeitserlaubnis erteilt. Das hat zur Folge, dass die Erwerbserlaubnis direkt aus dem Aufenthaltstitel hervorgeht. Die Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltstitels und zur Aus-

übung der Erwerbstätigkeit¹⁰ sind dabei zusammenfassend insbesondere im Aufenthaltsgesetz, der Beschäftigungsverordnung und der Beschäftigungsverfahrensverordnung geregelt.

Nach der neuen Gesetzeslage haben folgende Migrantengruppen einen uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang:

- Menschen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen,
- Drittstaatler mit einer Niederlassungserlaubnis,
- Unionsbürger aus den alten EU-Ländern,
- Unionsbürger aus den neuen EU-Ländern mit Arbeitserlaubnis-EU,
- anerkannte Asylberechtigte,
- ausländische Ehegatten von Deutschen und
- Geduldete mit einem deutschen Ausbildungs- oder Hochschulabschluss.

Drittstaatler und Staatsangehörige aus den neuen EU-Ländern haben folglich einen eingeschränkten Arbeitsmarktzugang in Deutschland, falls sie über keine Niederlassungserlaubnis verfügen. Eingeschränkter Arbeitsmarktzugang bedeutet an dieser Stelle, dass ein Ausländer nur unter bestimmten Auflagen eine Erwerbstätigkeit in Deutschland aufnehmen darf. Zu solchen Auflagen beziehungsweise Einschränkungen gehören vor allem

- die Notwendigkeit der Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zu der Erwerbstätigkeit in Deutschland (u. a. Vorrangprüfung, Prüfung der Arbeitsbedingungen nach § 39 AufenthG),
- Wartefristen mit gleichzeitigem Verbot von Erwerbstätigkeit (§ 60a AufenthG i. V. m. § 10 BeschVerfV),
- fehlender Zugang zu Anerkennungsverfahren für ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse bei gleichzeitiger Erfordernis von Anerkennung für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis (§ 18 AufenthG i. V. m. § 27 BeschV) sowie
- Hindernisse beim Ausüben selbstständiger Tätigkeit in bestimmten Berufen.

Je nach Aufenthaltsstatus können dabei verschiedene Auflagen greifen. Folgende Beispiele zeigen, dass das Arbeitserlaubnisrecht nach wie vor relativ kompliziert und restriktiv in Bezug auf die Drittstaatler ist. Grundsätzlich können Ausländer aus Nicht-EU-Staaten nur zur Erwerbstätigkeit zugelassen werden, wenn sie folgende Aufenthaltstitel besitzen (teilweise sind auch Staatsangehörige der neuen EU-Länder noch immer von Einschränkungen betroffen):

- Aufenthaltserlaubnis nach § 18 AufenthG zum Zwecke der Erwerbstätigkeit. Die Arbeitserlaubnis wird nur für die Beschäftigungen erteilt, die in der Beschäftigungsverordnung genannt sind. Beispielsweise werden Akademiker nur bei Vorliegen eines konkreten Stellenangebots und zahlreichen weiteren Voraussetzungen – unter anderem einer anerkannten beziehungsweise einer mit einer deutschen vergleichbaren Qualifikation – zum Arbeitsmarkt zugelassen. Fachkräfte mit mittleren Qualifikationen und Geringqualifizierte werden nur in Ausnahmefällen zugelassen, z. B. Saisonbeschäftigungen nach § 18 BeschV.
- Aufenthaltserlaubnis nach § 16 AufenthG für ausländische Studierende (Beschäftigung an bis zu 90 Arbeitstagen oder 180 halben Arbeitstagen pro Jahr und studentische Nebentätigkeiten an wissenschaftlichen Einrichtungen ohne zeitliche Beschränkung). Nach Abschluss des Studiums kann die Aufenthaltserlaubnis mit den gleichen Auflagen für bis zu einem Jahr zur Arbeitssuche verlängert werden. Bei der Einstellung in einem der studierten Fachrichtung entsprechenden Beruf erhalten die Absolventen einen unbeschränkten Arbeitsmarktzugang.

¹⁰ Als Erwerbstätigkeit gelten nach §2 (2) AufenthG die Beschäftigung im Sinne von §7 des SGB IV (sozialversicherungspflichtige abhängige Beschäftigung) und die selbständige Tätigkeit.

- Asylbewerber und Geduldete nach dem ersten Aufenthaltsjahr.
- Unionsbürger aus den neuen EU-Ländern können nach einer Vorrangprüfung und Prüfung der Arbeitsbedingungen zu Beschäftigungen zugelassen werden, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung haben (§ 284 SGB III i. V. m. § 39 AufenthG).
- Familienangehörige von den in Deutschland lebenden Ausländern, wenn der in Deutschland lebende Familienangehörige ebenfalls zur Erwerbstätigkeit berechtigt ist (§ 29 (5) AufenthG).
- Hochqualifizierte bei Vorliegen eines konkreten Arbeitsplatzangebots und weiteren Bedingungen bezüglich der Ausbildung und Entlohnung nach §19 AufenthG (so erhalten sie eine Niederlassungserlaubnis und sind danach keinen Restriktionen mehr unterlegen). Insgesamt lebten in Deutschland 2007 allerdings nur 959 Ausländer mit einer Niederlassungserlaubnis nach § 19 AufenthG (Heß, 2009, 22). Die Einkommensgrenzen wurden in 2009 abgesenkt.
- Forscher und ihre Ehegatten nach § 20 AufenthG.
- Selbstständige nach § 21 AufenthG.

Drittstaatler ohne eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis, inklusive Asylbewerber im ersten Jahr ihres Aufenthaltes, die eine Beschäftigung aufnehmen wollen, die nicht in der Beschäftigungsverordnung und der Beschäftigungsverfahrensverordnung genannt wird, können keine Arbeitserlaubnis in Deutschland bekommen.

Abschließend lässt sich festhalten, dass Neuzuwanderung in den Arbeitsmarkt für Drittstaatler praktisch unmöglich beziehungsweise rechtlich stark eingeschränkt ist. Nur in Ausnahmefällen bekommen beispielsweise Hochqualifizierte den Zugang zum Arbeitsmarkt. Das bestätigen auch die Daten zur Verteilung der in Deutschland lebenden Ausländer nach dem aufenthaltsrechtlichen Status (Tabelle 32). Die Mehrheit der EU-Drittstaatler (Staatsangehörige aus den Nicht-EU-Staaten), die über keinen unbefristeten Aufenthaltstitel verfügt, hält sich in Deutschland aus familiären Gründen auf. Diese Migrantengruppe bekommt den gleichen Arbeitsmarktzugang wie ihre in Deutschland lebenden Familienangehörigen, zu denen sie zuziehen. Die Aufenthaltserlaubnis zwecks Aufnahme der Erwerbstätigkeit, die normalerweise Neuzuwanderer erhalten, die zur Arbeitsaufnahme nach Deutschland einreisen, besitzen nur 2 Prozent aller Ausländer. Insgesamt haben circa 40 Prozent aller Drittstaatler einen zeitlich befristeten Aufenthaltstitel beziehungsweise eine Duldung oder Aufenthaltsgestattung (eigene Berechnungen auf Basis des Statistischen Bundesamts, 2009c). Sie unterliegen somit Einschränkungen beim Zugang zur betrieblichen Ausbildung oder dem Arbeitsmarkt. Circa 60 Prozent der Ausländer leben dauerhaft in Deutschland und bekamen je nach dem vorhergegangenen Status im Laufe der Zeit eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und seit der Reform des Ausländerrechts in 2005 eine Niederlassungserlaubnis. Diese Drittstaatler haben eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis.

Tabelle 32
Ausländische Bevölkerung nach aufenthaltsrechtlichem Status

aufenthaltsrechtlicher Status	absolut	in Prozent	Arbeitsmarktzugang	dominante Herkunftsgruppe
<i>nach altem Recht (vor 2005)</i>				
zeitlich befristet	314.245	5	teilweise eingeschränkt	Türkei (49%)
zeitlich unbefristet	1.712.776	25	frei	Türkei (47%), ehem. Jugoslawien (17%)
<i>nach neuem Recht (ab 2005)</i>				
AE zum Zweck der Ausbildung (zeitlich befristet)	141.236	2	keiner oder eingeschränkt	China (21%), ehem. Sowjetunion (15%)
AE zum Zweck der Erwerbstätigkeit (zeitlich befristet)	86.736	1	eingeschränkt	USA (12%), China (13%), ehem. Sowjetunion (13%)
AE aus völkerrechtlichen, humanitären, politischen Gründen (zeitlich befristet)	169.782	3	eingeschränkt	Türkei (11%), Irak (11%), ehem. Jugoslawien (29%), ehem. Serbien/Montenegro (19%)
AE aus familiären Gründen (zeitlich befristet)	768.270	11	je nach Status des Familienangehörigen, zu dem zugezogen wird	Türkei (31%), ehem. Jugoslawien (19%), ehem. Sowjetunion (14%)
zeitlich befristete besondere Aufenthaltsrechte	121.150	2	eingeschränkt	Türkei (35%), ehem. Jugoslawien (28%), ehem. Serbien/Montenegro (19%)
Niederlassungserlaubnisse (zeitlich unbefristet)	1.121.280	17	frei	Türkei (32%), ehem. Jugoslawien (26%), ehem. Sowjetunion (13%)
sonstige Fälle (z. B. Heimatlose)	174.999	3	frei	Europa insg. (73%), Türkei (13%)
EU-Recht, EU-Aufenthaltstitel/ Freizügigkeitsbescheinigung	1.522.861	23	frei	EU (97%)
Duldung (zeitlich befristet)	103.218	2	eingeschränkt	ehem. Jugoslawien (26%), ehem. Serbien/Montenegro (19%), ehem. Sowjetunion (10%)
Aufenthaltsgestattung (zeitlich befristet)	25.254	0	eingeschränkt	Irak (23%), ehem. Sowjetunion (12%), Afrika (18%)
ohne Aufenthaltstitel, Duldung oder Gestattung	465.811	7	eingeschränkt	Europa (83%)
insgesamt	6.727.618	100	-	EU (35%), Türkei (25%), ehem. Jugoslawien (14%)

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2009c (AZR 31.12.2008)

3.3.2 Kompetenzniveau der Abschlüsse von Migranten und Nicht-Migranten

Wie in Kapitel 3.3.1 angeführt, ist bei Anerkennungsprozessen in Bezug auf formale ausländische Qualifikationen eine differenzierte Auseinandersetzung mit den damit verbundenen Kompetenzen notwendig. Wie zahlreiche internationale Studien belegen, unterscheiden sich verschiedene Länder nicht nur im Stand der wirtschaftlichen Entwicklung und ihres Wohlstandes, sondern auch in der Qualität der Bildungssysteme. Ähnlich wie die PISA-Studie für 15-jährige Schüler belegt die International Adult Literacy Survey (IALS) für Erwachsene große Unterschiede in erreichten Kompetenzen (Tabellen 33, 34).

Tabelle 33
Verteilung der Kompetenzen bei Migranten und Nicht-Migranten mit akademischem Abschluss in Deutschland
 in Prozent

	„Prose Literacy“	„Document Literacy“	„Quantitative Literacy“
Kompetenzstufe 3 oder höher, Migranten	57	41	57
Kompetenzstufe 3 oder höher, Nicht-Migranten	80	81	86
Differenz des Anteils	23	40	29

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis IALS

Bei den Akademikern erreicht unter den Nicht-Migranten der Median-Akademiker bei der IALS-Erhebung die Kompetenzstufe 3. Über 80 Prozent der Akademiker ohne Migrationshintergrund erreichen mindestens diese Kompetenzstufe (Tabelle 33). Unter den Migranten mit akademischem Abschluss erreichen deutlich weniger erwachsene Personen ein Kompetenzniveau der Stufe 3 oder höher. Etwa eine knappe Hälfte der Migranten erreicht nicht dasselbe Niveau, welches rund 80 Prozent der Akademiker aus Deutschland erreichen. Das heißt, unter den Migranten besteht eine breite Streuung an Kompetenzen.

Aufgrund der größeren Fallzahlen kann für die Gruppe der Nichtakademiker eine Aufschlüsselung nach den fünf Kompetenzstufen bei dem IALS-Test vorgenommen werden. Wie Tabelle 34 zeigt, erreichen die Nicht-Migranten häufiger höhere Kompetenzstufen. Bei den Migranten erreichen zwischen 18 und 43 Prozent in den drei Bereichen lediglich die unterste Kompetenzstufe, bei den Nicht-Migranten sind dies nur zwischen 7 und 15 Prozent. Es zeigt sich auch bei den Nichtakademikern, dass es eine erhebliche Streuung an Kompetenzen gibt, sodass die Anerkennung von Abschlüssen kompetenzorientiert erfolgen sollte.

Tabelle 34
Verteilung der Kompetenzen bei Migranten und Nicht-Migranten ohne akademischen Abschluss in Deutschland
 in Prozent

Kompetenzstufe	Migranten			Nicht-Migranten		
	„Prose Literacy“	„Document Literacy“	„Quantitative Literacy“	„Prose Literacy“	„Document Literacy“	„Quantitative Literacy“
5	0,0	0,0	1,0	0,6	0,9	2,0
4	3,6	10,2	11,6	9,0	14,3	18,2
3	20,0	24,0	30,3	37,0	40,3	45,4
2	33,3	40,9	39,4	38,1	35,1	27,5
1	43,1	24,8	17,7	15,2	9,4	7,0

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis IALS

Neben transparenten Anerkennungsregelungen sind folglich ebenso Nachqualifizierungsangebote zu schaffen, um sicherzustellen, dass mit den Abschlüssen vergleichbare Kompetenzen verbunden sind.

3.4 Zusammenfassung

Für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt und zur Vermeidung von Armutsrisiken sind vor allem der Zugang zu einer beruflichen Ausbildung sowie die Angleichung von Sprach- und anderen Kompetenzen entscheidend.

Schulabgängern mit Migrationshintergrund und maximal mittlerem Schulabschluss gelingt deutlich seltener ein erfolgreicher Übergang in die berufliche Bildung als Nicht-Migranten mit demselben formalen Bildungshintergrund. Nach Angaben der BIBB-Übergangsstudie schaffen aus dieser Gruppe 60 Prozent der Nicht-Migranten einen unmittelbaren oder raschen dauerhaften Übergang in eine betriebliche oder nicht-betriebliche Ausbildung. Bei den Migranten beträgt die entsprechende Quote 43 Prozent.

Die Hauptursachen für die schlechteren Übergangschancen Jugendlicher mit Migrationshintergrund sind weniger Unterschiede bei Zielen oder Präferenzen sondern häufig Kompetenzunterschiede im Vergleich zu Nicht-Migranten. So sind nach Daten der PISA-Untersuchung aus dem Jahr 2006 im Schwerpunktbereich Naturwissenschaften 40 Prozent der Migranten ohne eigene Migrationserfahrung (2. Generation) als Risikogruppe einzustufen. Diese als bildungsarm zu bezeichnende Gruppe beträgt unter den 15-jährigen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund lediglich gut 10 Prozent. Betrachtet man die erwachsene Bevölkerung mit Migrationshintergrund aber ohne eigene Berufserfahrung, so haben 26 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung. Damit gelingt es dem beruflichen Bildungssystem vergleichsweise gut, das hohe Bildungsarmutsniveau unter Schülern in der anschließenden Bildungsphase zu reduzieren.

Jugendliche Migranten werden in Deutschland mithilfe verschiedener Programme gefördert. Maßnahmen der Berufsvorbereitung und Berufsorientierung sind mit Kosten von knapp 25.000 Euro pro anschließend besetztem zusätzlichem Ausbildungsplatz verbunden. Das EQJ-Programm, welches Teil der Berufsvorbereitung ist, verursacht lediglich Kosten von etwa 7.500 Euro pro anschließend besetztem zusätzlichem Ausbildungsplatz. Programme wie JOBSTARTER sind ebenfalls aus Sicht der Kosten eines anschließend besetzten zusätzlichen Ausbildungsplatzes vorteilhaft. Aufgrund der hohen Kosten der Nachqualifizierungsmaßnahmen wäre es aber in jedem Fall kosteneffizienter, Migranten bereits im schulischen Bildungssystem besser zu fördern, sodass sie die Ausbildungsreife am Ende der Schulzeit erreichen.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird für Migranten mit eigener Migrationserfahrung erschwert, wenn im Ausland erworbene Abschlüsse nicht anerkannt werden. So haben etwa 2,9 Millionen Migranten in Deutschland ihre beruflichen Abschlüsse im Ausland erworben. Unter den ALG-II-Beziehern wurde nur einem Drittel ihr im Ausland erworbener Abschluss anerkannt. Formale Anerkennungen spielen zudem bei der Erteilung der Arbeitserlaubnis eine Rolle. Transparente Anerkennungsverfahren sind daher wichtig für den Integrationserfolg.

Betrachtet man die Kompetenzen der erwachsenen Bevölkerung mit akademischem Abschluss, so zeigt eine eigene Auswertung der IALS-Daten, dass lediglich zwischen 41 und 57 Prozent der Migranten die Kompetenzstufe 3 oder höher in den verschiedenen Kompetenzbereichen erreichen. Unter Nicht-Migranten erreicht hingegen zwischen 80 und 86 Prozent der Akademiker mindestens dieses Kompetenzniveau. Auch bei den Nicht-Akademikern zeigt sich, dass der Anteil der hochkompetenten Personen unter den Nicht-Migranten deutlich höher ist.

4 Langfristige Sicht: Zugang zur schulischen Bildung

Langfristig ist es vor allem wichtig, die Ausbildungsreife von Migranten zu fördern. Wie zuvor gezeigt, bestehen erhebliche Kompetenzmängel bei einem hohen Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Aus diesem Grund werden in diesem Kapitel zunächst die Einflussfaktoren auf die Kompetenzen von Jugendlichen untersucht und darauf aufbauend Maßnahmen zur Stärkung der Kompetenzen von Migranten analysiert.

4.1 Analyse der Ausbildungsreife von Migranten

Auf Basis einer multivariaten Regressionsanalyse der PISA-Daten werden in diesem Abschnitt die Einflussgrößen auf die Ausbildungsreife untersucht. Das höhere Ausmaß an fehlender Ausbildungsreife unter den Migranten kann darauf aufbauend näher untersucht und analytisch differenziert betrachtet werden. Auf diese Weise kann identifiziert werden, inwieweit die fehlende Ausbildungsreife auf den Migrationshintergrund selbst oder auf andere Faktoren zurückzuführen ist (Tabelle 35).

Tabelle 35
Einflussfaktoren auf die Höhe der PISA-Punkte in Deutschland

	Lesen	Mathematik	Naturwissenschaften
familiärer Hintergrund			
<i>Bildungsstand der Eltern (ausgelassen: mind. ein Elternteil hat einen Hochschulabschluss)</i>			
- Eltern haben keinen Sek II-Abschluss	-55,6***	-50,8***	-63,8***
- mind. ein Elternteil hat einen Sek II- oder einen postsekundären Abschluss	-22,5***	-23,4***	-31,7***
- mind. ein Elternteil hat einen Meister- oder Technikerabschluss	-18,8***	-16,0***	-26,9***
<i>Bücher im Haushalt (ausgelassen: mehr als 500 Bücher)</i>			
- 0-10 Bücher	-64,3***	-67,7***	-80,0***
- 11-25 Bücher	-47,5***	-64,2***	-62,7***
- 26-100 Bücher	-29,0***	-44,1***	-44,3***
- 101-200 Bücher	-15,9***	-26,2**	-29,6***
- 201-500 Bücher	-3,3	-11,7**	-12,6**
Kinder leben nicht bei der Kernfamilie	-1,2	4,0	-0,01
Eltern sind von Arbeitslosigkeit betroffen	2,9	-1,6	-3,9
zu Hause wird nicht deutsch gesprochen	-49,3***	-31,1***	-38,2***
Migrationshintergrund	-13,7**	-6,8	-17,3***
häusliche Inputs			
im Haushalt ist kein Wörterbuch / Lexikon vorhanden	-28,1***	-30,1***	-19,5**

im Haushalt ist kein Computer vorhanden	-28,1***	-29,5***	-25,2***
Kindergarten ist gar nicht oder ein Jahr und weniger besucht worden	-16,2***	-26,5***	-23,8***
<i>zu spät zur Schule (ausgelassen: nie zu spät)</i>			
- 5 mal oder mehr zu spät	- 24,2**	- 37,0***	- 26,6**
- 3 oder 4 mal zu spät	- 36,3***	- 30,2***	- 28,6***
- 1 oder 2 mal zu spät	- 2,9	- 4,7	- 9,6**
weniger als 5 Stunden pro Woche Hausaufgaben	-7,4**	-4,0	-8,5**
öffentliche Inputs			
<i>Verfügbarkeit von Lehrmaterialien (ausgelassen: fehlen gar nicht)</i>			
- Lehrmaterialien fehlen etwas	- 14,7**	- 12,9*	- 11,4*
- Lehrmaterialien fehlen sehr	- 1,6	- 2,0	- 0,4
<i>Verfügbarkeit von Laborausstattung (ausgelassen: fehlt gar nicht)</i>			
- Laborausstattung fehlt etwas	-3,4	-3,2	1,9
- Laborausstattung fehlt sehr	-9,0	-8,7	4,3
<i>Verfügbarkeit von Lehrern (ausgelassen: fehlt gar nicht)</i>			
- Lehrer fehlen etwas	-14,4**	-13,2*	-25,2***
- Lehrer fehlen sehr	-14,9	-0,5	-39,2***
Schüler-Lehrer-Relation	0,01	0,01	0,01
Schul- und Klassenklima			
Schüler kommen nicht gut mit den Lehrern aus	-10,1***	-5,8*	-8,0**
<i>Respekt vor den Lehrern (ausgelassen: fehlt gar nicht)</i>			
- Respekt fehlt etwas	-20,9***	-18,8**	-20,1***
- Respekt fehlt sehr	-20,9	-26,3	-22,9
Schüler arbeiten nicht mit Begeisterung	-24,3***	-18,1***	-24,2***
<i>Abwesenheit der Schüler (ausgelassen: keine Abwesenheit)</i>			
- manchmal Abwesenheit	-2,9	-2,1	-1,1
- häufige Abwesenheit	-44,7***	-46,1***	-31,7**
persönliche Charakteristika			
Alter	-17,4**	-22,9***	-20,3***
Geschlecht (weiblich)	23,0***	-25,8***	-24,1***
Vorsprung durch höhere Klassenstufe	38,5***	44,2***	35,7***
Konstante	863,6***	983,3***	967,9***
Schüler	3.045	3.045	3.045
Schulen	183	183	183
R ²	0,3821	0,3736	0,4005

*** = signifikant auf dem 1 %-Niveau; ** = signifikant auf dem 5 % - Niveau; * = signifikant auf dem 10 % - Niveau
 Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der PISA-Daten 2003, abhängige Variable: Punkte im PISA-Test;
 Schätzung von cluster-robusten linearen Regressionsmodellen

Die Untersuchung der PISA-Ergebnisse in Deutschland zeigt, dass in Deutschland Kinder stark zurückfallen, deren Eltern keinen Abschluss der Sekundarstufe II (Abitur oder Lehre) haben. Ferner fallen Kinder stark zurück, wenn die Eltern nur wenige Bücher im Haushalt haben. Die sogenannte Bildungsferne der Eltern hat damit eine starke Bedeutung für die Bildungschancen der Kinder.

Im PISA-Datensatz sind Migranten und Nicht-Migranten unterschiedlich stark von der Bildungsferne betroffen. So haben 54 Prozent der Migrantenkinder Eltern, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben (Tabelle 36). Unter der einheimischen Bevölkerung sind dies nur rund 8 Prozent der Kinder. Deutliche Unterschiede zeigen sich auch bei der Anzahl der Bücher im Elternhaus. Weniger als zehn Bücher besitzen 18 Prozent der Migrantenhaushalte im Vergleich zu 5 Prozent der Kinder aus Nicht-Migrantenfamilien.

Tabelle 36
Bildungshintergrund der Eltern, Zugang zu Lernmitteln, Kindergartenbesuch und Freude am Unterricht in Abhängigkeit vom Migrationsstatus
 2003

	Auswirkungen auf die Punkte im Textverständnis	Anteil unter den Migranten in Prozent	Anteil unter den Nicht-Migranten in Prozent
Bildungshintergrund der Eltern			
Eltern haben keinen Abschluss der Sekundarstufe II (gegenüber Akademikereltern)	- 55,6	54,3	8,3
Eltern haben 0 bis 10 Bücher im Haushalt (gegenüber Eltern mit vielen Büchern)	- 64,3	17,6	4,7
Zugang zu Lernmitteln			
Eltern haben kein Wörterbuch/Lexikon	-28,1	6,6	3,0
Eltern haben keinen PC	-28,1	15,5	7,4
Kindergartenbesuch			
Kinder haben den Kindergarten maximal ein Jahr lang besucht	-16,2	35,9	13,6
Freude am Unterricht			
Schüler kommen nicht gut mit dem Lehrer aus	-10,1	37,4	34,0
Schüler arbeiten nicht mit Begeisterung	-24,3	41,7	34,9
häufige Abwesenheit	-44,7	8,9	4,4

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der PISA Daten 2003

Auch unabhängig von der Bildungsferne schneiden Migranten im Textverständnis und den Naturwissenschaften signifikant schlechter ab. Ein Migrationshintergrund führt zu einem Rückgang der Kompetenzen im Lesen um 14 Punkte. Zusätzlich fallen die Jugendlichen um 49 Punkte im Textverständnis zurück, wenn zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird. In der Mathematik bestehen keine signifikanten Unterschiede aufgrund des Migrationshintergrundes. Kinder aus Familien jedoch, in denen nicht deutsch gesprochen wird, fallen deutlich zurück.

Auch wenn der Zugang zu Lernmitteln eine hohe Bedeutung für die PISA-Ergebnisse im Textverständnis hat, so zeigt sich, dass von diesem Mangel zwar mehr Kinder aus Migranten- als aus Nicht-Migrantenfamilien betroffen sind, jedoch das Ausmaß an betroffenen Migrantenkindern mit rund 7 beziehungsweise 16 Prozent eher gering ist (Tabelle 36).

Der Zugang zu frühkindlicher Bildung hat auch erhebliche Auswirkungen auf den Kompetenzstand der Jugendlichen. Von den Jugendlichen der PISA-Untersuchung hatten mehr als ein Drittel der Migranten den Kindergarten ein Jahr oder weniger besucht. Unter den Nicht-Migranten war nur jeder siebte Jugendliche eine geringe Zeit oder gar nicht im Kindergarten (Tabelle 36). Dies ist deshalb von hoher Bedeutung, da ein längerer Besuch des Kindergartens zu einer Zunahme des Kompetenzniveaus im Lesen um 16 Punkte führt.

Schüler mit Migrationshintergrund arbeiten häufiger als Nicht-Migranten in Schulen ohne Begeisterung. Hierdurch sinken die Kompetenzen der Jugendlichen signifikant. Auch sind die Migranten etwas häufiger abwesend (Tabelle 36).

Als Befunde lassen sich somit festhalten, dass Migranten weniger häufig eine frühkindliche Bildungseinrichtung besuchen, häufiger aus bildungsferneren Elternhäusern stammen, von den Eltern weniger gut unterstützt werden können und seltener mit Begeisterung in der Schule mitarbeiten. Zusammenfassend kann damit festgehalten werden, dass Reformmaßnahmen dazu führen sollten

- die Teilnahme an frühkindlicher Bildung zu stärken,
- die Auswirkungen des Bildungshintergrundes der Eltern zu reduzieren und
- die Freude am Unterricht zu steigern.

Konkrete Maßnahmen hierzu sind

- der Ausbau der frühkindlichen Bildung (Kapitel 4.2),
- die spätere Trennung der Schüler und das stärkere Angebot an Ganztagschulen (Kapitel 4.3.1) und
- die Einführung von mehr Schulautonomie, einer verbesserten Fortbildung und einer zielorientierten Vergütung für Lehrer (Kapitel 4.3.2).

4.2 Effekte der frühkindlichen Bildung für Migranten

In Deutschland kann der institutionelle frühkindliche Bildungssektor in zwei Teilbereiche differenziert werden. Zum einen haben Eltern die Möglichkeit, ihre Kinder sowohl halb- als auch ganztags in einer Krippe betreuen zu lassen, die sich an die Altersgruppe der unter-3-Jährigen (U3) richtet. Zum anderen bietet der Kindergarten Betreuungsmöglichkeiten ab dem 3. Lebensjahr bis zum Zeitpunkt der Einschulung. Gemäß des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ist es Aufgabe des Kindergartens, die Eltern bei der Ausübung ihrer Erwerbstätigkeit und familiären Pflichten zu unterstützen, indem dieser die erste Stufe im allgemeinen Bildungssystem bildet. Obwohl ein Besuch

keiner dieser beiden Bildungseinrichtungen verpflichtend ist, besteht ihr Bildungsauftrag dennoch darin, die Kinder auf die Anforderungen der Schule vorzubereiten. Schon auf dieser niedrigsten Bildungsstufe werden die Grundlagen für ein besseres Abschneiden auf den nächsthöheren Bildungsstufen und ein damit einhergehendes zukünftig höheres Einkommen gelegt.

4.2.1 Effekte des Besuchs der Kindertagesstätte von Kindern im Alter unter drei Jahren

Eine Studie von Fritschi und Oesch (2008) hat die langfristigen Bildungseffekte bei Krippenkindern in Deutschland untersucht. Hierbei wurde der zusätzliche Nutzen eines Krippenbesuchs ermittelt, indem analysiert wurde, welchen Einfluss der Besuch einer Krippe auf die später besuchte Schulform in der Sekundarstufe I hat. Zu diesem Zweck wurden anhand von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) die Bildungswege von in Deutschland geborenen Kindern der Geburtsjahrgänge 1990 bis 1995 betrachtet.

Neben dem Einfluss, den der Besuch einer Krippe auf die Wahrscheinlichkeit hat, dass das Kind ein Gymnasium besucht, wurde zusätzlich noch für weitere mögliche Einflussfaktoren kontrolliert, um sicherzustellen, dass der quantitative Effekt dem Krippenbesuch zuzuschreiben ist. Der Besuch eines Gymnasiums wird demzufolge maßgeblich durch die Bildung der Eltern sowie die Teilnahme an frühkindlicher Bildung bestimmt. Demnach weisen Kinder, deren Eltern einen höheren Bildungsabschluss besitzen, eine erhöhte Wahrscheinlichkeit auf, selber ein Gymnasium zu besuchen, während Kinder, deren Eltern lediglich einen Hauptschulabschluss erlangt haben, mit höherer Wahrscheinlichkeit kein Gymnasium besuchen werden. Darüber hinaus werden Krippen Kinder gegenüber Kindern, deren frühkindliche Bildung lediglich aus einem Kindergartenbesuch bestand, mit höherer Wahrscheinlichkeit in der Sekundarstufe I in ein Gymnasium eingestuft.

So erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dank des Krippenbesuchs später auch ein Gymnasium zu besuchen, von 36 Prozent auf gut 50 Prozent. Weitere, weniger signifikante Faktoren betreffen das Einkommen der Eltern, die Anzahl der Geschwister, das Geschlecht sowie den Geburtsjahrgang und ob ein Migrationshintergrund vorliegt oder nicht (mindestens ein Elternteil im Ausland geboren). Ein Migrationshintergrund hat ebenso einen negativen Einfluss auf die Besuchswahrscheinlichkeit des Gymnasiums wie eine höhere Anzahl an Geschwistern.

Um in einem weiteren Schritt ermitteln zu können, wie sich frühkindliche Bildung auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen auswirkt, wurde die Grundgesamtheit in zwei Gruppen geteilt – mit und ohne Migrationshintergrund. Darüber hinaus wurde nach dem höchsten Schulabschluss der Eltern unterschieden, wobei Kinder mit Migrationshintergrund oder Eltern, deren höchster Bildungsabschluss in einem Hauptschulabschluss besteht, als aus benachteiligten Verhältnissen stammend bezeichnet wurden. Etwa ein Drittel der Kinder ist dieser Gruppe zuzuordnen. In allen vier untersuchten Gruppen (‚Migranten‘, ‚Eltern Hauptschulabschluss‘, ‚Eltern Realschulabschluss‘ und ‚Eltern gymnasialer Abschluss‘) geht der Besuch einer Krippe mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit einher, in der Sekundarstufe I in das Gymnasium eingestuft zu werden. Als Referenzgruppe dienen diejenigen Kinder, die nur einen Kindergarten besucht haben.

Tabelle 37

Wahrscheinlichkeit eines späteren Besuchs des Gymnasiums in Abhängigkeit eines Besuchs einer Kindertagesstätte von unter Dreijährigen
in Prozent

	Eltern Gymnasium	Eltern Realschule	Eltern Hauptschule	Eltern Migranten
mit Krippenbesuch	76,1	49,4	20,4	26,8
ohne Krippenbesuch	61,0	32,6	11,2	17,2

Quelle: Fritschi/Oesch, 2008

Für Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder, deren Eltern lediglich einen Hauptschulabschluss haben, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit eines Gymnasiumsbesuchs um knapp 10 Prozentpunkte auf 26,8 Prozent (Migranten) sowie 20,4 Prozent (Eltern Hauptschulabschluss) (Tabelle 37). Betrachtet man die relative Verbesserung, die sich aus einem Krippenbesuch ergibt, profitieren besonders Kinder aus benachteiligten Familien von einer Teilnahme an frühkindlicher Bildung. So verzeichnete die Gruppe der Kinder mit mindestens einem aus dem Ausland stammenden Elternteil einen Zuwachs in der Wahrscheinlichkeit, in ein Gymnasium eingestuft zu werden, um 55,6 Prozent, während dieser unter den nicht benachteiligten Kindern (Eltern Realschule/Gymnasium) bei 38 Prozent lag. Demnach ist der Anteil unter den Kindern mit Migrationshintergrund, die eine Krippe besucht haben und auf ein Gymnasium gehen, um 56 Prozent höher als unter den Migrantenkindern, die keine Krippe besucht haben.

Einschränkend ist hinzuzufügen, dass nicht beobachtbare Unterschiede der Eltern einen Teil des Effekts erklären könnten. So ist es möglich, dass bei gleicher formaler Qualifikation bestehende Unterschiede der Bildungsorientierung der Eltern zu einer unterschiedlichen Wahrscheinlichkeit des Besuchs einer Kindertagesstätte von unter Dreijährigen führt (self selection).

4.2.2 Effekte des Besuchs der Kindertagesstätte von Kindern im Alter ab drei Jahren

Eine Studie von Spieß et al. (2003) hat sich mit den Langzeiteffekten eines Kindergartenbesuchs im letzten Jahr vor der Einschulung befasst. Dabei wurde anhand von SOEP-Daten der Zusammenhang zwischen dem Besuch eines Kindergartens und der besuchten Schulform in der 7. Klasse unter Schülern in Westdeutschland analysiert. Berechnet wurde dabei, inwieweit der Besuch eines Kindergartens spätestens im letzten Jahr vor der Einschulung die Wahrscheinlichkeit beeinflusst, lediglich mit dem Hauptschulabschluss abzuschließen. Dieser Effekt wurde sowohl für die Untergruppe der deutschen Kinder als auch für die aus Migranten-Haushalten stammenden Kinder separat untersucht. Von den insgesamt 316 erfassten Kindern werden etwa zwei Drittel (206) zur Gruppe der ‚Deutschen‘ gezählt, während das verbleibende Drittel (110) die Gruppe der Kinder mit Migrationshintergrund bildet. Mithilfe einer multivariaten Analyse kann für einen möglichen Selektionseffekt kontrolliert werden, da davon ausgegangen werden kann, dass Eltern, die sich mehr um die Ausbildung ihrer Kinder sorgen, eher dazu tendieren, ihre Kinder in einem Kindergarten anzumelden. Demnach wären bessere Leistungen in der Schule nicht auf den Kinder-

gartenbesuch selber zurückzuführen, sondern vielmehr auf die größere Unterstützung durch die Eltern.

Eine Bewertung der Schulleistungen (besuchte Schulform) der Kinder in Westdeutschland in den Jahren 1992 bis 1994, in Abhängigkeit von Nationalität und Besuch eines Kindergartens, ergab, dass innerhalb aller Gruppen der Anteil an ehemaligen Kindergartenkindern unter den Schülern einer höheren Schulform (Realschule/Gymnasium) deutlich höher ausfällt als unter den Hauptschülern. Dies ist sowohl im relativen Vergleich als auch in absoluten Zahlen der Fall. So schaffen deutlich mehr ehemalige Kindergartenkinder den Sprung auf eine Realschule oder ein Gymnasium als Kinder, die nie diese Form der frühkindlichen Bildung und Betreuung besucht haben. Mit Ausnahme der Kinder mit deutscher Staatsbürgerschaft ist der Anteil der Nicht-Kindergartenkinder auf Hauptschulen deutlich höher als auf den Realschulen und Gymnasien.

Die Regressionsanalyse ergibt, dass gerade Kinder mit einem Migrationshintergrund von einem Kindergartenbesuch profitieren. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind mit Migrationshintergrund eine Hauptschule besucht, sinkt um 25,8 Prozentpunkte – von 71,7 Prozent auf 45,8 Prozent – sofern es einen Kindergarten besucht hat. Innerhalb der deutschen Teilstichprobe sinkt dieser Wert um 13,4 Prozent. Allerdings liegt die Wahrscheinlichkeit, dass ein deutsches Kind ohne Kindergartenbesuch auf der Hauptschule eingestuft wird, mit knapp 50 Prozent unter der eines nicht-deutschen Kindes. Zudem besteht innerhalb der Gruppe der deutschen Kinder kein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Kindergartenbesuch im letzten Jahr vor der Einschulung und dem Besuch einer höheren Schulform.

Spieß et al. (2003) führen für dies auf verschiedene Gründe zurück. Zum einen bildet sowohl die Krippe als auch der Kindergarten für viele ausländische Kinder den ersten Berührungspunkt mit der deutschen Kultur. Entscheidend ist hierbei insbesondere die Aneignung der deutschen Sprache, die als Grundlage kultureller und gesellschaftlicher Integration dient. Da in vielen Migranten-Haushalten die Muttersprache anstelle der deutschen Sprache gesprochen wird, ergibt sich daraus ein wichtiger Beitrag der frühkindlichen Bildungseinrichtungen zur Eingliederung ausländischer Kinder in die deutsche Gesellschaft.

Zum anderen ist eine unterschiedliche Akzeptanz der frühkindlichen Bildungseinrichtungen von Deutschen und Migranten festzustellen. Während der Kindergarten von deutschen Eltern unabhängig von deren sozioökonomischem Status akzeptiert wird, ist dies unter den Migranten nicht der Fall (Büchel/Spieß, 2002). Da die Kinder deutscher Eltern aus allen sozialen Schichten einen Kindergarten besuchen, ist dies unter den ausländischen Eltern nicht gegeben. Ein Teil des positiven Effekts des Kindergartenbesuchs kann damit auch auf den bereits beschriebenen Selektionseffekt zurückgeführt werden.

Nach den Erkenntnissen von Lamb (1998) ist jedoch nicht nur der Besuch einer frühkindlichen Bildungseinrichtung von Bedeutung für die spätere soziale Entwicklung des Kindes sowie dessen Lernleistungen, sondern auch die Qualität der Einrichtung. So konnte festgestellt werden, dass Kinder, die eine frühkindliche Bildungseinrichtung von besserer Qualität besucht haben, über Kompetenzen im Umgang mit anderen Menschen („relationship skills“) verfügten und einen positiven Einfluss auf die Persönlichkeitsbildung erfuhren. Demgegenüber besaßen Kinder, die eine qualitativ schlechtere frühkindliche Bildungseinrichtung besucht haben, lediglich geringe soziale Kompetenzen und wiesen sogar häufiger ein aggressives Verhalten auf.

Schütz/Wößmann (2005) zeigen, dass der Effekt des familiären Hintergrunds auf die Kompetenzen der Kinder durch den Besuch einer frühkindlichen Bildungseinrichtung reduziert werden kann. Dies gilt dann, wenn mehr als 60 Prozent der Kinder eine solche Einrichtung besuchen. Ist die Quote geringer, so vergrößert sich sogar der Effekt des familiären Hintergrunds, da vor allem Kinder aus bildungsnahen Haushalten frühkindlich gefördert werden, so dass deren Vorsprung gegenüber anderen Kindern steigt. Wird die Besuchsquote von 60 Prozent auf 100 Prozent erhöht, so kann der Effekt des familiären Hintergrunds um ein Fünftel reduziert werden.

Insgesamt machen diese Studien deutlich, dass von dem Besuch frühkindlicher Bildungs- und Betreuungseinrichtungen verstärkt Kinder aus benachteiligten Familien und Kinder mit Migrationshintergrund profitieren. So wird die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind aus einer Migrantenfamilie eine höhere Schulform besucht, nicht nur von einem Kindergartenbesuch beeinflusst, sondern auch von dem Besuch einer Krippe. Besucht ein ausländisches Kind zusätzlich zu einem Kindergarten auch eine Krippe, erhöht dies seine Wahrscheinlichkeit, in der Sekundarstufe I auf einem Gymnasium eingestuft zu werden. Dennoch zeigen die Ergebnisse der Studien, dass allein der Besuch frühkindlicher Bildungseinrichtungen nicht zu gleichen Bildungschancen zwischen deutschen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund führt.

4.2.3 Effekte der Sprachförderung

Für die Integration in Deutschland ist das Erlernen der deutschen Sprache eine vorrangige Bedingung, denn in allen Lebensbereichen bestimmt die Sprache des Aufnahmelandes die Teilhabe- und Erfolgsmöglichkeiten. Der Erwerb der Sprache des Aufnahmelandes wird durch eine Reihe von Faktoren beeinflusst (Esser, 2006):

- die Motivation zum Erlernen der Sprache, z. B. die Aussicht auf ein höheres Einkommen,
- der Zugang zu Lernangeboten, wie die Möglichkeit, an einem Sprachkurs teilzunehmen,
- die Fähigkeit, wie die allgemeine Intelligenz oder die spezielle Begabung, eine Sprache zu erlernen sowie
- die Kosten, die mit dem Lernen verbunden sind, z. B. die Zeit und die direkten Kosten.

Dementsprechend begünstigen die Instrumente, die auf die einzelnen Faktoren einwirken, auch das Erlernen der deutschen Sprache bei Migranten im Allgemeinen.

So bestätigen empirische Untersuchungen negative Auswirkungen auf den Erwerb der Sprache des Aufnahmelandes bei nur temporär geplanter Migration und bei einem höheren Einreisearter. Eine zeitlich begrenzte Einwanderungsperspektive beeinträchtigt beispielsweise die Lernmotivation. Ein höheres Alter bei der Einreise nach Deutschland geht oft mit wachsenden Opportunitätskosten, wie dem entgangenen Einkommen während eines Sprachkurses, sowie eventuell mit niedrigeren Sprachlernfähigkeiten einher. Eine freiwillige Migration, eine längere Aufenthaltsdauer, höhere Bildung, höheres kulturelles Kapital, ein höherer kultureller Eigenwert der zu erlernenden Sprache und eine hohe Intelligenz können dagegen den Spracherwerb fördern. Auch bei primär familiären Motiven für die Migration sowie bei Flüchtlingen sind die Sprachkenntnisse schlechter als bei freiwilliger Einwanderung mit primär ökonomischen Motiven. Die Unterschiede verringern sich jedoch im Laufe der Zeit (Esser, 2006, 22).

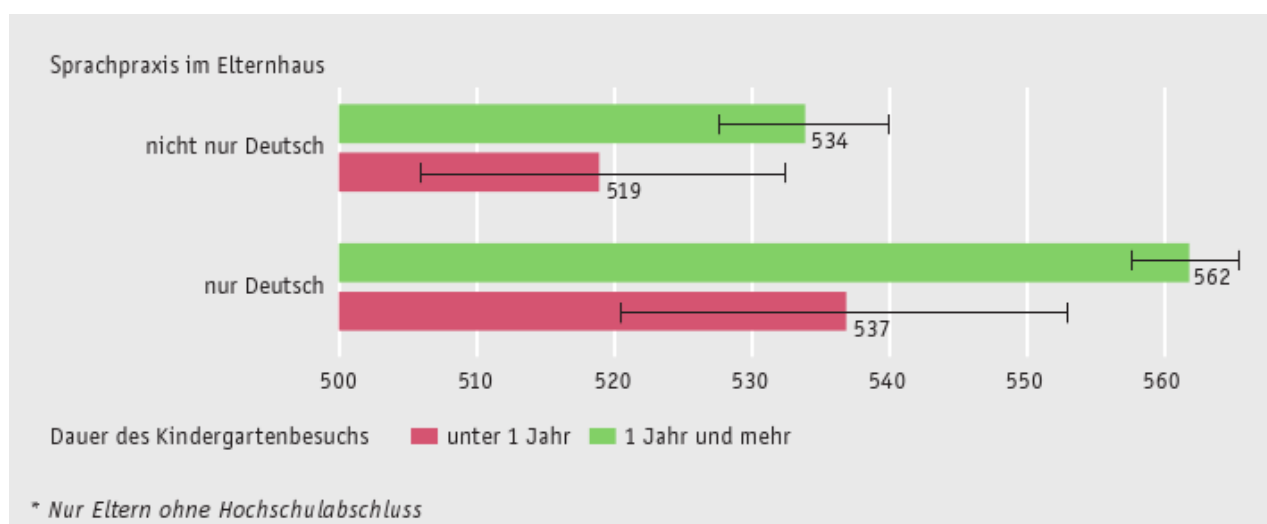
Bildung hat einen besonders starken Einfluss auf das Erlernen der Sprache des Aufnahmelandes: Nach einer Schätzung verbessern sich die Sprachkenntnisse unter statistischer Kontrolle von anderen wichtigen Einflussgrößen mit jedem Jahr an Bildung um 2 Prozent (Esser, 2006, 24).

Dabei ist in der Regel der Einfluss der im Aufnahmeland erworbenen Bildung stärker als der aus dem Herkunftsland mitgebrachten. Einen besonderen Einfluss hat dabei auch der eventuelle Analfabetismus: Die fehlende Schreibfertigkeit in der Muttersprache beeinträchtigt stark den Erwerb der Schreibfertigkeit in der Zweitsprache.

Sprachkenntnisse im Vorschulalter

Untersuchungen zeigen einen starken negativen Zusammenhang zwischen der verwendeten Sprache im Elternhaus und den Lesekompetenzen in der Grundschule (Abbildung 11). Mit steigender Dauer des Kindergartenbesuchs in Verbindung mit der Nutzung von Deutsch als Familiensprache verbessern sich die Lesekompetenzen erheblich. Nach linguistischen und psychologischen Erkenntnissen ist Sprachaneignung im Kindesalter ein in sich selbstständiger biologisch determinierter Prozess, der durch die unmittelbare Umgebung des Kindes – die nächsten Bezugspersonen – in Gang gesetzt und beeinflusst wird (Ehlich et al., 2007, 34). Da sich die Entwicklung basaler kognitiver Fähigkeiten, die die Sprachaneignung voraussetzt, und der Erwerb erster sprachlicher Strukturen im Wesentlichen bis zum Ende des dritten Lebensjahres stattfindet, empfiehlt sich eine Beobachtung und Förderung der Sprachentwicklung bei allen Kindern in diesem Zeitfenster, um eine Herausbildung von Sprachstörungen zu vermeiden. Problematisch wird diese Beobachtung in den Familien ohne ausreichende Deutschkenntnisse, deren Kinder keine Kinderbetreuungseinrichtung besuchen. Spätestens im Alter von drei bis sechs Jahren können eventuelle sprachliche Defizite noch ohne hohen Lernaufwand für das Kind reduziert werden; ab der Einschulung steigen die Anforderungen an die sprachlichen Fähigkeiten des Kindes rapide an (Erlernen der Schrift) und die bis dahin entstandenen sprachbezogenen Defizite beeinträchtigen direkt die weitere Schullaufbahn (Ehlich et al., 2007, 47).

Abbildung 11:
Lesekompetenzen der Grundschüler in Abhängigkeit von Sprachgebrauch in der Familie und dem Kindergartenbesuch*



Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2008

Allerdings liegt die Besuchsquote der Migrantenkinder in den Kindertageseinrichtungen deutlich unter dem Niveau der einheimischen Kinder: 2007 besuchten insgesamt mit 509.800 nur 46 Prozent der unter sechsjährigen Kinder aus Migrantenfamilien¹¹ eine Kindertageseinrichtung. Bei den Kindern deutscher Eltern lag diese Quote mit 59 Prozent auf einem höheren Niveau (Statistisches Bundesamt, 2009f). Zudem wird in 60 Prozent der befragten Migrantenfamilien mit betreuten Kindern überwiegend nicht Deutsch gesprochen. Erschwerend kommt hinzu, dass 30 Prozent aller Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache Einrichtungen besuchen, in denen mehr als 50 Prozent der Kinder zu Hause ebenfalls nicht Deutsch sprechen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2008, 53). Bei diesen Kindern ist davon auszugehen, dass sie einen zusätzlichen Sprachförderbedarf aufweisen.

Aus diesen Gründen wurde die bildungs- und erziehungspolitische Aufmerksamkeit in diesem Bereich in den letzten Jahren verstärkt. Sowohl mit Blick auf die späteren Leistungsauswirkungen in der Schule als auch auf die generelle soziale Integration wird der Sprachentwicklung der Kinder in den Kindertageseinrichtungen eine immer größere Bedeutung beigemessen. In vielen Bundesländern wurden sprachdiagnostische Verfahren im Verlauf der Kindergartenzeit beziehungsweise vor der Einschulung durchgeführt (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2008, 57; Dietz/Lisker, 2008, 45; Tabelle 38). Die untersuchte Zielgruppe dieser Verfahren sind meist Kinder im Alter zwischen dreieinhalb und fünfeinhalb Jahren (Ehlich et al., 2007, 46; Haug, 2008, 16). Die Sprachstandsfeststellungen dienen der Diagnose, ob die Kinder in ihrem Sprachniveau im Durchschnitt dem erwarteten Niveau ihres Alters entsprechen. Auf Basis dieser Diagnosen sollen zielgruppenspezifische Fördermaßnahmen ausgearbeitet und durchgeführt werden. Die Teilnahme an diesen Sprachstandserhebungen ist in vielen Bundesländern mittlerweile Pflicht. In den Bundesländern liegen jedoch ganz unterschiedliche Konzeptionen und Instrumente für die Sprachstandsfeststellung und -förderung vor (Dietz/Lisker, 2008, 45).

Zudem sind die Sprachförderbereiche in den Bundesländern nach einer Expertise des Deutschen Jugendinstituts aus dem Jahr 2008 noch nicht ausreichend auf die Ergebnisse der Diagnoseverfahren abgestimmt. Auf diese Abstimmung zielt beispielsweise das bundesweite Modellprogramm „Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ (FörMig) ab, an dem zehn Bundesländer beteiligt sind. Auf diese Weise sollen die verschiedenen Erfahrungen mit Sprachstandserhebungen gebündelt und wissenschaftlich begleitet werden, um die Instrumentenentwicklung zu unterstützen (Dietz/Lisker, 2008, 45). Parallel dazu werden für die Elementar- und Primarstufe Bildungs- beziehungsweise Lehrpläne entwickelt oder aktualisiert, die die sprachliche Förderung der Migrantenkinder systematisieren und unterstützen sollen (BAMF, 2006).

Trotz der uneinheitlichen Praxis der Sprachstandserhebung in den Bundesländern zeigen einzelne Ergebnisse, dass Kinderbetreuungseinrichtungen oder Familien bis jetzt nicht allen Kindern die nötigen Sprachkenntnisse vermitteln können und der Sprachförderbedarf relativ hoch ist. Zudem gilt für alle Untersuchungen, in denen eine Differenzierung nach Migrationshintergrund oder Herkunftssprache möglich war, dass der Anteil förderbedürftiger Kinder mit Migrationshintergrund tendenziell um ein Mehrfaches höher ist als bei denjenigen, die keinen Migrationshintergrund haben. Dies ist als Hinweis darauf zu werten, dass die Kenntnisse der deutschen Sprache bei

¹¹ Der Migrationshintergrund in den Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe wird im Gegensatz zum Mikrozensus über die Fragen nach dem ausländischen Herkunftsland mindestens eines Elternteils und der vorrangig in der Familie gesprochenen Sprache ermittelt.

Migrantenkindern im Vorschulalter auf einem niedrigeren Niveau als die Sprachkenntnisse der einheimischen Kinder liegen (Haug, 2008, 20).

Tabelle 38:
Vorschulische Sprachstandsdiagnostik und -förderung nach Bundesländern
 Stand 2008

	Sprachstands- erhebungen vorhanden?	Sprachstands- erhebungen – Pflicht	Altersgruppe	Teilnehmer- quote in Pro- zent	Sprachförde- rung – Pflicht	Förderbe- darfsquote, in Prozent
BW	ja	ja	3-4-Jährige	k. A.	nein	25-30
BY	ja	ja, Kinder nicht- deutscher Herkunft	4-5-Jährige	k. A.	ja	70 (Kinder nicht deut- scher Her- kunft)
BE	ja	ja, i. B. a. Sprachförder- bedarf auffälli- ge Kinder	ab 4 Jahren	100	ja, für Nicht- Kita-Kinder	22,3 (Kita- Kinder), 48 (Nicht-Kita- Kinder)
BB	ja	ja	ab 5 Jahren	1/3 der Kitas	ja	15
HB	ja	ja	ab 5 Jahren	100	mit Einver- ständnis der Eltern	15 (in Bremer- haven 38,7)
HH	ja	ja, i. B. a. Sprachförder- bedarf auffälli- ge Kinder	5-6-Jährige	k. A.	ja	13,5 (Vor- schulklassen), 24 (Schule)
HE	ja	nein	3-4-Jährige	k. A.	nein	k. A.
MV	nur Teilnahme an FörMig- Modellprojekt, nicht landes- weit	ja, Sprachent- wicklung auf- fällige Kinder	ab 5 Jahren	k. A.	k. A.	k. A.
NI	ja	ja	ab 5 Jahren	100	ja	12,5
NW	ja	ja	3-4-Jährige	100	ja	17
RP	ja, aber nicht landesweit	ja, nur für Nicht-Kita- Kinder	ab 5 Jahren	k. A.	ja, für Nicht- Kita-Kinder	k. A.
SL	ja, aber nicht landesweit	nein	ab 5 Jahren	100	k. A.	13,4
SN	ja	ja	ab 3 Jahren	k. A.	k. A.	k. A.
SH	ja	ja, nur für Nicht-Kita- Kinder	3-5-Jährige	10	ja	k. A.

Quelle: Dietz/Lisker, 2008

Sprachkenntnisse in der Schule

Die Schulleistungen sind sowohl direkt als auch indirekt mit den sprachlichen Kompetenzen verknüpft, was wiederum bedeutet, dass Kenntnisse der entsprechenden Unterrichtssprache äußerst wichtig sind (Esser, 2006; OECD, 2006, 70). Sprachliche Schulleistungen werden durch die gleichen Bedingungen positiv beeinflusst, die im Allgemeinen auch für den Zweitspracherwerb günstig sind, wie ein niedriges Einreisealter und eine höhere Bildung der Eltern. Besonders ungünstig dagegen wirkt es sich auf die Leistungen der Kinder und Jugendlichen aus, wenn das Lernen in Schulen und Schulklassen mit hohen Anteilen von Schülern stattfindet, die die Landessprache nicht ausreichend beherrschen.

Dies wird auch von den Ergebnissen der internationalen Schulleistungsuntersuchungen wiederholt bestätigt. Bei IGLU 2006 wiesen die Kinder, deren Eltern beide im Ausland geboren wurden, gegenüber ihren Mitschülern mit deutschen Eltern einen Leseleistungsrückstand von 48 Punkten auf (Bos et al., 2007, 263 ff.). Nach Kontrolle der Anzahl der Bücher im Haushalt, der Schicht und des Bildungsniveaus der Eltern reduziert sich zwar die Differenz, sie bleibt jedoch mit 27 Punkten auf einem hohen Niveau bestehen. Zudem erreichen 26 Prozent der Viertklässler mit Migrationshintergrund maximal die Kompetenzstufe II und verfügen damit am Ende der Grundschulzeit nicht über die ausreichende Lesekompetenz, die es ihnen erlauben würde, selbstständig weitere relevante Lernbereiche zu erschließen (Bos et al., 2007, 266). Da Lesekompetenz in erster Linie mit der Beherrschung der deutschen Sprache zusammenhängt, deuten diese Befunde auf starke Defizite im sprachlichen Bereich hin.

Auch PISA-Daten bestätigen die Notwendigkeit einer stärkeren Sprachförderung im deutschen Bildungswesen. So hat nach Ergebnissen der Untersuchung der überwiegende Gebrauch der (nicht-deutschen) Muttersprache im Elternhaus der getesteten Schüler einen starken negativen Effekt auf die gemessenen Kompetenzen (Esser, 2006, 67 f.; OECD, 2007, 118 f.). Insgesamt gaben bei PISA 2006 nur 56 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund in Deutschland an, zu Hause Deutsch zu sprechen (PISA-Konsortium Deutschland, 2007, 347).

Kenntnisse der Sprache des Aufnahmelandes bei Kindern und Jugendlichen beeinflussen entsprechend nicht nur ihre sprachlichen Schulleistungen, wie das Lesen, sondern auch als eine notwendige Grundkompetenz ihre Leistungen in Mathematik und Naturwissenschaften (Esser, 2006, 70 f.; PISA-Konsortium Deutschland, 2007). In allen drei Kompetenzbereichen – Mathematik, Naturwissenschaften und Lesen – sind die Leistungsunterschiede zwischen Migranten und Nicht-Migranten mit 85 bis 93 Punkten signifikant (PISA/OECD, 2009). Auch nach Berücksichtigung des sozioökonomischen Hintergrundes der Eltern bleibt die Leistungslücke aufgrund der zu Hause gesprochenen Sprache auf einem signifikanten Niveau bestehen. Dabei verschwindet der negative Effekt eines höheren Einreisealters bei Migrantenjugendlichen der 1. Generation – offensichtlich sind die allgemein festgestellten Unterschiede in den Leistungen zwischen den einheimischen und zugewanderten Schülern durch die (niedrigeren) Sprachleistungen vermittelt.

Ein Drittel der jüngeren Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland – knapp 1,7 Millionen Personen – ist selbst zugewandert. 743.000 – 45 Prozent – der heute unter 25-Jährigen mit eigener Migrationserfahrung reisten im Alter von sechs bis 17 Jahren nach Deutschland ein (Statistisches Bundesamt, 2008a) und ist somit als Quereinsteiger im deutschen Bildungssystem zu betrachten. Diese Kinder und Jugendlichen haben einen speziellen Förderbedarf insbesondere in Bezug auf die nachholende Förderung ihrer Deutschkenntnisse.

Für Seiteneinsteiger gibt es hierzulande zwar je nach Bundesland verschiedene Vorbereitungsmaßnahmen, in denen sie zwischen sechs und 24 Monaten in ihrem Integrationsprozess oft von spezifisch qualifizierten Lehrkräften begleitet werden (BAMF, 2008, 16). Trotzdem weist Deutschland im internationalen Vergleich im Hinblick auf die Leistungsdisparitäten zwischen den Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund ein relativ ungünstiges Bild auf. Die OECD-Untersuchungen zeigen, dass die Länder, die gut ausgebaute Sprachförderprogramme mit klar definierten Zielen und Standards vorweisen können, meist geringe Leistungsunterschiede zwischen den Schülern mit und ohne Migrationshintergrund oder Leistungssteigerungen bei der 2. Migrantengeneration im Vergleich zur 1. zeigen (OECD, 2006, 11). Das sind solche Länder wie Australien, Kanada und Schweden. Deutschland gehört in diesem Fall zu den Ländern, in denen Migrantenkinder signifikant schlechtere Leistungsniveaus erreichen und die sprachliche Förderung in den Schulen systematisch unzureichend zu sein scheint.

Sprachstand bei Schulabsolventen

Eine zentrale Schaltstelle im Bildungs- und Lebensweg aller Jugendlichen ist der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung oder in den Beruf. Schüler mit Migrationshintergrund und einer anderen Familiensprache als Deutsch stehen dabei oft vor besonderen Herausforderungen. Unzureichende Deutschkenntnisse können eine wichtige Ursache für die geringe Ausbildungsbeteiligung dieser Jugendlichen sein – insbesondere bei Seiteneinsteigern mit einem hohen Einreisealter. Denn die vorhandenen Sprachförderangebote enden häufig mit dem Ende der Schulzeit. Projekte, die die entsprechende Sprachförderung mit Berufsorientierung und aktiver Unterstützung bei der Ausbildungsplatzsuche verbinden würden beziehungsweise noch in der Ausbildungszeit Unterstützung leisten, werden kaum durchgeführt. Die Maßnahmen des Übergangssystems konzentrieren sich primär auf berufsqualifizierende, -vorbereitende und -vermittelnde Maßnahmen außerhalb der Sprachförderung (BAMF, 2008, 17).

Erschwerend kommt hinzu, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund, die sich im Bildungssystem befinden, in der Regel keinen Anspruch auf einen Integrationskurs haben (vgl. Kapitel 2.2). Aber auch diejenigen Jugendlichen, die einen Integrationskursanspruch haben und einen Integrationskurs für Jugendliche besuchen, wünschen sich häufig (47 Prozent), dass die Materialien und Unterrichtsmethoden mehr den Interessen und Bedürfnissen von Jugendlichen gerecht werden und die Sprachförderung mehr mit den Themen Berufsbildung und Berufsbildungsvorbereitung verbunden wird (Haug/Zerger, 2006, 33).

Insgesamt lässt sich in Bezug auf die sprachliche Förderung der Migranten in Deutschland unterstreichen, dass in diesem Zusammenhang eine frühzeitige Förderung sehr wichtig ist, um späteren Nachholbedarf zu vermeiden. Frühe und gezielte Sprachförderung für Kinder und Jugendliche verbessert nicht nur ihre Bildungschancen, sondern perspektivisch auch ihre Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt (BAMF, 2008, 12). Eine zusätzliche systematische Bedarfserhebung würde in diesem Fall helfen, diese gezielten Maßnahmen zu entwickeln sowie effektiv und effizient einzusetzen.

4.3 Effekte von Reformen im Schulsystem für Migranten

4.3.1 Rahmenbedingungen der Schulen

Die meisten Länder innerhalb der EU und innerhalb der OECD besitzen inzwischen ein flächen-deckendes Angebot an Ganztagschulen. Der Vorteil der Ganztagschule liegt in einer Erhöhung der gemeinsamen Lernzeit, die unter anderem eine bessere Rhythmisierung des Lernens und eine bessere Entwicklung sozialer Kompetenzen ermöglicht. Um alle Schüler gleichermaßen fördern zu können und die Unterschiede aufgrund der divergierenden sozioökonomischen Hintergründe zu reduzieren, sollten möglichst viele Migranten eine Ganztagschule besuchen.

Die spezifischen Wirkungen des Ganztagschulbesuchs auf Schüler mit Migrationshintergrund werden im Rahmen des Projektes GIM – „Ganztagschulbesuch und Integrationsprozesse von Migranten“ untersucht, welches durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. Die drei Schwerpunkte des Projektes, das bis 2010 läuft, liegen erstens in der Analyse der sozialen Integration in Ganztagschulen, zweitens in der Betrachtung der systemischen Integration durch den Erwerb gesellschaftlicher Kompetenzen und drittens in der Untersuchung des Erwerbs der deutschen Sprache in Ganztagschulen (Reinders et al., 2008). Schon vor Abschluss der Untersuchungen ist zu vermuten, dass die Ganztagschule der zentrale Integrationsort für Kinder mit Migrationshintergrund ist (Reinders zitiert nach Zickgraf, 2008). In einer Studie zeigen Radisch et al. (2006), dass Kinder mit Migrationshintergrund durch Ganztagschulangebote im Grundschulbereich tatsächlich gut erreicht werden.

Zusätzlich zum Lehrpersonal an den Ganztagschulen sollte ergänzend eine ausreichende Anzahl an Schulpsychologen beschäftigt werden. Augenblicklich gibt es an den deutschen Schulen deutlich zu wenig Personal in diesem Bereich. Schulpsychologen könnten dabei nicht nur die Schüler im Rahmen der Einzelfallhilfe, der Unterrichtshilfe und der Schullaufbahnplanung, sondern auch Lehrer und Schulen im Rahmen der Leistungsmessung, der individuellen Förderung oder in Erziehungskonflikten beraten.

Neben der Dauer des Unterrichts und der Personalstruktur an Schulen spielt auch die Schulstruktur eine Rolle für den Bildungserfolg. Es sind dabei vor allem zwei Determinanten von Bedeutung: Zum einen beeinflusst der Zeitpunkt der Verteilung der Schüler auf verschiedene Schulformen den Bildungserfolg, zum anderen wirkt zusätzlich die Anzahl an Schulformen auf die Chancengleichheit im Bildungssystem.

In einer international vergleichenden Studie zeigen Hanushek und Wößmann (2006) anhand von IGLU (Internationale Grundschulleseuntersuchung)- und PISA-Daten, dass in Ländern, die Schüler in der Sekundarstufe I auf verschiedene Schulformen aufteilen, die Streuung in Bezug auf schulische Leistungen zwischen Primarstufe und Sekundarstufe I zunimmt. In Deutschland ist dieser Effekt dabei stärker als in allen anderen Ländern der Studie. Im Gegensatz dazu reduziert sich die Streuung, also die Ungleichheit zwischen den Kompetenzen der Schüler, in den Ländern, die keine oder eine sehr späte Trennung der Schüler vornehmen. Dies könnte darauf hindeuten, dass das sogenannte Tracking, die Trennung von Schülern in der Sekundarstufe I nach ihren Leistungen oder Fähigkeiten, Ungleichheiten schulischer Leistungen verstärkt. Ökonometrische Berechnungen bestätigen diese Hypothese. Hanushek und Wößmann kommen zu dem Schluss, dass eine frühe Trennung der Schüler auf verschiedene Schulformen eine systematische Zunahme der Streuung der Schulleistungen der Schüler zur Folge hat.

In Deutschland werden Schüler deutlich früher auf verschiedene Schulformen aufgeteilt als in anderen Ländern. Im Allgemeinen findet diese Trennung im Alter von zehn Jahren statt (vgl. Wößmann, 2009). Tabelle 39 macht deutlich, dass nur Österreich eine ähnliche Politik verfolgt; die übrigen 24 Länder sortieren ihre Schüler zum Teil erst in einem deutlich höheren Alter in verschiedene Schulformen ein. Die meisten der Länder, in denen das Tracking erst im Alter von 16 Jahren stattfindet, weisen die Schüler innerhalb einer Schulform Klassen unterschiedlicher Schwierigkeitsgrade zu (Tabelle 39).

Tabelle 39
Alter der Trennung von Schülern im internationalen Vergleich

Alter	10	11	12	13	14	15	16
Länder	Deutschland Österreich	Slowakei Ungarn Tschechien	Belgien Niederlande		Italien Korea	Frankreich Griechenland Irland Japan Polen Portugal Schweiz	Australien Dänemark Finnland Island Kanada Norwegen Spanien Schweden USA Vereinigtes Königreich

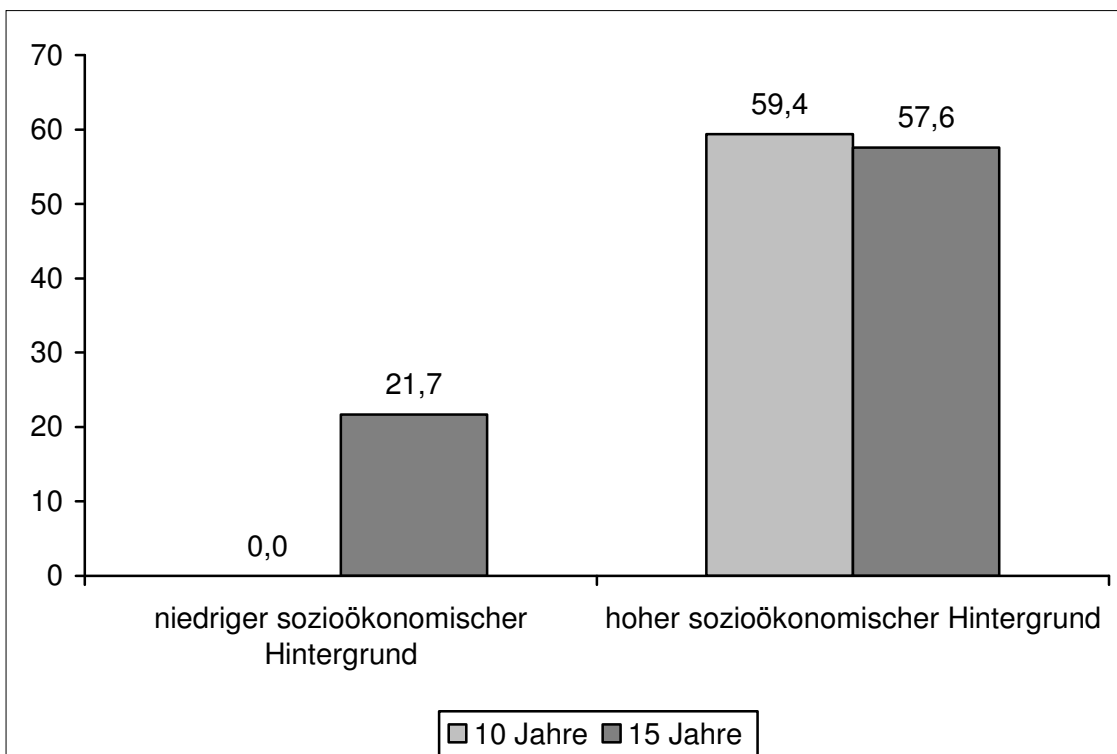
Quelle: Wößmann, 2009, 26

Dass besonders Schüler aus ungünstigeren sozioökonomischen Elternhäusern, zu denen in vielen Fällen auch Jugendliche mit Migrationshintergrund zählen, von einer späteren Einteilung auf verschiedene Schulformen profitieren, belegen Wößmann et al. (2009) in einer anderen Studie über 27 Länder. Wie Abbildung 12 zeigt, erhöhen sich durch späteres Tracking die erzielten PISA-Punkte der Schüler mit sogenanntem niedrigem sozioökonomischem Status¹². Als Basis für die Berechnungen dienen die im Durchschnitt erreichten PISA-Punkte von Schülern mit niedrigem sozioökonomischem Status in Bildungssystemen mit einem Tracking im Alter von zehn Jahren. Im Vergleich dazu erzielen diese Schüler bei einer späteren Aufteilung auf verschiedene Schulformen eine um 21,7 Punkte höhere Kompetenz. Im Gegensatz dazu bewirkt das spätere Tracking für Schüler mit höherem sozioökonomischem Hintergrund keinen signifikanten Unterschied (siehe auch Schütz et al., 2008).

¹² Der sozioökonomische Status wird anhand des „Index of Economic, Social and Cultural Status“ (ESCS) der PISA-Studie bestimmt, in den der höchste Abschluss und die höchste berufliche Position der Eltern sowie die Anzahl der heimischen Besitztümer inklusive Bücher eingehen.

Abbildung 12
Zusammenhang zwischen dem Alter bei Aufteilung auf Schulformen und den erzielten PISA-Punkten

PISA 2003, Punktzunahme im Vergleich zu den erzielten Punkten der niedrigsten Kategorie (Alter bei Trennung auf Schulformen zehn Jahre, niedriger sozioökonomischer Hintergrund)



Quelle: eigene Darstellung auf Basis von Wößmann et al., 2009

Die vorgestellten Studien (siehe auch Brunello/Checchi, 2007) zeigen, dass eine spätere Aufteilung der Schüler auf verschiedene Schulformen sinnvoll sein kann, weil sie die Chancengleichheit erhöhen und die Streuung der schulischen Leistungen verringern kann. Besonders Schüler aus sozioökonomisch ungünstigen Elternhäusern profitieren von einem späteren Tracking.

Dieser Effekt wird dadurch verstärkt, dass Eltern mit geringer Bildung ihre Kinder vorzugsweise auf die Schulformen schicken, die nur niedrige Bildungsabschlüsse ermöglichen (vgl. Dustmann, 2004). Eine Untersuchung von Weber (2006) belegt zudem, dass eine spätere Aufteilung auf Schulformen einen positiven Einfluss auf die Lesekompetenz der Schüler mit Migrationshintergrund hat.

Neben dem in Tabelle 39 dargestellten durchschnittlichen Alter der Schüler bei Aufteilung auf verschiedene Schulformen ist es in Bezug auf die Schulstruktur weiterhin von Bedeutung, auf wie viele verschiedene Schulformen Schüler aufgeteilt werden. Tabelle 40 zeigt die Anzahl unterschiedlicher Schulformen im internationalen Vergleich.

Tabelle 40
Anzahl der Schulformen der Sekundarstufe I im internationalen Vergleich

Anzahl Schultypen	1	2	3	4	5
Länder	Australien Dänemark Finnland Kanada Spanien USA Vereinigtes Königreich	Griechenland	Italien Japan Korea Portugal Ungarn	Belgien Deutschland*) Irland Niederlande Österreich	Tschechien

*) In einigen Bundesländern existieren weniger als vier Schulformen.

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Ariga et al., 2005, 3

Die deutschen Bundesländer trennen nicht nur ihre Schüler zu unterschiedlichen Zeitpunkten, sondern weisen auch unterschiedlich viele Schulformen auf. Wößmann (2007) zeigt in einer Studie, dass die Chancengleichheit umso höher ist, je weniger Schulformen es gibt. Für Schüler aus benachteiligten Verhältnissen, zu denen in vielen Fällen auch Schüler mit Migrationshintergrund zählen, bedeutet ein System mit nur wenigen Schulformen eine signifikante Erhöhung der Bildungschancen.

Die bisherigen Erfahrungen in Deutschland mit Gesamtschulsystemen zeigen jedoch keine Überlegenheit von Gesamtschulen. Die BIJU-Studie zeigt, dass die stärksten Leistungszuwächse auf dem Gymnasium erreicht werden, gefolgt von der Realschule, der Gesamtschule und schließlich der Hauptschule. Die unterschiedliche Leistungsentwicklung wird in BIJU besonders deutlich, da es hier möglich ist, einen Entwicklungszeitraum von vier Jahren in den Blick zu nehmen (Bauert/Köller, 1998).

Die Effekte der Umstellung des Schulsystems sind mit hohen Unsicherheiten verbunden. So ist eine andere Form der Binnendifferenzierung im Unterricht notwendig, so dass zur Änderung der Schulstruktur komplementäre Veränderungen an anderer Stelle im Schulsystem notwendig wären. Eine Empfehlung könnte daher lauten, die Trennung der Schüler zwei Jahre später als bisher durchzuführen. Die Strukturdebatte ist ferner nicht der entscheidende Faktor für eine bessere individuelle Förderung. Wichtiger sind Maßnahmen zu Qualitätssteigerungen in gegebenen Schulstrukturen.

4.3.2 Qualitätssteigerung in gegebenen Schulstrukturen

Eine entscheidende Erklärungsvariable für den Erfolg von Schülern stellt deren Motivation und Freude am Unterricht dar. Nach Spitzer (2007) wird neutrales Material in Abhängigkeit davon in unterschiedlichen Bereichen des Gehirns gespeichert, in welchem emotionalen Zustand es gelernt wird. Die spätere Erinnerungsleistung ist am höchsten, wenn ein positiver emotionaler Zustand beim Erlernen bestand. Studien in kontrollierten Experimenten zeigen, dass Schüler dann

signifikant bessere Schulergebnisse erreichen, wenn sie in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt werden. Selbstwirksamkeit ist dabei der Schlüssel, durch Üben besser zu werden (Spitzer, 2007). Mädchen schneiden beispielsweise dann in Mathematik besser ab, wenn ihnen zuvor vermittelt wird, dass sie mathematische Probleme lösen können. Durch Selbstbejahung wird die Eigenständigkeit des Lernens erhöht, Erfolgserlebnisse für Schüler geschaffen (Spitzer, 2007). Auch Hulleman/Harackiewicz (2009) zeigen, dass Schüler stärker motiviert werden, wenn das Unterrichtsmaterial mit ihren Lebenszielen verknüpft werden kann. Durch Interventionen, die die Relevanz des Erlernten aufzeigen, steigen in der randomisierten Feldstudie insbesondere das Interesse und der Erfolg der Teilnehmer, die die geringste Erfolgswahrscheinlichkeit hatten.

Die Schulen sollten die diesbezüglichen Unterrichtskompetenzen stärken. Hierzu ist an der Lehrerfortbildung und Lehrerausbildung anzusetzen. Ferner sind bei der Aus- und Fortbildung integrationsspezifische Inhalte stärker zu berücksichtigen. So zeigt eine Studie von Sprietsma (2009), dass ein Teil der Lehrer Migranten bei gleicher Leistung signifikant schlechter bewertet. Dies kann sich negativ auf die Selbstwirksamkeit und auf die Schullaufbahn auswirken,

Aus ökonomischer Sicht könnten diese Reformziele der Schule besser umgesetzt werden, wenn die Schule entsprechende Anreize für Lehrer stärkt. Der Freiheitsgrad der Lehrer bei der Festsetzung des Arbeits- und Fortbildungseinsatzes ist erheblich, Kontrollmöglichkeiten und Kontrollintensität sind hingegen relativ gering. Es überrascht daher umso mehr, dass im Schuldienst mit diesem besonderen Arbeitsumfeld in Deutschland eine standardisierte, leistungsunabhängige Besoldungsstruktur zu finden ist. Verbindet man die Autonomie der Schulen mit einer Überprüfung der Lernergebnisse in Form von zentralen Abschlussprüfungen oder standardisierten Tests, so entsteht eine gewisse Transparenz über die Ergebnisse der Entscheidungen der Schulverantwortlichen und Lehrer. Eine regelmäßige und nachvollziehbare Rechenschaftslegung (interne und externe Evaluation) jeder Schule gegenüber der Öffentlichkeit, ob und inwieweit die vorgegebenen Bildungsstandards realisiert wurden, ist komplementär zur Autonomie (Wößmann, 2004, 6 f.; Wößmann, 2005, 14; Anger et al., 2006).

Die Grundidee einer Zielvereinbarung ist, dass die handlungsleitenden Motive eines Mitarbeiters, der über einen erheblichen Handlungsspielraum verfügt und besser über die täglichen beruflichen Anforderungen informiert ist als die Geschäftsleitung, in Einklang gebracht werden mit den Zielen, die die Organisation als Ganzes verfolgt. Aus dieser Grundidee folgt zunächst, dass sich die Schulleitung darüber im Klaren sein muss, welche konkreten Ziele die eigene Schule als Ganzes ansteuern will. Sie steht vor der Aufgabe, eine allgemeine bildungspolitische Vorgabe auf die Bedingungen des eigenen, spezifischen Schulumfelds zu übersetzen. Zur Verbesserung der Integration sollte die Schule die individuelle Förderung der Schüler verbessern. Hierzu sind diagnostische Kompetenzen seitens der Lehrer zu stärken und Werkzeuge zu entwickeln, die Stärken der Schüler zu stärken und Kompetenzen zu entwickeln. Diese Ziele lassen sich sehr gut auch als Ziele für die Lehrkräfte vereinbaren. Ein ziel- und leistungsorientiertes Vergütungssystem stärkt folglich die Schulleitung und ermöglicht es dieser, durch mehr Handlungsautonomie der Schulen bessere Ergebnisse zu erzielen (Klein/Stettes, 2009).

Empirische Untersuchungen zeigen, dass ziel- und leistungsorientierte Vergütungssysteme positive Effekte auf die Lernergebnisse von Schülern haben können (Cooper/Cohn, 1997; Ladd, 1999). Darüber hinaus gehört zur Qualitätssteigerung eine Kombination von Schulautonomie und Vergleichsarbeiten. Der Effekt von standardisierten Vergleichsarbeiten und Schulautonomie ist von der OECD auf Basis des PISA-Datensatzes ermittelt worden. Werden Vergleichsarbeiten und

Schulautonomie gemeinsam verankert, so können erhebliche Kompetenzzuwächse bei den Schülern erzielt werden (Tabelle 41).

Tabelle 41
Effekt von standardisierten Vergleichsarbeiten und Schulautonomie auf die PISA-Punktzahl

Maßnahme	standardisierte Vergleichsarbeiten	keine Vergleichsarbeiten
Schulautonomie – Einstellung der Lehrkräfte	+63	+41
keine Autonomie	+46	Ausgangsszenario = 0

Quelle: OECD, 2008c

Die Schulautonomie bei gleichzeitiger Einführung von Vergleichsarbeiten sowie einer ziel- und leistungsorientierten Entlohnung stärkt Freiheit und Verantwortung auf dezentraler Ebene und entfacht damit einen Qualitätswettbewerb in und zwischen den Schulen. Dieser erhöht letztlich das Kompetenzniveau junger Menschen und verbreitert damit die Basis für eine Höherqualifizierung durch einen Hochschulbesuch beziehungsweise eine Techniker- oder Meisterausbildung.

4.4 Zusammenfassung

Langfristig ist die Ausbildungsreife der Migranten entscheidend für den Integrationserfolg. Eine eigene Auswertung der PISA-Daten zeigt, dass der Bildungshintergrund der Eltern, der Besuch einer frühkindlichen Bildungseinrichtung, der Zugang zu Lernmitteln im Elternhaus und die Freude am Unterricht wichtige Einflussgrößen für die Kompetenzen der 15-jährigen Schüler sind. Migranten stammen häufiger aus bildungsfernen Elternhäusern, besuchen seltener einen Kindergarten, haben einen geringeren Zugang zu Lernmitteln und arbeiten seltener mit Begeisterung in der Schule mit.

Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass insbesondere der Zugang zu frühkindlichen Bildungseinrichtungen den späteren Bildungserfolg von Migranten signifikant positiv beeinflusst. Auch der Zusammenhang zwischen den Sprachkenntnissen im Vorschulalter und den Lesekompetenzen in der Grundschule kann durch verschiedene Untersuchungen verdeutlicht werden. Wird im Elternhaus Deutsch gesprochen und wird der Kindergarten länger als ein Jahr besucht, so steigt die Lesekompetenz am Ende der Grundschulzeit deutlich an. Viele Bundesländer haben diesbezüglich sprachdiagnostische Verfahren während der Kindergartenzeit eingeführt und bieten eine systematische Sprachförderung an.

Ziel beim Ausbau der Infrastruktur sollte sein, dass 35 Prozent der unter dreijährigen Kinder mit Migrationshintergrund eine frühkindliche Einrichtung besuchen können. Ferner sollte für Kinder ab einem Alter von drei Jahren eine Besuchsquote von Kindertagesstätten von 100 Prozent angestrebt werden. Des Weiteren ergeben sich bei einer besseren frühkindlichen Förderung und damit verbundener Höherqualifizierungseffekte zusätzlich notwendige Plätze in der Oberstufe, in der beruflichen Ausbildung und an den Hochschulen.

Empirische Untersuchungen zeigen, dass der Zeitpunkt der Trennung der Schüler auf verschiedene Schulformen beim Vergleich verschiedener Länder signifikante Effekte auf die Kompetenzentwicklung hat. So steigen die Kompetenzen der Kinder am unteren Ende der Kompetenzverteilung durch eine spätere Trennung signifikant an, während es am oberen Ende zu keinen signifikanten Veränderungen kommt. Bisherige Erfahrungen zu Gesamtschulen in Deutschland zeigen, dass diese nicht zu höheren Lernzuwächsen führen als Gymnasien oder Realschulen. Daher wird als Reformvorschlag eine spätere Trennung in einem weniger stark gegliederten System vorgeschlagen. Ferner sollte der Ausbau von Ganztagschulen weitergeführt werden. Erste Erfahrungen mit Ganztagschulen zeigen, dass diese positive Effekte auf die Integration von Schülern mit Migrationshintergrund haben.

Weiterhin verdeutlichen verschiedene Studien, dass die individuelle Förderung von Jugendlichen unabhängig von der Schulstruktur signifikant positive Effekte hat. Durch eine Stärkung der Selbstwirksamkeit kann die Motivation der Schüler deutlich gestärkt werden mit in der Folge besseren Ergebnissen. Ebenso tragen mehr Schulautonomie verbunden mit standardisierten Vergleichsarbeiten sowie eine zielorientierte Lehrervergütung zu positiven Effekten bei. Letztere kann mit der Lehrerfortbildung verknüpft werden, um dort integrationspezifische Aspekte zu berücksichtigen und Instrumente zu Stärkung der Selbstwirksamkeit von Schülern anzubieten.

5 Kosten der Maßnahmen und Berechnung der Integrationsrendite

Die im dritten und vierten Kapitel diskutierten Maßnahmen werden in diesem Kapitel hinsichtlich ihrer Kosten- und Nutzeneffekte bewertet, um daraus die Integrationsrendite zu berechnen. Zunächst wird in Kapitel 5.1 aus kurz- bis mittelfristiger Sicht der Effekt zusätzlicher Ausgaben im Übergangssystem analysiert. Im Kapitel 5.2 wird dann untersucht, welche dynamischen langfristigen Effekte entstehen, wenn durch eine bessere Förderung in der frühkindlichen Bildung und in den Schulen die Ausbildungsreife der Migranten verbessert werden kann. Da eine exakte Evaluierung der Effekte der Reformmaßnahmen nicht möglich ist, werden die Effekte im Rahmen von Szenarien geschätzt.

5.1 Kurz- bis mittelfristige Sicht

Kurz- bis mittelfristig wirkt sich besonders ein besserer Übergang in berufliche Ausbildungsgänge aus. Maßnahmen zur Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Beschäftigung am Übergang von Schule in Ausbildung werden in diesem Rahmen kurz beschrieben und den entstehenden fiskalischen Effekten gegenübergestellt.

5.1.1 Maßnahmen und Kosten

Wie in Kapitel 3.2 gezeigt, gibt es zwei Wege, zusätzliche Ausbildungsplätze für Migranten zu gewinnen. Der erste Weg setzt am bisherigen Übergangssystem an. Berufsorientierung, Berufsvorbereitung und Ausbildungsförderung haben im deutschen Bildungssystem momentan eine verstärkt kurative Aufgabe, da sie vornehmlich Bildungsfunktionen übernommen haben, welche ursprünglich den allgemeinbildenden Schulen zugeteilt waren, wie zum Beispiel die Vermittlung von Basiskompetenzen und die Eingliederung in die Gesellschaft. Aus diesem Grund ist ein weit- aus präventiverer Ansatz der arbeitsmarktintegrierenden Programme für Jugendliche erstrebenswert. Insbesondere Migranten fallen in diese Kategorie.

Die Kalkulation der Kosten erfolgt aus gesamtfiskalischer Sicht und setzt sich aus direkten und indirekten Kosten zusammen. Während die direkten Kosten die unmittelbar entstehenden Maßnahmekosten erfassen, handelt es sich bei den indirekten Kosten um gesellschaftliche Folgekosten. Berücksichtigt werden lediglich die Ausgaben für Maßnahmen und Qualifizierungsangebote für Jugendliche im Alter bis 25 Jahre, denen der Übergang von der Schule über eine Berufsausbildung in den Arbeitsmarkt ohne zusätzliche Hilfe verwehrt blieb. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Jugendliche ohne Schulabschluss oder lediglich mit einem Hauptschulabschluss, Jugendliche mit Migrationshintergrund und arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche. Im Folgenden werden die Kosten für einen einzelnen Migranten ermittelt.

Die direkten Kosten ergeben sich aus den Ausgaben der öffentlichen Hand für Integrationsangebote und werden in zwei Zielbereichen erfasst, wobei eine dieser Kategorien in zwei Teilbereiche unterschieden wird. In der ersten Kostenkategorie ‚Berufsorientierung‘ werden alle berufsorientierenden Maßnahmen erfasst, sofern diese über das generelle Informationsangebot der Schulen hinausgehen. Der Bereich ‚Berufsvorbereitung‘ setzt sich aus den Teilbereichen ‚Förderprogramme‘ und ‚Berufliche Schulen‘ zusammen. In der ersten Kategorie werden die von Bund und Ländern getätigten Ausgaben für berufsvorbereitende Maßnahmen berücksichtigt, während unter der

zweiten die Fördermaßnahmen der beruflichen Schulen der Länder und Kommunen erfasst werden. Wie in Kapitel 3.2 gezeigt, erreicht jedoch nur ein Teil der Maßnahmebesucher den Übergang in eine Berufsausbildung. Bezogen auf einen erfolgreichen Übergang ergeben sich insgesamt Kosten für Berufsorientierung und -vorbereitung in Höhe von 24.685 Euro.

Wie in Kapitel 3.2 erläutert, gibt es ferner den Weg, den Übergang mittels der Einbeziehung der Betriebe zu organisieren. Kapitel 3.2 zeigt eine Vielzahl von möglichen Maßnahmen auf und beschreibt die für einen zusätzlichen Ausbildungsplatz anfallenden Kosten. Im Folgenden soll exemplarisch das Ergebnis für die Einstiegsqualifikationen von Jugendlichen (EQJ) aufgeführt werden. Pro zusätzlich entstandenem Ausbildungsplatz fallen Kosten in Höhe von rund 7.500 Euro für die öffentliche Hand an.

5.1.2 Erträge

Die Erträge werden im Wesentlichen aus zwei Quellen gespeist. Zum einen können indirekte Folgekosten aufgrund einer nicht abgeschlossenen Ausbildung seitens des Jugendlichen, der somit auch nicht in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen wird, vermieden werden. Dabei ist es unerheblich, ob die Ausbildung trotz Fördermaßnahmen nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnte oder ob diese Hilfen nie in Anspruch genommen worden sind. Geht man davon aus, dass Menschen ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko aufweisen und häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind, lassen sich die gesellschaftlichen Folgekosten mithilfe der sozialstaatlichen Leistungen messen. Hierzu dienen die Ausgaben für das Arbeitslosengeld (ALG) I und II.

Die zweite Kategorie der vermiedenen indirekten Kosten besteht in Form von entgangener Wertschöpfung. Eine Berufsausbildung, die nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnte, führt dazu, dass die betreffende Person im Durchschnitt schlechter qualifiziert ist und somit eine geringere Produktivität aufweist. Zudem sind diese Personen häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen und besitzen ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko. Neben einem durchschnittlich geringeren Einkommen bringt Arbeitslosigkeit noch mögliche weitere negative Auswirkungen mit sich. So sind Arbeitslose oft weniger zufrieden und besitzen häufig eine schlechtere Gesundheit, wobei insbesondere letzteres auch monetäre Auswirkungen auf die Gesellschaft hat, die sich jedoch nicht hinreichend quantifizieren lassen, um in diese Studie mit einzufließen. Aus diesem Grund errechnet sich das Wertschöpfungspotenzial lediglich aus dem zusätzlichen Erwerbseinkommen, welches aufgrund einer Berufsausbildung erzielt werden kann.

Um die Einsparpotenziale in der Arbeitslosenversicherung – ALG I – und in der sozialen Mindestsicherung – ALG II – durch den Rückgang von Arbeitslosigkeit durch eine Nachqualifizierung der Jugendlichen sowie die entstehende Wertschöpfung aufgrund einer höheren Produktivität berechnen zu können, müssen einige Annahmen getroffen werden:

- Geringqualifizierte Erwerbspersonen, die nachträglich eine Berufsausbildung absolvieren, senken ihr Arbeitslosigkeitsrisiko auf das Niveau von Erwerbspersonen mit Berufsausbildung. Infolgedessen steigt auch das Durchschnittseinkommen auf dasselbe Niveau.
- Das durchschnittliche Arbeitslosigkeitsrisiko sowie das Einkommensniveau innerhalb der Gruppe der Erwerbspersonen mit abgeschlossener Berufsausbildung bleiben unverändert.
- Ein Teil derer, die Sozialleistungen vom Staat beziehen, sind aufgrund der nachträglichen Qualifizierung zukünftig nicht mehr auf diese Unterstützung angewiesen, da eine höhere Qua-

lifizierung ihnen den Sprung von der Arbeitslosigkeit in ein Beschäftigungsverhältnis ermöglicht beziehungsweise ein höheres Einkommen erzielt wird. Demnach gibt das Wertschöpfungspotenzial eine Einkommenssteigerung an, die sich aus dem Mehrverdienst durch eine Einkommenssteigerung einerseits sowie einer Aufnahme der Erwerbstätigkeit andererseits zusammensetzt.

Um das Einsparpotenzial im Rahmen der Arbeitslosenversicherung zu bestimmen, wird auf das Arbeitslosengeld I (ALG I) abgestellt. Hierbei werden andere Geldleistungen der aktiven Arbeitsförderung wie Kurzarbeitergeld und Wintergeld nicht berücksichtigt. Im Ergebnis ließen sich durch eine Nachqualifizierung aller Arbeitslosen ohne Berufsausbildung, die derzeit ALG I beziehen, indirekte Kosten in Höhe von etwa 2,1 Mrd. Euro einsparen. Die Summe lässt sich wiederum in Relation zu allen geringqualifizierten Erwerbspersonen im Jahr 2006 bestimmen: Das Einsparpotenzial durch eine Nachqualifizierung von Arbeitslosen ohne Berufsausbildung beträgt 292 Euro pro Erwerbsperson im Jahr 2006 (Werner et al., 2008).

Im Bereich der sozialen Grundsicherung ergibt sich laut Werner et al. (2008) ein Einsparpotenzial von gut 11 Mrd. Euro jährlich, wenn alle 7,2 Mio. Erwerbspersonen ohne Berufsausbildung nachqualifiziert würden. Dieser Wert lässt sich wiederum als Pro-Kopf-Angabe bezogen auf alle Erwerbspersonen berechnen, die eine Nachqualifizierung benötigen: Das Einsparpotenzial durch eine Nachqualifizierung von Personen ohne Berufsausbildung in der sozialen Grundsicherung beträgt 1.653 Euro pro Erwerbsperson im Jahr 2006 (Tabelle 42).

Tabelle 42

Einsparpotenzial der öffentlichen Hand durch Höherqualifizierung eines Geringqualifizierten auf das Niveau eines Mittelqualifizierten und Vermeidung der Arbeitslosigkeit in Euro

	Ersparnisse pro Geringqualifiziertem
Vermeidung von ALG I	292
Vermeidung von ALG II	1.653

Quelle: Werner et al., 2008

Um die Wertschöpfungseffekte der Höherqualifizierung eines Migranten zu messen, wird auf Basis des SOEP berechnet, wie stark die Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen der öffentlichen Hand steigen, wenn Geringqualifizierte auf das Niveau eines Mittelqualifizierten gebracht werden können. Die Berechnung erfolgt in drei Schritten:

Zunächst werden im ersten Schritt die Abgaben an die öffentliche Hand für einen Migranten mit Berufsabschluss ermittelt. Im Durchschnitt beträgt der Bruttolohn eines Migranten mit mittlerem Bildungsabschluss (abgeschlossene Berufsausbildung) rund 25.300 Euro. Inklusive des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung fallen etwa 13.800 Euro an Sozialbeiträgen und Steuern an (Tabelle 43).

Tabelle 43
Gesamtabgaben eines Migranten mit abgeschlossener Berufsausbildung

	Anteil in Prozent	Bruttolohn (SOEP), in Euro	Nettolohn (SOEP), in Euro	Abgaben in Euro inkl. Arbeitgeberanteil
Abschluss Sekundarstufe II, Gesamt	100,0	25.327	16.585	13.807

Arbeitgeberanteil: 20 Prozent vom Bruttolohn; Anteil Vollzeitbeschäftigter: 66,6 Prozent
 Quelle: eigene Berechnungen auf Basis SOEP, 2008

In einem zweiten Schritt werden die Abgaben für einen erwerbstätigen Migranten ohne abgeschlossene Berufsausbildung berechnet. Der durchschnittliche Bruttolohn beträgt rund 22.300 Euro, die Summe der Sozialbeiträge und Steuern etwa 11.400 Euro (Tabelle 44).

Tabelle 44
Gesamtabgaben eines Migranten ohne abgeschlossene Berufsausbildung

	Anteil in Prozent	Bruttolohn (SOEP), in Euro	Nettolohn (SOEP), in Euro	Abgaben in Euro inkl. Arbeitgeberanteil
Abschluss Sekundarstufe I, Gesamt	100,0	22.298	15.335	11.423

Arbeitgeberanteil: 20 Prozent vom Bruttolohn; Anteil Vollzeitbeschäftigter: 67,9 Prozent
 Quelle: eigene Berechnungen auf Basis SOEP, 2008

In einem dritten Schritt wird berücksichtigt, dass die Erwerbstätigenquote von Migranten mit mittlerer Qualifikation höher als bei Migranten mit geringer Qualifikation ist. Die Zunahme durch die Höherqualifikation ergibt sich aus der Differenz der mit der jeweiligen Erwerbstätigenquote multiplizierten Gesamtabgaben und beträgt rund 3.000 Euro (Tabelle 45).

Tabelle 45
Differenz der Gesamtabgaben eines Migranten durch eine Höherqualifizierung

	Erwerbstätigenquote in Prozent	Gesamtabgaben eines Erwerbstätigen in Euro	Erwartungswert der Gesamtabgaben einer Person in Euro
geringe Qualifikation	80,7	11.423	9.218
mittlere Qualifikation	88,3	13.807	12.192
Differenz			2.973

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis Mikrozensus und SOEP, 2008

Die fiskalischen Erträge eines Migranten, der durch Qualifikationsmaßnahmen eine abgeschlossene Berufsausbildung erreicht, setzen sich zusammenfassend wie in Tabelle 47 beschrieben zusammen aus vermiedenen Kosten für ALG I und ALG II und höheren Steuern und Sozialabgaben und betragen jährlich rund 4.900 Euro (Tabelle 46).

Tabelle 46
Jährlicher Gesamtertrag durch eine Höherqualifizierung eines Migranten auf mittleres Bildungsniveau (abgeschlossene Berufsausbildung)
 in Euro

	Ertrag pro Person
Vermeidung von ALG I	292
Vermeidung von ALG II	1.653
höhere Steuer- und Sozialabgaben	2.973
Summe	4.918

Quelle: eigene Berechnung auf Basis Werner et al., 2008

5.1.3 Statische Integrationsrendite

Zur Berechnung der Rendite der kurz- bis mittelfristigen Integrationsmaßnahmen ist eine finanzmathematische Zahlungsreihe zu definieren. In der ersten Periode fallen laut Kapitel 5.1.1 Ausgaben in Höhe von rund 7.500 Euro an, wenn das EQJ-Programm zur Integration genutzt wird. Werden ausschließlich Maßnahmen der Berufsvorbereitung und -orientierung zur Integration gewählt, fallen pro erfolgreichem Übergang in die Berufsausbildung Kosten in Höhe von 24.685 Euro an.

In den sich an diese Ausgaben anschließenden drei Jahren wird in dieser Szenariorechnung der Migrant eine Berufsausbildung im dualen System absolvieren. Hierfür fallen Kosten für die öffentliche Hand in Höhe von 2.200 Euro pro Jahr an (Statistisches Bundesamt, 2009e). In diesem Zeitraum hätte der jugendliche Migrant ferner erwartete Abgaben in Höhe von 9.218 Euro geleistet, wenn er keine Ausbildung gemacht hätte, sondern als Geringqualifizierter dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestanden hätte.

Allerdings wäre der unqualifizierte Migrant mit einer Wahrscheinlichkeit von 19,3 Prozent erwerbslos gewesen und hätte ein durchschnittliches Arbeitslosengeld II in Höhe von rund 508 Euro (BA, 2008, ohne Unterkunft) monatlich erhalten, so dass im Erwartungswert Kosten für Arbeitslosigkeit in Höhe von 1.177 Euro hätten vermieden werden können. Im Anschluss an die Berufsausbildung steigt der jährliche erwartete Gesamtertrag um 4.918 Euro an. Wenn die duale Ausbildung mit einer Wahrscheinlichkeit von 85 Prozent erfolgreich bestanden wird, ergibt sich jedoch ein erwarteter zusätzlicher Ertrag an Steuern und Abgaben in Höhe von jährlich 4.180 Euro. Tabelle 47 gibt eine Übersicht über diese Zahlungsströme.

Tabelle 47
Zahlungsstrom einer Investition in die Höherqualifizierung eines Migranten
 in Euro

Alter	Kosten				Erträge	
	Kosten der Maßnahmen Übergangssystem (ÜGS)		Kosten der Ausbildung	entgangene Abgaben des Gering- qualifizierten	vermiedene Arbeitslosen- kosten wäh- rend der Ausbildung	zusätzliche Steuern und Abgaben und entgan- gene Kosten für Arbeits- losigkeit
	Altern. 1: EQJ	Altern. 2: ÜGS mit trad. Berufs- vorbereitung und - orientierung				
18	7.500	24.685				
19			2.200	9.218	1.177	
20			2.200	9.218	1.177	
21			2.200	9.218	1.177	
22						4.180
23						4.180
24						4.180
...						...
64						4.180

Quelle: eigene Berechnungen

Für den Lebenslauf eines Migranten kann auf Basis der Zahlungsreihe der Tabelle 48 eine fiskalische Rendite berechnet werden. Hierzu wird anhand der folgenden Formel der Zinssatz bestimmt, bei dem die diskontierten zukünftigen Einnahmen mit den diskontierten zukünftigen Ausgaben der öffentlichen Hand übereinstimmen.

$$\sum_{t=0}^T \frac{b_t - c_t}{(1+r)^t} = 0$$

b_t = Erträge der Integrationsmaßnahmen im Jahr t
 c_t = Kosten der Integrationsmaßnahmen im Jahr t
 r = interne Rendite (zu errechnen)

Die zu errechnende Ertragsrate beziehungsweise interne Rendite ist damit der Zinssatz, bei dem die diskontierten Kosten und Erträge der Integrationsmaßnahmen gleich sind (Blöndal et al., 2002, 55 ff.). Sie ist damit ein Maß für die durchschnittliche Verzinsung der Investitionen in eine bessere Integration. Da alle Daten zu konstanten Preisen angegeben werden, handelt es sich dabei um eine reale Rendite.

Die Berechnung auf Basis obiger Formel ergibt eine fiskalische Rendite in Höhe von 6 bis gut 9 Prozent. Die Rendite ist dabei davon abhängig, wie effizient das Übergangssystem gestaltet ist.

Bei Migranten, die über die Einstiegsqualifikationen integriert werden können, beträgt die Integrationsrendite für die öffentliche Hand demzufolge gut neun Prozent. Das heißt, die staatlichen Ausgaben für das EQJ in Höhe von rund 7.500 Euro sowie die staatlichen Ausgaben der dualen Ausbildung und die entgangenen Steuern und Abgaben während der Zeit der Ausbildung verzinsen sich durch die höheren Einnahmen (Steuern und Abgaben) für die öffentliche Hand mit rund 9 Prozent. Beim System der Berufsvorbereitung ergibt sich aufgrund der höheren Kosten im Übergangssystem (knapp 25.000 Euro) eine fiskalische Integrationsrendite von 6 Prozent. Die Rendite der Integrationshilfen ist folglich von der Effektivität der umgesetzten Maßnahmen abhängig.

Auch wenn Integrationshilfen sich gesamtwirtschaftlich rechnen, ist ihre Wirkung dennoch kurativ. Aus diesem Grund sollten bildungspolitische Reformen durchgesetzt werden, die weitere Einsparpotenziale bieten und deren Ansatzpunkte präventiver Natur sind. So ist eine Verringerung der Zahl der Schulabgänger mit ungenügender Ausbildungsreife anzustreben.

5.2 Langfristige Sicht

Langfristig ist es entscheidend, das aktuell hohe Ausmaß an Bildungsarmut der unter 15-jährigen Personen mit Migrationshintergrund zu reduzieren, um deren Ausbildungsreife auf das Niveau der in Deutschland geborenen Bevölkerung zu erhöhen. Für die Reformmaßnahmen werden die Kosten ermittelt und den Erträgen gegenübergestellt, die sich in dynamischer Hinsicht im Rahmen eines Wachstumsmodells ermitteln lassen.

5.2.1 Theoretische Grundlagen

Die Effekte einer besseren Integration von Migranten auf das Wachstum lassen sich mit verschiedenen ökonomischen Ansätzen erläutern. Zum einen führt ein höheres Bildungsniveau der Migranten dazu, dass der sich im Rahmen des demografischen Wandels verstärkende Fachkräftemangel reduzieren lässt, sodass die mit dem Mangel verbundenen Wertschöpfungsverluste verringert werden können (Koppel/Plünnecke, 2009).

Zum anderen können Erklärungsansätze der neoklassischen Wachstumstheorie und der neuen Wachstumstheorie aufgezeigt werden. Durch eine bessere Integration steigt der Humankapitalstock in Deutschland an. Dieses führt – bei der Annahme von internationalen Kapitalmärkten – zu einem Zufluss auch an Realkapital. Bei internationaler Kapitalmobilität muss die Akkumulation von Kapital nicht nur aus dem Inland über Ersparnisse geleistet werden. Das international verfügbare Kapital wird bei Annahme eines vollkommenen Kapitalmarktes in die Region fließen, in der die höchste Rendite erzielt wird (Barro et al., 1995).

Befindet sich die Volkswirtschaft unterhalb ihres sogenannten Steady-State-Niveaus, so ist das Kapital im weiteren Sinne relativ knapp im Verhältnis zur Arbeit. Daraus folgt eine hohe Verzinsung, die wiederum zu hohen Kapitalzuflüssen führt. Barro et al. (1995) zeigen in einem Modell mit offenem Kapitalmarkt, in dem Sachkapital international mobil, Humankapital aber immobil ist, dass gerade das Humankapital der entscheidende wachstumsrelevante Faktor für das BIP je Einwohner ist. Der Entwicklungsstand einzelner Staaten hängt nach diesem Modell also nur vom Humankapital ab, sodass eine heimische Akkumulation dieses Faktors, beispielsweise durch eine bessere Integration der Migranten, das Niveau des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner erhöht.

Hochqualifizierte Einwanderer führen dazu, dass das durchschnittliche Humankapital pro Kopf steigt und Reformen in anderen Politikfeldern eine höhere Wachstumsdynamik des BIP je Einwohner ermöglichen. Ist die Qualifikation der Einwanderer jedoch niedriger als die der einheimischen Bevölkerung, so sinkt die Wachstumsdynamik des BIP je Einwohner.

Ein anderer positiver Wachstumsimpuls einer besseren Integration kann aus dem demografischen Wandel abgeleitet werden. Kremer und Thomson sehen in der Altersstruktur des Humankapitals mögliche Wachstumshemmnisse (Kremer/Thomson, 1998, 5): „Imperfect substitutability between the human capital of young and old workers can thus help explain why per capita output does not converge instantaneously, as the open-economy, neoclassical growth models predicts.“ In ihrem Modell unterscheiden Kremer und Thomson zwischen dem Humankapital von alten und jungen Arbeitskräften. Die beiden Gruppen sind in der Produktion nicht vollständig substituierbar, sondern haben einen komplementären Charakter. Dieses rührt daher, dass ältere Arbeitskräfte aufgrund ihrer Erfahrung und durch Learning-by-doing-Prozesse spezifisches Wissen erworben haben, das für die Produktion benötigt wird, nicht jedoch von den jüngeren Arbeitskräften zur Verfügung gestellt werden kann. Formale Bildung dient jüngeren Arbeitskräften aber dazu, schnell von den Erfahrungen der älteren Arbeitskräfte lernen zu können. Letztere haben somit neben der Funktion als Arbeitskraft noch die Funktion, das Humankapital jüngerer Arbeitskräfte zu erhöhen.

Die unterstellte Komplementarität wird durch empirische Untersuchungen gestützt (Katz/Murphy, 1992; Murphy/Welch, 1992). Sie ist für die Wachstumseffekte einer besseren Integration von hoher Bedeutung, da die Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlich jünger ist als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Gelingt es durch eine bessere Integration, den Anteil der Hochqualifizierten zu erhöhen, so nimmt vor allem das Humankapital der jüngeren Bevölkerung deutlich zu, welches aufgrund des demografischen Wandels besonders knapp wird.

Deutschland kann zurzeit noch nicht stark genug von den Zuwanderern profitieren. Wie in Kapitel 2.1 gezeigt, ist die durchschnittliche Qualifikation der Zuwanderer deutlich niedriger als das Niveau der im Inland geborenen Bevölkerung. Koppel/Plünnecke (2008) zeigen, dass rund 80 Prozent der Streuung der Wachstumsraten in den OECD-Staaten mit hohem Migrantenanteil statistisch auf die Unterschiede bei der Qualifikationsstruktur der in Inland und Ausland Geborenen zurückgeführt werden kann. Die Gründe für dieses Ergebnis wurden in vielen empirischen Studien in denjenigen Ländern analysiert, die einen strikt positiven Zusammenhang zwischen Qualifikationsniveau, Arbeitsmarktentwicklung und -produktivität zeigen (Cobb-Clark, 2004; Green/Green, 1995).

5.2.2 Maßnahmen und Kosten

Aus langfristiger Sicht ist es besonders wichtig, die Kompetenzen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu fördern. Wie die vorgehenden Kapitel zeigen, ist hierfür ein Ausbau der frühkindlichen Bildung besonders wichtig.

Die Teilnahme an frühkindlicher Bildung unterscheidet sich nach Migrationshintergrund. Gemessen anhand des Geburtsorts der Mutter kommt das DJI zu einer Inanspruchnahme von Kinderbetreuung von unter dreijährigen Kindern bei Migranten von 6,6 Prozent und bei Nicht-Migranten von 22,4 Prozent. Bei den drei- bis sechsjährigen Kindern lauten die entsprechenden Quoten 84,1 Prozent und 90,2 Prozent (Tabelle 48).

Tabelle 48
Teilnahme an frühkindlichen Einrichtungen im Jahr 2006

	0 bis unter 3 Jahren	3 bis 6 Jahren
Kinder mit Migrationshintergrund, gesamt	675.350	697.390
prozentualer Anteil der Kinder mit MH in frühkindlichen Einrichtungen, in Prozent	6,6	84,1
Zielbetreuungsquote, in Prozent	35	100
notwendige zusätzliche Plätze	191.800	110.885

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis Statistisches Bundesamt, 2009a und DJI, 2008, 207

Für eine intensivere frühkindliche Förderung müssten zunächst zusätzliche Plätze in Kindertagesstätten für Migrantenkinder finanziert werden. Ein sechsständiger Kindergartenplatz kostet pro Jahr etwa 4.750 Euro (Anger et al., 2007). Um einen Betreuungsanteil von 100 Prozent zu erreichen, werden rund 111.000 zusätzliche Plätze im Elementarbereich benötigt. Hieraus ergeben sich Kosten in Höhe von 0,5 Mrd. Euro. Für die null- bis dreijährigen Kinder wird angestrebt, dass für 35 Prozent der Kinder ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehen soll. Pro Betreuungsplatz fallen für den Staat laufende Kosten in Höhe von 7.700 Euro an. Bei rund 190.000 notwendigen zusätzlichen Plätzen ergeben sich jährliche Kosten für die U-3-Betreuung von Kindern mit Migrationshintergrund in Höhe von 1,5 Mrd. Euro (Tabelle 49).

Tabelle 49:
Kosten im frühkindlichen Bereich

	jährliche Kosten in Mrd. Euro
Ausbau der U-3-Plätze (Ziel: 35 Prozent)	1,5
Ausbau der Plätze für 3 bis 6-jährige Kinder (Ziel: 100 Prozent)	0,5
besondere Förderpauschale (Sprachförderung)	0,3
Ganztagsgrundschulen	0,8
Reformkosten Ausbau frühkindliche Bildung für Migranten	3,1

Quelle: eigene Berechnungen; für Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Im Alter von drei bis sechs Jahren besteht bei Kindern mit Migrationshintergrund häufig ein besonderer Förderbedarf – zum Beispiel im Bereich der Sprachförderung. Die Kosten für Kinder mit einem solchen besonderen Förderbedarf erhöhen sich im Vergleich zu einem Regelkindergartenplatz annahmegemäß um etwa das 1,3-fache. Dieser Faktor lehnt sich an die Gewichtungsfaktoren der „kindbezogenen Förderung“ an, wie sie für das Bundesland Bayern entwickelt wurden (Krauß, 2004, 96). Wird diese Förderung im letzten Kindergartenjahr umgesetzt, so entstehen Gesamtkosten für die Kinder mit Migrationshintergrund in Höhe von jährlich gut 0,3 Mrd. Euro.

Im Grundschulbereich entstehen Kosten für den Ausbau von Halbtags- zu Ganztagsgrundschulen. Derzeit fallen jährlich Kosten je Grundschulkind in Höhe von etwa 4.000 Euro an (Statistisches Bundesamt, 2009e). Der Ausbau der Grundschulen zu Ganztagsgrundschulen würde nach Berücksichtigung der Effizienzgewinne jährlich etwa 2,2 Mrd. Euro kosten (Koppel/Plünnecke, 2009;

Dohmen/Fuchs, 2009). Da etwa ein Drittel der Grundschüler einen Migrationshintergrund hat, würden für diese an Kosten für den Ganztagsunterricht etwa 0,8 Mrd. Euro anfallen. Insgesamt summieren sich die Kosten für die frühkindliche Förderung von Migranten damit auf 3,1 Mrd. Euro (Tabelle 49).

Bei einer erfolgreichen frühkindlichen Förderung entstehen später im Bildungssystem „Folgekosten“, wenn die Bildungsbeteiligung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund steigt. Hierfür werden im Folgenden zwei Szenarien untersucht. Im ersten Szenario wird der bisherige Unterschied in den Beteiligungsquoten halbiert. Im zweiten Szenario gelingt eine volle Integration, das heißt, die Beteiligungsquoten sind identisch.

Ein aktuell im frühkindlichen Alter befindlicher Jahrgang besteht aus etwa 225.000 Personen mit Migrationshintergrund. Wenn der Anteil in diesem Jahrgang im Abitur um 27 Prozentpunkte zunimmt und diese Schüler zwei Jahre in der Oberstufe unterrichtet werden, steigt die Schülerzahl um 122.000 Schüler mit Migrationshintergrund an. Wird die Abiturientenlücke nur halb geschlossen, so steigt die Schülerzahl um 61.000 Schüler an. Steigt der Anteil der Migranten in dualer Berufsausbildung um 15 Prozentpunkte an, so steigt die Zahl der dualen Berufsschüler um 94.500 an. Die höchste Zunahme an Bildungsbeteiligung würde an den Hochschulen entstehen. Wenn die Quote unter den Bildungsinländern mit Migrationshintergrund um 24 Prozentpunkte steigt und gleichzeitig etwa fünf Jahrgänge an den Hochschulen studieren, so steigt die Studierendenzahl um 270.000 Studierende mit Migrationshintergrund (Tabelle 50).

Tabelle 50
Zusätzliche Bildungsplätze aufgrund der Höherqualifizierung

	Anteil unter Personen mit MH in 2006 in Prozent	Anteil unter Personen ohne MH in 2006 in Prozent	zusätzliche Plätze wenn „Differenz halbiert“	zusätzliche Plätze wenn „Differenz geschlossen“	jährliche Kosten pro Platz in Euro
Abitur, 2 Jahre	18	45	61.000	122.000	5.400
duale Berufsausbildung, 3 Jahre	26	56	94.500	189.000	2.200
Studium, 5 Jahre	6	30	135.000	270.000	7.200

Anmerkung: Bei einer Jahrgangsstärke von etwa 225.000 Personen mit Migrationshintergrund
Quellen: eigene Berechnungen auf Basis Statistisches Bundesamt, 2008d; Siegert, 2009

Wird die zusätzliche Zahl an Bildungsteilnehmern mit den Kosten pro Platz multipliziert, so ergeben sich die jährlichen „Folgekosten“ einer besseren frühkindlichen Förderung. Bei einer vollen Bildungsintegration entstünden jährliche Kosten in Höhe von 3,0 Mrd. Euro. Bei einer halben Integration lägen sie bei 1,5 Mrd. Euro (Tabelle 51).

Tabelle 51
Kosten in Schulen und Hochschulen
 in Mrd. Euro

	jährliche Kosten „halbe Integration“	jährliche Kosten „volle Integration“
zusätzliche Plätze in der Oberstufe	0,33	0,66
zusätzliche Ausbildungsstellen	0,21	0,42
zusätzliche Studienplätze	0,97	1,94
Reformkosten	1,51	3,02

Quelle: eigene Berechnungen; für Bevölkerung mit Migrationshintergrund

5.2.3 Erträge

In einer Volkswirtschaft gibt es verschiedene Möglichkeiten, das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens zu beeinflussen. An dieser Stelle soll gezeigt werden, welchen Einfluss eine bessere Integration auf die Entwicklung des BIP hat. Hierzu wird auf ein empirisches Modell des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) aus dem Jahresgutachten 2002/2003 (Ziffer 594 ff.) zurückgegriffen (Modell 1), das auch bei Koppel/Plünnecke (2009) zur Berechnung der Wachstumseffekte von Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel verwendet wurde und dort näher erläutert wird. Es ist zudem Basis des wachstumsgerechten Konjunkturpakets der Bundesregierung (SVR, 2008). Danach werden die Effekte in einem zweiten Modell überprüft, das das Humankapital durch Kompetenztestergebnisse misst (Modell 2).

Tabelle 52
Qualifikationsspezifische Erwerbslosenquote
 Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, im Jahr 2007, in Prozent

	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
geringqualifiziert	15,3	19,3
mittlere Qualifikation	7,8	11,7
hochqualifiziert	3,0	9,8

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis Sonderauswertung Mikrozensus 2007

Tabelle 53
Qualifikationsstruktur
 Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, im Jahr 2007, in Prozent

	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
geringqualifiziert*	13	43
mittlere Qualifikation	61	39
hochqualifiziert	26	18

* bzw. ohne Angabe oder noch in Ausbildung

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis Sonderauswertung Mikrozensus 2007

Für die Berechnung der langfristigen Erträge werden drei Szenarien betrachtet. Im Basisszenario bleiben die aktuellen Strukturdaten bis zum Ende des Betrachtungszeitraums im Jahr 2050 erhalten (Tabelle 52, 53).

Da der Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten innerhalb der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung zunehmen wird, wird unter ceteris paribus-Annahmen im Basisszenario die durchschnittliche Qualifikation der Gesamtbevölkerung sinken und die durchschnittliche Arbeitslosenquote steigen.

Im Szenario 1 wird angenommen, dass es durch eine erfolgreiche Integrationspolitik bis zum Jahr 2050 gelingt, den Abstand beim formalen Qualifikationsniveau zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund zu halbieren. Ferner wird durch entsprechende Nachqualifizierungsangebote und Anrechnungsverfahren der Arbeitsmarktzugang verbessert. Hierdurch wird im Szenario 1 erreicht, dass sich der Unterschied bei den qualifikationsspezifischen Erwerbslosenquoten zwischen Migranten und Nicht-Migranten halbiert (Tabelle 54, 55). In Szenario 2 wird angenommen, dass durch die bessere Integration die Quoten der im Inland geborenen Bevölkerung vollständig erreicht werden können.

Tabelle 54
Qualifikationsspezifische Erwerbslosenquote der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Alter zwischen 25 und 64 Jahren im Jahr 2050
 in Prozent

	Basisszenario	Szenario 1 „halbe Integration“	Szenario 2 „volle Integration“
geringqualifiziert	19,3	17,3	15,3
mittlere Qualifikation	11,7	9,8	7,8
hochqualifiziert	9,8	6,4	3,0

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis Mikrozensus 2007

Tabelle 55
Qualifikationsstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Alter zwischen 25 und 64 Jahren im Jahr 2050
 in Prozent

	Basisszenario	Szenario 1 „halbe Integration“	Szenario 2 „volle Integration“
geringqualifiziert*	43	28	13
mittlere Qualifikation	39	50	61
hochqualifiziert	18	22	26

* bzw. ohne Angabe oder noch in Ausbildung

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis Mikrozensus 2007

Berücksichtigt man die drei Szenarien im Wachstumsmodell und die Entwicklung der Bevölkerung gemäß der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Nettozuwanderung: 100.000) und geht man sonst von konstanten Werten für die übrigen Wachstumstreiber aus, so ergibt sich in den drei Varianten ein u-förmiger Verlauf der jährlichen Wachstumsraten.

Insgesamt zeigt sich, dass durch eine bessere Integration die in den kommenden Jahrzehnten durch den demografischen Wandel zurückgehende Wachstumsdynamik gesteigert werden kann. Die jährlichen Wachstumsraten dürften durch das oben beschriebene volle Integrationszenario um knapp 0,2 Prozentpunkte zunehmen. So beträgt die jährliche Wachstumsrate im Minimum im Zeitraum 2030 bis 2034 im Basisszenario etwa 0,6 Prozent und kann auf knapp 0,8 Prozent erhöht werden. Wird das Szenario „halbe Integration“ erreicht, so steigen die Wachstumsraten gegenüber dem Basisszenario auf 0,7 Prozent um rund 0,1 Prozentpunkte an (Abbildung 13).

Abbildung 13
Jährliche BIP-Wachstumsraten für unterschiedliche Szenarien, Modell 1
 in Prozent, Fünfjahresdurchschnittswerte



Quelle: eigene Berechnungen

Auch für den Staat hat die steigende Wachstumsdynamik hohe Erträge. Bei Annahme einer konstanten Steuer- und Abgabenquote am BIP steigen die Einnahmen der öffentlichen Hand im Integrationszenario deutlich an (Tabelle 56).

Tabelle 56
Jährliche Erträge der öffentlichen Hand, Modell 1
 in Mrd. Euro

	Szenario 1 Veränderung des BIP	Szenario 2 Veränderung des BIP	Szenario 1 Veränderung Steuern+Abgaben	Szenario 2 Veränderung Steuern+Abgaben
2020	15,0	18,9	5,9	7,4
2025	25,6	35,8	10,0	14,0
2030	38,0	56,4	14,9	22,1
2035	51,5	79,5	20,2	31,2
2040	66,7	105,8	26,1	41,5
2045	83,0	135,6	32,5	53,2
2050	99,7	167,3	39,1	65,6

Anmerkung: Gesamtabgabenquote: 39,2 Prozent; ohne Einsparung von Nachqualifizierungskosten und verringerte Kosten für die soziale Sicherung

Quelle: eigene Berechnungen

Im Jahr 2020 ist mit Mehreinnahmen der öffentlichen Hand bei Szenario 1 in Höhe von 5,9 Mrd. Euro zu rechnen. Im Jahr 2030 werden die jährlichen Mehreinnahmen bereits 14,9 Mrd. Euro betragen und bis zum Jahr 2050 auf 39,1 Mrd. Euro ansteigen (Tabelle 56).

Erträge im Modell 2

Für ein alternatives Wachstumsmodell kann auf die Studie von Hanushek/Wößmann (2008) und Wößmann/Piopiunik (2009) zurückgegriffen werden. Die jährliche Wachstumsrate wird im Rahmen einer multivariaten Regression erklärt. Der Regressionskoeffizient für eine Erhöhung der durchschnittlichen Kompetenz in Mathematik/Naturwissenschaften um 100 PISA-Punkte beträgt dabei 1,265 Punkte der jährlichen Wachstumsrate.

Zur Berechnung der Erträge ist zunächst zu ermitteln, wie stark die Kompetenzen der erwerbstätigen Bevölkerung steigen, wenn die Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine bessere frühkindliche und schulische Bildung durchlaufen. Hieraus lässt sich die durchschnittliche Zunahme der Kompetenzen der gesamten Bevölkerung berechnen. Diese Punktzunahme wird dann im zweiten Schritt mit dem Regressionskoeffizienten multipliziert, um die Zunahme der Wachstumsrate des BIP zu berechnen. Aus dem höheren BIP-Verlauf wird dann im dritten Schritt die Zunahme an Steuern und Sozialabgaben ermittelt.

Zunächst ist im ersten Schritt zu berechnen, wie stark sich im Zieljahr die PISA-Kompetenzen erhöhen, wenn annahmegemäß der Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter mit einem Migrationshintergrund im Jahr 2050 etwa 30 Prozent beträgt.

Tabelle 57
PISA-Punktverbesserung bei „halber“ und „voller“ Integration

	Basis in 2050	Szenario 1 „halbe Integration“	Szenario 2 „volle Integration“	Differenz „halbe Integration“	Differenz „volle Integration“
ohne MH, 70 Prozent	532	532	532	0	0
mit MH, 30 Prozent	447	490	532	43	85
Durchschnitt in D	506	519	532	13	26

Rundungsdifferenzen

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis PISA/OECD

Die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund weist bei PISA-2006 ein Kompetenzniveau in Naturwissenschaften von 532 Punkten auf, die Bevölkerung mit Migrationshintergrund etwa von 447 Punkten. Aufgrund der bisher geringen PISA-Punktzahl der Personen mit Migrationshintergrund würde bei einem steigenden Anteil an Migranten auf 30 Prozent die durchschnittliche PISA-Punktzahl der Gesamtbevölkerung von gegenwärtig 516 auf 506 sinken. Gelingt eine bessere Integration, so nimmt die Punktzahl der Personen mit Migrationshintergrund zu, sodass der Gesamtdurchschnitt der PISA-Kompetenzen steigt. Würde das Szenario „halbe Integration“ erreicht, so halbiert sich die Kompetenzlücke, die Migranten erreichen 490 Punkte und der Gesamtdurchschnitt steigt um 13 Punkte auf 519. Beim Szenario „volle Integration“ erreichen die Migranten die Kompetenzwerte der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, sodass der Durchschnitt um 26 Punkte auf 532 Punkte zunimmt (Tabelle 57).

Aus der Zunahme der PISA-Punktzahl lässt sich mit dem Modell von Wössmann/Piopiunik im zweiten Schritt die Zunahme der Wachstumsrate des BIP berechnen, wenn die besser qualifizierte Bevölkerung die Erwerbsbevölkerung stellt. Angenommen wird dabei, dass sich bis zum Jahr 2020 bereits die in Kapitel 3 dargestellten Maßnahmen auf die Kompetenzen der ersten zehn Jahrgänge auswirken. In den folgenden 30 Jahren profitieren die nächsten 30 Jahrgänge dann von einer besseren frühkindlichen Förderung.

Tabelle 58
Berechnung der Erhöhung der Wachstumsrate des BIP je Einwohner, Modell 2

	Erhöhung der Kompetenzen der Erwerbsbevölkerung „halbe Integration“	Erhöhung der Kompetenzen der Erwerbsbevölkerung „volle Integration“	Erhöhung der Wachstumsrate „halbe Integration“	Erhöhung der Wachstumsrate „volle Integration“
2010	0	0	0,00	0,00
2020	3,25	6,5	0,04	0,08
2030	6,5	13	0,08	0,16
2040	9,75	19,5	0,12	0,25
2050	13	26	0,16	0,33

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis Wössmann/Piopiunik, 2009

Setzt man die Zunahme der Kompetenzen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in das Wachstumsmodell ein, so erhöht sich die Wachstumsrate des BIP je Einwohner im Jahr 2020 um 0,04 bis 0,08 Prozentpunkte. Ab dem Jahr 2050 steigt die jährliche Wachstumsrate des BIP je Einwohner um 0,16 Prozentpunkte beziehungsweise 0,33 Prozentpunkte bei voller Integration an (Tabelle 58).

Tabelle 59
Jährliche Erträge der öffentlichen Hand, Modell 2
 in Mrd. Euro

	Szenario 1 Veränderung des BIP	Szenario 2 Veränderung des BIP	Szenario 1 Veränderung Steuern+Abgaben	Szenario 2 Veränderung Steuern+Abgaben
2020	5,0	10,0	2,0	3,9
2025	11,9	23,9	4,7	9,4
2030	22,3	44,7	8,7	17,5
2035	36,0	72,4	14,1	28,4
2040	54,1	109,2	21,2	42,8
2045	78,4	158,7	30,7	62,2
2050	108,7	220,8	42,6	86,6

Anmerkung: Gesamtabgabenquote: 39,2 Prozent; ohne Einsparung von Nachqualifizierungskosten und verringerte Kosten für die soziale Sicherung

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis Wößmann/Piopiunik, 2009

Berücksichtigt man die veränderte Wachstumsdynamik gegenüber dem Basisszenario, so ergibt sich im dritten Schritt eine jährliche Zunahme des BIP bis zum Jahr 2050, die in etwa mit den Größenordnungen im ersten Modell übereinstimmt. Die Wachstumserträge einer besseren Integration haben somit bei Verwendung eines Wachstumsmodells des Sachverständigenrates als auch beim Modell von Hanushek/Wößmann (2008) eine ähnliche Größenordnung (Tabelle 59). Damit kann der Ertrag einer besseren Integration sowohl über formale Abschlüsse beziehungsweise Bildungsjahre als auch über Kompetenzen modelliert werden. Zur Berechnung der dynamischen Integrationsrendite wird im Folgenden das erste Modell verwendet.

5.2.4 Dynamische Integrationsrendite

Aus den Kosten und den mit dem Wachstum verbundenen staatlichen Mehreinnahmen sowie sinkenden Ausgaben für soziale Sicherungssysteme lässt sich eine Rendite berechnen. Hierbei ist festzuhalten, dass zunächst die Kosten die zusätzlichen Einnahmen übertreffen, langfristig aber die zusätzlichen Einnahmen deutlich über den zusätzlichen Ausgaben beziehungsweise Einsparungen liegen werden. Somit weist die Zahlungsreihe den typischen Charakter einer Investition auf (Tabelle 60).

Tabelle 60
Jährliche Kosten und Erträge der öffentlichen Hand
 in Mrd. Euro

	Kosten Szenario 1	Kosten Szenario 2	Szenario 1 Veränderung Steuern+Abgaben	Szenario 2 Veränderung Steuern+Abgaben
2010	3,1	3,1	0	0
2020	4,6	6,1	5,9	7,4
2025	4,6	6,1	10,0	14,0
2030	4,6	6,1	14,9	22,1
2035	4,6	6,1	20,2	31,2
2040	4,6	6,1	26,1	41,5
2045	4,6	6,1	32,5	53,2
2050	4,6	6,1	39,1	65,6

ohne Effekte auf Nachqualifizierungskosten und verringerte Kosten für die soziale Sicherung
 Quelle: eigene Berechnungen

Aus dieser Zahlungsreihe kann die fiskalische Verzinsung der Integration berechnet werden.¹³ Hierzu wird anhand der folgenden Formel der Zinssatz bestimmt, bei dem die diskontierten zukünftigen Einnahmen mit den diskontierten zukünftigen Ausgaben der öffentlichen Hand übereinstimmen.

$$\sum_{t=0}^T \frac{b_t - c_t}{(1 + r)^t} = 0$$

b_t = Erträge der Integrationsmaßnahmen im Jahr t
 c_t = Kosten der Integrationsmaßnahmen im Jahr t
 r = interne Rendite (zu errechnen)

Neben der statischen Rendite, die die Vorteilhaftigkeit von kurzfristig wirksamen Reparaturen (Nachqualifizierungen) misst, handelt es sich in diesem Fall um eine längerfristig wirksame Rendite für ein Investitionsprogramm. Die Rendite ist dabei abhängig vom Gesamtzeitraum T, bis zu dem die zusätzlichen Erträge und Kosten berücksichtigt werden. Betrachtet man lediglich den Zeitraum bis 2025, so sind die zusätzlichen Erträge des Staates geringer als die zusätzlichen Kosten. Bis zum Jahr 2030 ergibt sich bei dem Szenario „halbe Integration“ bereits eine reale fiskalische Rendite von 4,1 Prozent. Betrachtet man die nächsten 40 Jahre bis zum Jahr 2050, so steigt die Rendite auf 12,1 Prozent, wenn es gelingt, den Abstand bei Bildung und Arbeitsmarktzugang zwischen Migranten und Nicht-Migranten zu halbieren (Tabelle 61).

¹³ Effekte der Integrationsmaßnahmen auf Nachqualifizierungskosten werden in dieser Berechnung nicht berücksichtigt, da eine Quantifizierung der aus der steigenden Ausbildungsreife resultierenden Einsparungen von Nachqualifizierungen aufgrund fehlender Daten zum Migrationshintergrund nicht möglich ist. Aus den Angaben zu „Ausländern“ kann jedoch auf Migranten hochgerechnet und eine Schätzung vorgenommen werden, die die zusätzlichen Ausgaben für kurzfristig zusätzliche Integrationshilfen den später erfolgenden Einsparungen gegenüberstellt. Auf das Gesamtergebnis in Tabelle 61 hat dies keine relevanten Auswirkungen.

Tabelle 61
Fiskalische Rendite in Abhängigkeit vom Planungszeitraum
 in Prozent

von 2010 bis	Szenario 1 Rendite in Prozent	Szenario 2 Rendite in Prozent
2025	negativ	negativ
2030	4,1	6,1
2035	8,5	10,4
2040	10,5	12,4
2045	11,6	13,4
2050	12,1	13,8

Quelle: eigene Berechnungen

Im Folgenden wird der Barwert der zukünftigen Erträge und Kosten berechnet (Kapitalwert). Von 2010 bis 2050 ergibt sich für das Jahr 2010 bei einem Diskontsatz von 3 Prozent ein Kapitalwert von 164 Mrd. Euro beim Szenario „halbe Integration“.

Tabelle 62
Reformeffekt der Integration bis zum Jahr 2050
 Kapitalwert der künftigen Zahlungsströme der öffentlichen Hand in Mrd. Euro

Diskontrate	Szenario 1 „halbe Integration“	Szenario 2 „volle Integration“
1,4 Prozent	277	467
3 Prozent	164	280
4 Prozent	118	204

Quelle: eigene Berechnungen

Der Ertrag ist abhängig vom gewählten Diskontsatz. Bei einer Diskontrate wie beim Stern-Report (Stern, 2007) ergibt sich ein Vermögensgewinn der öffentlichen Hand in Form diskontierter künftig höherer Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen von 277 Mrd. Euro beim Szenario „halbe Integration,“ beziehungsweise 496 Mrd. Euro beim Szenario „volle Integration“. Bei einem sehr vorsichtig gewählten Kalkulationszinssatz von 4 Prozent ergibt sich ein Nettoertrag in Höhe von 118 Mrd. Euro bei halber und 204 Mrd. Euro bei vollem Integrationserfolg (Tabelle 62). Die Berechnungen bedeuten, dass die öffentliche Hand die zusätzlichen Ausgaben für eine bessere Integration nicht nur für einen am Kapitalmarkt realistischen Realzinssatz von 3 Prozent finanzieren und die Kreditkosten durch die späteren höheren Einnahmen tilgen kann. Darüber hinaus kann die öffentliche Hand für bereits heute bestehende Schulden in Höhe von 164 Mrd. Euro zusätzlich bis zum Jahr 2050 die Zinslast tragen und den Kredit tilgen. Investitionen zur Verbesserung des Integrationserfolgs können folglich dazu beitragen, die finanzielle Handlungsstärke des Staates langfristig zu sichern. Rund ein Zehntel der heutigen Staatsschulden könnten durch eine bessere Integration in den kommenden Jahrzehnten abgetragen werden.

5.3 Zusammenfassung

Die kurzfristig wirksamen Maßnahmen führen zu zusätzlichen Kosten und Erträgen der öffentlichen Hand, die für die Berechnung einer Integrationsrendite herangezogen werden können. Durch zusätzliche Berufsvorbereitung beziehungsweise zusätzliche EQJ-Maßnahmen kann der Zugang zu einer Berufsausbildung für Migranten verbessert werden. In deren Folge nimmt die Gefahr eines Bezugs von Arbeitslosenunterstützung ab, die Produktivität steigt, wodurch wiederum die Steuer- und Abgabenzahlungen zunehmen. Durch eine Höherqualifizierung eines geringqualifizierten Migranten auf das Niveau einer abgeschlossenen Berufsausbildung können jährlich durchschnittlich etwa knapp 300 Euro an ALG-I-Zahlungen und knapp 1.650 Euro an ALG-II-Zahlungen seitens der öffentlichen Hand gespart werden. Ferner steigen durch die höhere Produktivität die durchschnittlichen Steuer- und Sozialabgaben um rund 3.000 Euro. Insgesamt ergeben sich damit jährliche Erträge von 4.920 Euro. Berücksichtigt man, dass nicht alle Auszubildenden erfolgreich absolvieren, sinkt der jährliche Ertrag während der späteren Erwerbstätigkeit auf gut 4.180 Euro.

Die Höherqualifizierung ist mit Kosten für die öffentliche Hand verbunden. Die Nachqualifizierungsmaßnahmen betragen pro zusätzlichem Ausbildungsplatz zwischen 7.500 und knapp 25.000 Euro. Während der beruflichen Ausbildung entstehen Kosten für den Ausbildungsplatz in Höhe von jährlich 2.200 Euro für drei Jahre. In dieser Zeit muss die öffentliche Hand auf mögliche Steuern und Sozialabgaben eines geringqualifizierten Migranten verzichten, spart aber gleichzeitig Kosten einer möglichen Arbeitslosigkeit. In der Differenz bedeutet dies Kosten von jährlich rund 8.000 Euro für drei Jahre.

Stellt man die Kosten und Erträge der kurzfristig wirksamen Maßnahmen zur Verbesserung der Integration von Migranten gegenüber, so ergibt sich für die öffentliche Hand eine Rendite von 6 bis 9 Prozent.

Langfristig sollten diese Maßnahmen im Übergangssystem vermieden werden können, wenn es gelingt, die Ausbildungsreife von Migranten dem Niveau der Nicht-Migranten anzugleichen. Diese Maßnahmen sind ebenso mit Kosten und Erträgen verbunden, auf deren Basis die Berechnung einer Integrationsrendite erfolgt. Zur Förderung der Kompetenzen sind zusätzliche Ausgaben im Bereich der frühkindlichen Bildung, der Sprachförderung, der individuellen Förderung in den Schulen und dem Ausbau von Ganztagschulen notwendig. Die Ausgaben belaufen sich für Kinder- und Jugendliche mit Migrationshintergrund auf jährlich etwa 3,1 Mrd. Euro. Dazu kommen spätere Folgekosten in Höhe von jährlich 1,5 Mrd. Euro für zusätzliche Plätze in der Oberstufe, in der beruflichen Ausbildung und an den Hochschulen dann, wenn der Ausbau der frühkindlichen Förderung dazu führt, dass die Differenz in der Bildungsbeteiligung zwischen Migranten und Nicht-Migranten halbiert werden kann (Szenario 1: halbe Integration). Wird auf diese Weise eine vollständige Angleichung der Bildungsbeteiligung erreicht, so müssen weitere zusätzliche Plätze in der Oberstufe, in der beruflichen Bildung und den Hochschulen bereitgestellt werden. Die Folgekosten im Szenario „volle Integration“ belaufen sich auf 3,1 Mrd. Euro.

Durch eine Halbierung der Qualifikationsunterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund erhöht sich langfristig die jährliche Wachstumsdynamik des BIP um etwa 0,1 Prozentpunkte. Dadurch nehmen die Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen zu. Die zusätzlichen Einnahmen liegen im Jahr 2020 bei jährlich 6 Mrd. Euro und steigen bis zum Jahr 2050

auf jährlich rund 39 Mrd. Euro an. Beim Szenario „volle Integration“ würden sich im Jahr 2050 sogar jährliche Erträge von knapp 66 Mrd. Euro ergeben.

Stellt man die Kosten den Erträgen der langfristig wirksamen Maßnahmen zur Verbesserung der Integration von Migranten gegenüber, so ergibt sich für die öffentliche Hand eine hohe Rendite von 12 (Szenario „halbe Integration“) bis 14 Prozent (Szenario „volle Integration“). Ähnliche Effekte ergeben sich, wenn ein Wachstumsmodell auf Basis von Kompetenzen zur Kalkulation der Effekte verwendet wird.

Werden die zusätzlichen Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand mit einem Diskontsatz von 3 Prozent belegt, so erhält man den Barwert der Investition. Werden die Qualifikationsunterschiede halbiert, so entsteht abzüglich aller Kosten der öffentlichen Hand bei einem Planungshorizont bis 2050 ein Ertrag in Höhe von 164 Mrd. Euro. Dies bedeutet, dass der Staat sowohl die zusätzlichen Ausgaben für eine bessere Integration finanzieren als auch bestehende Staatsschulden in Höhe von 164 Mrd. Euro durch die besseren Wachstums- und Fiskaleffekte bis zum Jahr 2050 tilgen kann. Beim Szenario „volle Integration“ beläuft sich der Kapitalwert auf 280 Mrd. Euro.

6 Zusammenfassung

Die wichtigsten Ergebnisse zum Integrationsstand der erwachsenen Migrantenbevölkerung, Problemen beim Zugang zu Bildung, Politikempfehlungen und fiskalischen Erträgen der Politikmaßnahmen werden im Folgenden zusammengefasst.

Stand der Integration der erwachsenen Migrantenbevölkerung

Die wichtigsten Befunde zum Stand der Integration der erwachsenen Bevölkerung lassen sich bezüglich des Bildungsniveaus, des Arbeitsmarktzugangs und bezüglich der Einkommensmobilität beziehungsweise der Armutsrisiken differenzieren. Die Befunde zum Bildungsstand lauten wie folgt:

- Im internationalen Vergleich hochentwickelter OECD-Staaten weist Deutschland neben Österreich, den Niederlanden und Frankreich einen hohen Anteil an geringqualifizierten Migranten auf. Relativ zum Anteil der im Inland geborenen geringqualifizierten Bevölkerung ist das Bildungsniveau der im Ausland geborenen Bevölkerung in den USA und in Deutschland am niedrigsten. Erschwerend kommt in Deutschland hinzu, dass relativ zu der im Inland geborenen Bevölkerung der Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung mit hohem Bildungsniveau sehr niedrig ist.
- Betrachtet man das Bildungsniveau der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Alter von 25 bis 64 Jahren differenzierter, so fällt auf, dass der Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss mit 26 Prozent unter der Migrantenbevölkerung ohne eigene Migrationserfahrung deutlich niedriger als bei der Bevölkerung mit Migrationserfahrung ist (40 Prozent). Doch auch bei den Migranten, die in Deutschland aufgewachsen sind, ist diese Bildungsarmutsquote deutlich höher als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (11 Prozent).
- Die Migrantenbevölkerung mit eigener Migrationserfahrung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren weist zu 15 Prozent einen Hochschulabschluss auf und liegt beim Zugang zu akademischen Abschlüssen damit vor der Migrantenbevölkerung ohne Migrationserfahrung (11 Prozent). Insbesondere beim Zugang zum beruflichen Bildungssystem liegt jedoch letztere mit einem Anteil von 56 Prozent deutlich vor der Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung, von der nur 42 Prozent einen Abschluss des beruflichen Bildungssystems aufweist.
- Gemessen an der erwachsenen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und ohne beruflichen Abschluss besteht bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ein Qualifizierungsbedarf von rund 620.000 Personen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren und von rund 730.000 Personen im Alter zwischen 35 und 44 Jahren. Auch bei älteren Personen besteht ein erheblicher Qualifikationsbedarf.

Die ungünstigeren Eckdaten der Migrantenbevölkerung spiegeln sich auch in den zentralen Arbeitsmarktkennziffern wider. Die wichtigsten Befunde zum Zugang zum Arbeitsmarkt lauten:

- Die Erwerbslosenquote ist im Jahr 2007 mit 14 Prozent etwa doppelt so hoch wie bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Auch der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung, die auf ALG-I- oder ALG-II-Leistungen als überwiegende Quelle des Lebensunterhaltes angewiesen ist, ist deutlich höher als bei den Nicht-Migranten (21 versus 9 Prozent).
- Unter der erwerbstätigen Bevölkerung sind Migranten in Arbeitertätigkeiten überrepräsentiert. Mit 49 Prozent liegt der Arbeiteranteil deutlich höher als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (26 Prozent). Der höhere Arbeiteranteil geht zu Lasten der Beamten- und Angestelltenquote.

- Die Unterschiede beim Arbeitsmarkterfolg resultieren zu einem Teil aus dem geringeren formalen Bildungsniveau. Doch auch bei gleichem formalem Bildungsniveau ergeben sich Unterschiede. So ist die qualifikationsspezifische Erwerbslosenquote bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2007 deutlich höher, insbesondere bei den Hochqualifizierten mit knapp 10 Prozent gegenüber einer Erwerbslosenquote von 3 Prozent in dieser Gruppe bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Auch im internationalen Vergleich zeigt sich, dass die Arbeitslosenquoten von Migranten in Deutschland relativ zur einheimischen Bevölkerung hoch sind, insbesondere bei den formal Hochqualifizierten.
- Ein wesentlicher Grund für die höhere Arbeitslosenquote besteht in vorhandenen Sprachdefiziten. Eine eigene Berechnung auf Basis der SOEP-Daten ergibt, dass bei gegebenem Alter, Geschlecht und Qualifikationsniveau das Arbeitslosigkeitsrisiko gegenüber anderen Migranten um 60 Prozent ansteigt, wenn im Haushalt nicht Deutsch gesprochen wird. Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sind daher für den späteren Arbeitsmarkterfolg sehr hilfreich.
- Sind Migranten erwerbstätig, so zeigt eine eigene Berechnung auf Basis der SOEP-Daten, dass sie kontrolliert um Branche, Qualifikation, Berufserfahrung und Geschlecht gleiche Bruttolohnlöhne wie die Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund erreichen. Der durchschnittliche Lohnunterschied von 9 Prozent wird somit vollständig durch ein durchschnittlich geringeres Bildungsniveau, eine geringere Berufserfahrung und längere Phasen der Erwerbsunterbrechung erklärt.
- Ein besonderer Grund für die höhere Arbeitslosigkeit von formal hochqualifizierten Migranten sind die geringeren durchschnittlichen Kompetenzen. Eigene Berechnungen auf Basis der IALS-Daten zeigen, dass das durchschnittliche Kompetenzniveau eines Nichtakademikers, der in Deutschland geboren wurde, dem durchschnittlichen Kompetenzniveau eines Akademikers, der im Ausland geboren wurde, entspricht.
- Die Bedeutung des Ortes der Hochschulausbildung zeigen auch eigene Berechnungen auf Basis des SOEP zur Bildungsrendite eines Studiums. Ein Akademiker ohne Migrationshintergrund weist gegenüber einem unqualifizierten Nicht-Migranten eine Lohnprämie von 69 Prozent auf. Ein Migrant, der Bildungsabschlüsse im Ausland erworben hat, erreicht bei einem Hochschulabschluss gegenüber einem geringqualifizierten Migranten jedoch nur eine Lohnprämie von 43 Prozent. Hat der Zuwanderer hingegen alle Bildungsabschlüsse in Deutschland erworben, so erreicht er gegenüber einem geringqualifizierten Migranten sogar eine Lohnprämie von 71 Prozent.

Befunde zur Einkommensmobilität und Armutsrisiken von Migranten lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Eigene Berechnungen zur Einkommensmobilität auf Basis von SOEP-Daten verdeutlichen ebenso die hohe Bedeutung der Qualifikation für den Integrationserfolg. Die Aufstiegsmobilität von Migranten ist niedriger als die Aufstiegsmobilität von Nicht-Migranten. Kontrolliert um Qualifikationsunterschiede und andere Einflussgrößen gibt es keinen generellen Nachteil der Migranten bei der Aufstiegsmobilität, wenn die Migranten zumindest eine abgeschlossene Berufsausbildung erreichen. Die Abstiegsmobilität von Migranten ist höher, wenn sie keine abgeschlossene Berufsausbildung erreichen.
- Auch bei der Untersuchung von Armutsrisiken auf Basis einer Auswertung des SOEP zeigt sich, dass die Qualifikation entscheidend für den Integrationserfolg ist. So sind die Armutsrisikoquoten bei Betrachtung verschiedener Haushaltstypen in der Regel höher als bei den Nicht-Migranten – im Durchschnitt aller Haushalte mit knapp 21 Prozent doppelt so hoch wie bei den Nicht-Migranten. Betrachtet man die Armutsrisiken differenziert nach dem Qualifikations-

niveau, so zeigt sich, dass geringqualifizierte Migranten ein fast doppelt so hohes Armutsrisiko wie geringqualifizierte Nicht-Migranten aufweisen. Erreichen die Migranten eine abgeschlossene Berufsausbildung, so unterscheidet sich ihr Armutsrisiko nicht von Nicht-Migranten mit abgeschlossener Berufsausbildung. Unterschiede hingegen gibt es wiederum bei der Betrachtung von Hochqualifizierten. Migranten mit hohem Bildungsabschluss sind mit knapp 11 Prozent mehr als doppelt so oft von Armut bedroht wie Nicht-Migranten, deren Armutsgefährdungsquote bei gut 4 Prozent liegt. Ein Grund hierfür besteht in der höheren Arbeitslosigkeit unter hochqualifizierten Migranten, die wiederum wie zuvor auf geringere Sprach- und andere Kompetenzen gegenüber Akademikern ohne Migrationshintergrund und Problemen bei der Anerkennung zurückzuführen ist.

Probleme beim Zugang zu Bildung für Migranten

Für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt und zur Vermeidung von Armutsrisiken sind folglich vor allem der Zugang zu einer beruflichen Ausbildung sowie bei Hochqualifizierten die Angleichung von Sprach- und anderen Kompetenzen entscheidend. Die Befunde zum Zugang zu einer beruflichen und akademischen Bildung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Schulabgängern mit Migrationshintergrund und maximal mittlerem Schulabschluss gelingt deutlich seltener ein erfolgreicher Übergang in die berufliche Bildung als Nicht-Migranten mit demselben formalen Bildungshintergrund. Nach Angaben der BIBB-Übergangsstudie schaffen 60 Prozent der Nicht-Migranten einen unmittelbaren oder raschen dauerhaften Übergang in eine betriebliche oder nicht-betriebliche Ausbildung. Bei den Migranten beträgt die entsprechende Quote 43 Prozent.
- Die Hauptursachen für die schlechteren Übergangschancen Jugendlicher mit Migrationshintergrund sind weniger Unterschiede bei Zielen oder Präferenzen, sondern häufig Kompetenzunterschiede im Vergleich zu Nicht-Migranten. So sind nach Daten der PISA-Untersuchung aus dem Jahr 2006 im Schwerpunktbereich Naturwissenschaften 40 Prozent der Migranten ohne eigene Migrationserfahrung (2. Generation) als Risikogruppe einzustufen. Diese als bildungsarm zu bezeichnende Gruppe beträgt unter den 15-jährigen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund lediglich gut 10 Prozent. Betrachtet man die erwachsene Bevölkerung mit Migrationshintergrund aber ohne eigene Berufserfahrung, so haben 26 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung. Damit gelingt es dem beruflichen Bildungssystem vergleichsweise gut, das hohe Bildungsarmutsniveau unter Schülern in der anschließenden Bildungsphase zu reduzieren.
- Jugendliche Migranten werden in Deutschland mithilfe verschiedener Programme gefördert. Maßnahmen der Berufsvorbereitung und Berufsorientierung sind mit Kosten von knapp 25.000 Euro pro anschließend besetzten Ausbildungsplatz verbunden. Das EQJ-Programm, welches Teil der Berufsvorbereitung ist, verursacht lediglich Kosten von etwa 7.500 Euro pro anschließend besetztem zusätzlichem Ausbildungsplatz. Programme wie JOBSTARTER sind ebenfalls aus Sicht der Kosten eines anschließend besetzten zusätzlichen Ausbildungsplatzes vorteilhaft. Aufgrund der hohen Kosten der Nachqualifizierungsmaßnahmen wäre es aber in jedem Fall kosteneffizienter, Migranten bereits im schulischen Bildungssystem besser zu fördern, sodass sie die Ausbildungsreife am Ende der Schulzeit erreichen.
- Der Zugang zum Arbeitsmarkt von Migranten wird für Migranten mit eigener Migrationserfahrung erschwert, wenn im Ausland erworbene Abschlüsse nicht anerkannt werden. So haben etwa 2,9 Millionen Migranten in Deutschland ihre beruflichen Abschlüsse im Ausland erworben. Unter den ALG-II-Beziehern wurde nur einem Drittel ihr im Ausland erworbener Abschluss anerkannt. Formale Anerkennungen spielen zudem bei der Erteilung der Arbeitser-

laubnis eine Rolle. Transparente Anerkennungsverfahren sind daher wichtig für den Integrationserfolg.

- Betrachtet man die Kompetenzen der erwachsenen Bevölkerung mit akademischem Abschluss, so zeigt eine eigene Auswertung der IALS-Daten, dass lediglich zwischen 41 und 57 Prozent der Migranten die Kompetenzstufe 3 oder höher erreichen. Unter Nicht-Migranten erreichen in den verschiedenen Kompetenzbereichen hingegen zwischen 80 und 86 Prozent der Akademiker mindestens dieses Kompetenzniveau. Auch bei den Nichtakademikern zeigt sich, dass der Anteil der hochkompetenten Personen unter den Nicht-Migranten deutlich höher ist.

Langfristig ist die Ausbildungsreife der Migranten entscheidend für den Integrationserfolg. Zur Erklärung der mangelnden Ausbildungsreife unter Migranten lässt sich folgender Befund zusammenfassen:

- Eine eigene Auswertung der PISA-Daten zeigt, dass der Bildungshintergrund der Eltern, der Besuch einer frühkindlichen Bildungseinrichtung, der Zugang zu Lernmitteln im Elternhaus und die Freude am Unterricht wichtige Einflussgrößen für die Kompetenzen der 15-jährigen Schüler sind. Migranten stammen häufiger aus bildungsfernen Elternhäusern, besuchen seltener einen Kindergarten, haben einen geringeren Zugang zu Lernmitteln und arbeiten seltener mit Begeisterung in der Schule mit.
- Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass insbesondere der Zugang zu frühkindlichen Bildungseinrichtungen den späteren Bildungserfolg von Migranten signifikant positiv beeinflusst. Auch der positive Zusammenhang zwischen den Sprachkenntnissen im Vorschulalter und den Lesekompetenzen ist vielfach belegt. Wird im Elternhaus Deutsch gesprochen und wird der Kindergarten länger als ein Jahr besucht, so steigt die Lesekompetenz am Ende der Grundschulzeit deutlich an. Viele Bundesländer haben diesbezüglich sprachdiagnostische Verfahren während der Kindergartenzeit eingeführt und bieten eine systematische Sprachförderung an.
- Empirische Untersuchungen zeigen, dass der Zeitpunkt der Trennung der Schüler auf verschiedene Schulformen im internationalen Vergleich signifikante Effekte auf die Kompetenzentwicklung hat. So steigen die Kompetenzen der Kinder am unteren Ende der Kompetenzverteilung durch eine spätere Trennung signifikant an, während es am oberen Ende zu keinen signifikanten Veränderungen kommt. Die BIJU-Studie zeigt hingegen, dass bisherige Erfahrungen mit Gesamtschulsystemen in Deutschland diese positiven Ergebnisse für die gesamte Schuldauer nicht bestätigen. Aus diesen Ergebnissen wird als Reformempfehlung daher eine spätere Trennung in einer insgesamt weniger stark gegliederten Struktur vorgeschlagen.
- Weiterhin verdeutlichen verschiedene Studien, dass die individuelle Förderung von Jugendlichen unabhängig von der Schulstruktur signifikant positive Effekte hat. Durch eine Stärkung der Selbstwirksamkeit kann die Motivation der Schüler deutlich gestärkt werden mit in der Folge besseren Ergebnissen. Ebenso tragen mehr Schulautonomie, verbunden mit standardisierten Vergleichsarbeiten sowie eine zielorientierte Lehrervergütung zu positiven Effekten bei. Letztere kann mit der Lehrerfortbildung verknüpft werden, um dort integrationsspezifische Aspekte zu berücksichtigen und Instrumente zur Stärkung der Selbstwirksamkeit von Schülern anzubieten. Ferner zeigen erste Erfahrungen mit Ganztagschulen, dass diese positive Effekte auf die Integration von Schülern mit Migrationshintergrund haben.

Politikempfehlungen

Aus den Befunden zum Zugang zur beruflichen Bildung sowie zur Erklärung der Ausbildungsreife lassen sich Maßnahmen zur Förderung der Integration ableiten. Kurzfristig wirksam sind dabei vor

allem Maßnahmen, die eher einen „Reparaturcharakter“ haben und die Nachqualifizierung stärken:

- Das Übergangssystem sollte die jugendlichen Migranten so weit fördern, dass sie nach einer Förderung ihrer Kompetenzen eine Berufsausbildung aufnehmen können. Günstigere Alternativen als die Berufsvorbereitung und Berufsorientierung bestehen im Rahmen verschiedener Programme wie JOBSTARTER, dem Ausbildungsbonus oder im Rahmen von Projekten für Unternehmen mit Migrationshintergrund. Letztlich bestehen auch im Rahmen von Einstiegsqualifikationen für Jugendliche erfolgreiche Möglichkeiten, Jugendlichen mit Migrationshintergrund den Übergang in eine Ausbildung im dualen System zu ermöglichen.
- Ein weiteres kurzfristiges Potenzial besteht in der besseren Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Da Abschlüsse aus dem Ausland auch bei Akademikern häufig mit einem geringeren Kompetenzniveau als Abschlüsse aus Deutschland verbunden sind, sollten Nachqualifizierungsangebote geschaffen werden, die sicherstellen, dass mit denselben formalen Abschlüssen vergleichbare Kompetenzen verbunden sind.

Langfristig wirksam sind Maßnahmen, die die Kompetenzen der Migranten bis zum Ende der Schulzeit fördern. Im Einzelnen werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Zur Stärkung der Ausbildungsreife von Migranten sollten Reformmaßnahmen dazu führen, dass die Teilnahme der Migranten an frühkindlicher Bildung gestärkt, die Auswirkungen des Bildungshintergrundes der Eltern auf die Kompetenzen der Kinder reduziert und die Freude am Unterricht erhöht wird. Dazu soll die frühkindliche Bildungsinfrastruktur ausgebaut werden, eine um zwei Jahre spätere Trennung der Schüler auf verschiedene Schulformen erfolgen, die Ganztagsinfrastruktur erweitert und mehr Schulautonomie ermöglicht werden. Ferner sind eine bessere Fortbildung und eine zielorientierte Vergütung für Lehrer einzuführen.
- Beim Ausbau der Infrastruktur sollte dabei Ziel sein, dass 35 Prozent der unter dreijährigen Kinder mit Migrationshintergrund eine frühkindliche Einrichtung besuchen können. Ferner sollte für Kinder ab einem Alter von drei Jahren eine Besuchsquote von Kindertagesstätten von 100 Prozent angestrebt werden. Des Weiteren ergeben sich bei einer besseren frühkindlichen Förderung und damit verbundener Höherqualifizierungseffekte zusätzlich notwendige Plätze in der Oberstufe, in der beruflichen Ausbildung und an den Hochschulen.

Fiskalische Erträge der Politikmaßnahmen

Die kurzfristig wirksamen Maßnahmen führen zu zusätzlichen Kosten und Erträgen der öffentlichen Hand, auf deren Basis die Berechnung einer Integrationsrendite erfolgt.

- Durch zusätzliche Berufsvorbereitung beziehungsweise zusätzliche EQJ-Maßnahmen kann der Zugang zu einer Berufsausbildung für Migranten verbessert werden. In deren Folge nimmt die Gefahr eines Bezugs von Arbeitslosenunterstützung ab, die Produktivität steigt, wodurch wiederum die Steuer- und Abgabenzahlungen zunehmen. Durch eine Höherqualifizierung eines geringqualifizierten Migranten auf das Niveau einer abgeschlossenen Berufsausbildung können jährlich durchschnittlich etwa knapp 300 Euro an ALG-I-Zahlungen und knapp 1.650 Euro an ALG-II-Zahlungen seitens der öffentlichen Hand gespart werden. Ferner steigen durch die höhere Produktivität die durchschnittlichen Steuer- und Sozialabgaben um rund 3.000 Euro. Insgesamt ergeben sich damit jährliche Erträge von 4.920 Euro. Berücksichtigt man, dass nicht alle Auszubildenden erfolgreich absolvieren, sinkt der jährliche Ertrag während der späteren Erwerbstätigkeit auf gut 4.180 Euro.
- Die Höherqualifizierung ist mit Kosten für die öffentliche Hand verbunden. Die Nachqualifizierungsmaßnahmen betragen pro zusätzlichen Ausbildungsplatz zwischen 7.500 und knapp

25.000 Euro. Während der beruflichen Ausbildung entstehen Kosten für den Ausbildungsplatz in Höhe von jährlich 2.200 Euro für drei Jahre. In dieser Zeit muss die öffentliche Hand auf mögliche Steuern und Sozialabgaben eines geringqualifizierten Migranten verzichten, spart aber gleichzeitig Kosten einer möglichen Arbeitslosigkeit. In der Differenz bedeutet dies Kosten von jährlich rund 8.000 Euro für die Dauer von drei Jahren.

- Stellt man die Kosten und Erträge der kurzfristig wirksamen Maßnahmen zur Verbesserung der Integration von Migranten gegenüber, so ergibt sich für die öffentliche Hand eine Rendite von 6 bis 9 Prozent.

Langfristig sollten diese Maßnahmen im Übergangssystem vermieden werden können, wenn es gelingt, die Ausbildungsreife von Migranten dem Niveau der Nicht-Migranten anzugleichen. Diese Maßnahmen sind ebenso mit Kosten und Erträgen verbunden auf deren Basis die Berechnung einer Integrationsrendite erfolgt.

- Zur Förderung der Kompetenzen sind zusätzliche Ausgaben im Bereich der frühkindlichen Bildung, der Sprachförderung, der individuellen Förderung in den Schulen und dem Ausbau von Ganztagschulen notwendig. Die Ausgaben belaufen sich für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund auf jährlich etwa 3,1 Mrd. Euro. Dazu kommen spätere Folgekosten in Höhe von jährlich 1,5 Mrd. Euro für zusätzliche Plätze in der Oberstufe, in der beruflichen Ausbildung und an den Hochschulen dann, wenn der Ausbau der frühkindlichen Förderung dazu führt, dass die Differenz in der Bildungsbeteiligung zwischen Migranten und Nicht-Migranten halbiert werden kann (Szenario 1: halbe Integration). Wird sogar eine vollständige Angleichung der Bildungsbeteiligung erreicht, so müssen mehr zusätzliche Plätze in der Oberstufe, in der beruflichen Bildung und den Hochschulen bereitgestellt werden. Die Folgekosten im Szenario „volle Integration“ belaufen sich dann auf 3,1 Mrd. Euro.
- Durch eine Halbierung der Qualifikationsunterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund erhöht sich langfristig die jährliche Wachstumsdynamik des BIP um etwa 0,1 Prozentpunkte. Dadurch nehmen die Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen zu. Die zusätzlichen Einnahmen liegen im Jahr 2020 bei jährlich 6 Mrd. Euro und steigen bis zum Jahr 2050 auf jährlich rund 39 Mrd. Euro an. Beim Szenario „volle Integration“ würden sich im Jahr 2050 sogar jährliche Erträge von knapp 66 Mrd. Euro ergeben.
- Stellt man die Kosten den Erträgen der langfristig wirksamen Maßnahmen zur Verbesserung der Integration von Migranten gegenüber, so ergibt sich für die öffentliche Hand eine hohe Rendite von 12 (Szenario „Halbe Integration“) bis 14 Prozent (Szenario „volle Integration“). Ähnliche Effekte ergeben sich, wenn ein Wachstumsmodell statt auf der Basis von formalen Qualifikationen auf Basis von Kompetenzen zur Kalkulation der Effekte verwendet wird.
- Werden die zusätzlichen Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand mit einem Diskontsatz von 3 Prozent belegt, so erhält man den Kapitalwert der Investition. Werden die Qualifikationsunterschiede halbiert, so entsteht abzüglich aller Kosten der öffentlichen Hand bei einem Planungshorizont bis 2050 ein Ertrag in Höhe von 164 Mrd. Euro. Dies bedeutet, dass der Staat sowohl die zusätzlichen Ausgaben für eine bessere Integration finanzieren als auch bestehende Staatsschulden in Höhe von 164 Mrd. Euro durch die Realisierung zusätzlicher Wachstums- und Fiskaleffekte bis zum Jahr 2050 tilgen kann. Beim Szenario „volle Integration“ beläuft sich der Kapitalwert auf 280 Mrd. Euro.

Maßnahmen zu einer besseren Integration lohnen sich folglich für den Staat und die Volkswirtschaft und sollten vor allem prioritär an der Förderung der Ausbildungsreife von Migranten ansetzen.

Literatur

Allmendinger, Jutta / **Leibfried**, Stephan, 2003, Bildungsarmut, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 53. Jg., Nr. 21/22, S. 12–18

Anger, Christina / **Plünnecke**, Axel, 2009, Signalisiert die Akademikerlücke eine Lücke bei den Hochqualifizierten? – Deutschland und die USA im Vergleich, in: IW-Trends, Vierteljahresschrift zur Empirischen Wirtschaftsforschung, Vol. 36, Nr. 2, S. 19–32

Anger, Christina / **Plünnecke**, Axel / **Seyda**, Susanne, 2006, Bildungsarmut und Humankapital-schwäche in Deutschland, IW-Analysen, Nr. 18, Köln

Anger, Christina / **Plünnecke**, Axel / **Tröger**, Michael, 2007, Renditen der Bildung – Investitionen in den frühkindlichen Bereich, Gutachten für die Wissenfabrik, URL: <https://www.wissensfabrik-deutschland.de/portal/streamer?fid=421412> [Stand: 2009-12-14]

Ariga, Kenn / **Brunello**, Giorgio / **Iwahashi**, Roki / **Rocco**, Lorenzo, 2005, Why Is the Timing of School Tracking So Heterogeneous?, IZA Working Paper No. 1854, URL: <http://ftp.iza.org/dp1854.pdf> [Stand: 2009-12-02]

Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2008, Bildung in Deutschland 2008, Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I, Bielefeld

Bundesagentur für Arbeit (BA), 2008, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II - Geldleistungen für Bedarfsgemeinschaften Juni 2008, URL: <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/200806/iii7/geldleistungen-bedarfd.xls#Tabelle1.1!A1> [Stand: 2008-06-10]

BAMF, 2009a, Das Integrationsportal, Fragen und Antworten, URL: http://www.integration-in-deutschland.de/cln_117/nn_282266/SubSites/Integration/DE/01__Ueberblick/Angebote/Integrationskurse/TeilnehmerAnbieter/teilnehmeranbieter-inhalt.html#doc284256bodyText6 [Stand: 2009-11-10]

BAMF, 2009b, Integrationskurse. Eine Erfolgsgeschichte und ein Modell für Europa. Bilanz 2008, Nürnberg

BAMF, 2009c, Bericht zur Integrationskursgeschäftsstatistik für das erste Halbjahr 2009, URL: http://www.integration-in-deutschland.de/cln_117/nn_449766/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Downloads/Integrationskurse/Kurstraeger/Statistiken/2009__integrationskursgeschaeftsstatistik__Halbjahr_201__de.html [Stand: 2009-11-25]

BAMF, 2008, Sprachliche Bildung für Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, Vorschläge zur Weiterentwicklung, Ergebnisbericht der Arbeitsgruppen des Bundesweiten Integrationsprogramms nach § 45 Aufenthaltsgesetz im Handlungsfeld sprachliche Bildung, Nürnberg

BAMF, 2006, Bundesweites Integrationsprogramm. Feststellung der Sprachförderangebote des Bundes und der Länder, Dokumentation, Nürnberg

Barro, Robert J. / **Mankiw**, N. Gregory / **Sala-i-Martin**, Xavier, 1995, Capital Mobility in Neoclassical Models of Growth, in: American Economic Review, Vol. 85, S. 103–115

Baumert, Jürgen / **Köller**, Olaf, 1998, Nationale und internationale Schulleistungsstudien: Was können sie leisten, wo sind ihre Grenzen?, in: Pädagogik, Vol. 50, No. 6, S.12-18

Beauftragte – Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 2009, Integration in Deutschland. Erster Integrationsindikatorenbericht: Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring, URL: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2009/06/2009-06-10-erster-integrationsindikatorenbericht.html> [Stand: 2009-08-26]

Becker, Carsten / **Grebe**, Tim / **Asmus**, Jürgen, 2008, Begleitforschung des Sonderprogramms des Bundes zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher - EQJ-Programm - im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Abschlussbericht, Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH, URL: <http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/A04-Vermittlung/A041-Erschliessung/Publikation/pdf/Abschlussbericht-GIB-EQJ-Programm.pdf> [Stand: 2009-08-03]

Beicht, Ursula / **Granato**, Mona, 2009, Übergänge in eine berufliche Ausbildung. Geringere Chancen und schwierige Wege für junge Menschen mit Migrationshintergrund, Bonn

Bernhard, Sarah / **Hohmeyer**, Katrin / **Jozwiak**, Eva / **Koch**, Susanne / **Kruppe**, Thomas / **Stephan**, Gesine / **Wolff**, Joachim, 2008, Aktive Arbeitsmarktpolitik in Deutschland und ihre Wirkungen, IAB-Forschungsbericht 2/2008, URL: <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2008/fb0208.pdf> [Stand: 2009-11-27]

BIBB – Bundesinstitut für Berufsbildung, 2008, Betriebe und Ausbildungsbetriebe nach Betriebsgrößenklassen 1999 – 2007, URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/ausbildungsbetriebsquote_d_1999-2007.pdf [Stand: 2009-08-11]

Blöndal, Sveinbjörn / **Field**, Simon / **Girouard**, Nathalie, 2002, Investment in Human Capital through upper-secondary and tertiary education, OECD Economic Studies, No. 34, Paris

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2008, Fragen und Antworten zum Ausbildungsbonus und zur Berufseinstiegsbegleitung, URL: http://www.bmas.de/coremedia/generator/26430/property=pdf/ausbildungsbonus__faq__2008__06__05.pdf [Stand: 2009-08-07]

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2007, Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland (Ausbildungspakt), URL: <http://www.bmas.de/coremedia/generator/13148/ausbildungspakt.html> [Stand: 2009-08-03]

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2009a, Berufsbildungsbericht 2009, URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_09.pdf [Stand: 2009-08-07]

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2009b, Datenbericht zum Berufsbildungsbericht 2009

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2008, Berufsbildungsbericht 2008, URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_08.pdf [Stand: 2009-08-11]

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2006, Berufsbildungsbericht 2006, URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_2006.pdf [Stand: 2009-10-05]

Bos, Wilfried / **Hornberg**, Sabine / **Arnold**, Karl-Heinz / **Faust**, Gabriele / **Fried**, Lilian / **Lankes**, Eva-Maria / **Schwippert**, Knut / **Valtin**, Renate, 2007, IGLU 2006, Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich, Münster

Brenke, Karl, 2007, Ausbildung ausweiten und effektiver gestalten, in: DIW-Wochenbericht, 74. Jg., Heft 29, S. 437-443

Brunello, Giorgio / **Checchi**, Daniele, 2007, Does School Tracking Affect Equality of Opportunity? New International Evidence, Economic Policy, Vol. 22, No. 52, S. 781–861

Brussig, Martin / **Dittmar**, Vera / **Knuth**, Matthias, 2009, Verschenkte Potenziale. Fehlende Anerkennung von Qualifikationsabschlüssen erschwert die Erwerbsintegration von ALG II-Bezieher/innen mit Migrationshintergrund, IAQ-Report 2009-08, URL: <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2009/report2009-08.php> [Stand: 2009-12-08]

Büchel, Felix / **Spieß**, Katharina, 2002, Formen der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 220, Berlin

Bundesagentur für Arbeit, 2004, Kompendium Aktive Arbeitsmarktpolitik nach dem SGB II, 1. Auflage, URL: http://erwerbslose.verdi.de/aktuelles_aktionen/1_-_jobs_arbeitsgelegenheiten/data/ba_kompenium_aktive_arbeitsmarktpolitik [Stand: 2009-11-26]

Bundesregierung, 2009, Eckpunkte zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen und Berufsabschlüssen, URL: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2009/12/2009-12-09-auslaendische-abschluesse-werden-einfacher-anerkannt.html> [Stand: 2010-01-05]

Burkert, Carola / **Seibert**, Holger, 2009, Integrationspotenziale der dualen Berufsausbildung für Jugendliche mit Migrationshintergrund, URL: http://www.migration-boell.de/web/integration/47_1635.asp [Stand: 2009-09-01]

Card, David / **Kluve**, Jochen / **Weber**, Andrea, 2009, Active Labor Market Policy Evaluations: A Meta-Analysis, IZA Discussion Paper No. 4002, URL: <http://ftp.iza.org/dp4002.pdf> [Stand: 2009-11-26]

Casey, Teresa / **Dustmann**, Christian, 2008, Intergenerational transmission of language capital and economic outcomes in: Journal of Human Resources, Vol. 43, S. 299–324

Christ, Friedemann / **Reinecke**, Meike / **Welker**, Carsten, 2007, Erhöhung der Ausbildungsbeteiligung von Unternehmen mit Migrationshintergrund, Abschlussbericht der Studie von Rambøll Management GmbH für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, URL:

http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/A/abschlussbericht-erh_C3_B6hung-der-ausbildungbeteiligung-unternehmen-mit-Migrationshintergrund,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf [Stand: 2009-07-01]

Cobb-Clark, Deborah, 2004, Selection Policy and the Labour Market Outcomes of New Immigrants, IZA Diskussionspapier, No. 1380, Bonn

Constant, Amelie F. / **Zimmermann**, Klaus F., 2008, Integration von Migranten: Ethnische Identität bestimmt ökonomischen Erfolg, in: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 42, S. 644–650

Cooper, Samuel T. / **Cohn**, Elchanan, 1997, Estimation of a Frontier Production Function for the South Carolina Educational Process, in: Economics of Education Review, Vol. 16, No. 3, S. 313–327

Currie, J., 2001, Early Childhood Education Programs. in: Journal of Economic Perspectives, Vol. 2, S. 213–238

Dienelt, Klaus, 2009, Einführung, in: dtv/beck, Ausländerrecht, München, S. XI–XLI

Dietz, Sandra / **Lisker**, Andrea, 2008, Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung im Kindergarten. Expertise im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts, URL: http://www.dji.de/bibs/Sprachstandsfeststellung_Dietz_Lisker.pdf [Stand: 2009-12-30]

DJI – Deutsches Jugendinstitut, 2008, Zahlenspiegel 2007: Kinderbetreuung im Spiegel der Statistik, München/Dortmund

Dohmen, D. / **Fuchs**, K., 2009, Kosten und Erträge ausgewählter Reformmaßnahmen: Teilhabe durch qualitativ hochwertige und gut ausgebaute Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur sichern, Gutachten im Auftrag der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie, FiBS-Forum, 44, Berlin

Dustmann, Christian, 2004, Parental background, secondary school track choice, and wages, Oxford Economic Papers, 56, 209–230

Dustmann, Christian / **Fabbri**, Francesca, 2003, Language Proficiency and Labour Market Performance of Immigrants in the UK, in: The Economic Journal, 113 (July), S. 695–717

Ehlich, Konrad / **Bredel**, Ursula / **Garme**, Brigitta / **Komor**, Anna / **Krumm**, Hans-Jürgen / **McNamara**, Tim / **Reich**, Hans H. / **Schnieders**, Guido / **van den Bergh**, Huub / **ten Thije**, Jan D., 2007, Anforderungen an Verfahren der regelmäßigen Sprachstandsfeststellung als Grundlage für die frühe und individuelle Förderung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund, Berlin

Englmann, Bettina / **Müller**, Martina, 2007, Brain Waste. Die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen in Deutschland, Augsburg

Esser, Hartmut, 2006, Migration, Sprache und Integration, AKI-Forschungsbilanz 4, Berlin

Forslund, Anders / **Nordström Skans**, Oskar, 2006, Swedish youth labour market policies revisited, IFAU – Institute for Labour Market Policy Evaluation Working Paper 2006:6, URL: <http://www.ifau.se/upload/pdf/se/2006/wp06-06.pdf> [Stand: 2009-11-27]

Fritschi, Tobias / **Oesch**, Tom, 2008, Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland. Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Krippenkindern, Gutachten für die Bertelsmann Stiftung

Green, Alan / **Green**, David, 1995, Canadian Immigration Policy: The Effectiveness of the Point System and Other Instruments, in: Canadian Journal of Economics, Vol. 28, No. 4b, S. 1006–1041

Hanushek, Eric A. / **Wößmann**, Ludger, 2008, The Role of Cognitive Skills in Economic Development, Journal of Economic Literature, Vol. 46, No. 3, S. 607–668

Hanushek, Eric A. / **Wößmann**, Ludger, 2006, Does Early Tracking Affect Educational Inequality and Performance? Difference-in-Differences Evidence Across Countries, Economic Journal, Vol. 116, No. 510, S. C63–C76

Haug, Sonja, 2008, Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland, BAMF Working Paper 14, Nürnberg

Haug, Sonja / **Zerger**, Fritjhof, 2006, Integrationskurse - Erste Erfahrungen und Erkenntnisse einer Teilnehmerbefragung, BAMF Working Paper 5, Nürnberg

Heß, Barbara, 2009, Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten nach Deutschland. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung, BAMF Working Paper 28, Nürnberg

Hülkamp, Nicola / **Schröder**, Christoph, 2009, Einkommensungleichheit und -armut in Deutschland, in: IW Köln (Hrsg.): Agenda 20D, Köln, S. 169–196

Hulleman, Chris S. / **Harackiewicz**, Judith M., 2009, Promoting Interest and Performance in High School Science Classes, in: Science, Vol. 326, Issue 5928, S. 1410–1412

IAB, 2006, Arbeitsuche von Migranten. Deutschkenntnisse beeinflussen Suchintensität und Suchwege, in: IAB-Kurzbericht, Nr. 25

Jensen, Peter / **Rosholm**, Michael / **Svarer**, Michael, 2003, The response of youth unemployment to benefits, incentives, and sanctions, European Journal of Political Economy, 19, S. 301–316

JOBSTARTER, 2009a, Förderrunden, URL: <http://www.jobstarter.de/de/1913.php> [Stand: 2009-08-06]

JOBSTARTER, 2009b, KAUSA: Koordinierungsstelle – Ausbildung in Ausländischen Unternehmen, URL: <http://www.jobstarter.de/de/114.php> [Stand: 2009-08-06]

JOBSTARTER, 2009c, Das Ausbildungsprogramm JOBSTARTER – Ziele und Aufgaben, URL: <http://www.jobstarter.de/de/104.php> [Stand: 2009-08-06]

JOBSTARTER, 2009d, Die Projekte bei JOBSTARTER, URL: <http://www.jobstarter.de/de/106.php> [Stand: 2009-08-05]

Katz, Lawrence F. / **Murphy**, Kevin M., 1992, Changes in Relative Wages, 1963–87: Supply and Demand Factors, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 107, No. 1, S. 35–78

Klein, Helmut E. / **Stettes**, Oliver, 2009, Reform der Lehrerbeschäftigung. Effizienzpotenziale leistungsgerechter Arbeitsbedingungen, in: IW Positionen – Beiträge zur Ordnungspolitik, Nr. 40

Klös, Hans-Peter / **Riesen**, Ilona, 2008, Migration, Bildung und Arbeitsmarktintegration – Reformpolitische Handlungsfelder in einer bildungsökonomischen Perspektive, in: Migration und Soziale Arbeit, 30. Jahrgang, Heft 3/4, S. 275–283

Konsortium Bildungsberichterstattung, 2006, Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld

Koppel, Oliver / **Plünnecke**, Axel, 2009, Fachkräftemangel in Deutschland – Bildungsökonomische Analyse, politische Handlungsempfehlungen, Wachstums- und Fiskaleffekte, in: IW-Analysen – Forschungsberichte Nr. 46

Koppel, Oliver / **Plünnecke**, Axel, 2008, Braingain – Braindrain. Die Wachstumspotenziale der Zuwanderung, IW Positionen – Beiträge zur Ordnungspolitik, Nr. 33

Krauß, Günter, 2004, Neue Wege der Förderung für Kindertageseinrichtungen in Bayern. Das neue Fördermodell: Kindbezogene Förderung, in: Diller, Angelika / Leu, Hans Rudolf / Rauschenbach, Thomas (Hrsg.), Kitas und Kosten: Die Finanzierung von Kindertageseinrichtungen auf dem Prüfstand, München, S. 95–106

Kremer, Michael / **Thomson**, James, 1998, Why Isn't Convergence Instantaneous? Young Workers, Old Workers, and Gradual Adjustment, in: Journal of Economic Growth, Vol. 3, No. 1, S. 5–28

Ladd, Helen, 1999, The Dallas school accountability and incentive program: an evaluation of its impacts on student outcomes, in: Economics of Education Review, Vol. 18, No. 1, S. 1–16

Lamb, M.E., 1998, Nonparental Child Care: Context, Quality, Correlates, and Consequences. In: W. Damon (Ed.), Handbook of Child Psychology. New York et al. Fifth edition, Volume 4: Child Psychology in Practice, S. 73–133

Lechner, Michael / **Wunsch**, Conny, 2007, Are Training Programs More Effective When Unemployment is High?, IAB Discussion Paper No. 7/2007, URL: <http://doku.iab.de/discussionpapers/2007/dp0707.pdf> [Stand: 2009-11-26]

Leicht, René / **Humpert**, Andreas / **Leiss**, Markus / **Zimmer-Müller**, Michael / **Lauxen-Ulbrich**, Maria / **Fehrenbach**, Silke, 2005, Die Bedeutung der ethnischen Ökonomie in Deutschland, Push-

und Pull-Faktoren für Unternehmensgründungen ausländischer und ausländischstämmiger Mitbürger, Institut für Mittelstandsforschung (ifm), Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, URL: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/C-D/die-bedeutung-der-ethnischen-oekonomie-fuer-deutschland-kurzfassung,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf> [Stand: 2009-08-05]

Lex, Tilly, 2007, Migrantenjugendliche auf dem Weg von der Schule ins Arbeitsleben: AussiedlerInnen, Jugendliche türkischer sowie deutscher Herkunft im Vergleich, in: Jugend, Beruf, Gesellschaft, 58. Jg., Heft 1, S. 30–40

Liebscher, Sandra / **Tschöpe**, Tanja, 2008, Matching – Die Besetzung von Ausbildungsplätzen, Erste Ergebnisse einer Befragung der JOBSTARTER-Projekte, Programmstelle beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) für das Programm JOBSTARTER des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), URL: http://www.bmbf.de/pub/jobstarter_besetzung_ausbildungsplaetze.pdf [Stand: 2009-08-05]

Mincer, Jacob, 1974, Schooling, Experience, and Earnings, New York, Columbia Press

Murphy, Kevin M. / **Welch**, Finish, 1992, The Structure of Wages, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 107, No. 1, S. 407–437

Neumann, Michael / **Schmidt**, Jörg / **Werner**, Dirk, 2009, Die Integration Jugendlicher in Ausbildung und Beschäftigung, in: Wirtschaft und Berufserziehung, 61. Jahrgang, Nr. 3, S. 24–28

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development, 2009, Bildung auf einen Blick, Paris

OECD, 2008a, a Profile of Immigrant Populations in the 21st Century, Paris

OECD, 2008b, OECD-Wirtschaftsberichte: Deutschland, Paris

OECD, 2008c, Science competencies for tomorrow's world, URL: http://www.oecdwash.org/PDFFILES/02_08_08_Schleicher_PISA.pdf [Stand: 2009-09-09]

OECD, 2007, Bildung auf einen Blick, OECD-Indikatoren 2007, Paris

OECD, 2006, Where immigrant students succeed - A comparative review of performance and engagement in PISA 2003, Paris

OECD, 2005, Die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern in Deutschland, Paris

PISA/OECD, 2009, PISA 2006 results, URL: http://www.pisa.oecd.org/document/2/0,3343,en_32252351_32236191_39718850_1_1_1_1,00.html#tables_figures_dbase [Stand: 2009-10-15]

PISA-Konsortium Deutschland, 2007, PISA 2006, Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie, Münster

Plünnecke, Axel / Scharnagel, Benjamin / Stettes, Oliver / Angenendt, Jan, 2009, Einstiegsmonitor Europa. Welche europäischen Staaten bieten die besten Perspektiven für Arbeit, Bildung und sozialen Aufstieg?, in: IW-Analysen – Forschungsberichte, Nr. 54

Plünnecke, Axel, 2007, Die Wachstumseffekte des demografischen Wandels in Deutschland, der EU und den USA, Gutachten im Auftrag des BMFSFJ

Plünnecke, Axel / Seyda, Susanne, 2007, Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik, in: IW-Analysen - Forschungsberichte, Nr. 27

Radisch, Falk / Klieme, Eckhard / Bos, Wilfried, 2006, Gestaltungsmerkmale und Effekte ganztägiger Angebote im Grundschulbereich, Eine Sekundäranalyse zu Daten der IGLU-Studie, Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 9. Jahrg., Heft 1/2006, S. 30–50

Reinberg, Alexander / Hummel, Markus, 2007, Der Trend bleibt – Geringqualifizierte sind häufiger arbeitslos, IAB-Kurzbericht Nr. 18, Nürnberg

Reinders, Heinz / Gogolin, Ingrid / van Deth, Jan W., 2008, Ganztagsschulbesuch und Integration bei Schülern mit Migrationshintergrund, Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Heft 4-2008, 497–502

Riesen, Ilona, 2009, IW-Integrationsmonitor, in: IW-Trends, Jg. 36, Heft 1, S. 99–114

Schäfer, Holger / Schmidt, Jörg, 2009, Strukturen und Determinanten der Einkommensmobilität in Deutschland, in IW Köln (Hrsg.): Agenda 20D, Köln, S. 131–168

Schelten, Andreas, 2009, Der Übergangssektor – ein großes strukturelles Problem, in: Die berufsbildende Schule, 61. Jg., Heft 4, S. 107–108

Schütz, Gabriela / Ursprung, Heinrich W. / Wößmann, Ludger, 2008, Education Policy and Equality of Opportunity, Kyklos, Vol. 61, No. 2, S. 279–308

Schütz, Gabriela / Wößmann, Ludger, 2005, Chancengleichheit im Schulsystem: Internationale deskriptive Evidenz und mögliche Bestimmungsfaktoren, Ifo Working Paper No. 17, München

Seibert, Holger / Kleinert, Corinna, 2009, Duale Berufsausbildung, Ungelöste Probleme trotz Entspannung, in: IAB-Kurzbericht, Heft 10

Settelmayer, Anke, 2009, Unternehmen können richtig punkten: Interkulturelle Kompetenz als Erfolgsfaktor, URL: www.denk-doch-mal.de/node/35 [Stand: 2009-09-16]

Siegert, Manuel, 2009, Berufliche und akademische Ausbildung von Migranten in Deutschland, Working Paper 22 des BAMF, Nürnberg

SOEP – The German Socio-Economic Panel Study, 2008, SOEP Data 1984–2007, DVD, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Berlin

Spieß, C. Katharina / Büchel, Felix / Wagner, Gert, 2003, Children Placement in Germany: Does Kindergarten Attendance Matter?, in: IZA Discussion Paper, No. 722, Bonn

Spitzer, Manfred, 2007, Lernen - Gehirnforschung und die Schule des Lebens, Berlin

Sprietsma, Maresa, 2009, Discrimination in Grading? Experimental Evidence from Primary School, in ZEW Discussion Paper No. 09-074, Mannheim

Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2009, Arbeitsmarkt in Zahlen - Förderstatistik - Förderung der Berufsausbildung, Deutschland, Berichtsjahr: 2008, Nürnberg

Statistisches Bundesamt, 2009a, Bevölkerung nach detailliertem Migrationsstatus, Geschlecht, Ländern und ausgewählten Altersgruppen insgesamt 2007, Sonderauswertung des Mikrozensus für das IW Köln

Statistisches Bundesamt, 2009b, FS 11 Reihe 1, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2009c, FS 11 Reihe 2, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2009d, Bildung und Kultur, Berufliche Bildung 2008, Fachserie 11 Reihe 3, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2009e, Ausgaben je Schüler/in 2006, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2009f, Kinder und Jugendhilfe 2008. Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2008a, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus 2007, Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2008b, Bildung und Kultur, Studierende an Hochschulen, Wintersemester 2007/2008, Fachserie 11 Reihe 4.1, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2008c, Bildung und Kultur, Berufliche Bildung 2007, Fachserie 11 Reihe 3, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2008d, Bildungsgesamtbericht, Wiesbaden

Stern, Nicholas, 2007, The Economics of Climate Change: The Stern Review, Cambridge

SVR, 2008, Jahresgutachten: 2008/09. Die Finanzkrise meistern - Wachstumskräfte stärken, Wiesbaden

SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2002, Jahresgutachten 2002/2003: Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum, Wiesbaden

-
- Ulrich**, Joachim Gerd, 2009, Determinanten des Ausbildungserfolgs bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund, URL: http://www.kibb.de/cps/rde/xbcr/SID-3C5594CA-5AB8B2B4/kibb/AGBFN-FT09_Forum4_Ulrich_praes.pdf [Stand: 2009-09-16]
- van Ours**, Jan C., 2004, The Locking-in Effect of Subsidized Jobs, *Journal of Comparative Economics*, Vol. 32, S. 37–52
- Weber**, Andrea M., 2006, Educational Effects of Alternative School Tracking Regimes in Germany, *Diskussionspapiere des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften*, Universität Hannover, 353, URL: <http://www.wiwi.uni-hannover.de/Forschung/Diskussionspapiere/dp-353.pdf> [Stand: 2009-12-03]
- Werner**, Dirk / **Neumann**, Michael / **Schmidt**, Jörg, 2008, Volkswirtschaftliche Potenziale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt. Eine Studie zu den direkten und indirekten Kosten des Übergangsgeschehens sowie Einspar- und Wertschöpfungspotenzialen bildungspolitischer Reformen, URL: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_90745.htm [Stand: 2009-10-05]
- Wooldridge**, Jeffrey M., 2003, *Introductory Econometrics: A Modern Approach*, 2ed, Mason [Ohio]
- Wößmann**, Ludger, 2009, International Evidence on School Tracking: A Review, *CESifo DICE REPORT*, Journal for Institutional Comparisons, Volume 7, No. 1, 26–34
- Wößmann**, Ludger / **Lüdemann**, Elke / **Schütz**, Gabriela / **West**, Martin R., 2009, *School Accountability, Autonomy and Choice around the World*, Edward Elgar, Cheltenham
- Wößmann**, Ludger / **Piopiunik**, Marc, 2009, Was unzureichende Bildung kostet. Eine Berechnung der Folgekosten durch entgangenes Wirtschaftswachstum, Gutachten für die Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh
- Wößmann**, Ludger, 2007, Fundamental Determinants of School Efficiency and Equity: German States as a Microcosm for OECD Countries, Harvard University, Program on Education Policy and Governance, Research Paper PEPG 07-02, URL: http://www.hks.harvard.edu/pepg/PDF/Papers/PEPG07-02_Woessmann.pdf [Stand: 2009-12-02]
- Wößmann**, Ludger, 2005, Ursachenkomplexe der PISA-Ergebnisse: Untersuchungen auf Basis der internationalen Mikrodaten, Ifo Working Paper, No. 16, München
- Wößmann**, Ludger, 2004, The Effect Heterogeneity of Central Exams: Evidence from TIMSS, TIMSS-Repeat and PISA, *CESifo Working Paper*, No. 1330, München
- ZDH** – Zentralverband des deutschen Handwerks, 2008, Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen, URL: <http://www.zdh.de/bildung/ausbildung/foerderprogramme/passgenaue-vermittlung.html> [Stand: 2009-08-07]
- Zickgraf**, Peer, 2008, “Weiß man zu wenig, arbeitet man im Nebel” – Ganztagschule und Integration, URL: <http://www.ganztagschulen.org/11105.php> [Stand: 2009-12-14]

Anhang

Qualifikationen nach Migrationshintergrund

im Jahr 2007, in 1.000 Personen

	mit einem beruflichen Abschluss	Lehre u. ä.	Meister u. ä.	Diplom u. ä.	ohne beruflichen Abschluss	noch in Ausbildung	gesamt
gesamte Bevölkerung	50.269	35.318	4.816	8.743	17.050	14.938	82.257
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	44.253	31.321	4.428	7.380	11.935	10.659	66.847
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	6.016	3.995	388	1.362	5.116	4.279	15.411
Bevölkerung mit Migrationshintergrund + ME	5.298	3.431	351	1.270	4.257	979	10.534
Deutsche mit Migrationshintergrund + ME	2.888	2.031	215	533	1.587	467	4.942
Ausländer mit ME	2.409	1.401	136	737	2.670	512	5.591
Bevölkerung mit Migrationshintergrund ohne ME	719	564	38	93	858	3.300	4.877
Deutsche mit Migrationshintergrund ohne ME	303	227	15	47	457	2.429	3.189
Ausländer ohne ME	416	334	22	46	402	871	1.689
Deutsche mit Migrationshintergrund gesamt	3.191	2.258	230	580	2.044	2.896	8.131
Ausländer gesamt	2.825	1.731	158	783	3.072	1.383	7.280
25-64-Jährige gesamt	37.036	25.460	3.592	7.274	7.192	637	44.865
25-64-Jährige ohne Migrationshintergrund	32.079	22.212	3.273	6.087	4.002	442	36.523
25-64-Jährige mit Migrationshintergrund	4.957	3.247	320	1.188	3.191	195	8.343
25-64-Jährige mit Migrationshintergrund + ME	4.408	2.832	287	1.103	2.981	155	7.544
25-64-jährige Deutsche mit Migrationshintergrund + ME	2.290	1.597	167	452	892	52	3.234
25-64-jährige Ausländer mit ME	2.118	1.236	119	650	2.089	103	4.310
25-64-Jährige mit Migrationshintergrund ohne ME	548	417	33	84	211	40	799

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2007